



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer
Parteien auf EU-Ebene“

Verfasser

Joachim Kurz, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: emer.O.Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGEN	III
TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS	IV
ABSTRACT	V
1 EINLEITUNG	1
2 FORSCHUNGSRELEVANZ	2
2.1 ERKENNTNISINTERESSE	6
3 THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN	7
3.1 DEFINITIONEN UND KONZEPTE	7
3.1.1 <i>Partei</i>	7
3.1.2 <i>Mehrebenensystem</i>	10
3.1.3 <i>Principal-Agent-Theorie</i>	11
3.1.4 <i>Agenda Shaping</i>	13
3.2 UNTERSCHIEDUNGSFAKTOREN	17
3.2.1 <i>Regierungsbeteiligung</i>	17
3.2.2 <i>Europartei</i>	20
3.2.3 <i>Exkurs: Österreichische Parteien</i>	21
3.2.4 <i>Parteistruktur</i>	26
3.3 FORSCHUNGSLEITENDE FRAGEN UND ARBEITSHYPOTHESEN	29
4 METHODIK	31
4.1 LEITFADENGESTÜTZTES EXPERTENINTERVIEW	33
4.1.1 <i>Wer gilt als Experte?</i>	35
4.1.2 <i>Spezialist, Professioneller und Experte</i>	37
4.1.3 <i>Interviewführung</i>	38
4.2 AUSWERTUNG	40
4.3 DURCHFÜHRUNG.....	43
4.3.1 <i>Auswahl der Experten</i>	43
4.3.2 <i>Interviewleitfäden</i>	46
4.3.3 <i>Auswertungsschritte</i>	47

5	ERGEBNISSE	48
5.1	HERANGEHENSWEISE AN DIE EUROPÄISCHE UNION	48
5.2	MEINUNGSBILDUNGSPROZESS.....	52
5.3	THEMENGESTALTUNG.....	56
5.4	UNTERSUCHUNG DER UNTERSCHIEDUNGSFAKTOREN.....	61
5.4.1	<i>Regierungsbeteiligung</i>	62
5.4.2	<i>Europartei</i>	64
5.4.3	<i>Parteistruktur</i>	66
6	BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGEN	68
6.1.1	<i>Strategien österreichischer Parteien (Forschungsfrage 1)</i>	68
6.1.2	<i>Themengestaltung österreichischer Parteien (Forschungsfrage 2)</i>	69
6.1.3	<i>Faktoren für Unterschiede in der Themengestaltung (Forschungsfrage 3)</i>	71
7	THEORETISCHE VERKNÜPFUNG UND GENERALISIERUNG	72
7.1	REFLEXION.....	77
8	CONCLUSIO	78
9	QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	81
10	ANHANG	I
10.1	ZUSAMMENFASSUNG DER ARBEIT	I
10.1.1	<i>Deutsche Zusammenfassung</i>	<i>i</i>
10.1.2	<i>English summary</i>	<i>i</i>
10.2	CURRICULUM VITAE	II
10.3	LEITFÄDEN DER EXPERTENINTERVIEWS	III
10.3.1	<i>Raster für Leitfäden</i>	<i>iii</i>
10.3.2	<i>Experteninterview 1</i>	<i>v</i>
10.3.3	<i>Experteninterview 2</i>	<i>vii</i>
10.3.4	<i>Experteninterview 3</i>	<i>x</i>
10.3.5	<i>Experteninterview 4</i>	<i>xii</i>
10.4	KATEGORIENSHEMA.....	XVI
10.5	AUSWERTUNGSTABELLE	XVIII

Abkürzungen

bspw.	beispielsweise
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
COREPER	Comité des représentants permanents (Ausschuss der Ständigen Vertreter)
d.h.	das heißt
EAF	Europäische Allianz für die Freiheit (European Alliance for Freedom)
EDF	Europa der Freiheit und der Demokratie
EP	Europäisches Parlament
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EVP	Europäische Volkspartei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
ggf.	gegebenfalls
IP1	Interviewperson 1
IP2	Interviewperson 2
IP3	Interviewperson 3
IP4	Interviewperson 4
ITS	Identität, Tradition, Souveränität
MEP	Member of the European Parliament (Europaparlamentarier)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PAT	Principal-Agent-Theorie
PS	Parti Socialiste (Sozialistische Partei Frankreichs)
sog.	sogennant(e)(r)

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
UMP	Union pour un mouvement populaire (Union für eine Volksbewegung)
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
usw.	und so weiter
uvm.	und viele mehr
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
z.B.	zum Beispiel

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Vier Strategien im EU Agenda-Setting nach Princen (2011, 5).....	16
Tabelle 2: Raster für Leitfäden.....	iv
Tabelle 3: Kategorienschema	xvi
Tabelle 4: Auswertungstabelle	xviii
Abbildung 1: Nationale Parteien als ebenenübergreifende Akteure	6
Abbildung 2: Fünf-Schritte-Auswertung nach Meuser/Nagel (1991; 2002; 2010).....	43

Abstract

Die wichtiger werdende Parteipolitisierung der Europäischen Union wirft die Frage nach den zentralen Akteuren auf. In dieser Arbeit werden nicht europäische, sondern nationale Parteien als solche definiert. Begreift man sie als ebenenübergreifende, rationelle und nutzenmaximierende Akteure, kann man ihre Zielverfolgung hinsichtlich ihrer Stimmen- (*votes*), Ämter- (*offices*) und ihre Ziele, politische Inhalte (*policies*) durchzusetzen, auf unterschiedlichen Ebenen verorten. Während der politische Wettbewerb auf nationaler Ebene bestritten wird, sollte demnach die Europäische Union die relevante Arena der Policy-Bestrebungen sein. Die Themensetzung ist dafür die notwendige Vorbedingung.

Für die Untersuchung österreichischer Parteien wurde das Agenda Shaping-Konzept herangezogen (vgl. Tallberg 2003), das drei Dimensionen umfasst: das Setzen (*agenda setting*), das Strukturieren (*agenda structuring*) und das Ausschließen von Themen (*agenda exclusion*). Anhand dieses Konzeptes wurden SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne untersucht, wobei aus der theoretischen Auseinandersetzung abgeleitet wurde, dass sich die Agenda Shaping-Strategien der Parteien anhand von drei Faktoren unterscheiden: Regierungsbeteiligung, Europartei und Parteistruktur.

Die empirische Datenerhebung erfolgte durch vier leitfadengestützte Experteninterviews. Die Auswahl der Interviewpersonen erfolgte nach dem Prinzip der inhaltlichen Repräsentation (vgl. Mayer 2009) und die Auswertung geschah durch ein interpretatives Verfahren, das mit kleinen Modifikationen dem 5-Schritte-Modell von Meuser und Nagel (1991; 2002; 2010) folgte.

Die Untersuchung offenbarte das Fehlen einer umfassenden Strategie für EU-Agenda Shaping der österreichischen Parteien. Alle weisen jedoch in verschiedener Weise strategische Überlegungen auf. Das folgt hauptsächlich der Wichtigkeit der im Voraus zu erarbeitenden inhaltlichen Vorschläge zur Beeinflussung der Themensetzung, zielt aber nicht immer auf die europäische Ebene, sondern oft auf den parteiinternen Meinungsbildungsprozess bei EU-Themen. Das trifft ebenso auf die zweite Dimension des Agenda Shapings – *agenda structuring* - zu. Beim Fernhalten von Themen von der Agenda zeigte sich der große Einfluss der Europäischen Kommission. Aufgrund ihres Initiativmonopols besitzt sie so große Themensetzungsmacht, dass *agenda exclusion* beinahe unmöglich ist. Die formelle Themensetzungsmacht stellte sich auch als dominierender Einflussfaktor auf die Agenda Shaping-Strategien der Parteien heraus. Regierungsbeteiligung kann als bestimmend angesehen werden, die nicht nur auf die Themensetzung, sondern auf die Partei selbst Einfluss ausübt. Die anderen Faktoren stellten sich keineswegs als wirkungslos dar, jedoch dürfen sie nicht isoliert, sondern in Kombination miteinander verstanden werden. Je nach Kombination ergibt sich eine mehr oder weniger wirkungsvolle Kompensation der fehlenden Regierungsbeteiligung.

1 Einleitung

Die österreichische Politik hat seit dem Beitritt 1995 zur Europäischen Union an Komplexität gewonnen. So wurde nicht nur das politische System Österreichs um eine europäische Dimension erweitert, sondern diese neue Dimension selbst - das politische System der Europäischen Union - befindet sich in einem stetigen Veränderungsprozess. Mit den Verträgen von Amsterdam (1999), Nizza (2003) und Lissabon (2009) wurden innerhalb weniger Jahre drei Mal die Grundlagen der Union geändert und mit den Erweiterungen 2005 und 2007 wuchs die Zahl ihrer Mitglieder um zwölf an. Neben den vielen institutionellen Veränderungen durch Vertragsrevisionen (z.B. beim Europäischen Parlament, der Zentralbank, der Ratspräsidentschaft, bei Europol und Eurojust, dem Hoher Vertreter, etc.) haben sich auch die politischen Prozesse verändert. Die Entscheidungsfindung ist durch immer neue Akteure, Spielregeln und Dynamiken geprägt. EU-Politik ist überaus komplex und alles andere als einfach zu verstehen.

Das liegt zu einem großen Teil daran, dass die Vorgänge auf EU-Ebene schlecht nachvollziehbar und nicht „politisiert“ sind, d.h. es gibt kein ersichtliches Ringen (wer kriegt was?) der „vertrauten“ Akteure. Die Politikarenen auf nationaler und europäischer Ebene unterscheiden sich scheinbar enorm. Simon Hix (2006) betrachtet deshalb eine Politisierung der EU nicht nur als unvermeidlich, sondern auch als gesund. Politischer Wettbewerb tritt, Hix zufolge, schon jetzt innerhalb der Institutionen auf – und wird es in Zukunft vermehrt tun. Wenn dieser Wettbewerb für die Bürger noch dazu offen und transparent ist, dann kann er die Legitimität der EU und der in ihrem politischen System hervorgegangenen Ergebnisse erhöhen.

Politischer Wettbewerb als Schlüssel zu mehr Legitimität der EU und zu mehr Verständnis über die Abläufe im europäischen politischen System? Dieser interessante Gedanke, mit dem ich mich durch den Beitrag von Hix (2006) im Zuge eines Seminars über „die Transformation der Demokratie im europäischen Integrationsprozess“ im Wintersemester 2010 näher auseinandergesetzt habe, tat sich bei der Themensuche für diese Diplomarbeit auf. Zur prinzipiellen Übereinstimmung mit Hix, offene Debatten über europäische Themen, die Verbindung von Themen (*issue linkage*) und ein transparenter politischer Wettbewerb könnten zur Legitimitätssteigerung der Europäischen Union führen, mischt sich die Einsicht, dass nichts davon Wirklichkeit ist. Trotzdem findet politischer Wettbewerb auf der europäischen Ebene statt – wenn auch nicht offen und transparent und auch durch andere Akteure.

In europäische Parteien werden diesbezüglich häufig hohe Erwartungen gesetzt, die sie nicht erfüllen (können). Wenn wir politischen Wettbewerb und Prozesse auf EU-Ebene untersuchen, rücken wir vielleicht die falschen Akteure in den Mittelpunkt? Dieser Ausgangspunkt bringt nationale Parteien ins Spiel.

Anhand des theoretischen Konzeptes Agenda Shaping werden die österreichischen politischen Parteien auf ihrer EU-Politik hin überprüft. Zuerst wird die Forschungsrelevanz (Kapitel 2) erläutert und das Erkenntnisinteresse dargelegt (2.1). Diese beiden Punkte enthalten schon theoretische Überlegungen, die dann im dritten Kapitel weitergeführt und systematisiert werden. Es kommt zuerst zur Definition wichtiger Begriffe und zur Erklärung von dem für diese Arbeit zentralen Konzeptes Agenda Setting/Shaping (3.1). In Punkt 3.2 werden dann drei Unterscheidungsfaktoren herausgearbeitet, die der Vermutung nach Einfluss auf die Parteien haben. Die theoretischen Überlegungen werden am Ende dieses Kapitels in Form von Forschungsfragen und Arbeitshypothesen zum Ausdruck gebracht.

Das vierte Kapitel nähert sich zunächst theoretisch der Methode der leitfadengestützten Experteninterviews, indem die wichtigsten Aspekte beleuchtet werden (4.1). In Punkt 4.2 wird eine Auswertungsstrategie erarbeitet und in Punkt 4.3 wird die tatsächliche Durchführung erklärt. Im fünften Teil dieser Arbeit werden die Ergebnisse der Datenerhebung dargestellt. Dabei spiegelt die Gliederung die grobe Kategorienbildung bei der Auswertung wider. In Kapitel 6 kommt es schließlich zur Beantwortung der Forschungsfragen, ehe Kapitel 7 die Ergebnisse mit den theoretischen Überlegungen dieser Arbeit verknüpft. Am Ende dieser Diplomarbeit kommt es schließlich zu einer Reflexion, in der dieses Projekt kritisch beleuchtet, neue Fragen aufgeworfen und Anknüpfungspunkte für zukünftige Untersuchungen geschaffen werden (7.1). In der Conclusio kommt es zu einer prägnanten Darstellung der gewonnenen Erkenntnis (Kapitel 8).

2 Forschungsrelevanz

Die Beschäftigung mit nationalen politischen Parteien als Akteure auf der europäischen Ebene erscheint im ersten Moment wohl ein wenig irrelevant. Treten Europäische Parteien schon kaum auf europäischer Ebene in Erscheinung, so trifft das auf nationale Parteien wie ÖVP, SPÖ, Grüne oder FPÖ schon gar nicht zu. Staats- und Regierungschefs verhandeln bei Gipfeltreffen, EU-Kommissare präsentieren und erklären Initiativen der EU und nationale Minister sind die Verbindungsstellen zwischen nationaler und europäischer Politik. Sie treten als Repräsentanten ihres jeweiligen Mitgliedstaates auf und nicht als Vertreter einer politischen Partei. Dennoch sind politische Parteien im europäischen Mehrebenensystem von Bedeutung. Das zeigt die beachtliche Anzahl von wissenschaftlichen Beiträgen, die sich mit Parteien in der EU beschäftigen. Dabei werden nationale Parteien keineswegs als unwichtige Akteure betrachtet.

Für Raunio (2007, 247f.) werden Parteien in der europäischen Politik immer wichtiger, je weiter sich die EU von diplomatischen, intergouvernementalen Verhandlungen entfernt und sich zu einer supranationalen Demokratie entwickelt. Er spricht von „party politicization“ (ebd., 248) der Europäischen Union, wobei für Parteien die nationale Arena (Parlament und Regierung) noch immer der wichtigste Weg zur Beeinflussung des Entscheidungsprozesses dar-

stellt - sowohl für heimische als auch europäische Themen (vgl. ebd., 257). Parteien werden hier als ebenenübergreifend wahrgenommen und gar nicht erst in nationale und europäische Parteien unterschieden. Bei der Parteipolitisierung, von der Raunio spricht, nehmen also Parteien auf nationaler, mitgliedstaatlicher Ebene eine Schlüsselrolle ein.

Auch der Auseinandersetzung von Ladrech (2010, 128ff.) mit der Europäisierung nationaler politischer Prozesse liegt die Annahme zugrunde, dass Parteien instrumentelle Akteure sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sind. Er sieht Parteien aber nicht direkt auf der europäischen Ebene involviert, sondern verortet ihren Einfluss über die Tätigkeit von nationalen Regierungen, die jedoch aus Parteien gebildet werden. Darüber hinaus unterstreicht er die Relevanz, sich mit der Europäisierung politischer Prozesse auseinanderzusetzen, weil diese im Gegensatz zu der Europäisierung politischer Inhalte nicht offensichtlich ist.

Den Gedanken, dass aus Parteien zusammengesetzte Regierungen mit ihrer Tätigkeit auf europäischer Ebene diesen (nationalen) Parteien Wichtigkeit verleihen, finden wir bei Hix (2008, 1254f.) in einer ähnlichen Form. Für ihn sind sämtliche Hauptakteure der EU – Minister im Rat, MEPs, Kommissare - Parteipolitiker, deren Posten und Karrieren von politischen Parteien abhängig sind. Er unterstreicht die Wichtigkeit von Parteien in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung weiter, indem er auch einen zweiten Aspekt hervorhebt. Er plädiert dafür, die Hauptdimension in der Analyse der EU-Politik von Integrationsbefürworter vs. Nationalisten auf die traditionelle Rechts-Links-Unterscheidung zu verlagern.

Somit vertritt er wie Raunio (2007) die Auffassung, dass eine Politisierung - im Sinne des wichtiger werdenden Parteienwettbewerbes - auch auf europäischer Ebene zu beachten ist. Dabei ist die nationale, mitgliedstaatliche Arena als zentral für die Bestrebungen der Parteien zu erachten. Unter dem Begriff *Upside-Down-Polity* erklärt er das Verhältnis von nationaler und europäischer Ebene aus parteipolitischer Sicht. Anlehnend an das Konzept von *principal-agent* (Auftraggeber/-nehmer) betrachtet er alles Parteiische auf europäischer Ebene als Auftragnehmer- bzw. Stellvertreterseite. Das Verhalten ist hier somit von nationaler Logik geprägt. Darum streben Politiker bevorzugterweise auch Ämter auf nationalstaatlicher Ebene an (vgl. Hix 2008, 1260ff.).

Politische Parteien haben also eine rein auf die nationalen Grenzen bezogenen Politik hinter sich gelassen und vermutlich neue Strategien entwickelt, selbst wenn nationale Denkweisen in einem veränderten Betätigungsfeld noch immer bedeutend sind. Dass sich eine solche Logik ebenfalls im Zuge der Europäisierung verändert hat, ist keineswegs überraschend. In den nationalen politischen Systemen kam es zu einer Macht- und Mitgestaltungsverschiebung zugunsten der Exekutive. Der eingetretene Kompetenzverlust wurde durch neue Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Regierung ausgeglichen. Es haben sich die Machtverteilung und Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Mitgliedstaaten verändert (vgl. Müller 2002, 101). Solche Verschiebungen würden nun eine Anpassung der Parteistruk-

turen und –strategien auf genau dieser Ebene nahelegen. Den oben angeführten Autoren zufolge ist gerade sie das wesentliche Betätigungsfeld der Parteien. Ladrech (2010) bringt diese Vermutung auf den Punkt:

[T]he EU has impacted the national political system in such a way that the means to achieving party and interest group goals has been affected, and compensatory adjustments have been undertaken (ebd., 131).

Für Österreich, das bezüglich der Interessenorganisation und –politik Spezifika aufweist, trifft das besonders zu, da natürlich die traditionelle Sozialpartnerschaft ebenfalls durch den EU-Beitritt betroffen ist. Auch wenn sich neue Möglichkeiten der Mitgestaltung bieten, stellen Karhofer und Tólos (2002, 239ff.) einen Bedeutungsverlust der Sozialpartnerschaft fest - der EU-Beitritt stellt dabei nur einen von vielen Faktoren dar.

Haben auch korporatistische, sozialpartnerschaftliche Verbände an Bedeutung verloren, müsste die gestiegene Wichtigkeit von nationalen Exekutivämtern mehr politischen Wettbewerb sowie neue Mitsreiter zur Folge haben. Innerhalb der nationalen politischen Arenen hat die europäische Integration jedoch kaum zu neuen Mitbewerbern geführt. Zu diesem Schluss kommt Raunio (2007, 248ff.), der kein Interesse für etablierte Parteien an einer Veränderung des politischen Wettbewerbs erkennt. So drängt sich die Frage auf, ob gerade der Parteienwettbewerb in den Mitgliedstaaten nicht von einer Europäisierung betroffen ist, da gerade dessen Ausgang – auch für den Einfluss auf die europäische Ebene – entscheidend ist?

Anzunehmen ist, dass der Parteienwettbewerb zumindest von sich anpassenden und verändernden Parteien betroffen ist. Für nationale Parteien, die dennoch Veränderungen durchlaufen, sieht Raunio (2007, 248ff.) die europäische Integration nämlich als destabilisierenden Faktor. In ähnlicher Weise tun das auch Pollak und Slominski (2002, 177f.). Sie attestieren politischen Parteien eine Trägheit, aber trotzdem durchlaufen sie aufgrund der Transformation des politischen Prozesses Veränderungen.

Wenn nun Parteien auch nicht sichtbar als Hauptakteure auf europäischer Ebene auftreten, wie das vergleichsweise in den nationalen politischen Arenen der Fall ist, so sind sie dennoch zentrale Akteure und für eine politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Vorgängen im Mehrebenensystem der Europäischen Union durchaus relevant. Einerseits wird sich die Sichtbarkeit europäischer politischer Parteien bzw. nationaler politischer Parteien auf europäischer Ebene mit der zunehmenden Parteipolitisierung erhöhen, andererseits ist der politische Wettbewerb der nationalen politischen Parteien für die Beeinflussung von europäischer Politik ausschlaggebend. Genau dieser Punkt enthüllt in gewisser Weise ein Paradoxon, mit dem Parteien konfrontiert sind. Hinsichtlich des politischen Wettbewerbes und der relevanten Entscheidungen zur Beeinflussung von EU-Politik ist die nationale politische Arena als entscheidend anzusehen. Zugleich werden aber die wichtigen Entscheidungen auf eu-

europäischer Ebene getroffen. Der politische Wettbewerb wird also nicht dort ausgetragen, wo der Entscheidungsfindungsprozess (*decision making-process*) stattfindet.

Darum spielen Parteien in der EU auch eine andere Rolle und sind nicht aus einem rein auf das nationale politische System bezogenen Verständnis heraus zu erfassen. Lindberg, Rasmussen und Warntjen (2008, 1107ff.) verweisen auf den Zweifel vieler Wissenschaftler, ob Parteien auf EU-Ebene ihre Funktion als *transmission belt* erfüllen – einheitliches Abstimmungsverhalten und Sicherstellung von Verantwortlichkeit. So berechtigt diese Zweifel hinsichtlich Europarteien auch sind, sie basieren auf der Verwendung von Vorstellung nationaler Parteien für die europäische Ebene. Solche Kategorien können das Wesen von Parteien auf europäischer Ebene nicht adäquat erfassen. Für Lindberg, Rasmussen und Warntjen (ebd., 1110ff.) selbst sind Europarteien Zusammenschlüsse von nationalen Parteien, die durch das Einsetzen einer zentralen Parteiführung das Lösen von sog. *external action problems*, die Sicherung eines einheitlichen Abstimmungsverhaltens sowie die Kontrolle der Agenda darstellen. Letzteres ist eine wichtige Vorbedingung für den Entscheidungsfindungsprozess (vgl. Princen 2011, 1).

Beim Streben von Parteien nach Stimmen (*votes*), Ämtern (*offices*) und der Durchsetzung politischer Inhalte (*policies*) würden Parteien ihre Anstrengungen idealerweise – also am effizientesten - je nach Ziel auf die verschiedenen Ebenen konzentrieren. Während sich der Wettbewerb von ausschlaggebenden Wahlen um die - auch für die EU-Politik – zentralen Ämter auf nationaler Ebene abspielt, sind politische Inhalte am besten auf EU-Ebene zu verfolgen.

Der Agenda Setting-Prozess ist dabei von enormer Wichtigkeit, da die Themensetzung als wichtige Vorbedingung für den Entscheidungsfindungsprozess angesehen werden kann. Nur wenn ein Thema überhaupt als dringend und wichtig erachtet wird, kann darüber entschieden werden. Obwohl die Kontrolle der Agenda als eine wesentliche Motivation für die Formation von Zusammenschlüssen angesehen wird, können Europarteien diese Funktion nicht erfüllen. Kühnlaci (2010) zufolge überwiegen die negativen Anreize, sich nicht auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Den unterschiedlichen Klientelinteressen, den nationalen Verteilungstraditionen und den ideologischen sowie institutionellen Unterschieden stehen zu wenige positive Anreize gegenüber. Supranationale gemeinsame Positionen könnten den Parteiführern helfen, politische Kämpfe zu lösen und den Einfluss auf die EU-Politik erhöhen (vgl. ebd., 1284ff.). Auch wenn nun laut Kühnlaci die Europarteien nicht in der Lage sind, eine gemeinsame Linie im Agenda Setting-Prozess zu vertreten und Lindberg, Rasmussen und Warntjen (2008, 1115ff.) ebenfalls zum Schluss kommen, dass die europäischen Parteiengruppen unerwünschte Themen nicht von der Agenda fern halten können, so sollen die positiven Anreize für ein gemeinsames Vorgehen in einer Analyse dennoch nicht außer Acht gelassen werden.

2.1 Erkenntnisinteresse

Obwohl über Parteien in der EU schon sehr viel geschrieben wurde, gibt es noch viele interessante, zu beleuchtende Aspekte. Die Tätigkeiten politischer Parteien sowohl auf der nationalen, mitgliederschaflichen als auch auf europäischer Ebene werfen interessante Fragen auf: Liegt dem Agieren der Parteien eine übergreifende Strategie zugrunde? Wie versuchen Parteien die Agenda auf europäischer Ebene (mit)zu gestalten? Wie unterscheidet sich das Vorgehen der Parteien und was sind die Gründe dafür? Um diese Fragen zu beantworten, bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem komplexen Themenbereich. Die Komplexität ergibt sich aus der Tatsache, dass nicht nur die mitgliederschaflichen politischen Systeme, sondern auch das der Europäischen Union einen ständigen Veränderungsprozess durchlaufen. Einige dieser Veränderungsprozesse wurden bereits angerissen.

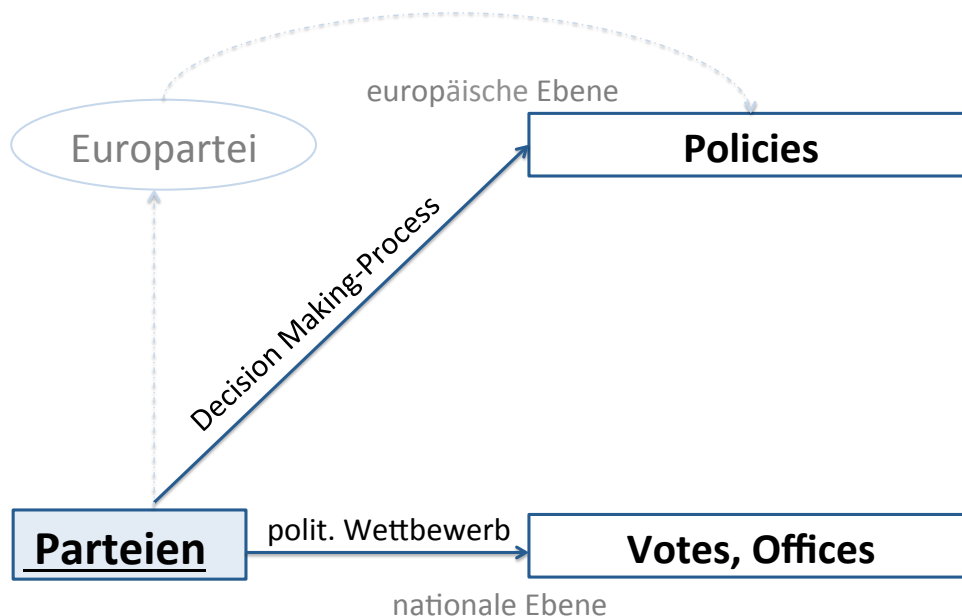


Abbildung 1: Nationale Parteien als ebenenübergreifende Akteure

Parteien sind also auf mehreren Ebenen tätig, wobei sich ihr Einsatz, geht man der Wichtigkeit nach, beim Streben nach Wahlerfolgen (*votes*) und Ämter (*offices*) sowie politischen Inhalten (*policies*) unterscheidet. Die ersteren zwei werden im politischen Wettbewerb auf nationaler Ebene entschieden, der wichtige Entscheidungsfindungsprozess für politische Inhalte findet hingegen auf EU-Ebene statt. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass politische Parteien rationelle und möglichst effizient arbeitende Akteure sind. Die Betrachtungsweise von nationalen politischen Parteien als Hauptakteure im europäischen Mehrebenensystem, deren Europäisierung sich in einer Anpassungen der Strategien bei ihren vote-, office- und policy-Bestrebungen gemäß der Wichtigkeit der diesbezüglichen Ebenen äußert, liegt dem Forschungsinteresse dieser Arbeit zugrunde und bildet die Sichtweise, mit der an diese Thema-

tik herangegangen wird. Sie leitet sich aus dem oben ausgeführten Überlegungen ab und ist in Abbildung 1 veranschaulicht. Dabei soll erforscht werden, ob es überhaupt Strategien gibt und wie sie aussehen. So soll auch der Frage nachgegangen werden, wie sich solche Strategien unterscheiden und welche Faktoren dafür verantwortlich sind. Diesbezügliche Annahmen werden im Folgenden aus der weiteren theoretischen Auseinandersetzung gebildet.

Neben der politikwissenschaftlichen Beleuchtung der eben erwähnten Aspekte verfolgt diese Diplomarbeit auch das Ziel, das Verständnis über das Funktionieren von Politik im Mehrebenensystem der EU zu fördern. Dass es dazu auch abseits der Politikwissenschaft genügend Dringlichkeit gibt, zeigen Eurobarometerumfragen. Demnach versteht nur eine Minderheit der EU-Bürger (43%) die Funktionsweisen der EU – mit steigender Tendenz tut das eine Mehrheit von 49% nicht (Europäische Kommission 2011b, 53). Das könnte ein Grund für das geringe Vertrauen in die EU sein. Im Falle Österreichs ist es etwas niedriger als im EU-Durchschnitt (Ö: 39%, EU: 43%), in politischen Parteien ist es jedoch relativ hoch (Ö: 27%, EU: 15%) (vgl. Europäische Kommission 2011a, 58). Mit der Beschränkung auf Parteien und deren Strategien im Themengestaltungsprozess soll dieser kleine Beitrag geleistet werden. Princen (2011, 1) zufolge bedeutet das Verstehen des Agenda-Settings nämlich, die Art und Weise des Funktionierens des politischen Systems der EU zu verstehen.

3 Theoretische Überlegungen

3.1 Definitionen und Konzepte

Nachdem schon bei der Darlegung des Forschungsinteresses und der –relevanz einige theoretische Überlegungen angestellt wurden, ist es nun unerlässlich die verwendeten Begriffe zu präzisieren. Viele davon sind aus einem Alltagsverständnis heraus für eine wissenschaftliche Anwendung ungeeignet, da sie alles andere als eindeutig sind.

3.1.1 Partei

Bereits eingangs formulierte Überlegungen zeigen deutlich, dass Parteien im Zentrum dieser Arbeit stehen. Bei einer politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Themengestaltungsstrategien stellen natürlich politische Parteien das Forschungsobjekt dar und der Terminus Partei wird in diesem Sinne verwendet. Begriffsverständnisse aus anderen wissenschaftlichen Bereichen werden hier nicht gebraucht.

Der Begriff Partei stammt vom lateinischen Wort „pars“ und bedeutet Teil, Abteilung (vgl. Schultze 2005, 656). Allgemein beschreibt er „eine Gruppe gleichgesinnter Bürger, die sich die Durchsetzung gemeinsamer polit. Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben“ (ebd.). Diesem Verständnis von Partei liegen zwei Annahmen zugrunde. Erstens existieren Interessensverhältnisse in einer differenzierten Gesellschaft und zweitens befinden sich Parteien in einem gegensätzlichen Spannungsverhältnis von Teil und Ganzem, indem sie ihre vertretenen Par-

tikularinteressen als Allgemeines verwirklichen wollen. Einerseits sind sie leistungsfähig, wenn sie homogen sind und ihre Partikularinteressen authentisch vertreten. Andererseits benötigen sie breite Unterstützung – eine parlamentarische Mehrheit in Wettbewerbsdemokratien –, wollen sie diese Partikularinteressen auch umsetzen (vgl. ebd.).

Diese Auffassung von Partei kann man, der Kategorisierung von Niedermayer (2007) folgend, zu den inhaltlichen Parteiendefinitionen zählen, die politische Zielvorstellungen der Mitglieder in den Mittelpunkt stellen. Eine zweite Kategorie von Definitionen hilft, Parteien von anderen Formen der Interessensvertretung zu unterscheiden. Strukturellen Definitionen liegen die Merkmale Organisiertheit und Machterwerbswillen zugrunde (vgl. ebd., 195). Darauf geht auch die Definition von Schultze (2005, 657) ein, indem sie Parteien von anderen Formen der Interessensorganisation unterscheidet. Sie üben demnach nicht nur reine Interessensartikulation, sondern auch –aggregation und –integration aus. Im politischen System sind sie an den wesentlichen Entscheidungen in Verteilungsfragen – direkt als Regierung oder indirekt als Opposition – beteiligt oder streben es zumindest an.

Die Funktionen von Parteien ergeben sich aus dem bereits erwähnten Spannungsverhältnis zwischen Interessenrepräsentation und Stimmenmaximierung. Dazu fungieren sie noch als Sozialisationsstellen – als Rekrutierungsbasis binden sie die Bürger in das politische System ein. All diese Aufgaben und Funktionen sind nicht widerspruchsfrei und daraus können sogar Legitimationsprobleme der Parteien resultieren (vgl. ebd., 656f.). Die verschiedenen Funktionen von Parteien unterscheiden sich danach, ob sie als rein gesellschaftlich angesehen werden oder den parlamentarischen Raum und die Regierung miteinbeziehen. Somit stellen funktionale Definitionen die dritte Kategorie dar (vgl. Niedermayer 2007, 196).

Als rein gesellschaftliche werden die Vermittlungsleistungen zwischen Bürger und der politischen Entscheidungsebene unterstrichen. Parlamentsfraktionen und Regierungsmitglieder miteinbezogen schließen auch „die Formulierung, Durchführung und Kontrolle politischer Entscheidungen“ (ebd.) ein. Aufgrund der Vermittlungsleistung zwischen Bürger mit der politischen Entscheidungsebene werden Parteien auch oft als für die Demokratie unersetzliche Organisationen betrachtet. Parteien übernehmen unverzichtbare Funktionen. Für Kelsen (1929) waren Demokratie und Parteienstaat gleichzusetzen. Er meinte dazu: „Nur Selbsttäuschung oder Heuchelei kann vermeinen, dass Demokratie ohne politische Parteien möglich sei. Die Demokratie ist notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat“ (zit. nach Ucakar 2006, 327).

Zu Formierung von Parteien kommt es aufgrund von Interessenskonflikten, deren Grundlage bestimmte Gegensätze (sog. *cleavages*) sind. Solche Gegensätze sind etwa Kapital und Arbeit (Klassengegensatz), nationale bzw. territoriale, kulturelle oder ethnische Cleavages. Die Formierung von Parteien wird von unterschiedlichen Ansätzen interessen- und konfliktdefiniert erklärt. Es ist die Opposition gegenüber dem gegenwärtigen Zustand oder abweichen-

des Verhalten, der mit Forderungen nach Veränderungen verbunden, zur Entstehung von Parteien führt (vgl. Schultze 2005, 656f.). Ergänzend muss noch auf ein Charakteristikum hingewiesen werden: Parteien entstehen in der Regel nicht als temporäre Einrichtungen, sondern sind auf Dauer angelegt (vgl. Schubert und Klein 2006, 224).

US-Amerikanische Parteientheorien betrachten Parteien aus der Sichtweise des Rational Choice-Ansatzes. Demnach sind Parteien nutzenmaximierende Akteure, die nach Wiederwahl (*re-election/vote*), Ämtern (*office*) und nach Durchsetzung von politischen Inhalten (*policy*) streben (vgl. Lindberg, Rasmussen, und Warntjen 2008, 1110). Auch Carter, Luther und Poguntke (2007, 1ff.) betrachten Parteien als Organisationen, die nach den „klassischen“ Zielen *office*, *vote* und *policy* streben. Diese Annahme von Parteien als nutzenmaximierende Akteure liegt den bisherigen Überlegungen zugrunde. Aus diesem Verständnis ist nachvollziehbar, warum vermutet wird, dass Parteien ihre Anstrengungen eher auf die für die jeweiligen Ziele wichtigste Ebene konzentrieren.

Parteien können nach den bisherigen Ausführungen als organisierte Zusammenschlüsse von gleichgesinnten Bürgern verstanden werden, die ihre politischen Vorstellungen und Partikularinteressen durch Machtbeteiligung als Allgemeines durchzusetzen versuchen. In Wettbewerbsdemokratien streben sie dazu nach Stimmenmaximierung (*votes*), wichtigen politischen Ämtern (*offices*) und der Durchsetzung politischer Inhalte (*policies*). Ihnen kommt im politischen System auch eine gesellschaftliche Funktion zu: die Vermittlung zwischen Bürgern und der politischen Entscheidungsebene.

Diese Zusammenfassung der wichtigsten Elemente der Definition des Terminus Partei betrachtend, ist eine weitere Klarstellung erforderlich. In dieser Arbeit werden unter Parteien, wie sie hier definiert wurden, nationale, mitgliedstaatliche, in diesem Fall österreichische politische Parteien verstanden. Europäische Parteien bzw. Europarteien sind davon zumindest analytisch zu unterscheiden, selbst wenn sie aus der Kooperation nationaler Parteien gebildet werden. Dennoch können europäische Parteien nicht lediglich als Summe nationaler Parteien verstanden werden. Lindberg, Rasmussen und Warntjen (2008, 1112) verweisen auf die höhere Komplexität der Parteienlandschaft auf europäischer Ebene. Sie unterscheiden zwischen transnationalen Parteien, europäischen Parteiföderationen und nationalen Parteidelegationen im Europäischen Parlament. Von einer transnationalen Partei ist bei Repräsentanten in den EU-Institutionen, die von der gleichen Parteienfamilie stammen, die Rede. Im EP sind das bspw. Parteiengruppen bzw. Fraktionen. Europäische Parteiföderationen hingegen bezeichnen Organisationen auf europäischer Ebene, die außerhalb der EU-Institutionen tätig sind. Nationale Parteidelegationen im EP umfassen alle MEPs der selben nationalen Partei.

In den Verträgen wird die spezielle Rolle politischer Parteien erstmals im Maastrichtvertrag hervorgehoben. In Artikel 138a heißt es:

Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen (Amtsblatt der Europäischen Union Nr. C 191 1992).

Nachdem der Maastrichtvertrag die Bedeutung politischer Parteien hervorhob, transformierten sich die europäischen Parteiföderationen zu europäischen Parteien. Zu echter transnationaler Parteienpolitik hat das aber nicht geführt – deshalb können europäische Parteien besser als Netzwerke gleichgesinnter nationaler Parteien verstanden werden, die den Informationsaustausch sowie das Vorantreiben von politischen Inhalten erleichtern sollen (vgl. Raunio 2007, 251). Auch für Hix (2008, 1255) schließen sich Parteien aus diesem Grund zusammen: Probleme des gemeinsamen Handelns sollen gelöst werden.

Während also politische Parteien auf nationaler Ebene als Zusammenschlüsse von gleichgesinnten Bürgern definiert wurden, werden europäische Parteien als Zusammenschlüsse gleichgesinnter Parteien verstanden. Dieser Unterschied bringt das Wesen von europäischen Parteien zum Ausdruck. Sie dienen zur Zusammenarbeit von nationalen Parteien auf europäischer Ebene. Darum werden sie auch oft europäische Parteienverbände genannt. Andere Funktionen erfüllen sie nur indirekt: Die Verbindung der Bürger mit der politischen Entscheidungsebene kann für Europarteien nur gelten, wenn sie diesbezüglich als eine Art Verlängerung nationaler Parteien gesehen werden.

In dieser Arbeit werden Europarteien bzw. europäische Parteien als institutionalisierte Zusammenschlüsse nationaler politischer Parteien auf europäischer Ebene zu Kooperationszwecken verstanden. Die Unterscheidung und Kategorisierung in transnationale Parteien, europäische Parteiföderationen und nationale EP-Delegationen werden zwar als richtig erachtet, für die weitere Untersuchung sollen sie aber nicht näher erläutert werden. Es soll bei dieser Klärung des Begriffes bleiben, auch wenn klar ist, dass die Europarteien nicht völlig gleich sind und sie ständige Veränderungen und Anpassungen vornehmen. Gerade die voranschreitende europäische Integration hat von den lockeren Verbindungen zwischen Schwesterparteien in den 1950ern zur Herausbildung europäischer Parteien (im oben erwähnten Sinne) geführt (vgl. Maurer und Mittag 2007, 169).

3.1.2 Mehrebenensystem

Bei einer Auseinandersetzung mit Vorgängen in der Europäischen Union ist immer von mehreren Ebenen die Rede und häufig wird die EU als „Mehrebenensystem“ bezeichnet. Dieser Terminus bezeichnet politische Systeme mit mindestens zwei hierarchisch angeordneten

Ebenen, wobei die untere Ebene bei der Entscheidungsfindung der oberen Ebene mitwirkt. Das ist auch umgekehrt möglich, trifft allerdings bei der EU, wo dieser Begriff am häufigsten Anwendung findet, nicht zu (vgl. Holzinger 2005, 553). Im Mehrebenensystem sind also mehrere Ebenen miteinander verflochten. Mit der Definition von Mehrebenenverflechtung von Schubert und Klein (2006b, 194) wird die gegenseitige Abhängigkeit der Ebenen noch stärker hervorgehoben. Die Erreichung politischer Ziele ist demnach nur mehr unter Beteiligung mehrerer Ebenen am Entscheidungs- und Umsetzungsprozess möglich.

Wenn nun der Begriff des europäischen Mehrebenensystems in dieser Arbeit verwendet wird, dann schließt das neben der EU-Ebene auch die nationale und regionale Ebene ein. Die EU-Ebene wird öfters in dieser Arbeit auch europäische Ebene genannt und meint alle Vorgänge, die innerhalb des politischen Systems der EU – also innerhalb der Institutionen und Organisationen sowie deren Umfeld - stattfinden. Zum Umfeld gehören z.B. europäische Parteiföderationen, die außerhalb der EU-Institutionen tätig sind, aber trotzdem Einfluss auf Vorgänge innerhalb dieser Institutionen haben. Mit nationaler Ebene sind dagegen Vorgängen gemeint, die in den nationalen politischen Arenen passieren. Im Falle Österreichs ist alles im politischen System Österreichs gemeint. Äquivalent zum Begriff der nationalen Ebene wurden und werden auch die Bezeichnungen mitgliedstaatliche oder, im konkreten Fall, österreichische Ebene verwendet.

3.1.3 Principal-Agent-Theorie

Nachdem das Verständnis des Terminus Partei erläutert und die Verfolgung ihrer drei Grundziele sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene verortet wurde, bleibt nun noch das Verhältnis der Parteebenen zueinander zu klären. Wie bereits eingangs erläutert werden Parteien in ihrem Handeln als ebenenübergreifend verstanden, wobei die nationale das Zentrum bildet, da sie der Schlüssel zur Beeinflussung von Entscheidungen auf beiden Ebenen ist. Viele wissenschaftliche Beiträge wenden die Principal-Agent-Theorie (PAT) an und formulieren so die Beziehung verschiedener Akteure auf der gleichen oder unterschiedlichen Ebene zueinander. In diesem Fall handelt es sich um die Beziehung eines Auftraggebers (*Principal*), der Befugnisse an einen Stellvertreter bzw. Vertreter, Auftragnehmer oder Beauftragten (*Agent*) abgibt. So geht es bei der PAT im Grunde um die Kontrollproblematik bei der Delegation von Aufgaben und Befugnissen (vgl. Eberle 2005, 794).

Van Houten (2009) untersuchte das Verhältnis von regionaler zur nationalen Ebene bei politischen Parteien und stellte diese Problematik gut dar. Nationale Parteien profitieren demnach als Auftraggeber von der Delegation von Aufgaben an die regionale Ebene - Bereitstellung von Informationen, Expertise und Glaubwürdigkeit bei nationalen Wahlen (vgl. ebd., 141). Sie müssen jedoch sog. Vertreterkosten (*agency costs*) in Kauf nehmen. Dazu zählen das Risiko von verborgenen Informationen und Handlungen (*hidden information and action*) des sowie Interessenskonflikten mit dem Stellvertreter. Um diese Vertreterkosten bzw. die

Risiken zu minimieren, sind Kontrollmechanismen notwendig: Selektion und Screening von Vertretern, (formelle und informelle) Verträge, finanzielle Faktoren, Sanktionen und institutionelle Kontrolle. Diese Kontrollmechanismen können aber selbst Kosten verursachen (vgl. ebd., 144ff.). Auch wenn van Houten die Principal-Agent-Theorie auf die Befugnisübertragung von nationaler auf die regionale Ebene untersuchte und die europäische Dimension nicht explizit erwähnt wird, so sind seine Ergebnisse zur Kontrollproblematik aber für Delegationen auf allen Ebenen gültig.

Innerhalb von Parteien befindet sich die Auftraggeberseite auf nationaler und die Vertreterseite auf europäischer Ebene. Für Müller (2002, 110ff.) trifft das selbst auf die intergouvernementale Seite zu, wo doch Regierungschefs und Minister handeln, die selbst der nationalen Parteiführung angehören. Ihr Handeln bezeichnet er als *two level-game*. Es werden auf EU-Ebene nur Positionen eingenommen bzw. solche vertreten, die in der nationalen Arena akzeptabel sind, denn er ist als Mitglied der Regierung nicht nur dem Parlament verpflichtet, sondern als Vertreter seiner Partei auch der Parteibasis. Die Parteizugehörigkeit ist auch bei der Betrachtung supranationaler Institutionen der EU ausschlaggebend. Pollack (1999, 99ff.) kam bei seiner Untersuchung der supranationalen Institutionen der Union zum Schluss, dass die PAT nicht angewendet werden kann, wenn man nationale Regierungen als Auftraggeber versteht. Sie sind es nämlich nicht, die Vertreter direkt für diese Institutionen auswählen (z.B. MEPs), sondern sie setzen sich aus politischen Parteien zusammen, die eine solche Auswahl vornehmen. Dieses Auswahlverfahren ist ein zentrales Kontrollinstrument nationaler Parteien gegenüber ihren Vertretern auf europäischer Ebene. Braghiroli (2008) fand bei seiner Untersuchung des Einflusses nationaler Parteien auf die täglichen Aktivitäten von Europaparlamentariern heraus, dass die Listenerstellung für Wahlen zum Europäischen Parlament die Garantie für Parteidisziplin von Seiten der MEPs ist. Relevante Faktoren sind hierbei das Wesen des Wahlsystems (z.B. kandidatenzentriertes oder Listenwahlrecht) sowie der Grad an Zentralisierung oder Föderalismus innerhalb der einzelnen Parteien (vgl. ebd., 9f.). Er untersuchte die zwölf wichtigsten nationalen Parteidelegationen aus sechs Ländern in der fünften und sechsten Gesetzgebungsperiode des EP. Dabei kam er zum eindeutigen Ergebnis, dass die Parteidisziplin der MEPs mit der Chance der Wiederwahl korrelieren: „[T]he higher the MEPs' level of loyalty towards their national party delegation, the higher the likelihood of their re-election“ (ebd., 38).

Im konkreten Fall der Europaparlamentarier kann es auch mehrere Auftraggeber geben – je nach Anreizen und Sanktionsmöglichkeiten. So werden bspw. die Positionen in den EP-Ausschüssen über die Fraktionen vergeben (vgl. ebd., 6ff.). Es ist also anzunehmen, dass die Fraktionsführer mittels dieser Anreize Kontrolle ausüben und zu einem bestimmten Grad Parteidisziplin erzwingen können.

Nationale Parteien können also als Auftraggeber (*Principal*) in einer Principal-Agent-Beziehung betrachtet werden. Welche Teile davon die Kontrolle über die Stellvertreter ausüben und wie sich die untersuchten Parteien diesbezüglich unterscheiden, wird bei der Betrachtung der einzelnen Parteien in Punkt 3.2.3 klarer. Eine Problematik wird jedoch schon jetzt bei konsequenter Verfolgung vom Gedanken Pollacks (1997) ersichtlich. Er verweist darauf, dass Regierungen aus Parteien bestehen und diese die wahren Auftraggeber sind. Weiter gedacht bedeutet das aber, dass womöglich auch Parteien selbst nicht als Auftraggeber zu betrachten sind, da sie aus verschiedenen Bündeln, Flügeln, etc. bestehen.

3.1.4 Agenda Shaping

Da im Zentrum dieser Arbeit die Agenda Shaping-Strategien österreichischer Parteien auf EU-Ebene stehen, muss natürlich auch das Verständnis dieses Begriffes erläutert werden. Die herausgearbeiteten Aspekte dienen als Gerüst für die Untersuchung, worauf die Forschungsfragen und Arbeitshypothesen in weiterer Folge ausgerichtet sind.

Um zu verstehen, worum es bei Agenda Shaping geht, muss erst einmal der Begriff Agenda Setting (auf Deutsch: Themensetzung) definiert werden. Kingdons (1995) Minimaldefinition zufolge geht es bei Agenda Setting darum, Politiker zur Beschäftigung mit Problemen zu bewegen (1995, 3). Etwas umfassender beschreibt der Terminus die Bestimmung der Inhalte auf einer Tagesordnung (=Agenda). Dabei kann es sich sowohl um ein positives als auch negatives Vermögen handeln. Agenda Setting findet in der Initiierungsphase des *policy cycle*¹ statt und umfasst Schritte der Problemerkennung, Prioritätensetzung, der Festlegung der Art und Weise der Erörterung des Problems sowie der Abstimmungsverfahren und –kriterien. Agenda Setting-Fähigkeit, also Einfluss auf all diese Schritte, setzt Macht voraus. Bei den Akteuren, die als Agenda Setter tätig werden, unterscheidet man zwischen punktuellen und kontinuierlichen Akteuren (vgl. Schubert 2005, 5f.).

Diese allgemeinen Definitionen von Agenda Setting umfassen schon sehr viele wichtige Punkte, werden aber durch weitere Aspekte, je nach Anwendung auf ein bestimmtes Feld oder eine bestimmte Institution, ergänzt. Pollack (1997) analysierte die supranationalen Institutionen der EU auf ihre Themensetzungsfunktion hin. Dabei unterscheidet er zwischen formellen und informellen Agenda Setting. Während ersteres mit der formellen (im Sinne von prozessualen oder verfahrensmäßigen) Befugnis und Macht eines Akteurs zusammenhängt, beschreibt informelles Agenda Setting die Fähigkeit eines sog. *policy entrepreneur*² die in-

¹ Der Begriff *policy cycle* wird im Lexikon der Politikwissenschaft mit Politikfeldanalyse gleichgesetzt. Für die Verwendung in dieser Arbeit genügt es, wenn der Terminus *policy cycle* – anlehnend an einen

² Als *policy entrepreneur* können – anlehnend an Kingdon (1984) – als Akteure des Agenda Settings verstanden werden, die drei Aspekte verfolgen: (1) Das Schaffen von Aufmerksamkeit für ein Thema

haltliche Agenda (*substantive agenda*) einer Organisation durch Definition von Themen zu setzen (vgl. Pollack 1997, 121). In der EU besitzt bspw. die Europäische Kommission aufgrund ihres Initiativmonopols formelle Agenda Setting-Macht. Diese Macht wird aber wiederum durch verschiedene institutionelle Einflüsse bestimmt. So sind institutionelle Bestimmungen ausschlaggebend, die regeln, wer Vorschläge zur Initiativen überhaupt unterbreiten darf, wie darüber abgestimmt wird oder wer sie abändern kann (vgl. ebd., 121ff.).

Auch die einzelnen Institutionen der EU können als Akteure im Themensetzungsprozess betrachtet werden. Hix (2002) beschreibt bspw., wie das Europäische Parlament die Agenda bei den Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam beeinflusst hat. Obwohl es keine formelle Macht besaß, konnte es durch Ausreizung der Bestimmungen (*rule interpretation*) im legislativen Prozess der EU, wie sie im Maastrichtvertrag festgelegt wurden, die Themen für die folgenden Vertragsverhandlungen aufbereiten. Die Beschäftigung mit den einzelnen Institutionen als Agenda Setter bei Vertragsverhandlungen ist sehr interessant und hebt Aspekte hervor, die auch bei der Analyse von Parteien als Akteure der Themensetzung mitgedacht werden sollen – z.B. die Unterscheidung zwischen formellen Regeln und wie sie letztlich angewandt werden. Dennoch würde eine intensivere Auseinandersetzung zu weit vom eigentlichen Untersuchungsgegenstand wegführen. Den Kern dieser Arbeit bilden nämlich Parteien als wichtige Akteure und deren Strategien.

Einschätzungen und Analysen des Einflusses von Akteuren auf die Agenda kommen oft zu einem unrichtigen Schluss, weil ihr Agenda Setting-Verständnis zu kurz greift. Tallberg (2003) stellte diesen Mangel in der bestehenden Literatur über die EU-Ratspräsidentschaft fest. Oft wird ihr aufgrund des fehlenden Initiativrechtes, der Vorgabe von Themen durch die vorangegangene Präsidentschaft, die Notwendigkeit auf plötzliche Krisen zu reagieren sowie die in den Verträgen vorgesehene – und durch Sozialisation geförderte - Neutralität nur beschränkten Einfluss auf die Agenda attestiert (vgl. ebd., 1ff.). Solch ein Verständnis betrachtet lediglich das Agenda Setting. Tallberg weitet sein Verständnis auf Agenda Shaping (Themengestaltung) aus. Das Setzen von Themen (*agenda setting*) ist demnach nur ein – wenn auch wichtiger – Teil der Einflussnahme auf die Agenda. Das „Gestalten“ der Agenda umfasst auch das Strukturieren (*agenda structuring*) und das Ausschließen von Themen (*agenda exclusion*). Dabei wird in all den drei Aspekten auch die informelle Macht miteinbezogen – einmal spielt sie eine größere, dann wieder eine geringere Rolle (vgl. ebd., 4f.).

bzw. Problem, (2) die Ausarbeitung von inhaltlichen Vorschlägen und (3) das Wahrnehmen von günstigen politischen Gegebenheiten für die Themensetzung (*windows of opportunities*)(zit. nach Tallberg 2003, 6).

Agenda Setting ist im Agenda Shaping-Konzept Tallbergs als charakteristische Aktivität von Policy Entrepreneuren anzusehen, wobei sie für erfolgreiches Agenda Setting erstens für die Anerkennung eines Problems sorgen, zweitens Lösungsvorschläge vorbereiten und diese bei passendem politischen Klima pushen müssen (vgl. ebd., 6f.).

Beim Strukturieren der Agenda wird Einfluss über das Setzen von Schwerpunkten genommen bzw. überhaupt entschieden worüber nicht nur diskutiert, sondern auch abgestimmt wird. Dabei können formelle bzw. prozedurale Möglichkeiten, aber auch informelle Treffen auf die genaue Zusammensetzung der Agenda wesentlichen Einfluss nehmen. Dieser Punkt ist vor dem Hintergrund, dass nur wenige Themen völlig neu auftreten, als wichtig zu erachten (vgl. ebd., 8ff.).

Das Ausschließen von Themen (*agenda exclusion*) kann nach Tallberg drei Formen annehmen: erstens, gewisse Themen bei gemeinsamen Verhandlungen gar nicht erst zu inkludieren, zweitens, sich schon auf der Tagesordnung befindliche Punkte auszuschließen und, drittens, Entscheidungen über Punkte auf der Tagesordnung zu verschieben (vgl. ebd., 11ff.). Dieses Ausschließen von Themen ist genau das negative Vermögen, worauf bei der Agenda Setting-Definition zu Beginn dieses Punktes schon hingewiesen wurde. Ein breit gefasster Agenda Setting-Begriff beinhaltet also auch Aspekte, die bei Tallberg (2003) unter dem umfassenderen Konzept von Agenda Shaping als Agenda Setting, Structuring und Exclusion getrennt voneinander angeführt werden. Diese Erweiterung kann als sinnvoll angesehen werden und für die weitere Untersuchung nützliche Analysekategorien darstellen. Es wird folglich nicht lediglich das Setzen von Themen aufgrund formeller Regeln untersucht, sondern das Ringen um Themen auf der Agenda als Gesamtes analysiert. Die Unterteilung des Agenda Shaping-Konzeptes dient als hilfreiches Konstrukt.

Ebenso als hilfreich kann der theoretische Rahmen von Princen (2011) angesehen werden. Das Fehlen eines solchen bemängelt er an den zahlreichen, bisherigen Agenda Setting-Untersuchungen in der EU, die sich jeweils nur auf Strategien einzelner Akteure konzentrieren. Akteursübergreifend identifiziert er Strategien, die sich auf die zwei Herausforderungen, nämlich dem Erlangen von Aufmerksamkeit (*gaining attention*) und das Aufbauen von Ansehen bezüglich der Problemlösungskompetenz in einem bestimmten Bereich (*building credibility*), beziehen. Um erfolgreich Aufmerksamkeit zu erlangen, gilt es einerseits die Partizipation zu kontrollieren: Unterstützer der eigenen Anliegen sollen mobilisiert, Gegner von der Teilnahme abgehalten werden. Andererseits hängt das in der Europäischen Union auch immer mit der Problemdefinition, also wie das Thema gerahmt (*framing*) wird, zusammen. Sie muss je nach Schauplatz (Institution, Gremium, etc.) anders erfolgen (vgl. ebd., 3). Beim Aufbau von Problemlösungskompetenz müssen Entscheidungsträger überzeugt werden, dass auf europäischer Ebene ausreichend Expertise vorhanden und sie besser als andere internationale Arenen geeignet ist, das konkrete Thema zu behandeln. Das trifft selbst zu,

wenn die EU durch die vertraglichen Regelungen die eindeutig rechtliche Kompetenz dazu hat (vgl. ebd., 4). Bei jeder dieser Herausforderungen können Akteure zwei Faktoren beeinflussen: den Rahmen (*frame*) und den Schauplatz (*venue*). Somit ergeben sich vier Strategien beim Agenda Setting in der EU.

	<i>Venues</i>	<i>Frames</i>
Gaining attention	Mobilizing supporters	Arousing interest
Building credibility	Capacity-building	Claiming authority

Tabelle 1: Vier Strategien im EU Agenda-Setting nach Princen (2011, 5)

Die erste Strategie zielt auf die Mobilisierung von Unterstützern ab (*mobilizing supporters*), wobei entweder der am besten geeignete Schauplatz auf EU-Ebene (horizontales *venue shopping*) oder die für die eigenen Anliegen empfänglichste Stelle auf verschiedenen Ebene im europäischen Mehrebenensystem ausgesucht wird (vertikales *venue shopping*). Bei Venue Shopping wird somit der beste der verfügbaren Schauplätze für die Mobilisierung von Unterstützern gewählt. Das kann auf europäischer Ebene zwischen verschiedenen Generaldirektionen der Europäischen Kommission oder Ratsformationen geschehen, die oft das selbe Thema behandeln, jedoch einen völlig unterschiedlichen Zugang dazu haben. Vertikales Venue Shopping ist ebenso eine Form, Widerstände an einer Stelle zu umgehen. Es ist jedoch nicht auf die EU-Ebene begrenzt, sondern schließt auch andere internationale Organisationen ein (z.B. OECD, WHO, UN, etc.). Sollte jedoch überhaupt kein geeigneter Schauplatz zur Verfügung stehen, so können auch bestehende Venues geändert werden (*venue modification*) (vgl. ebd., 5ff.).

Beim zweiten von Akteuren kontrollierbaren Faktor – *frame* – zielt die Strategie auf das Schaffen von Aufmerksamkeit durch Wecken von Interesse ab (*arousing interest*). Bei erfolgreichen Strategien geschieht das durch das Verbinden des spezifischen Themas bzw. Problems mit allgemeinen bzw. allgemein gültigen Werten sowie durch kleine Maßnahmen auf technischer Ebene (*big words & small steps*) (vgl. ebd., 7ff.). Wie bereits darauf hingewiesen wurde, müssen bei beiden Vorgehensweisen zur Schaffung von Aufmerksamkeit sowohl Unterstützer mobilisiert als auch potentielle Gegner demobilisiert werden.

Bei der zweiten Herausforderung des Agenda Settings auf EU-Ebene nach Princen (2011) – dem Bilden von Ansehen bezüglich der Problemlösungskompetenz (*building credibility*) – wenden Agenda Setting-Akteure zwei Strategien an. Erstens, muss die Leistungsfähigkeit aufgebaut werden (*capacity building*), indem Befürworter und Experten zusammengebracht werden. Das kann sowohl innerhalb der EU-Institutionen (z.B. in den sog. Intergroups des EP) als auch außerhalb (z.B. über Plattformen, Netzwerke, Expertenvereinigungen) geschehen (vgl. ebd., 9f.). In weiterer Folge muss dann, zweitens, die Zuständigkeit beansprucht werden. Soll das Thema auf europäischer Ebene behandelt oder das Problem dort gelöst

werden, so muss es als „europäisch“ verstanden werden. Es wird entweder mit einer bereits bestehenden Regelung verknüpft. Die vier Grundfreiheiten sind dabei ein beliebter Referenzpunkt. Oder es wird darauf verwiesen, dass dieses spezifische Problem eine gemeinsame Herausforderung darstellt und deswegen gemeinsam gelöst werden muss:

The basic argument in these cases is that if member states face common problems, there are benefits to be reaped from tackling them together (2011, 12).

Der theoretische Rahmen von Princen (2011) ist sehr hilfreich für die Analyse von EU-Agenda-Setting-Strategien von Akteuren wie politischen Parteien. Sowohl die breiter gefassten Begriffe als auch Tallbergs (2003) Konzept von Agenda Shaping, weist auch er explizit auf das negative Vermögen hin – *agenda blockage* –, das anhand der selben vier Strategien erfolgt, wie das Agenda Setting selbst. Nichtsdestotrotz gibt es einige Aspekte, die bei der Untersuchung von nationalen politischen Parteien als Akteure zu berücksichtigen sind. Wie bereits in dieser Arbeit klar gemacht wurde, sind politische Parteien nicht nur auf einer Ebene tätig. Darum müssen sie auch als ebenenübergreifende Akteure wahrgenommen werden. Nach unserem Verständnis sind sie dazu noch nutzenmaximierende Akteure, die ihre *votes*- und *offices*-Tätigkeiten auf nationaler und ihre *policies*-Bestrebungen auf EU-Ebene verfolgen. Auch wenn diese strikte Trennung zwischen den drei Funktionen von Parteien und der zwei Ebenen aus methodischen Gründen angenommen wird, muss auf Vermischungen hingewiesen werden. Gerade in Zeiten von (nationalen) Wahlen verfolgen Vertreter auf EU-Ebene nicht immer das Ziel, möglichst viel ihrer politischen Inhalte durchzubringen. Innenpolitische Strategien bestimmen generell die vertretenen Positionen auf europäischer Ebene, worauf Müller (2002, 110ff.) verweist. Es werden nur Positionen eingenommen, die in der nationalen Arena vertretbar sind und sich dort auch kommunizieren lassen (*position taking* und *blame shifting*).

3.2 Unterscheidungsfaktoren

Schon bei der Definition der verwendeten Begriffe und bei der Auseinandersetzung mit theoretischen Zugängen zur Thematik können einige Faktoren abgeleitet werden. Es wird die Vermutung geäußert, dass sich die Strategien österreichischer Parteien anhand dieser Faktoren unterscheiden. Nun werden drei davon näher herausgearbeitet, die als Erklärung für etwaige unterschiedliche Strategien dienen können.

3.2.1 Regierungsbeteiligung

Die Beteiligung an einer Regierung, in unserem Fall der österreichischen Bundesregierung, wird als wichtiger Faktor für die Unterscheidung der Agenda Shaping-Strategien österreichischer Parteien betrachtet. Diese Vermutung leitet sich einerseits aus der Veränderung im innerstaatlichen Machtgefüge zugunsten der Exekutive ab. Sie ist in vielfacher Weise direkt in

die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene involviert. So treffen sich z.B. die Staats- und Regierungschefs mindestens vier Mal pro Jahr im Europäischen Rat zu Verhandlungen. Die Minister der jeweiligen Ressorts sind im Ministerrat vertreten und treten als Mitgesetzgeber auf. Die Exekutive nimmt aber auch indirekt, z.B. über die Nominierung von wichtigen Ämtern Einfluss. Die Bundesregierung nominiert den Kandidaten für den Kommissionsposten und den Vertreter im Europäischen Gerichtshof (EuGH), ebenso wie den Botschafter, der im Ausschuss der Ständigen Vertreter (COREPER) tätig ist.

Müller (2002, 101) stellt also korrekt fest, dass der durch den EU-Beitritt eingetretenen Souveränitätsverlust durch neue Mitbestimmungsmöglichkeiten der Exekutive kompensiert wurde. In ähnlicher Weise verorten Pollak und Slominski (2002) das politische Agenda Setting-Zentrum bei den Exekutiven. Das sei nämlich „weitgehend Sache einer intransparenten Mischung von europäischen und nationalen Exekutiven“ (ebd., 178). Auch für Hix (2008, 1260) ist die Themensetzungsmacht sowohl auf nationaler wie auch europäischer Ebene ein wichtiger Grund, warum nationale Exekutivämter bevorzugterweise angestrebt werden. Für die Zielverfolgung auf europäischer Ebene, deren Voraussetzung das Agenda Setting/Shaping ist, sind also Exekutivämter auf nationaler Ebene von entscheidender Bedeutung. Welche Ziele verfolgt und welche Prioritäten gesetzt werden, unterscheidet sich natürlich je nach Regierungskonstellation. Zwar werden von der Regierung offiziell die nationalen Interessen vertreten, „die Frage, was die nationalen Präferenzen sind, kann von verschiedenen Regierungsparteien und verschiedenen Ressorts/Ministerien unterschiedlich beantwortet werden“ (Müller 2002, 111). Nach Müller (vgl. ebd., 110ff.) tragen Koalitionsregierungen, wie sie in fast allen EU-Mitgliedstaaten zu finden sind, Zentrifugalkräfte in zweierlei Hinsicht in sich. Erstens gibt es divergierende Interessen aufgrund der Heterogenität der Minister. Die verfolgten Präferenzen unterscheiden sich aufgrund klassischer Ressortstandpunkte – sowohl auf mitgliedstaatlicher als auch europäischer Ebene. Zweitens führen die unterschiedlichen politischen Werte der Parteien zu politischer Heterogenität. Es kann also sowohl zwischen den Ressorts als auch Koalitionsparteien zu Konflikten über die Präferenzen kommen. Sie äußern sich entweder über die Regelungsinhalte selbst oder über die zu wählenden Strategien zur Durchsetzung auf EU-Ebene.

In Regierungen gibt es also keine einheitlichen Präferenzen, weder in Alleinregierungen aufgrund unterschiedlicher Ressortstandpunkte und schon gar nicht in Koalitionsregierungen, da sich die politischen Werte der Partner unterscheiden. Dennoch wird klar, dass die Beteiligung an einer Regierung viele Möglichkeiten für die Beeinflussung der Vorgänge auf europäischer Ebene eröffnet. Das gilt besonders für das Gestalten der Agenda, da Oppositionsparteien weder Zugang zu relevanten Entscheidungsgremien noch zu ministeriellen Informationen haben. Aus den Überlegungen Müllers lässt sich schließen, dass die Verteilung der Portfolios bzw. Ministerien unter den Koalitionsparteien für die Agenda Shaping-Tätigkeiten der Parteien ebenfalls ausschlaggebend sind. Die interessante Frage würde hierbei lauten, wie

das die Strategien in den einzelnen Themenbereichen beeinflusst? Oder anders ausgedrückt: Wie versuchen Regierungsparteien Themen auf der europäischen Agenda zu gestalten, deren Minister sie nicht stellen? Diese Frage stellt zwar einen interessanten Teilaspekt der Thematik dar, den Schwerpunkt der Arbeit bildet er aber nicht. Darum kann eine Beantwortung dieser Fragen höchstens teilweise erfolgen.

Der Zugang zu relevanten Gremien und der Informationsvorsprung sind die Gründe, warum eine Regierungsbeteiligung auch das interne Machtverhältnis in einer Partei bestimmt. Das geschieht, indem es die Personen in exekutiven Ämtern (*party in public office*) stärkt. Der Einfluss von parlamentarischen EU-Sprechern, Mitglieder des EU-Ausschusses und der EP-Delegationsleiter (*parliamentary party*) ist dagegen bei Oppositionsparteien größer. Das Machtgefüge innerhalb einer Partei, also das Verhältnis zwischen *party in public office* und der *parliamentary party*, wird durch die Beteiligung an einer Regierung bestimmt (vgl. Luther 2007, 38). Das lässt sich vor allem beobachten, wenn es zu einem Rollenwechsel der Parteien kommt:

[W]hen a governing party moves into opposition it loses a lot of its sources of EU information and regularized contacts, which strengthens the intra-party significance of the parliamentary party and of EU specialists such as delegation leaders, but also of international secretaries (ebd., 38).

Das Innehaben eines Amtes (*incumbency*) ist für Luther der signifikanteste Faktor für innerparteiische Macht. Darüber hinaus verleiht es den Vertretern aber auch nach Außen mehr Wichtigkeit. Das trifft vor allem auf Treffen innerhalb der europäischen Partei zu, wo Parteiführer als Regierungschefs durch ihre gleichzeitige Präsenz im Europäischen Rat mehr Einfluss besitzen (vgl. ebd., 46f.).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die hier angeführten Punkte unterschiedliche Strategien bei der Beeinflussung der Agenda auf EU-Ebene nahe legen. So besitzt die Exekutive weitaus mehr Macht, wenn es zu EU-Fragen kommt. Der Zugang zu relevanten Gremien, (ministeriellen) Informationen sowie zu regelmäßigen Kontakten bleibt den Oppositionsparteien versagt. Die Regierungsparteien profitieren beide davon, ohne dass sie ihre eigenen Präferenzen aufgeben. Darüber hinaus sind die Machtverhältnisse innerhalb von Regierungsparteien andere, als innerhalb von Oppositionsparteien. Auch das legt nahe, dass sich die EU-Strategien unterscheiden. Zuallerletzt sei auf den weitaus höheren Einfluss von nationalen Parteien, die den Regierungschef in ihrem eigenen Land stellen, auf die Europartei hingewiesen. Der Parteiführer einer österreichischen Partei ist also in seiner Europartei weitaus wichtiger, wenn er das Amt des Bundeskanzlers inne hat. Vermutlich gilt das mit Abstufungen auch für andere Exekutivämter. Die Mitgliedschaft in einem europäischen

Parteienverbund selbst wird in dieser Arbeit getrennt von der Regierungsbeteiligung als Unterscheidungsfaktor für Agenda Shaping-Strategien betrachtet.

3.2.2 Europartei

Die Mitgliedschaft in einer Europartei wird ebenfalls als Einflussfaktor auf die Agenda Shaping-Strategien nationaler Parteien angesehen. Die Organisiertheit ist ein Merkmal von Parteien nach strukturellen Definitionen (vgl. Niedermayer 2007). Wie die Formation von gleichgesinnten Bürgern zu Parteien dem Zweck der Interessensdurchsetzung dient, genauso erhöht auch der Zusammenschluss von nationalen Parteien zu Europarteien die Wahrscheinlichkeit, politische Inhalte durchzusetzen. Europarteien bringen aber nicht nur Vorteile hinsichtlich der *policy*-Bestrebungen, auch der Zugang zu wichtigen Posten erfolgt über sie. Wie Braghiroli (2008, 8) sowie Lindberg, Rasmussen und Warntjen (2008, 1117f.) in diesem Zusammenhang richtig anmerken, werden die Spitzenpositionen im Europäischen Parlament (Präsident, Ausschüsse, etc.) über die Fraktionen vergeben. Die Zugehörigkeit zu einer EP-Fraktion ist also der Schlüssel zu wichtigen Positionen in dieser Institution.

Neben den politischen Inhalten und wichtigen Ämtern, die innerhalb des europäischen Parteienverbundes besser erreicht werden sollen, dienen Europarteien als Netzwerke dem Informationsaustausch. Das trifft auf alle Institutionen zu, vor allem aber auf Bereiche, wo der informelle Weg, die einzige Quelle für relevante Informationen darstellt.

Where interactions with people are the only way to get information that matters [...] connections to other colleagues become very valuable (Suvarierol 2008, 705).

Nationale Parteien, die in einer Europartei eingebunden sind, haben Zugang zu Informationen und können besser politische Inhalte durchsetzen sowie wichtige Ämter erreichen. Gegenüber Parteien ohne europäisches Parteinetzwerk haben sie vermutlich einen gewissen Vorteil beim Agenda Shaping auf europäischer Ebene. Auf jeden Fall werden durch die Zugehörigkeit zu einer institutionalisierten Europartei die Transaktionskosten der Kooperation reduziert (vgl. Ladrech 2010, 138). Die Minimierung der Transaktionskosten ist ja überhaupt erst der Grund, warum Befugnisse und Macht an eine andere Stelle abgegeben werden (vgl. Pollack 1997, 102ff.). Ob und wie solche Nachteile eines fehlenden (institutionalisierten) europäischen Parteienverbandes kompensiert werden, stellt ebenfalls einen interessanten Teilaspekt dar. Selbst bei nationalen Parteien, die keiner Europartei angehören – in Österreich in gewisser Hinsicht die Freiheitliche Partei (FPÖ) – sind Kooperationen ja nicht per se ausgeschlossen. Auf informellem Wege dürften die Kooperations- oder Transaktionskosten höher sein. Die formellen Nachteile dagegen auszugleichen ist wohl weitaus schwieriger, wie das lediglich kurzzeitige Bestehen der ITS-Fraktion rechter Parteien gezeigt hat.

Wie groß die Bedeutung von Europarteien wirklich ist, kann nicht ganz geklärt werden. Neben Vertretern, die Vorteile und die Wichtigkeit von Parteienverbänden in der EU hervorstreichen, gibt es auch Zweifel daran. Kùlahci (2010) entkräftete den Faktor Europartei mit seiner Untersuchung der Agenda Setting-Macht der europäischen Sozialdemokraten. Demnach überwiegen die negativen über die positiven Anreize beim Versuch, eine gemeinsame Linie auf europäischer Ebene zu finden. Die Heterogenität unter den kooperierenden Parteien ist schlichtweg zu groß, was sicherlich ein Grund für die Einschätzung – z.B. von Raunio (2007, 251) – ist, dass es bislang zu keiner echten transnationalen Parteienpolitik gekommen ist. Dennoch werden der Zugang zu wichtigen Positionen und Ressourcen auf europäischer Ebene als ausreichende Merkmale betrachtet, die unterschiedliche Strategien bei der Themengestaltung auf europäischer Ebene bedingen. Das bestätigt sich bei der Beleuchtung des Wechsels der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) von der Regierung in die Opposition. Durch den Verlust der Regierungsmacht blieben ministerielle Informationen größtenteils verschlossen, was die SPÖ über die transnationale Ebene kompensieren versuchte (vgl. Pollak und Slominski 2002, 93ff.).

3.2.3 Exkurs: Österreichische Parteien

Die Zugehörigkeit der österreichischen Parteien zu Europarteien soll im folgenden Diskurs für jede einzelne Partei in Grundzügen beleuchtet werden. Darüber hinaus wird bereits auf Punkt 3.2.4 Parteistruktur vorgegriffen, indem die Organisationsstruktur der Parteien dargestellt wird. Sie stellt ja auch einen Einflussfaktor auf die Themengestaltungsstrategien dar. Dabei sollen die Hintergründe soweit beleuchtet werden, dass die vermuteten Unterschiede sichtbar werden. Die Ausführungen zu den einzelnen Parteien folgen hauptsächlich den Beiträgen in Dachs et al. (Dachs u. a. 2006).

3.2.3.1 Sozialdemokratische Partei

Die SPÖ ist eine Partei, deren Anfänge bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Sie wurde 1874 als Arbeiterpartei gegründet, doch erst am Parteitag 1988/89 konnte Viktor Adler alle Arbeiterströmungen vereinen (vgl. Ucakar 2006, 322f.). Seit der Gründung hat sich die SPÖ gewandelt, gewisse Elemente blieben aber nahezu gleich. So weist die Parteiführung ein hohes Maß an Kontinuität und Zentralität auf. Werner Faymann ist erst der zehnte Vorsitzende der SPÖ seit Beginn ihres Bestehens.

Das aktuelle Organisationsstatut stammt aus dem Jahr 1998. Die kleinste organisatorische Einheit der Partei ist die Ortsgruppe, zu der alle in einer Ortsgemeinde wohnenden Parteimitglieder gehören. In größeren Ortschaften und Städten gibt es dazu noch Unterteilungen in einzelne Sektionen. Die Ortsgruppen und Sektionen bilden die Bezirksorganisation (Bezirksausschuss und –vorstand), die wiederum zur Landesorganisation (Landesparteitag und –vorstand) zusammengefasst werden. Für einzelne Bereiche gibt es Referate, z.B. für Bil-

dungs-, Frauen- oder Betriebsarbeit, die Junge Generation, etc. Außerdem gibt es noch weitere Organisationen wie den Bund Sozialdemokratischer Akademiker, Pensionisten, Bauern, etc. Das höchste Organ der SPÖ ist der Bundesparteitag, der mindestens alle zwei Jahre vom Bundesparteivorstand einberufen wird. Er setzt sich aus Delegierten der verschiedenen Ebenen, Sektionen und Organisationen zusammen, die formale Beschlüsse fassen und den aus 70 Mitgliedern bestehenden Bundesparteivorstand wählen. Dieser ist wiederum mit der Führung der Partei und der Verwaltung des Vermögens betraut. Dazu bestellt er den Bundesgeschäftsführer und schlägt den Vorsitzenden mitsamt seiner Stellvertreter vor, die gemeinsam das Parteipräsidium bilden und in geheimer Abstimmung vom Bundesparteitag gewählt werden. Obwohl die Wahl des Bundesparteivorstandes durch den Bundesparteitag erfolgt, gibt es dabei ein Nominierungsrecht der Landesorganisationen. In dringenden Fällen kann statt des Bundesparteitages der kleinere Bundesparteirat einberufen werden, der zwar ebenso durch Delegierte der Landesorganisationen usw. gebildet wird, allerdings nicht so viele Kompetenzen wie der Bundesparteitag besitzt (vgl. ebd., 328f.). Diese Struktur auf nationaler Ebene wird durch die Einbindung der SPÖ in die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) und die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Fraktion im EP erweitert.

In der SPE ist sie seit 1990 Mitglied, wo sie sich seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union engagiert. Vor jedem Europäischen Rat sowie vor manchen Ministerräten treffen sich die Parteivorsitzenden der nationalen SPE-Mitgliedsparteien, um Themen zu diskutieren. Aufgrund der im Rat vorherrschenden Realpolitik werden aber keine gemeinsamen Positionen beschlossen (vgl. Pollak und Slominski 2002, 184). Aus organisatorischer Sicht ist die SPE – wie die anderen Europarteien – ein „übernationaler Parteienzusammenschluss [...] mit eigener Organisationsstruktur und ständigem Sekretariat“ (Schubert und Klein 2006c, 273). Alle zwei Jahre findet ein Kongress statt, auf dem die Mitgliedsparteien durch eine Mindestanzahl von Delegierten und zusätzlichen Delegierten (Hälfte der Anzahl an Europaparlamentarier) vertreten sind. Der Vorstand der SPE bildet sich aus einem Vertreter pro Mitgliedspartei. Darüber hinaus findet eine halbjährliche Konferenz der Parteivorsitzenden statt und es existiert in Brüssel ein Sekretariat (Schubert und Klein 2006c, 273).

3.2.3.2 Österreichische Volkspartei

Die ÖVP ist eine Partei mit christlich-demokratischer, konservativer, föderalistischer Programmatik (vgl. Schubert und Klein 2006d, 218). Sie gründete sich 1945 als eine neue Partei, die sich mit ihrem Bekenntnis zur österreichischen Nation und zur parlamentarischen Demokratie von ihrem christlich-sozialen Vorgänger abgrenzt. Sie strukturiert sich nach dem doppelten Organisationsprinzip: territorial nach der staatlichen Gliederung in Bund, Länder, Bezirke und Gemeinden, sowie funktional in Wirtschafts-, Bauern- und Arbeiter- und Angestelltenbund sowie in Teilorganisationen für Pensionisten, Jugend und Frauen (vgl. Müller 2006, 341f.).

Diese Zusammensetzung hat zur Folge, dass es unterhalb der Bundesebene lediglich Gemeinsamkeiten aufgrund des Bundesparteiorganisationsstatutes, aber keine einheitliche Organisationsstruktur gibt. Auf der Bundesebene gibt es den Bundesparteitag, der sich aus Delegierten der Landesorganisationen, Verbände und Teilorganisationen sowie nahestehender Verbände (z.B. Akademikerbund) und Ex-officio-Mitgliedern (Regierung, Parlamentarier, etc.) zusammensetzt. Er wählt den Bundesparteiobmann, seine Stellvertreter und den Bundesfinanzreferenten. Gemeinsam mit anderen Funktionsträgern, die nicht vom Bundesparteitag gewählt werden, bilden sie den Bundespartei Vorstand. Dieser fällt alle wichtigen inhaltlichen und personellen Beschlüsse, z.B. wählt er den Generalsekretär. Für tagespolitische und dringliche Entscheidungen ist das kleinste Spitzengremium zuständig, das Bundesparteipräsidium. Darüber hinaus gibt es noch Fachausschüsse, die Landespartei sekretärkonferenz und die Bundesinformationskonferenz (vgl. ebd., 342ff.). Bei der ÖVP spielen aber nicht nur die Gremien eine wichtige Rolle, sondern auch der informelle Bereich ist zu berücksichtigen. Das trifft vor allem aufgrund der starken Stellung der Bünde – über sie erfolgt ein wesentlicher Teil der Finanzierung sowie die Mitgliedschaft in der Partei – und Länderparteien zu, die zueinander aufgrund konträrer Positionen oft im Konflikt stehen (vgl. ebd., 349ff.).

Auf europäischer Ebene ist die ÖVP Mitglied in der Europäischen Volkspartei (EVP), deren Vorgänger, die Europäische Demokratische Union, sie mitbegründet hat (vgl. Pollak und Slominski 2002, 186). Die EVP ist wie die SPE ein übernationaler Zusammenschluss mit eigener Organisationsstruktur und ständigem Sekretariat in Brüssel. Alle zwei Jahre findet ein Kongress statt, wo die Mitgliedsparteien vertreten sind. Analog zum Kongress wird der Vorstand besetzt, der das Präsidium und den Präsidenten wählt. Darüber hinaus gibt es einen Generalsekretär sowie die Konferenz der Partei- und Regierungschefs (vgl. Schubert und Klein 2006e, 102). Die MEPs der ÖVP sind in der dazugehörigen Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischer Demokraten Mitglied.

3.2.3.3 Freiheitliche Partei Österreichs

Als einzige untersuchte Partei ohne Zugehörigkeit zu einer EP-Fraktion und erst kurzer Mitgliedschaft in einer Europartei nehmen die Freiheitlichen in dieser Arbeit eine besondere Stellung ein. Ihre Tätigkeit und ihre Themengestaltungsstrategien auf europäischer Ebene werden die Ergebnisse zum Einflussfaktor der EP-Fraktion maßgeblich bestimmen. Ebenso wird der Wechsel von der Europarteilosigkeit zur Mitgliedschaft in einer solchen Aufschlüsse über die Wichtigkeit von europäischen Parteienverbänden für die Agenda Shaping-Strategien geben. Zur Gegebenheit, dass ihr drei untersuchte Parteien mit Zugehörigkeit zu einer Europartei und EP-Fraktion gegenüberstehen, kommen noch einige grundsätzliche Neuausrichtungen der FPÖ im Laufe ihrer Geschichte.

Seit kurzem sind die Freiheitlichen Mitglied in einer Europartei, der Europäischen Allianz für die Freiheit (EAF), die sie selbst mitbegründet haben. Die EAF ist eine Partei, zu der neben

der FPÖ noch andere europakritische Parteien aus Flandern/Belgien (Vlaams Belang), Schweden (Schwedendemokraten), Bremen/Deutschland (Bürger in Wut), Litauen (Ordnung und Gerechtigkeit) und dem Vereinigten Königreich (UK Independence Party) gehören (vgl. European Alliance for Freedom 2011a; European Alliance for Freedom 2011b; derStandard.at 2011). Zwar wurde die EAF vom EP als Partei anerkannt, dennoch bildet sie keine EP-Fraktion. Über ihre Strukturen kann aufgrund des erst kurzen Bestehens an dieser Stelle wenig gesagt werden, da es weder wissenschaftliche Beiträge dazu gibt noch ihre Aktivitäten ausreichend nachvollziehbar sind. Darum wird die Mitgliedschaft der FPÖ in der EAF für das Erste vernachlässigt. Erst nach den empirischen Erhebungen wird, wenn notwendig, darauf zurückgegriffen. Die FPÖ war aber schon davor einmal Mitglied in einer Europartei, nämlich bis 1993 in der Liberalen Weltunion/ Liberale Internationale. Nach dem Austritt waren sie bis vor kurzem aber weder Mitglied in einer Europartei noch einer EP-Fraktion (vgl. Pollak und Slominski 2002, 185). Eine Ausnahme bezüglich der EP-Fraktion bildet die Zeit nach dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahr 2007, als sich der damals einzige freiheitliche Europarlamentarier Andreas Mölzer für kurze Zeit in einer Fraktion mit anderen Rechtsparteien (ITS) befand. Generell kann man aber befinden, dass die FPÖ über keine bzw. eine nur sehr schwache Einbindung in einen europäischen Parteienverband verfügt.

Ebenso inkonstant ist die Ausrichtung der Freiheitlichen Partei. Luther (2006, 364f.) unterteilt die Entwicklung der FPÖ in fünf Phasen mit teilweise sehr unterschiedlicher Ausrichtung in ideologischer und thematischer Sicht wie auch im Verhältnis zu anderen Parteien. Mit all diesen Veränderungen haben sich in der Partei auch immer wieder die Gremien sowie die Organisationswirklichkeit geändert. Bei Betrachtung der Parteigremien zu einem Zeitpunkt ähnelt sie aber dennoch den anderen Parteien. Auf den unteren Ebenen ist die Partei in Ortsgruppen und Landesparteien gegliedert, die gemeinsam die Bundespartei ergeben. Das höchste Parteigremium ist der Bundesparteitag, der alle zwei Jahre tagt. Er wählt den Bundesparteiohmann, seine Stellvertreter und ggf. auf Vorschlag des Bundesparteiohmannes den geschäftsführenden Bundesparteiohmann. Dazu kommen die Mitglieder des Bundesgerichts, die übrigen Mitglieder des Bundesparteivorstandes, der Parteileitung sowie der Rechnungsprüfer. Am Bundesparteitag wird zudem das Wahlprogramm und ggf. Rahmenverträge abgeschlossen. Die zweithöchste Ebene der Partei bildet die Bundesparteileitung, die sich vierteljährlich trifft und wo alle Regierungsmitglieder, sämtliche Nationalrats-, Bundesrats-, Landtags- und EP-Abgeordneten versammelt sind. Dazu gibt es noch das Präsidium, bestehend aus Bundesparteiohmann mit Stellvertreter, Klubobmann, Generalsekretär und Landesparteiohnmänner, sowie den Bundesparteivorstand (Präsidium und zusätzlich vier vom Bundesparteitag gewählte Mitglieder, die Landtagsklubobmänner, das Mitglied des National-

ratspräsidiums, der Bundesgeschäftsführer, der Bundesfinanzreferent sowie etwaige Landeshauptmänner)³.

Neben den häufigen Statutenänderungen unterscheidet sich die FPÖ durch die starke Stellung des Bundesparteiobmannes von den anderen Parteien. Er hat in sämtlichen Gremien den Vorsitz inne, übernimmt die Vertretung der Partei nach außen und besitzt interne Weisungsbefugnis gegenüber allen Mitgliedern, Funktionären und Angestellten der Partei. Dazu erfolgt die Bestellung des Generalsekretärs auf seinen Vorschlag und er besitzt seit 1998 die Letztentscheidung über die Kandidatenlisten für Nationalrats- und EP-Wahlen. Auf die Zusammensetzung der Landtagswahllisten kann er außergewöhnlich viel Einfluss nehmen. Die Landesparteiobmänner müssen mit ihm nämlich über die Zusammensetzung Einvernehmen herstellen (vgl. ebd., 366ff.). Neben der Darstellung des formellen Aufbaus der FPÖ beleuchtet Luther (2006, 368ff.) auch die Organisationswirklichkeit. Dabei merkt er an, dass sie aufgrund der politischen Realität – Veränderungen in der ideologischen und thematische Ausrichtung, vermehrte Ressourcen durch Wahlgewinne, etc. – immer wieder abgeändert wurden. Darüber hinaus oblag die tatsächliche Bedeutung der Statuten der Ausfüllung der jeweiligen Person.

Die FPÖ kann also neben dem niedrigen Grad der Einbindung in einer Europartei auch aufgrund der überaus starken Stellung des Bundesparteiobmannes und der (zumindest bis zur BZÖ-Abspaltung) häufig ändernden Gremien von den anderen Parteien unterschieden werden. Als Gegenpol dazu können die Grünen betrachtet werden, obwohl sie eine relativ junge Partei darstellen, die gewisse Entwicklungen und Veränderungen durchlaufen hat.

3.2.3.4 Die Grünen

Organisatorisch sind die Grünen in 9 autonome Bundesländerorganisationen und eine Vertretung ethnischer Minderheiten gegliedert. Das höchste Entscheidungs- und Willensbildungsgremium ist der Bundeskongress, der mindestens einmal pro Jahr einberufen wird. An ihm nehmen 188 Delegierte teil - 9 pro Bundesland, 98 nach Bevölkerungszahl der Länder verteilte Sitze - und Mitglieder des Nationalrates, Bundesrates, der Landtage und des Bundesvorstandes. Am Bundeskongress wird über die Zusammensetzung des Bundesvorstandes entschieden, der Bundessprecher gewählt, die in den Ländern beschlossenen Wahllisten bestätigt, über Wahlvorschläge für Bundes- und Europawahlen sowie über etwaige Regierungsbeteiligungen oder -unterstützungen entschieden. Das zweithöchste Gremium ist der Erweiterte Bundesvorstand, der alle drei Monate zusammen tritt und dabei die Bundespolitik koordiniert und den Bundesgeschäftsführer wählt. Dazu entscheidet er über die Führung von Koalitionsgesprächen und bildet dafür Verhandlungsteams. Der aus maximal zehn

³ Der Begriff „Klub“ ist die österreichische Bezeichnung für eine Parlamentsfraktion.

Personen bestehende Bundesvorstand führt zwischen den Sitzungen des Erweiterten Bundesvorstandes die Geschäfte der Partei. Er besteht aus dem Sprecher, dem Bundesgeschäftsführer, Finanzreferenten, vier vom Bundeskongress gewählte Mitglieder und je ein Mitglied vom Parlamentsklub, der Grünen Bildungswerkstatt und der etwaigen Regierungsmitglieder. Der Bundesvorstand ist dem Erweiterten Bundesvorstand und dem Bundeskongress verantwortlich. Die Bundestagung kümmert sich schließlich um strategische Vorarbeiten und politische Programme. Dazu evaluiert sie die Arbeit der Abgeordneten zum Nationalrat (vgl. Dachs 2006, 392ff.).

Im Prinzip orientiert sich die Organisation der Grünen an den Werten der Basisdemokratie. Dennoch wurden einige ihrer ursprünglichen Vorstellungen in der politischen Realität entweder nie verwirklicht oder wieder abgeschafft. Dazu zählen bspw. die Ämterrotation, Ehrenamtlichkeit, die Ablehnung der Hervorhebung von Personen in führenden Funktionen sowie die Unvereinbarkeitsregel (Trennung von Partei und Mandat), dessen Abschaffung die Zusammenlegung des Klubobmanns und des Sprechers ermöglichte (vgl. ebd., 394f.).

Die GA [Anm.: Grünalternative] hat mit diesen Veränderungen [...] nolens oder volens den Erfordernissen des – wesentlich über die Medien ausgetragenen – politischen und insbesondere parlamentarischen Wettbewerbs Rechnung getragen (ebd., 395).

Auf europäischer Ebene sind die Grünen Gründungsmitglied der „Europäischen Föderation Grüner Parteien“ und ihre Europaparlamentarier sind Mitglieder in der Fraktion „Die Grünen/Europäische Freie Allianz“. Im Vergleich zu den anderen, bereits dargestellten österreichischen Parteien weisen die Grünen eine Besonderheit auf. Der Leiter der österreichischen Grünen-Delegation im EP ist auch Europasprecher der Partei (vgl. Pollak und Slominski 2002, 187). Generell scheinen die Grünen eine Partei zu sein, die ihre Politik sehr gut auf neue europäische Dimension eingestellt haben. Wie Pollak und Slominski (2002, 192f.) feststellen wurden etliche europapolitische Forderungen der Grünen im Verfassungsvertrag berücksichtigt. Dazu zählen die Gleichstellung des EP zum Rat, der Konvent als neue Methode für Vertragsveränderungen, die Rechenschaftspflicht der EZB gegenüber dem EP, uvm. Vielleicht geschah eine Miteinbeziehung der europäischen Dimension im Zuge der allgemeinen Professionalisierung, die die Partei in ihrer Vergangenheit durchlaufen hat. Vielleicht kam den Grünen aufgrund ihrer basisdemokratischen Gesinnung auch einfach der Charakter des Verfassungskonvents entgegen. Aus welchen Gründen auch immer, die Grünen stellen aus europapolitischer Sicht eine Ausnahme dar. Das wird auch im nächsten Punkt ersichtlich, der sich unter anderem mit der Kandidatenauswahl für EP-Wahlen beschäftigt.

3.2.4 Parteistruktur

Als dritter Einflussfaktor auf die verfolgten Agenda Shaping-Strategien wird die Parteistruktur näher untersucht. Nachdem im vorherigen Exkurs schon die grundlegenden Strukturen der

Parteien ersichtlich wurden, werden nun hauptsächlich die für die europäischen Angelegenheiten der Parteien wichtigen Aspekte der Ressourcen und MEP-Auswahl beleuchtet. Dabei unterscheiden sich die untersuchten Parteien teilweise enorm.

Beim Verhältnis zwischen nationaler Partei zu ihrer europäischen Ebene - als Principal-Agent definiert - ist die Auswahl der Vertreter ein wichtiges Kontrollinstrument. Die Kontrolle über die Nominierung oder die (Wieder)Wahlchancen können Parteidisziplin sichern. Zum einen bestimmen dabei die parteiinternen Regelungen zur Kandidatenauswahl, wie viel Macht der Parteiführung im Nominierungsprozess zukommt. Dabei spielt der Grad an Zentralisierung bzw. Föderalismus eine wichtige Rolle (vgl. Braghiroli 2008, 9f.). Wie Luther (o.A.; 2007)⁴ die Selektionsprozesse der EP-Kandidaten bei den österreichischen Parteien darstellt, hat die Parteiführung der FPÖ bei der Auswahl der Kandidaten für das Europäische Parlament - also bei der Listenerstellung für die EP-Wahl - die meiste Macht, während die Parteiführung der Grünen relativ wenig Einfluss besitzt. Bei den Grünen hat der Erweiterte Bundesvorstand zwar das Vorschlagsrecht, die endgültige Entscheidung über die Listenzusammensetzung liegt aber beim Bundeskongress⁵. Bei der FPÖ entscheidet die Parteiführung - also der Bundesparteiobermann - nicht nur über die Zusammensetzung der Wahlliste, sondern auch den Delegationsführer. Bei den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP müssen bei der Auswahl der Kandidaten auch die Bundesländerorganisationen sowie die innerparteilichen Flügel bzw. Bünde berücksichtigt werden. Bei der SPÖ besitzen der Bundesvorstand und das erweiterte Bundesparteipräsidium das Vorschlagsrecht für die EP-Wahllistenerstellung. Die endgültige Entscheidung obliegt dem Parteirat. Die ÖVP-Liste für die EP-Wahl wird vom Bundesparteipräsidium vorgeschlagen und vom Bundesvorstand fixiert.

Wie viel Macht die Parteiführung ausüben kann, hängt natürlich auch von anderen Faktoren ab, z.B. der verfügbaren (wählbaren) Plätze. Je weniger Plätze zur Verfügung stehen, desto größer ist die Macht der Parteiführung. Darüber hinaus wird sie aufgrund der Einteilung Österreichs in einen einzigen Wahlkreis für EP-Wahlen begünstigt (vgl. ebd. 2007, 35). Somit wird schon klar, dass auch die Regelungen der Auswahlverfahren außerhalb der Parteien eine wichtige Rolle spielen. Bei den MEPs ist das im konkreten Fall das Wahlrecht. Beim Persönlichkeitswahlrecht bzw. einem Wahlsystem mit starken Elementen davon (*candidate-centred electoral systems*) wird der Einfluss der Parteiführung auf seine Vertreter vermindert (vgl. Braghiroli 2008, 10). Ähnliches gilt wohl auch für die Nominierung von EU-

⁴ Beide Beiträge Luthers sind größtenteils ident. In weiterer Folge wird nur auf einen davon verwiesen.

⁵ Dieser Darstellung Luthers widerspricht der des Vertreter der Grünen im Interview. Demnach gibt es kein Vorschlagsrecht.

Kommissaren, wobei auch hier Beschränkungen auf EU-Ebene ausschlaggebend sind – z.B. die Rolle des Kommissars als europäischer und nicht nationaler Vertreter.

Viel bedeutender als der Einfluss auf das Verhalten der Vertreter auf EU-Ebene sind wohl die Ressourcen für EU-Angelegenheiten. Luther (ebd., 34f.) führt die Größe der Partei (*party size*) und die Regierungsbeteiligung (*incumbency*) als ausschlaggebende Indikatoren für die Ressourcen an. SPÖ und ÖVP haben demnach mehr Ressourcen für EU-Expertise als FPÖ und Grüne. Sie verfügen, erstens, über eine größere Anzahl an MEPs. Dazu kommt, dass pro Europaparlamentarier ein Angestellter vom EP bezahlt wird. Zweitens können sie (als Regierungspartei) EU-Experten über die Ministerien anstellen. Drittens sind ihre eigenen Abteilungen für europäische Angelegenheiten größer und darüber hinaus können sie, viertens, auch auf die Ressourcen ihrer sozialpartnerschaftlichen Verbände und Vorfeldorganisationen zurückgreifen.

However, rather than allocating their own resources to fund EU-specialist staff, Austria's parties seek where possible to utilise those funded externally, as strategy militates strongly against small parties and those with limited experience of incumbency (ebd., 35).

Mit der Größe der Partei als wichtiger Faktor für die EU-Ressourcen ist also nicht hauptsächlich die Anzahl der Parteimitglieder gemeint, sondern eher die Verflochtenheit mit den sozialpartnerschaftlichen Verbänden. Zudem kommt, dass sie in Zeiten der Regierungsbeteiligung EU-Expertise über die Ressourcen der Ministerien beziehen. Das ist eine Möglichkeit, die natürlich auch den „kleineren“ Parteien Grüne und FPÖ offen steht. Allerdings kann aus dem angeführten Zitat geschlossen werden, dass eine optimale Ausschöpfung dieser Möglichkeiten nicht mit der Beteiligung an der Regierung per se zu tun hat, sondern auch mit der Erfahrung in dieser Rolle. Aus den unterschiedlichen Ressourcen und Auswahlverfahren der EU-Vertreter, wird nun vermutet, ergeben sich unterschiedliche Agenda Shaping-Strategien der Parteien.

Wie nun aus der Auseinandersetzung mit den drei Faktoren vermutet werden kann, gibt es bestimmte Parteien in gewissen Situationen, die beim Agenda Shaping benachteiligt sind. Das wären beispielsweise kleine Oppositionsparteien ohne diverse Vorfeldorganisationen in Österreich sowie ohne Parteimitgliedschaft in einer Europartei. Diese Parteistrategien müssen wohl auf anderen Wegen ihre Themen artikulieren. In der österreichischen nationalen Arena gibt es die Möglichkeit, Nachteile in Sachen der Aufmerksamkeit und der Meinungsbildung durch direktdemokratische Instrumente zu kompensieren. Müller (1999) beleuchtete das österreichische Volksbegehren hinsichtlich seiner vielseitigen Vorteile für das Agenda Setting. Das Volksbegehren verschafft der Partei bzw. der Gruppe, die es initiiert hat, nicht nur strategische Vorteile, sondern es stellt auch ein wirkungsvolles Instrument für die Beeinflussung der Meinungsbildung und der Agenda dar. Im Gegensatz zu einem Referendum

können sich ausschließlich Unterstützer daran beteiligen. Durch die direkte und spezifische Unterstützung wird die Legitimität für eine Forderung erhöht:

[A]n initiative automatically increases the legitimacy of a demand and, by adding sub-dimensions, provides a degree of publicity that the opposition has a hard time achieving by other means. Because of this, even if the opposition does not win on the issue of the initiative itself, it may be able to use the surrounding publicity to shift the issue agenda (ebd., 307).

Die Ausführungen Müllers (1999) beziehen sich auf die spezifische Situation Österreich. Wenn nun aber die österreichischen parlamentarischen Oppositionsparteien Nachteile im Agenda Setting durch ein Volksbegehren kompensieren können, dann stellt sich selbstverständlich auch die Frage, ob das auch für die europäische Ebene gilt. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde ja die Möglichkeit einer EU-weiten Bürgerinitiative. Laut Artikel 11, Absatz 4 können eine Million Unionsbürger, die Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten sind, können die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Maßnahmen zu einem Thema zu unterbreiten. Es muss sich dabei um ein Thema handeln, bei dem es eines Rechtsaktes der EU bedarf, um die Verträge umzusetzen. (vgl. Streinz, Ohler, und Herrmann 2010, 178f.). Die Frage, die sich diesbezüglich stellt: Ziehen die Parteien die EU-Bürgerinitiative als Agenda Setting-Instrument in Betracht?

3.3 Forschungsleitende Fragen und Arbeitshypothesen

Nach den theoretischen Überlegungen, die die Thematik des Agenda Shapings durch österreichische Parteien umrahmen, werden nun Forschungsfragen und Arbeitshypothesen formuliert. Das hat den Zweck, Übersicht über die vielen interessanten Aspekte zu schaffen und die Nachvollziehbarkeit bei der empirischen Untersuchung zu gewährleisten. Das trifft ganz besonders auf die Arbeitshypothesen zu. Sie stellen keine Einschränkungen des offenen Zuganges dar, sondern dienen der empirischen Untersuchung als Anhaltspunkt. Deswegen sollen sie am Ende der Arbeit nicht lediglich verifiziert oder falsifiziert werden. Sie sollen vielmehr die jetzigen Konzepte beleuchten sowie weitere Fragen und Aspekte aufwerfen.

Die erste Forschungsfrage geht ganz allgemein dem Vorhandensein von Strategien zur Gestaltung der Agenda auf EU-Ebene nach.

FF1: Liegt dem Handeln der österreichischen politischen Parteien auf EU-Ebene eine Strategie zur Gestaltung der Agenda zugrunde?

Forschungsfrage 2 hingegen verfolgt das spezifischere Ziel, konkrete Maßnahmen und Schritte zu erkunden. Dabei sollen die drei Dimensionen Agenda Setting, Structuring und Exclusion, die dem Agenda Shaping-Konzept Tallbergs (2003) entstammen, in den Mittelpunkt gerückt werden.

FF2: *Wie versuchen österreichische politische Parteien auf EU-Ebene die Agenda zu gestalten (Agenda Shaping)?*

Interessante Teilaspekte dieser Frage wären etwa, ob Parteien die Rolle von sog. Policy Entrepreneuren einnehmen, die mit vorbereiteten Lösungen zu optimalen Zeitpunkten versuchen, politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dieser Aspekt soll zwar mitgedacht, jedoch nicht in einer eigenen Forschungsfrage ausformuliert werden. Ebenso soll in Forschungsfrage 2 die Dimension des Agenda Settings vertiefend betrachtet werden. Princen (2011) hat dem Erlangen von Aufmerksamkeit richtigerweise das Bilden von Ansehen bezüglich Problemlösungskompetenz hinzugefügt. Auch diese Herausforderung soll bei der Suche nach Strategien eine Rolle spielen.

Bei der Behandlung der zweiten Forschungsfrage wird vermutlich ersichtlich, ob und wie sich die Parteien in ihren Strategien unterscheiden. Den Kern dieser Untersuchung soll aber nicht nur das Wie, sondern die Frage nach dem Warum bilden. Darum lautet Forschungsfrage 3 folgendermaßen:

FF3: *Warum unterscheiden sich die Strategien österreichischer politischer Parteien zur Gestaltung der Agenda auf EU-Ebene?*

Anhand der drei herausgearbeiteten Unterscheidungsfaktoren können nun Arbeitshypothesen formuliert werden. Die erste Hypothese bezieht sich hierbei auf die Regierungsbeteiligung von Parteien. Aufgrund der Machtverschiebung zugunsten der Exekutive, die mit der Europäisierung einherging, sowie dem ungleichen Zugang zu Informationen und Gremien werden unterschiedliche Strategien aufgrund dieser Faktoren vermutet.

H1: *Die Strategien der österreichischen Parteien zur Gestaltung der Agenda auf EU-Ebene unterscheiden sich bei Regierungs- und Oppositionsparteien.*

Der zweite vermutete Einflussfaktor Europartei spiegelt sich in der zweiten Arbeitshypothese wider. Sowohl für die Vergabe von wichtigen Ämtern als auch für das Verfolgen von politischen Inhalten auf EU-Ebene sind Europarteien zentral. Als Netzwerke des Informationsaustausches senken sie die Transaktionskosten für Kooperation, die aber durch keine Mitgliedschaft in einem europäischen Parteienverbund nicht per se ausgeschlossen ist. Somit stellen andere Kooperationsformen einen interessanten Teilaspekt dar.

H2: *Die Strategien der österreichischen Parteien zur Gestaltung der Agenda auf EU-Ebene unterscheiden sich aufgrund der Mitgliedschaft in einer Europartei.*

Die dritte und letzte Arbeitshypothese bezieht sich auf die Ressourcen, die Parteien für ihre EU-Politik zur Verfügung stehen, sowie den Modus, wie die Parteiführung ihre Vertreter auf EU-Ebene auswählt. Je nach Grad der Zentralisierung bzw. des Föderalismus oder den Ge-

staltungsmöglichkeiten der Parteiführung bei der Auswahl der Kandidaten für EU-Stellen, kann die Principal-Agent-Theorie angewandt werden. Das Verhältnis zu den Vertretern sowie die Möglichkeiten diese für Parteizwecke einzusetzen ist ein Einflussfaktor auf die Strategien.

H3: Die Strategien der österreichischen Parteien zur Gestaltung der Agenda auf EU-Ebene unterscheiden sich aufgrund ihrer unterschiedlichen internen Strukturen.

Diese drei Forschungsfragen und Arbeitshypothesen sollen durch die restliche Arbeit führen. Natürlich bleibt ihre Rolle bei einem offenen Vorgehen auf eine bessere Orientierung beschränkt. Interessante Themen und Aspekte sollen keinesfalls ausgelassen oder unterdrückt, sondern zugelassen werden. Diese Überlegungen werden im folgenden Kapitel, wo das genaue methodische Vorgehen erläutert wird, behandelt.

4 Methodik

Den Hauptteil der Untersuchung von Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien macht ein empirischer Teil aus. Zur wissenschaftlichen Nachvollziehbarkeit ist es darum notwendig, sowohl das methodische Vorgehen und die Grundannahmen zu erläutern als auch die gewählten Wege kritisch zu beleuchten. Dazu werden methodische Ansätze theoretisch erarbeitet, ehe einer davon ausgewählt und die Durchführung mit etwaigen Abweichungen und Änderungen beschrieben wird. Zu Beginn dieses Kapitels sollen jedoch die Grundannahmen noch einmal zusammenfassend dargestellt werden, wie sie sich aus den bereits geleisteten theoretischen Überlegungen ergeben.

Nationale politische Parteien bilden das konkrete Forschungsinteresse dieser Arbeit. Sie werden als wichtige Akteure betrachtet, die sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene tätig sind. Sie streben nach Stimmen, Ämtern und der Durchsetzung politischer Inhalte, die jeweils eine Vorbedingung für die Erreichung des folgenden Zieles ist. Da Parteien als rationelle, Nutzen maximierende Akteure verstanden werden, tun sie das auf der jeweils geeignetsten Ebene. Sie verfolgen ihre Ziele hinsichtlich der Maximierung von Stimmen und der Erlangung von wichtigen politischen Ämtern auf nationaler Ebene und bei der Durchsetzung politischer Inhalte konzentrieren sie sich auf die europäische Ebene. Ämter auf europäischer Ebene werden über die Mitgliedschaft in einer Europartei angestrebt.

Das Verständnis von Parteien als rationelle Akteure ist eine notwendige analytische Einschränkung, da sonst aufgrund der vielseitigen Aspekte eine Nachvollziehbarkeit kaum gegeben wäre. Nichtsdestotrotz sollen andere Aspekte von Parteien nicht unbeachtet bleiben. So gehört beispielsweise die Vermittlung zwischen Bürgern und der politischen Entscheidungsebene zu einer Hauptfunktion von Parteien. Sie spielt jedoch – vorerst, d.h. in der Erstellung von Forschungsfragen und Arbeitshypothesen - keine Rolle.

Aus parteipolitischer Sicht bildet die nationale Ebene das Zentrum. Zur Verfolgung von politischen Inhalten werden Vertreter auf europäische Ebene entsandt. Im Sinne der Überlegungen der Principal Agent-Theorie gibt die nationale Partei bzw. Parteiführung Macht und Befugnisse an Vertreter auf europäischer Ebene ab. Das verursacht aber Vertreterkosten, die durch den Einsatz von (wiederum Kosten verursachenden) Kontrollmechanismen zu minimieren. Die unterschiedlichen Gegebenheiten der österreichischen politischen Parteien hinsichtlich Statuten und Struktur ermöglicht es den jeweiligen Parteiführungen in unterschiedlicher Weise, Kontrolle über ihre Vertreter zu erlangen.

Eine weitere notwendige Einschränkung, um die Untersuchung für diese Arbeit bewältigbar zu machen, ist die Konzentration auf einen Aspekt. Parteien können nicht hinsichtlich all ihrer Ziele analysiert werden. Dennoch werden die einzelnen angestrebten Ziele nicht losgelöst voneinander betrachtet. Es soll lediglich der Schwerpunkt auf die Durchsetzung politischer Inhalte auf europäischer Ebene liegen. Dafür ist die Bestimmung der Agenda eine wichtige Voraussetzung. Es wird ein Konzept herangezogen, das neben dem Setzen der Themen (*agenda setting*) auch das Strukturieren (*agenda structuring*) und das Ausschließen (*agenda exclusion*) umfasst. Die Beeinflussung der Agenda auf europäischer Ebene ist für die Durchsetzung von politischen Inhalten von enormer Bedeutung. Daher werden politischen Parteien als rationelle Akteure Anstrengungen diesbezüglich unternehmen und eine Strategie entwickeln.

Solch Agenda Shaping-Strategien - so wurde aus den theoretischen Vorüberlegungen abgeleitet – können sich von Partei zu Partei unterscheiden. Drei Unterscheidungsfaktoren wurden herausgearbeitet und werden anhand der empirischen Untersuchung getestet. Die Beteiligung an einer Regierung gewährt, erstens, den Parteien den Zugang zu wichtigen exekutiven Ämtern und somit zu europäischen Entscheidungsgremien sowie zu ministeriellen Informationen und Ressourcen. Die Ressourcen bezüglich EU-Politik hängen, wenn auch zum großen Teil, nicht ausschließlich von der Regierungsbeteiligung ab. Auch die Parteistruktur spielt dabei eine Rolle. Sie wurde, zweitens, als Ressourcen hinsichtlich EU-Expertise und MEP-Auswahlverfahren, wodurch man auf die Macht der Parteiführung schließen kann, definiert. Drittens stellt die Mitgliedschaft in einer Europartei einen Unterscheidungsfaktor dar. Gerade im Europäischen Parlament ist der Zugang zu wichtigen Position an die Mitgliedschaft in einer EP-Fraktion gekoppelt. Die Strategie zur Gestaltung der Agenda wird vermutlich bei Parteien ohne Mitgliedschaft in einer Europartei eine andere sein als bei einer Partei, die Mitglied in einer Europartei ist. Diese drei Unterscheidungsfaktoren sind vermutlich nicht die einzigen, die Einfluss auf die Themengestaltung haben. Durch die Wahl einer qualitativen Methode, die sich durch Offenheit auszeichnet, wird es ermöglicht, die aus den theoretischen Überlegungen abgeleiteten Faktoren anzuwenden und gleichzeitig offen für neue Einsicht zu bleiben. Im Folgenden werden die Überlegungen zur Methode und dem Erhebungsinstrument genauer erläutert.

4.1 Leitfadengestütztes Experteninterview

Zur empirischen Erhebung wird die Methode der qualitativen Befragung verwendet, genauer gesagt werden leitfadengestützte Experteninterviews geführt. Zunächst werden nun sämtliche Aspekte der verwendeten Methode theoretisch beleuchtet, ehe dann das genaue Vorgehen erläutert und weitere methodische Überlegungen angestellt werden.

Bei leitfadengestützten Experteninterviews handelt es sich, ganz allgemein, um eine Art der Befragung. Eine solche ist nichts Außergewöhnliches in der empirischen Politikforschung, sondern stellt das Standardinstrument zur Konstruktion von Daten dar (vgl. Dreier 1997, 467).

Allgemein ausgedrückt ist die Befragung ein Verfahren, das in der Klassifikation von verbalen, d.h. mündlichen oder schriftlichen Reaktionen des Befragten auf verbale Stimuli durch den Interviewer oder durch den Fragebogen besteht (ebd., 467).

Gerade bei qualitativen Methoden ist die Befragung bzw. das Gespräch bedeutungsvoll. Auch Mayring (2002) streicht seine besondere Rolle hervor: „Subjektive Bedeutungen lassen sich nur schwer aus Beobachtungen ableiten. Man muss hier die Subjekte selbst zur Sprache kommen lassen“ (ebd., 66). Dabei gilt es aber, die Prinzipien qualitativer Methoden zu berücksichtigen. Offenheit ist eines dieser Grundprinzipien, die sich aus den Zielen qualitativer Forschung ableiten lassen.

Ziel qualitativer Methoden ist das Verstehen spezifischer Einstellungen, Handlungsweisen und Praktiken und ihre Erklärung durch allgemeine Theorie oder durch Annahmen regelgeleiteten sozialen Handelns. Ihr Grundanliegen ist das Verstehen und Erklären subjektiver oder kollektiver Sinn- und Erlebniszusammenhänge (Krumm 2009, 96).

Im Unterschied zu quantitativer Forschung zeichnet sich qualitatives Vorgehen durch größere Offenheit aus und nützt hauptsächlich das interpretative Verfahren zur Auswertung (ebd.).

Dass auch die Art und Weise der Auswertung zur Charakterisierung als qualitative Methode beiträgt, kann mit der begrifflichen Unterscheidung Mayrings (2002) dargestellt werden. Für ihn bezieht sich die Offenheit bei Interviewformen auf den Freiheitsgrad des Befragten, während die Unstrukturiertheit den Freiheitsgrad des Interviewers angibt. Das qualitative Interview wird letztlich durch die Auswertungsform des Interviewmaterials bestimmt (ebd., 66).

Diese begriffliche Unterscheidung ist eine etwas andere, als es in anderen Beiträgen zu finden ist. Offenheit wird zwar ebenso als Prinzip qualitativer Forschung betrachtet, aber anhand anderer Bezugspunkte definiert. Bei Krumm (2009, 97f.) bezieht sich Offenheit sowohl auf die Theorie als auch auf die Methoden. Das äußert sich demnach durch den Umgang mit Hypothesen, die bei einer offenen empirischen Arbeit vorher nicht exakt formuliert werden

müssen, denn im Laufe der Untersuchung sollen neue Aspekte mit ausgewertet werden. Eine Standardisierung der Befragung ist daher mit dem Prinzip der Offenheit eher unvereinbar. Nichtstandardisierte bzw. nur teilstandardisierte Befragungsformen kommen zum Einsatz, wenn das Untersuchungsfeld erst erkundet werden muss und auf die Entdeckung neuer Zusammenhänge zielen.

Es sind somit die Ziele, die bei der Anwendung von qualitativen Methoden berücksichtigt werden müssen. Aus der bereits genannten Entdeckung neuer Zusammenhänge leiten sich schon viele Charakteristika von qualitativer Forschung ab. Offenheit ist daher selbstverständlich zu praktizieren und eine reine Hypothesenprüfung nicht das Ziel qualitativer Forschung.

Qualitative Ansätze zielen nicht primär auf den Test von Hypothesen oder die Suche nach universellen Kausalgesetzen. Statt dessen gilt das Beschreiben, Typologisieren und die theoretische Erfassung von Sinn- und Bedeutungsgehalten materialer Ausdrucksgestalten als Ziel der Forschung (ebd., 100).

Es ist an dieser Stelle die Frage aufzuwerfen, in wie fern eine Strukturierung des Interviews mit dem Prinzip der Offenheit vereinbar ist. Schränkt die Verwendung eines Interviewleitfadens die Offenheit ein?

Nach Mayer (2009, 37f.) ist eine gewisse Form von Strukturierung mit der Offenheit qualitativer Methoden nicht unvereinbar, wenn gewisse Punkte beachtet werden: Der Einsatz eines Leitfadens darf dem Interviewer lediglich als Stütze dienen, muss der Befragung aber eine Struktur verleihen, dient somit als Vergleichbarkeitsinstrument und verhindert das zu weite Ausschweifen des Interviewers. Darüber hinaus muss das Interview mit dem Befragten auf seine Eigenschaft als Experte eingeschränkt werden. Dabei können sich Steuerungsprobleme ergeben, die aber erst recht durch den Einsatz eines Leitfadens gelöst werden können. Er muss dabei einerseits zeigen, dass der Forscher mit der Thematik vertraut ist und, andererseits, soll er die Behandlung von irrelevanten Themen verhindern.

Diese Vereinbarkeit von Offenheit und den nötigen Einschränkungen leiten sich aus einer forschungspraktischen Perspektive ab, die bei der Durchführung einer empirischen Erhebung zu berücksichtigen ist. Die Verwendung eines Leitfadens für Experteninterviews erscheint dabei als sinnvoll. „Sind konkrete Aussagen über einen Gegenstand Ziel der Datenerhebung, so ist ein Leitfadeninterview der ökonomische Weg“ (ebd., 37). Aus ebenfalls einer praxisorientierten Überlegung leitet Flick (2010, 214f.) seine Empfehlung für die Durchführung von Experteninterviews mittels Leitfaden ab: Experten stünden nämlich häufig unter Zeitdruck.

Diese aus praktischen Umständen erforderliche Verwendung von Leitfäden, mitsamt den Anpassungen und Einschränkungen, könnte aber sehr wohl als unvereinbar mit dem Prinzip der Offenheit betrachtet werden, da der Interviewverlauf eben nicht dem Befragten selbst

überlassen wird. Das erachtet Westle (2009) aber als unerlässlich, soll die Konzeptualisierung des Gegenstandsbereiches durch den Befragten miterfasst werden, was offene Befragungsformen auszeichnet.

Für andere wird die Offenheit einer Befragung gerade erst wegen der Anwendung des Leitfadens gewährleistet. Meuser und Nagel (2002, 77f.) betrachten eine leitfadenorientierte Gesprächsführung als eine Form, die sowohl dem begrenzten Forschungsinteresse des Interviewers am Experten als auch dem Expertenstatus gerecht wird. Die Erstellung eines Leitfadens ist für Meuser und Nagel die notwendige Vorbereitung, um die nötige Offenheit des Interviews zu gewährleisten, solange er nicht als zwingendes Ablaufmodell angewandt wird.

4.1.1 Wer gilt als Experte?

Wie nun ersichtlich wurde sind Leitfäden nicht unvereinbar mit dem Prinzip der Offenheit. Zugleich sind sie für das Gelingen der Befragung von Experten unverzichtbar und sorgen für ein angemessenes Maß an Nachvollziehbarkeit. Diese Nachvollziehbarkeit beschränkt sich aber nicht nur auf die Fragestellungen und besprochenen Themen im Interview, sondern schon auf den Auswahlprozess. Wer als Experte überhaupt in Frage kommt, leitet sich natürlich aus dem Erkenntnisinteresse und den Forschungsfragen ab. Ganz allgemein wurde aber schon angerissen, dass es beim Experteninterview ein beschränktes Forschungsinteresse an der Befragungsperson aufgrund seines Expertenstatus gibt. Wer gilt nun aber als Experte?

Als grundsätzliches Unterscheidungsmerkmal von Experteninterviews führt Westle (2009, 251f.) an, dass nicht die Person sondern ihre speziellen Kenntnisse im Mittelpunkt des Forschungsinteresses liegen. Solch eine Kenntnis alleine ist aber noch ein ziemlich vages Kriterium für die Auswahl von Experten. Bogner und Menz (2002, 39ff.) unterscheiden drei Arten von Expertenbegriffen: eine voluntaristische, eine konstruktivistische und eine wissenssoziologische Definition. Bei der voluntaristischen Auffassung gilt jeder Mensch als Experte über sein eigenes Leben, worin jeder Mensch einen spezifischen Wissensvorsprung besitzt. Der konstruktivistischen Definition zufolge ist ein Experte, wer die zugeschriebene Rolle als Experte einnimmt (methodologisch-relationale Sicht) bzw. der gesellschaftliche dazu gemacht wird (sozial-repräsentationale Sicht). Der wissenssoziologischen Definition zufolge zeichnen spezifische Strukturen des Wissens einen Experten aus. Eine Abgrenzung zu gut informierten Bürgern erfolgt ebenfalls über die Struktur des Wissens, genauer ausgedrückt über den uneingeschränkten Funktionskontext wie er bei einer spezifischen Berufstätigkeit vorzufinden ist (vgl. ebd.).

Aus dieser begrifflichen Ordnung kann also geschlossen werden, dass die Eignung als Experte für die jeweilige Untersuchung aus unterschiedlichen Sichtweisen festgestellt werden kann. Dabei spielen das Erkenntnisinteresse und die Forschungsfragen eine wesentliche

Rolle. Will man die Sichtweisen über die persönliche Lebenswelt erforschen, dann wird eine voluntaristische Expertendefinition wohl genügen. Geht es aber um normalerweise verborgene Einblicke und Einschätzungen, wird die Auswahl von Experten einer wissenssoziologischen Definition folgen und sie an eine berufliche Tätigkeit gebunden sein. Jedenfalls steht das Expertenwissen im Mittelpunkt. Für Bogner und Menz (ebd., 45f.) stellt das Deutungswissen des Befragten die interessante Komponente dar. Sie verstehen Expertenwissen als analytische Konstruktion, wobei zwischen technischen, prozessualen und Deutungswissen zu unterscheiden ist. Die drei Formen von Wissen differenzieren sich dadurch, dass prozessuales Wissen durch praktische Erfahrungen gewonnen wird. Deutungswissen entsteht allerdings erst bei der Erhebung und Auswertung, wo der Forscher zu interpretieren hat, in welche Kategorie eine Aussage des Experten einzuordnen ist.

Diese Interpretation und Zuordnung der Aussagen zu einer dieser drei Wissenskategorien soll durch das Einbeziehen der persönlichen und privaten Hintergründe erleichtert werden (vgl. ebd., 43ff.). In wie fern ein solches Vorgehen mit dem beschränkten Forschungsinteresse am Interviewpartner als Experten verträglich ist, wird nicht behandelt. Vermutlich gilt es hier eine ähnliche Vorgehensweise zu wählen, wie bei der bereits erläuterten Verwendung eines Interviewleitfadens zur Gewährleistung von Offenheit: Alles was der Forschung förderlich ist, kann mitbetrachtet werden. D.h., soweit private Aspekte des Experten für die Erhebung förderlich sind und nicht zu weit in unwesentliche Themengebiete abschweifen, können sie durchaus miterfasst und mitgedacht werden.

Diese Einordnung von Expertenwissen ist nur eine mögliche Variante. Meuser und Nagel (2010, 75f.) kategorisieren Expertenwissen anhand der Stellung des Experten für die Forschung. Er kann entweder selbst zur untersuchten Zielgruppe gehören und somit über Betriebswissen verfügen. Oder er stellt eine zur Zielgruppe komplementäre Handlungseinheit dar, die als eine von vielen Datenquellen über unverzichtbares Kontextwissen verfügt. Auch wenn sich diese Kategorisierung unterscheidet, überschneiden sich viele Aspekte und Überlegungen. An einen Experten, der über Betriebswissen verfügt, weil er zur untersuchenden Zielgruppe gehört, werden wahrscheinlich als Experte über sein Leben bzw. seines Umfeldes weniger strikte Auswahlkriterien gerichtet sein. Solche Auswahlkriterien sind eben eng an diese Kategorisierungen und Betrachtungsweisen von Experten und Expertenwissen geknüpft.

Bogner und Menz (2002, 45f.) verstehen Experten klar aus einer wissenssoziologischen Perspektive und erachten das Deutungswissen als interessante Kategorie. Sie schlagen für die Auswahl von Experten ganz konkret vor, dass Personen auszuwählen sind, dessen spezifisches Expertenwissen soziale Relevanz besitzt. Darunter verstehen sie die Möglichkeit der Experten, mit ihren Deutungen ihr konkretes Handlungsumfeld zu beeinflussen. Die kon-

krete Möglichkeit zum Handeln wird als Merkmal für die Auswahl eines Experten herangezogen. Diese Auffassung teilen sie mit Meuser und Nagel (2002; 2010):

Als Experte wird angesprochen, wer in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung oder wer über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt (ebd. 2002, 73).

Präziser ausgedrückt ist als Experte zu berücksichtigen, wer „eine institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit besitzt“ (Hitzler, Honer, und Maeder 1994; zit. nach Meuser und Nagel 2010, 461) und dessen Wissen auch ungeschriebene Gesetze und implizites Wissen umfasst (Meuser und Nagel 2010, 460ff.). Dabei ist der Experte etwa vom Spezialisten oder Professionellen zu unterscheiden. Die obigen Definitionsversuche des Terminus Experten beinhalten bereits Elemente, die als Abgrenzungsmerkmale zu solch anderen, oft in ähnlicher Weise verwendeten Begriffe dienen. Pfadenhauer (2002, 114ff.) führt etwa Expertenwissen und –kompetenz an. Spezialisten verfügen ebenfalls über ein Sonderwissen, allerdings besitzen Experten darüber hinaus ein Überblickswissen sowie über Problemlösungskompetenz, die Hintergründe, Ursachen und Prinzipien eines Problems beinhalten. Diese Expertenkompetenz ergibt sich sowohl aus den privilegierten Zugängen zu Information als auch aus der (letzten) Verantwortung für Entwurf, Implementierung und Kontrolle von Problemlösungen. Ebenfalls ist der Experte vom Professionellen zu unterscheiden, auf den die Abgrenzung zum Spezialisten wohl auch zutrifft. Der Experte unterscheidet sich vom Professionellen, indem er sich auch auf nicht formalisierten Weg Wissen aneignet (vgl. ebd., 122ff.).

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der nicht-formalisierte Weg zur Aneignung als Wissen in gewisser Weise im Widerspruch mit dem Kriterium der institutionalisierten Kompetenz stehen könnte. Für die Auswahl der Experten ist zu klären, wie mit dieser Diskrepanz umgegangen wird.

Nachdem nun theoretisch beleuchtet wurde, wer als Experte gilt und wie er sich abgrenzt, wird im Folgenden auf mögliche Kategorisierungen, auf Schwächen und Schwierigkeiten der gewählten Befragungsform eingegangen.

4.1.2 Spezialist, Professioneller und Experte

Aus den bereits angestellten Überlegungen ergeben sich schon viele Kriterien anhand derer ein Experte ausgewählt werden soll. So sind das Erkenntnisinteresse und die Forschungsfragen natürlich sehr stark zu berücksichtigen. Auch das implizite Wissen, die Kenntnis von ungeschriebenen Gesetzen und die Möglichkeit zur Beeinflussung des unmittelbaren Handlungsumfeldes spielen eine Rolle bei der Auswahl von Befragungspersonen für Expertenint-

interviews. Ebenso sind die kleinen, aber feinen Unterscheidungen zum Spezialisten und Professionellen bedeutungsvoll. Wie soll nun der Forscher bei der Auswahl aber konkret vorgehen?

Eine gute Orientierung bieten die Überlegungen Mayers (2009, 39ff.), wonach die Stichprobe in der qualitativen Forschung eine andere Rolle als in der quantitativen spielt. Repräsentativität spielt keine so große Rolle. Es soll nämlich nicht von einer Abbildung der Grundgesamtheit, sondern vom spezifischen Fall auf das Allgemeine geschlossen werden. Dafür müssen allerdings Argumente gefunden werden. Genau darum steht die Relevanz der untersuchten Subjekte, die inhaltliche Repräsentation im Vordergrund. Mayer (2009, 39ff.) unterscheidet zwei Arten der Stichprobenbildung in der qualitativen Forschung: die Vorab-Festlegung und das theoretische Sampling. Während beim theoretischen Sampling die genaue Fragestellung zu Beginn noch unbekannt ist und erst im Laufe der Forschung festgelegt wird, werden bei der Vorab-Überlegung Kriterien aus den theoretischen Vorüberlegungen festgesetzt. Danach wird die Stichprobe ausgewählt. Er schlägt vor, sämtliche Kriterien in eine Tabelle einzutragen und jede Zelle – Schnittstelle zweier Kriterien – idealerweise mehrfach mit Befragungspersonen zu besetzen. Aufgrund ökonomischer Beschränkungen kann diese Mehrfachbesetzung aber auch nicht verfolgt werden. Die tatsächliche Größe des Samples entscheidet letztlich der Forscher unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen und der Ziele der Untersuchung.

Ein weiterer Aspekt, der wohl der inhaltlichen Repräsentation förderlich ist, geht auf die Hierarchieebenen von Organisationsstrukturen ein. Hier wird geraten, die Interviewpartner aus unterschiedlichen Hierarchieebenen und Abteilungen auszuwählen. Dazu muss der Forscher jedoch Kenntnis über die Organisationsstruktur haben (vgl. ebd., 41). Auch in diesem Punkt wird die Wichtigkeit von theoretischen Vorüberlegungen in der qualitativen Forschung ersichtlich. Für die Auswahl der Experten in dieser Arbeit diente der angestellte Exkurs (Kapitel 3.2.3) als theoretische Grundlage. Daraus sollte die prinzipielle Struktur und Organisation der zu untersuchenden Parteien ersichtlich werden, um geeignete Interviewpartner ausfindig zu machen, die zusammen dem Kriterium der inhaltlichen Repräsentation entsprechen.

Nachdem nun auf das leitfadengestützte Experteninterview allgemein sowie auf die Auswahl und Abgrenzung von Experten näher eingegangen wurde, wird im nächsten Schritt die Interviewführung selbst im Fokus stehen.

4.1.3 Interviewführung

Wie bei anderen Formen der Datenerhebung kann auch bei der mündlichen Befragung - und in diesem Fall beim leitfadengestützten Experteninterview - der Verlauf variieren und die Qualität der Daten entscheidend beeinflussen. Grundsätzlich ist zu erwähnen, dass ein Interviewer auf den Befragten Einfluss ausübt – es kommt zu sog. Interaktionseffekten. Bogner

und Menz (2002) stellen deswegen einem Idealmodell, in dem keinerlei Einflüsse vom Interviewer ausgehen, ein Interaktionsmodell gegenüber. Kontextunabhängige Antworten sind nämlich nicht möglich, da der Interviewer nicht unsichtbar sein kann und Äußerungen niemals in einem sozialen Vakuum stattfinden. „Sie [Anm.: die Interaktionspartner] sind von ihrer sozialen Dimension nicht ablösbar“ (ebd., 48). Interaktionseffekte hängen mit den erwarteten Erwartungen zusammen, d.h.: Die Äußerungen des Befragten sind von der personalen Perzeption sowie der zugeschriebenen Kompetenz abhängig. Das Interaktionsmodell beschreibt solch Interaktionseffekte darüber hinaus als situationsbedingt und im Laufe eines Interviews veränderbar. Die Interviewäußerung ist „eben auch eine Funktion der Kommunikationsstruktur“ (ebd., 49). Der erfolgreiche Interviewverlauf hängt also von der personalen Perzeption und den zugeschriebenen Kompetenzen ab. Exakt so lautet auch die Grundannahme Pfadenhauers (2002, 121), die sich auf die Ausführungen Honers (1994, 633) bezieht: Menschen reden demnach mit Menschen anders, je nachdem, ob sie ihren Gesprächspartner in Bezug auf den zu verhandelnden Gegenstand für kompetent und relevant halten. Das trifft sowohl für die Art (wie geredet wird) als auch für den Inhalt (was geredet wird) zu.

Unter Umständen kann das auch dazu führen, dass ein Interview misslingt. Das wird bei unterschiedlichen Autoren behandelt (vgl. Meuser und Nagel 2002, 78f. und 2010, 465; Pfadenhauer 2002, 120f.), um einen Überblick über die Vor- und Nachteile der Wahrnehmungsoptionen zu geben, werden hier aber lediglich die Überlegungen von Bogner und Menz (2002) zusammengefasst. Sie beschreiben sechs Wahrnehmungsoptionen. Wird der Interviewer, erstens, als Co-Experte wahrgenommen, hat das den Vorteil, dass die tendenziell asymmetrische Gesprächssituation entschärft wird. Bei gutem Verlauf wird eine engagierte Diskussion zwischen den zwei Experten angeregt, die den Befragten auskunftswilliger machen kann. Dabei wird jedoch eher Fach- denn Deutungswissen erhoben, wodurch diese Situation für das theorienbildende Experteninterview ungeeignet ist (ebd., 50ff.).

Zweitens, betrachtet der Experte den Interviewer als Experten einer anderen Wissenskultur, so ist das für das theoriengenerierende Interview vorteilhaft. Hintergründe werden nämlich genauer erklärt und berufs- oder fachspezifische Sichtweisen identifiziert. Diese Perzeption bringt aber auch zwei Gefahren mit sich. So wird technisches Wissen oft nicht ausgeschöpft und, wenn zu sehr auf das Erkenntnisinteresse des Forschers eingegangen wird, könnten wichtige Sichtweisen als irrelevant betrachtet werden (vgl. ebd., 52ff.). Das andere Extrem zur Betrachtung des Interviewenden als Experte stellt der Laie dar. Das kann nur unter gewissen Umständen von Vorteil sein. Laien wirken oft besonders vertrauenswürdig, denn von ihnen wird nicht erwartet, dass sie die Informationen später einmal strategisch einsetzen werden. Im Allgemeinen hängt es aber davon ab, ob der Interviewer als willkommener oder als unwillkommener Laie wahrgenommen wird. Die Gefahren bei dieser Wahrnehmung sind aber sehr groß: Das Interview wird vom Befragten diktiert und Zwischenfragen als störende

Unterbrechungen angesehen. Das Fehlen jeglicher Expertise kann darüber hinaus zu sehr kurzen Interviews führen (vgl. ebd., 54ff.).

In der vierten von den Autoren beschriebenen Perzeption wird der Interviewer als Autorität betrachtet. Dabei kann das nötige Vertrauen zwischen den Gesprächspartnern selbst mit einer raffinierten Interviewtechnik nicht aufgebaut werden, um ehrliche und ausgiebige Antworten zu erhalten (vgl. ebd., 57f.). Fünftens, beim Interviewer als potentieller Kritiker überwiegen die Nachteile, denn die objektive und fachgerechte Beurteilung der Themen und Sachverhalte wird dem Interviewer abgesprochen. Damit gehen dann eine mangelnde Antwortbereitschaft, kurze Interviews, mangelnde Unterstützung des Forschungsvorhabens, etc. einher (vgl. ebd., 58f.).

Die sechste und letzte beschriebene Wahrnehmungsmöglichkeit stellt wiederum das Gegenteil zum vorherigen Punkt dar. Wird der Interviewer als Komplize wahrgenommen, hat das einerseits enorme Vorteile. Das hohe Vertrauen gibt Zugang zu wertvollen, oft vertraulichen Informationen, offenen und ehrlichen Antworten sowie Einblicke, die über offizielle Programmatiken hinausgehen. Andererseits werden problematische Aspekte dabei häufig nicht thematisiert (vgl. ebd., 59f.).

Mit dieser Typisierung wird aufgezeigt, dass die Interaktion beim Experteninterview selbst eine Variable ist und das Ideal des neutralen Interviewers nicht erfüllt werden kann. Der Interviewer ist demnach eine Projektionsfläche von Erwartungen und Gegenerwartungen (vgl. ebd., 61ff.).

4.2 Auswertung

Wie schon bei den anderen Schritten des methodischen Vorgehens soll auch die Auswertung auf theoretische Überlegungen aufgebaut werden, wobei wiederum Zugänge und Überlegungen verschiedener Autoren betrachtet werden. Jedenfalls gilt auch hier, eine für eine qualitative Methode passende Auswertungsstrategie zu entwickeln. Das interpretative Verfahren bietet sich dabei an. Krumm (2009, 96) listet die hauptsächliche Nutzung eben dieses interpretativen Verfahrens bei der Auswertung sogar als ein Merkmal der qualitativen Forschung, wobei es sich selbst durch eine induktive Forschungslogik auszeichnet. Das heißt, vom Einzelfall wird auf das Allgemeine geschlossen. Darüber hinaus wird noch das abduktive Schließen – von Regel und Resultat auf den Fall – als eine Möglichkeit für qualitative Auswertungsstrategien genannt (vgl. ebd., 102ff.). Das abduktive Schließen wird hier jedoch bis auf weiteres nicht berücksichtigt.

Neben dem interpretativen Verfahren mittels induktiven Schließen bedarf es aber noch genaueren Überlegungen zu einer nachvollziehbaren und guten Auswertungsstrategie. Schmidt (2010, 473ff.) schlägt eine Auswertung durch das Bilden von Kategorien vor, die sich hauptsächlich aus dem erhobenen Material ableiten und vom Grad der Offenheit abhängig sind.

Sie gliedert ihre Auswertungsmethode in fünf Schritte (vgl. ebd., 475–483). Zuallererst werden demnach Notizen, Begriffe und Begriffskombinationen bei der Durchsicht des Transkripts vermerkt sowie wichtige Formulierungen zu Überschriften zusammengefasst. Sie weist dabei ausdrücklich darauf hin, dass – Anm.: schon bei diesem Schritt - auch Widersprüche zu den eigenen theoretischen Vorannahmen vermerkt werden. Darauf folgt dann das Erstellen eines Auswertungsleitfadens, in dem die festgelegten Auswertungskategorien beschrieben und zu einem Leitfaden zusammengefasst werden. Selbstverständlich muss der Offenheit von qualitativer Forschung Rechnung tragend eine Veränderung der Kategorien jederzeit möglich sein. Im dritten Schritt, bei der Kodierung des Materials, werden Textpassagen den einzelnen Kategorien zugeordnet und die Datenmenge reduziert, ehe es zur quantifizierenden Materialübersicht kommt. Die kodierten Fälle werden in Tabellen eingetragen. Als Vorstufe ist es auch möglich, Kreuztabellen zu erstellen oder mit Häufigkeiten zu arbeiten. Als letzter und fünfter Schritt kommt es zur vertiefenden Fallinterpretation. Bestimmte Fragestellungen werden durch mehrmaliges und intensives Lesen interpretiert. Das Ziel ist es Hypothesen aufzustellen, neue theoretische Überlegungen zu formulieren oder bestehende theoretische Zugänge zu erweitern.

Dieses Fünf-Schritte-Modell gibt uns schon einen ersten, guten Einblick in das Auswerten von qualitativen Interviews und rückt ein wichtiges Element in den Vordergrund: die Kategorienbildung. Allerdings erscheinen einige Aspekte dieses Vorgehens suboptimal. Diese Auswertungsstrategie ist nämlich in manchen Teilen quantitativ angehaucht. Im vierten Schritt wird die quantifizierende Materialübersicht vorgeschlagen, wobei Häufigkeiten und Kreuztabellen als Hilfsmittel vorgeschlagen werden. Solch eine Quantifizierung stellt aber in gewisser Weise eine Redundanz dar. Bedenkt man nämlich, dass nicht die Quantität der Interviewpassagen, sondern die inhaltliche Qualität ausschlaggebend ist und das auch in der Auswertung berücksichtigt werden soll, so ist das Ordnen nach quantitativen Punkten unnötig. Aus diesen Gründen können aus dem Vorgehen von Schmidt (2010) zwar wertvolle Einblicke und die Wichtigkeit der Kategorienbildung für die Auswertung dieser Arbeit herangezogen werden, eine umfassende Anleitung, nach der das erfolgt, stellt es für diese Arbeit jedoch nicht dar.

Ebenso auf die Kategorienbildung konzentrieren sich die zwei ähnlichen Ansätze der Auswertung, die von Mayer (2009, 48ff.) vorgestellt werden. Beim sechsstufigen Verfahren nach Mühlfeld et al. (1981) steht ebenfalls die Bildung von Kategorien, genauer gesagt eines im Vorfeld gebildeten und veränderbaren Kategorienschemas, im Mittelpunkt. Zwischen den Einzelinformationen wird eine innere Logik hergestellt, die in weiterer Folge verschriftlicht wird und denen die dazu passenden Interviewpassagen zugeordnet werden.

Etwas aufwendiger, dennoch in seinem Vorgehen ähnlich, ist das fünfstufige Auswertungsverfahren nach Meuser und Nagel (1991; 2002, 80ff.; 2010, 466f.): Am Beginn steht dabei

das Paraphrasieren, d.h. der Gesprächsinhalt wird textgetreu in eigenen Worten wiedergegeben. Der Inhalt einer Äußerung zu einem bestimmten Thema wird hervorgehoben, wobei auch noch nicht beachtete Themen zu berücksichtigen sind. Zu den Paraphrasen gelangt man über die Transkription des auf Tonband protokollierten Interviews. Die wörtliche Transkription, d.h. die wörtliche Niederschrift des Interviews, des gesamten Gespräches ist nicht der Normalfall. Vielmehr kommen auch hier schon solche Paraphrasen zum Einsatz, deren Passagenauswahl sich aus den Forschungsfragen ableitet. Die Forschungsfragen bestimmen also, an welchen Stellen Paraphrasen und an welchen Stellen die wörtliche Transkription erfolgt. Beim Transkribieren kann auf aufwendige Notationssysteme, die Pausen, Stimm-lagen und nonverbale Elemente aufzeichnet, verzichtet werden, da sich das Interesse rein auf den Inhalt und nicht auf parasprachliche Elemente und den Sprachkontext begrenzt. Die Transkription bildet die Vorstufe zum ersten Schritt der Auswertung: dem Paraphrasieren der - teils schon paraphrasierten, teils wörtlichen - Transkription.

Im zweiten Schritt dieser Auswertungsstrategie erfolgt das thematische Ordnen. Den paraphrasierten Passagen werden Überschriften zugeordnet. Sie folgen häufig, aber nicht notwendigerweise dem Leitfaden, sollten jedoch textnahe formuliert werden. Es ist darüber hinaus möglich, eine Textpassage mit mehreren Überschriften zu versehen. Beim dritten Schritt, dem thematischen Vergleich, geht die Auswertung über das einzelne Interview hinaus. Passagen und Stellen aus den unterschiedlichen Interviews mit ähnlichen Überschriften und Themen werden zusammengestellt und somit kategorisiert.

Beim vorletzten Schritt, der soziologischen Konzeptualisierung, werden die textnahe benannten Überschriften und Themenblöcke in soziologische Begriffe und Konzepte umgewandelt. Konkret heißt das, dass Gemeinsamkeiten und Differenzen unter Berücksichtigung von theoretischen Wissensbeständen in eine wissenschaftliche Sprache gebracht werden. Dabei ist das Ziel zu verfolgen, theoretische Konzepte zu verknüpfen. Der fünfte und letzte Schritt bildet genau dieses theoretische Generalisieren. Die Kategorien und Konzepte werden zu Typologien und Theorien verknüpft.

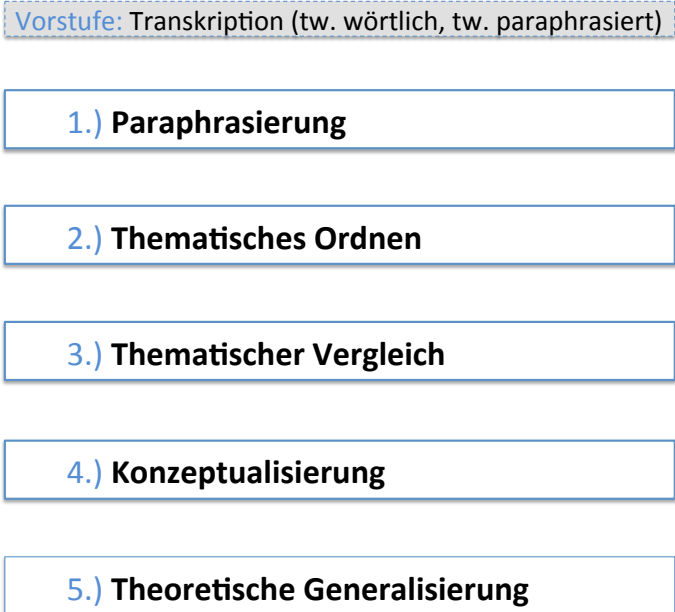


Abbildung 2: Fünf-Schritte-Auswertung nach Meuser/Nagel (1991; 2002; 2010)

Dieses Vorgehen, wie es in **Abbildung 2** noch einmal übersichtlich dargestellt wird, erscheint als passender Ansatz zur Auswertung leitfadengestützter Experteninterviews und wird der angewandten Auswertungsstrategie zugrunde liegen. Sie wird sich in dem einen oder anderen Punkt allerdings durch die in diesem Kapitel geäußerten theoretischen Überlegungen ergänzen. Wo das der Fall ist, wird es jedoch direkt in Kapitel 5 (Ergebnisse) erläutert werden.

4.3 Durchführung

Die Experteninterviews wurden im Zeitraum zwischen 7. November und 9. Dezember 2011 geführt. Die folgenden Punkte sollen nach den zuvor behandelten theoretischen Überlegungen nun die praktische Durchführung beschreiben.

4.3.1 Auswahl der Experten

Zur empirischen Datenerhebung wurden leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt. Da österreichische Parteien im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens stehen, wurde ein Vertreter jeder österreichischen Partei interviewt. Hierbei wurden jedoch Einschränkungen vorgenommen. Aufgrund der theoretischen Vorannahme, dass nationale Parteien sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene ihre politischen Inhalte verfolgen, wurden nur Parteien einbezogen, die auch auf beiden Ebene vertreten sind. Für die österreichische Ebene wurde Tätigkeit auf nationaler Ebene durch Abgeordnete im Nationalrat oder durch etwaige Regierungsvertreter als Auswahlkriterium gewählt. Für die europäische Ebene wurde mindestens ein Abgeordneter im Europäischen Parlament als Voraussetzung definiert. Somit er-

geben sich vier Parteien: SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne. Das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) wurde nicht berücksichtigt, stellt allerdings einen Sonderfall dar.⁶

Die Auswahl der Experten folgte den Überlegungen, die bereits in Kapitel 4.1.1 und 4.1.2 dargestellt wurden. Der Experte unterlag einer Beschränkung auf seinen Expertenstatus. Mit Hinweis auf Westle (2009) stellt nicht der Experte als Person, sondern seine speziellen Kenntnisse das Erkenntnisinteresse dar. Dieses spezielle Wissen kann als Betriebswissen eingeordnet werden, wenn man Meuser und Nagel (2010) folgt und die Experten als Teil der zu untersuchenden Zielgruppe versteht. Das trifft auf diese Arbeit zu. Die interviewten Experten sind Vertreter von Parteien und somit eindeutig Teil der zu untersuchten Gruppe bzw. des Untersuchungsgegenstandes.

Die institutionalisierte Kompetenz (vgl. ebd.) ist nach den theoretischen Überlegungen aus Kapitel 4.1.1. zwar nur eines von mehreren Charakteristika des Experten, es erleichtert jedoch die Auswahl und den Zugang enorm. Darüber hinaus lässt sich auch die von Bogner und Menz (2002) betonte Abgrenzung zum gut informierten Bürger besser vollziehen sowie auf das Vorhandensein von sozialer Relevanz achten. Mit Pfadenhauers (2002) Worten geht es hierbei um den privilegierten Zugang zu Informationen sowie das Vorhandensein von Lösungskompetenz und die Verantwortung dieser Problemlösungen. Bei den für diese Arbeit ausgewählten Experten standen diese Überlegungen im Mittelpunkt, wobei sich die Verantwortung für Problemlösungen auch auf vergangene Tätigkeiten beziehen konnte. Die zu erwartenden Vorteile bei ehemaligen Verantwortungsträgern sollten auf jeden Fall überwiegen: Auskunftsbereitschaft, Erfahrung, keine beruflichen Beschränkungen, etc. Aus diesen vorher angestellten Überlegungen wurden die Interviewpartner mit der Vorab-Festlegung (vgl. Mayer 2009) ausgewählt.

Als erster Interviewpartner (Interviewperson 1) stellte sich Dr. Caspar Einem zur Verfügung. Als ehemaliger Vorsitzender der SPÖ-Alsergrund, Nationalratsabgeordneter, Staatssekretär, Innen- und Verkehrsminister – sogar während des ersten österreichischen Ratsvorsitzes im zweiten Halbjahr 1998 -, Europasprecher des SPÖ-Klubs sowie Vertreter im Europakonvent deckt er viele Aspekte ab, die für diese Arbeit von großer Bedeutung sind: Verantwortung innerhalb der Partei, in der Legislative als auch Exekutive und ebenso auf europäischer Ebene (Rat, Europakonvent, SPE). Ganz besonders interessant ist er allerdings hinsichtlich des zu

⁶ Während das BZÖ zu Beginn dieser Arbeit die Auswahlkriterien nicht erfüllte, hatte sich das zum Zeitpunkt der Beendigung geändert. Edwald Stadler zog im Dezember 2011 in einem Nachrückverfahren des Lissabonvertrages, das Österreich zwei zusätzliche MEPs zuspricht, für das BZÖ in das EP ein (vgl. Pressedienst des Österreichischen Parlaments 2011). Aufgrund der Erstmaligkeit und relativ kurze Dauer der EP-Tätigkeit des BZÖ wird es aber trotzdem nicht in die Auswahl aufgenommen.

untersuchenden Einflussfaktors „Regierungsbeteiligung“. Den Gang in die Opposition der SPÖ im Jahr 2000 hat er vollständig mitgemacht und somit die neuen, veränderten Gegebenheiten für die Europapolitik der SPÖ an der zentralen Position des Europasprechers „hautnah“ miterlebt.

Das zweite Interview wurde mit dem Vertreter der Grünen geführt. Jakob Redl (Interviewperson 2) ist der EU-Koordinator des Grünen Parlamentsklubs und somit die Verbindungsstelle zwischen europäischer und nationaler Ebene in der Partei. Neben den allgemeinen Parteistrategien hinsichtlich der Themengestaltung ist er für die Untersuchung des Einflussfaktors „Parteistruktur“ von enormer Bedeutung, da die Organisation der Grünen einer basisdemokratischen Ausrichtung folgt.

Der parlamentarische Mitarbeiter vom Freiheitlichen Europaparlamentarier Andreas Mölzer wurde als Dritter befragt. Dr. Bernhard Tomaschitz (Interviewperson 3) arbeitet seit sieben Jahren in dieser Position und ist für die Untersuchung der Freiheitlichen Themengestaltungsansätze sehr wichtig. Einerseits stellen die Freiheitlichen bezüglich des Einflussfaktors „Parteistruktur“ mit der starken Stellung des Bundesparteiobermannes einen Gegenpunkt zur basisdemokratischen Ausrichtung der Grünen dar. Der Bundesparteiobermann kann zum Beispiel laut Statuten, wie in Kapitel 3.2.3.3 erläutert wurde, sehr viel Einfluss auf die Listenzusammenstellung bei Wahlen nehmen. Andererseits ist die FPÖ die am wenigsten in eine europäische Partei eingebundene untersuchte Partei. Die Europäische Allianz für die Freiheit (EAF) befindet sich gerade erst in der Entstehungsphase und dabei können die Auskünfte des Mitarbeiters eines auf europäischer Ebene tätigen MEPs für die Untersuchung des Faktors „Europartei“ wertvoll sein.

Als letzter Experte wurde Dr. Reinhold Lopatka interviewt (Interviewperson 4). Er übt die Funktion des Europasprechers des ÖVP-Klubs aus, nachdem er bereits als Staatssekretär im Finanzministerium und im Bundeskanzleramt, ÖVP-Generalsekretär und steirischer Landtagsabgeordneter tätig war. Er verfügt also nicht nur über Erfahrungen in der Führungsebene der Partei, sondern auch in der Exekutive. Die Volkspartei ist die einzige Partei, die seit Beginn des EU-Beitritts Österreich im Jahr 1995 ununterbrochen an der Regierung beteiligt ist. Somit kann ein ÖVP-Vertreter zur Erkenntnisgewinnung über den Faktor „Regierungsbeteiligung“ beitragen. Als Mitgliedspartei der Europäischen Volkspartei (EVP), die die stärkste Fraktion im EP ist, können auch kostbare Einblicke in die Einbindung in diese Europartei erwartet werden.

Bei den Experten wurde darauf geachtet, dass sie zusammen dem von Mayer (2009) betonten und in Kapitel 4.1.2 beschriebenen Prinzip der inhaltlichen Repräsentation folgen. Sie stammen nicht nur aus den vier untersuchten Parteien, sondern von verschiedenen Hierarchieebenen und aus verschiedenen Bereichen und Abteilungen - wie aus der vorangegangenen Kurzbeschreibung hervorgeht. Mit den vier Experten wird solch eine inhaltliche Re-

präsentation gut erreicht. Allerdings soll nicht unerwähnt bleiben, dass weitere Interviews aufgrund fehlender Bereitschaft nicht zustande gekommen sind. Eine Mehrfachbesetzung bei gewissen Auswahlkriterien bzw. Charakteristika wäre von Vorteil gewesen, um schon in dieser Arbeit gewisse Schlüsse von vorne herein überprüfen zu können. Entgegen dieser idealen Vorgangsweise hing das tatsächliche Sample von den zur Verfügung stehenden Ressourcen und den Zielen der Arbeit ab – wie es auch Mayer (2009) in Kapitel 4.1.2 anmerkte. Die Ressourcen sind beschränkt. Das Ziel dieser Arbeit und des qualitativen Charakters dieser Arbeit ist es, neben dem Beschreiben, Erklären und Verstehen auch neue Fragen aufzuwerfen. Das ist durch die Abdeckung verschiedener Parteien, Tätigkeitsbereiche, Hierarchieebenen und Hintergründe durchaus möglich.

4.3.2 Interviewleitfäden

Die Wichtigkeit eines Interviewleitfadens bei leitfadengestützten Experteninterviews wurde schon in Punkt 4.1 ersichtlich und muss an dieser Stelle wohl nicht mehr betont werden. Die verwendeten Leitfäden wurden individuell, nach Recherchen über die Interviewpersonen, deren Funktion und Partei erstellt. Sie basieren aber auf einem erstellten Raster (siehe Anhang Punkt 10.3.1), um sicherzustellen, dass bestimmte Kernelemente in jedem Leitfaden vorkommen. Der Interviewleitfaden wurde zwar lediglich als Stütze konzipiert und keine fixe Reihenfolge der Fragen festgelegt – im inhaltlichen Teil war der Gesprächsverlauf ausschlaggebend –, eine gewisse Grundstruktur wurde jedoch bei allen eingehalten. Das betraf den Beginn, den Einstieg und den Schluss.

Zu Beginn des Interviews wurden die Formalitäten geklärt. Neben dem Bedanken, der Vorstellung des Diplomarbeitsthemas und der Erläuterung, warum sie als Experten ausgewählt wurden, galt es auch Klarheit über die Vorgehensweise und Verwendung des Interviews zu schaffen. Den Interviewpersonen wurde die voraussichtliche Länge des Gespräches genannt, sie wurden über Ihr Einverständnis zur Aufnahme des Interviews befragt, die Verwendung Ihres Namens und der Wunsch nach einer etwaigen Anonymisierung geklärt sowie Ihnen angeboten, eine Kopie der Transkription zugesandt zu bekommen.

Die Einstiegsfrage ist das zweite gleiche Element bei allen vier Interviewleitfäden. Sie ist allgemein und offen konzipiert und dient als sog. „Eisbrecherfrage“. Die Interviewperson sollte dadurch anregt werden, von sich aus zu sprechen ohne auf Inputs und Nachfragen des Interviewers zu warten. Sie lautet: „Herr [Interviewperson Nr.X], wie schätzen Sie die Wichtigkeit der Europäischen Union für die [eigene Partei] ein?“ Eine Ausnahme bildet hierbei der Vertreter der FPÖ. Da im Vorfeld die genauen europapolitischen Tätigkeiten nicht recherchiert werden konnten, wurde vor der eigentlichen Einstiegsfrage die Eignung als Interviewpartner geklärt.

Ebenso wie die Einstiegsfrage die Interviewpersonen animieren sollte, die Schwerpunkte des Gespräches selbst zu setzen, soll der Schluss als Absicherung dazu dienen. Bei allen Interviews haben die Experten zum Schluss die Gelegenheit über ihres Erachtens wichtige Themen und Aspekte zu sprechen, die nicht zur Sprache gekommen sind.

Der unstrukturierte und zugleich größte Teil des Leitfadens stellt der Themen- oder Frageblock dar. Er geht auf Themen ein, die einerseits dem Raster (siehe Anhang Punkt 10.3.1) folgen. Dieser bezweckt eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen den Interviews. Die aus dem Forschungsinteresse und den Forschungsfragen abgeleiteten Themenaspekte sollen bei allen Interviews behandelt werden. Andererseits wurden die konkrete Ausformulierung der Fragen sowie die einbezogenen Beispiele nach vorangegangener Recherche über die Interviewperson und deren vertretenen Aspekte (Partei, Ebene, Organisationsform, etc.) angepasst. Somit unterscheiden sich die Leitfäden in diesem Teil. Die einzelnen Interviewleitfäden sind im Anhang (10.3.2 bis 10.3.5) zu finden.

4.3.3 Auswertungsschritte

Die Auswertung folgt den in Kapitel 4.2 und in Abbildung 2 ersichtlichen Schritten. Allerdings kam es zu kleinen Abweichungen. So wurde in der Vorstufe der Auswertung - also beim Transkribieren der auf Tonband aufgezeichneten Interviews - auf Paraphrasen verzichtet und sämtliche Inhalte wörtlich niedergeschrieben. Das erschien bei vier Interviews als angemessen und durchführbar.

Eine weitere Abweichung gab es beim Schritt zwischen dem thematischen Ordnen und dem interviewübergreifenden thematischen Vergleich. Den theoretischen Überlegungen folgend wurden textnahe Formulierungen der Überschriften (Ordnen) vergeben. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der geführten Interviews – die Interviewpersonen stammen aus verschiedenen Parteien, Hierarchieebenen, haben diverse Hintergründe (inhaltliche Repräsentation) und die Gesprächssituationen waren teilweise völlig unterschiedlich – und der teils sehr langen und umfangreichen Paraphrasen musste ein Zwischenschritt eingeführt werden, damit es zum thematischen Vergleich kommen konnte. Es galt einen gemeinsamen Nenner zu finden. Dazu wurden die Paraphrasen in kleinere Einheiten geteilt, eine Generalisierung der Aussagen durchgeführt und dadurch Kategorien gebildet. Diese Kategorienbildung folgte einem Kategorienschema (siehe Anhang Punkt 10.4) die die textnahen Überschriften in gemeinsame Kategorien ordneten. Erst so konnte es zum thematischen Vergleich kommen.

In dieser Arbeit ist das Ergebnis der Auswertung wie folgt vorzufinden. Die Transkriptionen sind nicht in der Arbeit selbst inkludiert, können aber auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Der zusätzlich eingeschobene und der zweite Auswertungsschritt (Paraphrasieren, Reduktion und thematisches Ordnen) sind in der Auswertungstabelle zusammengefasst (siehe Anhang Punkt 10.5). Der thematische Vergleich erfolgt anhand der Zuteilung von Überschrif-

ten (Kategorisierung) und dokumentiert sich im nächsten Kapitel (Ergebnisse) in verschriftlichter Form. Den vierten Auswertungsschritt stellt das Konzeptualisieren dar. Darin werden die Aussagen der Interviewpartner in fachspezifische Begrifflichkeiten übersetzt. Da in den Interviews mit Experten bereits Gespräche über politikwissenschaftliche Konzepte geführt wurden, ist eine solche Übersetzung nicht mehr notwendig. Darum wird die theoretische Generalisierung ohne extra ausgewiesene vorherige Konzeptualisierung durchgeführt. Die Verschriftlichung davon findet sich im Kapitel 7 (Theoretische Verknüpfung).

5 Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse wurden aus dem erhobenen Datenmaterial unter Anwendung der in Punkt 4.2 beschriebenen Auswertungsstrategie und in Punkt 4.3.3 beschriebenen Durchführung gewonnen. Es handelt sich in diesen Punkten um die reine Darstellung der Ergebnisse. Eine Interpretation wird so gut wie möglich vermieden und erst in Kapitel 7 angestellt. Für die bessere Wiedergabe der Ergebnisse wurden aber Vergleiche der untersuchten Parteien durchgeführt (thematischer Vergleich), wodurch in einigen Punkten der Interpretation vorgegriffen wird. Die Ergebnisse selbst leiten sich aus den Interviews ab. Zur Nachvollziehbarkeit dienen die im Anhang befindlichen Leitfäden, Transkriptionen und die Auswertungstabelle⁷.

Für eine verbesserte Übersichtlichkeit wird die Darstellung der Ergebnisse in eingeteilten Kapiteln erfolgen. Dabei wird mit der allgemeinen Herangehensweise an die EU der vier untersuchten Parteien begonnen, ehe die parteiinterne Dimension vorgestellt wird. In den Punkten 5.3 und 5.4 werden dann die Hauptthemen dieser Diplomarbeit behandelt, nämlich die Themengestaltungsansätze und die Unterscheidungsfaktoren.

5.1 Herangehensweise an die Europäische Union

Die vier untersuchten Parteien haben unterschiedliche Herangehensweisen an die EU. In wie weit diese erhobenen Unterschiede auf die verschiedenen persönlichen Hintergründe der Interviewpersonen zurückgehen, bleibt an dieser Stelle unberücksichtigt, soll aber mitgedacht werden. Es wird auf jeden Fall am Ende der Arbeit mit in die Interpretation einfließen.

Die unterschiedliche Handhabung des Themas „Europäische Union“ und ihre Rolle für die jeweilige Partei sind eindeutig feststellbar. Da die (einheitliche) Einstiegsfrage auf die Einschätzung der Wichtigkeit der EU für die jeweilige Partei zielte und somit eine Selbsteinschätzung darstellt, können die Antworten noch nicht direkt übernommen werden. Diese

⁷ Direkte Verweise auf die Interviews (Interview- und Zeilennummer) gibt es nur bei direkten Zitaten. Ansonsten wird versucht, durch die sprachliche Formulierung und die Einbeziehung der Interviewpersonen bzw. Parteien Klarheit über der Herkunft (welches Interview) zu schaffen.

Selbsteinschätzung hatte weniger zum Ziel, die tatsächliche Wichtigkeit als vielmehr die Betrachtung der EU zu erheben. Allgemein wurde der Europäischen Union von den Interviewpersonen eine große Wichtigkeit attestiert. Die Unterschiede in der Betrachtung und in den tatsächlichen Aktivitäten sind aber teilweise enorm.

Die SPÖ betrachtet die Europäische Union aufgrund der Bedeutung für die Rahmenbedingungen, in dem sich ein Land wie Österreich bewegt, als wichtig. In der derzeitigen SPÖ gibt es aber den Aussagen von IP1 zufolge keine über ein Mindestengagement hinausgehende Initiative. Die EU-Haltung der SPÖ hat sich im Laufe der Zeit verändert, wobei verschiedene Faktoren mitgespielt haben dürften.

Erstens spielte der Gang in Opposition im Jahr 2000 eine entscheidende Rolle. IP1 erklärte, die SPÖ sieht sich und hat sich auch damals als staatstragende Partei gesehen. Aufgrund der veränderten Lage musste sie sich aber von der Regierung unterscheidbar machen. Diese zu Beginn der Oppositionszeit differenzierte Haltung zur EU ließ sich aber aufgrund der Parteigröße nicht aufrechterhalten. Zweitens, der Parteivorsitzende beeinflusst die Haltung zur EU. Dem jetzigen Vorsitzenden Werner Faymann wird von IP1 Desinteresse an Außen- und Europapolitik nachgesagt.

Der Vertreter der ÖVP (IP4) betonte die Wichtigkeit der EU für alle Arbeitsbereiche der Partei. Besonders in der derzeitigen Krise und bei den Versuchen, die Krise zu bekämpfen treffe das zu. Die proeuropäische Haltung der ÖVP zeige sich im Engagement in der Europäischen Volkspartei von Beginn an. Bei der Betrachtung der EU sowie bei den genannten Vorgehensweisen zur Themenverfolgung wurde eine klare Regierungsperspektive erkennbar. Der Europäische Rat wird als dominanter Akteur in der EU wahrgenommen, das EP dagegen als unwichtig betrachtet. Das wird IP4 zufolge vor allem bei den großen Entscheidungen deutlich. Bei der allgemeinen EU-Politik bestätigt sich diese Einschätzung. Hier werden von IP4 vor allem Aktivitäten und Überlegungen für intergouvernementale Verhandlungen angeführt und unter dem Begriff „Lobbyinganstrengungen“ zusammengefasst. Dabei sind unterschiedliche Aspekte erfolgreichen Verhandlungen förderlich. Konsens auf der nationalen erleichtert das Verhandeln eines Themas auf europäischer Ebene. Darüber hinaus ist das frühe Identifizieren von entgegengesetzten Positionen bei den Verhandlungen wichtig. Dafür sind Informationen zentral. Diese Einschätzung findet sich auch bei IP1 wieder, der seine diesbezüglichen Erfahrungen aus dem Europäischen Rat folgendermaßen zusammenfasst:

Wir haben auch nur langsam gelernt, dass es in einem Ministerrat, damals mit 15 Mitgliedstaaten, im Wesentlichen darauf ankommt zu verstehen, was die anderen 14 wollen, um ausloten zu können, was für eigene Positionen man durchbringen kann und wer die Partner sind, mit dem man was machen kann und wem man helfen muss, damit das auch Partner sind für die Sache, die man selber durchbringen will (Interview 1, Zeile 220-224).

Die Betrachtung der EU-Politik aus einer reinen intergouvernementalen Regierungsperspektive lässt sich bei der ÖVP wohl auf den Umstand zurückführen, dass sie - als einzige Partei - seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 durchgehend in der Regierung vertreten ist. Darüber hinaus stellte die Volkspartei seit 1995 jeden Außenminister und jeden österreichischen Kommissar.

Zu den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP nehmen die Grünen und die FPÖ eine jeweils vollkommen andere EU-Haltung ein. In Beziehung zueinander bilden sie zwei Extreme. Die Betrachtung der EU ist bei den Freiheitlichen hauptsächlich durch die Fraktionslosigkeit auf europäischer, aber auch durch die Oppositionsrolle auf der nationalen Ebene geprägt. Aus den Aussagen von IP3 geht hervor, dass die FPÖ sich selbst nur äußert wenig Mitgestaltungsmacht bei europäischen Vorgängen attestiert. Das ist mit eben dem fraktionslosen Status und der Oppositionsrolle erklärbar, überrascht jedoch, da diese Passivität ohne Ausnahme selbst bei Kernthemen nicht abgelegt wird.

Bei den europapolitischen Maßnahmen werden von IP3 zwar die Wichtigkeit der Außenwirkung und der Öffentlichkeitsarbeit betont. Doch auch bei Kernthemen wie dem Türkei-Beitritt wird weder der Möglichkeit öffentlichen Druck aufzubauen, noch den parlamentarischen Möglichkeiten (z.B. bindende Stellungnahmen) Chancen zugesprochen, Einfluss auf die Entscheidungen zu nehmen. Darüber hinaus sieht IP3 die Themenkonjunktur von externen Einflüssen bestimmt, auf die die FPÖ nur reagieren könne. Das Vorgehen auf europäischer Ebene wird durch die Abneigung gegenüber der FPÖ zusätzlich erschwert und durch die Fraktionslosigkeit ist die Arbeit des MEP Andreas Mölzer auf den Außenpolitischen Ausschuss begrenzt. Auch dort kann man ob der Fraktionslosigkeit nur abschwächend eingreifen und nur selten initiativ tätig werden.

Der Versuch, dem fraktionslosen Status durch einen Beitritt zur EDF-Fraktion zu entkommen, scheiterte. Mit der Gründung der Europapartei Europäische Allianz für die Freiheit (EAF) versucht die FPÖ zwar dem Fehlen einer institutionalisierten Kooperationsform zu begegnen, aufgrund der weiterhin bestehenden Fraktionslosigkeit im Europäischen Parlament wird auch der Arbeitsschwerpunkt innerhalb der EAF nicht von der FPÖ selbst gesetzt. Dort konzentriert man sich auf den Wahlkampf für die EP-Wahlen 2014, denen jedoch kein Veränderungspotential zugesprochen wird. Das trifft in gewisser Weise auch auf Nationalratswahlen zu. IP3 sieht durch die bloße Zusammensetzung des Nationalrats keine Möglichkeit zu Veränderungen für die FPÖ-Europapolitik. Lediglich durch eine etwaige Regierungsbeteiligung würden Veränderungen möglich werden. Dabei nannte IP3 interessanterweise nicht den Zugang zu Ratstreffen und zu ministeriellen Informationen als Hauptaspekt, sondern die öffentliche Legitimation, die einer Ausgrenzung und Abneigung von anderen Parteien entgegenwirken könnte.

Die Wahrnehmung der europäischen Ebene, der EU und der Möglichkeiten zur Mitgestaltung fällt bei der FPÖ eher passiv aus. Mit einem der Psychologie entlehnten Terminus könnte diese Wahrnehmung als externe Kontrollüberzeugung beschrieben werden. Dieser Begriff beschreibt die Annahme, dass Faktoren außerhalb der eigenen Person die Ursachen von Verhaltensfolgen sind (vgl. Vitouch 2007, 41f.). Auch wenn dieser Begriff ohne weitere Erläuterung aus der Psychologie entlehnt wird, so beschreibt er genau die angestellte Schlussfolgerung. Die FPÖ betrachtet Vorgänge auf europäischer Ebene durch eigenen Maßnahmen als nur wenig beeinflussbar.

Den diesbezüglichen krassen Gegensatz stellen die Grünen dar. Als einziger Interviewpartner gab IP2 an, dass die Grünen auf europäischer Ebene mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten haben als auf nationaler Ebene. Im gestärkten Europaparlament hätten die Grünen gute Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Das ergibt sich aus der Tatsache, dass es im EP keine Regierungs-, sondern wechselnde Mehrheiten gibt. Mit Abänderungsanträgen zu arbeiten ist demnach ein durchaus wirkungsvoller Ansatz. Durch die Mitgliedschaft in der Grünen-Fraktion können auch sämtliche Themen in die EP-Ausschüsse zur Diskussion gebracht werden.

Auch auf nationaler Ebene sieht IP2 starke Instrumente zur Mitbestimmung der österreichischen Verhandlungsposition. Bindende Stellungnahmen im EU-Unterausschuss sind dabei ein starkes Instrument und können die Regierungsparteien dazu zwingen, ihre Positionen konkreter auszuformulieren. Damit nimmt man ihnen nicht nur die Möglichkeit, ggf. ihre Position zu verändern, sondern auch die des Junktimierens. Für bindende Stellungnahmen ist aber die Unterstützung von mindestens einer Regierungspartei erforderlich. Dazu sind Anstrengungen notwendig, um öffentlichen Druck aufzubauen. Diese Notwendigkeit wird von den Grünen, von den Aussagen der IP2 ausgehend, erkannt und durch öffentliches Thematisieren, Kooperationen mit der Zivilgesellschaft, etc. versucht nachzukommen. Generell gibt IP2 an, dass mittels permanenter Kleinarbeit versucht wird, langfristige Entscheidungen zu beeinflussen.

Das alles ergibt eine äußerst proaktive, proeuropäische EU-Haltung der Grünen. Sie spielt IP2 zufolge auch innerparteiisch eine wichtige Rolle. Die proeuropäische Haltung wird als Teil des Selbstbildes verstanden und dient als Abgrenzung zu anderen Parteien. Ausdruck davon ist auch eine viel weniger starke Dichotomisierung zwischen nationaler und europäischer Ebene. So bekleidet bspw. ihre Europaspriecherin Ulrike Lunacek als einziger Europaspriecher der österreichischen Parteien eine Position auf europäischer Ebene. Das ist seit Beginn der EU-Mitgliedschaft Österreichs so. Generell entsteht aus dem Interview mit IP2 der Eindruck, als hätten sich die Grünen sehr viele Gedanken über die Bedeutung der Europäischen Union für ihre Partei und Politik gemacht. Vielleicht hängt das mit dem „Schwenk“

nach der Volksabstimmung über den EU-Beitritt in Österreich zusammen. Dieser wird auch von IP2 als Ausgangspunkt für die EU-Haltung der Grünen angeführt.

Die allgemeinen Herangehensweisen an die EU-Politik unterscheiden sich also bei den untersuchten Parteien. Da aus den theoretischen Überlegungen angenommen wurde, dass Parteien rationale, Nutzen maximierende Akteure sind, stellt sich auch die Frage nach etwaigen Strategien. In den Interviews wurde erhoben, dass alle vier Parteien in irgendeiner Weise strategische Überlegungen anstellen. Es besitzt jedoch keine eine umfassende Strategie, die das gesamte europapolitische Vorgehen hinsichtlich der günstigsten Stellen im Mehrebenensystem analysiert. Die FPÖ führt eine Evaluation des Erreichten und der Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Personen durch. Eine mehrere Ebenen umfassende Strategie gibt es jedoch nicht. Bei den Grünen hingegen gibt es eine EU-Koordinationsstelle, die den Parlamentsklub, die europäische Ebene und die Bundespartei abstimmt. Wie bei den Freiheitlichen gibt es aber keine umfassende Strategie und die Aktivitäten erstrecken sich auf alle Ebenen. In der ÖVP werden die Aufgaben in einer Koordinations Sitzung verteilt. Beim Internationalen Sekretär und beim Parteiobmann laufen darüber hinaus Koordinations-tätigkeiten zusammen. Bei der EU-Koordination der SPÖ konnte eine tatsächliche Koordination nur indirekt ausfindig gemacht werden. IP1 gab an, dass die jeweilige Struktur der Partei nicht nur für die Wichtigkeit der EU, sondern auch dafür ausschlaggebend ist, mit welcher Intensität Europapolitik betrieben wird. Somit kann angenommen werden, dass prinzipielle Überlegungen angestellt werden, mit welchem Aufwand europapolitische Fragestellungen verfolgt werden. Auf eine Koordinationsstelle wurde aber kein Hinweis gefunden.

5.2 Meinungsbildungsprozess

Der innerparteiliche Meinungsbildungsprozess stellt einen interessanten Untersuchungsaspekt dar. Während sich die meisten der anderen Untersuchungskategorien entweder gegenseitig beeinflussen oder gar bedingen, ist der Entstehungsprozess der EU-Linie einer Partei nicht zwangsläufig an z.B. die EU-Betrachtung gekoppelt. Es können allerdings formelle Elemente entscheidend dafür sein. Darum sind neben den strukturellen Gegebenheiten bei der Meinungsbildung auch der Einfluss von einzelnen Akteuren zu behandeln. Natürlich genießen dabei europapolitische Akteure wiederum besondere Aufmerksamkeit.

Bei der SPÖ zeigte das Interview mit IP1 die Wichtigkeit der Parteilinie – auch für europapolitische Akteure. Ihre Meinungen müsse auch von der Partei getragen werden. IP1 zufolge beeinflussen jedoch die allgemeinen Schwerpunkte der Partei die Präferenzen der in der Europapolitik tätigen Akteure nicht. IP1 beschrieb auch Situationen, in denen er sich aufgrund des Arbeitsaufwandes keine Gedanken über die Parteilinie machte. Prinzipiell gäbe es aber ein Gespür für die Positionen, die man (als Sozialdemokrat) vertreten könne.

Die zentrale Stelle für die Formulierung der europapolitischen Linie ist das Parteipräsidium. Beschlüsse dieses Gremiums stellen den Rahmen für das Vorgehen auf EU-Ebene bzw. für europapolitische Themen dar. Für IP1 war das sowohl auf nationaler Ebene bei den Verhandlungen über die EU-Erweiterung, als auch für die Arbeiten im Verfassungskonvent von Bedeutung. Durch seine Anwesenheit im Präsidium konnte er die Beschlüsse beeinflussen, was er mit intensiven Vorarbeiten auch versuchte. IP1 schilderte sowohl Erfolg wie auch Misserfolg. Während der Präsidiumsbeschluss, der den Rahmen für den Verfassungskonvent bestimmte, größtenteils seine persönlichen Vorstellungen widerspiegelte, scheiterte er mit seiner liberaleren Haltung bei der Erweiterung.

Der Einfluss von einzelnen Personen in der SPÖ ist deutlich erkennbar. Neben der persönlichen Einflussnahme von europapolitischen Akteuren nimmt vor allem der Parteivorsitzende bei den EU-Positionen eine prägende Rolle ein. Der Vorsitzende bestimmt ganz wesentlich das allgemeine Engagement der Partei in der EU-Politik. Erstens, die Zustimmung der SPÖ zum EU-Beitritt hing maßgeblich von der Person des damaligen Vorsitzenden und Bundeskanzlers Franz Vranitzky ab. Damals gab es den Angaben von IP1 zufolge viel mehr Engagement in EU-Fragen. Zweitens, beim Wechsel von Alfred Gusenbauer zu Werner Faymann wurde der Einfluss der persönlichen Hintergründe des Vorsitzenden für das EU-Engagement deutlich. Während Gusenbauer ein Außenpolitiker war, spricht IP1 dem derzeitigen Vorsitzenden und Bundeskanzler Faymann großes Interesse an Außen- und Europapolitik ab. Die Wichtigkeit des Vorsitzenden in einer großen Partei wie der SPÖ ergibt sich aus der Signalfunktion. Die Signale des Vorsitzenden sind zu einem großen Teil ausschlaggebend für das Engagement der anderen in der Partei.

Es ist nicht so, dass es ausschließlich vom Vorsitzenden abhängt, aber sehr wesentlich, ob der Vorsitzende bereit ist sich zu engagieren und welche Haltung er dazu einnimmt. Das erleichtert's zumindest den Übrigen [...] Insgesamt ist in der Politik der Mut, gegen den Wind Politik zu machen, nicht so weit verbreitet. Das spielt sich auch hier ab. Wenn's von oben keine klaren Signale gibt, dann kommen auch wenige. Ich sage nicht gar keine, sondern ich sage wenige. (Interview 1, Zeile 55-61).

Vermutlich prägt die Haltung des Parteivorsitzenden die Stellung der EU-Akteure innerhalb der Partei. Aus dem Interview ging hervor, dass eine Trennung zwischen nationaler und europäischer Ebene viel stärker erfolgt, als das bei den anderen Parteien der Fall ist. Die Akteure auf europäischer Ebene werden weniger als integraler Teil der Partei wahrgenommen, denn vielmehr als etwas der Bundespartei Fremdes.

Nur es ist eben auch der Inlandspartei überwiegend lästig, dass es die da draußen auch noch gibt, zumal die anders ticken. Die haben ein anderes EU-Verständnis, die wollen ein aktiveres Handeln und die stören zum Teil die inländischen Kreise (Interview 1, Zeile 80-3).

Diese Erfahrung machte auch IP1, dessen Zugehörigkeit zur Bundespartei aufgrund seines Verständnisses für die Vertreter auf EU-Ebene oftmals in Frage gestellt wurde. Durch solche Erfahrungen kommt es zu einer differenzierteren Wahrnehmung der EU. Von den Vertretern auf EU-Ebene kommt es häufig zum Wunsch nach mehr Engagement von der eigenen Partei oder Regierung, die in der unterschiedlichen Sichtweise begründet liegt.

Wie bei der SPÖ gibt es auch bei der ÖVP eine zentrale Stelle für die Erstellung der EU-Position. Allerdings unterscheidet sie sich durch ihrer Zusammensetzung. Die ÖVP ist in Form von Ausschüssen organisiert und der für die EU-Politik zuständige entscheidet über die Linie in EU-Fragen. Darin sind Regierungsmitglieder, Nationalratsabgeordnete, MEPs, Landtagsabgeordnete und Interessensvertreter vertreten. Auch hier wird versucht mit Positionspapieren den Meinungsbildungsprozess mitzugestalten. Interessanterweise besitzt die Länderebene nur geringen Einfluss bei der Meinungsbildung in EU-Angelegenheiten. Das ist doch ein wenig überraschend, da die ÖVP ja eine föderal organisierte Partei ist. Landtagsabgeordnete sind zwar im Ausschuss vertreten, die Landesorganisation an sich spielt aber keine Rolle. Im Übrigen bleiben die tatsächlichen Hauptakteure unerkannt. Zwar gab IP4 an, dass der Bundesobmann der ÖVP die Richtung in der Europapolitik vorgibt, darüber hinaus wurden keine Hauptakteure ersichtlich.

Generell wird dem Bundeskanzler von IP4 der größte persönliche Einfluss in der Europapolitik zugesprochen, da er auch innerhalb von vereinbarten Positionen noch genügend Raum für Akzentuierungen hat. Innerhalb der Volkspartei liegt aber die Schlüsselfunktion zur Meinungsbildung im zuständigen EU-Ausschuss. Darin können auch die EU-Vertreter der ÖVP teilnehmen. Allgemein besitzen diese Einfluss innerhalb der ÖVP, die Reputation der EU-Experten hängt aber nicht von der Funktion an sich, sondern von den persönlichen Leistungen ab. Diese persönlichen Leistungen spielen aber keine Rolle, wenn es um die innerparteiliche Ressourcenverteilung geht. IP4 gibt an, dass dabei ausschließlich die formelle Funktion zählt. Der persönliche Einfluss dürfte in der ÖVP somit begrenzt sein.

Der EU-Ausschuss wird von IP4 eindeutig als zentrale Stelle im Meinungsbildungsprozess angegeben. Wie einflussreich die daraus kommende Position wirklich ist, kann an dieser Stelle aber nicht beurteilt werden, da sich ansonsten doch eine eindeutige Regierungsperspektive zeigte.

Wie bei den zwei Großparteien gibt es auch bei den Freiheitlichen eine zentrale Stelle für die Meinungsbildung in EU-Angelegenheiten. Der Außen- und europapolitische Arbeitskreis ähnelt aufgrund seiner Zusammensetzung eher dem EU-Ausschuss der ÖVP. Darin beschäftigen sich nämlich mehrere Nationalratsabgeordnete und Experten mit bestimmten Themenbereichen. IP3 gab dabei an, sowohl mit Argumentationspapieren als auch mit Pressearbeit die im Arbeitskreis entstehende Parteilinie mitgestalten zu versuchen.

Einen großen Einfluss auf die freiheitliche Europapolitik hat naturgemäß der Bundesparteiobermann. Das ergibt sich eher aus seiner Funktion als Repräsentant der Partei und weniger aus der inhaltlichen Leistung. Die meisten inhaltlichen Inputs in Europafragen kommen vom Europaparlamentarier Andreas Mölzer. IP3 identifizierte ihn als Hauptakteur der Freiheitlichen Partei in EU-Angelegenheiten. An der Person Andreas Mölzer wird auch der Einfluss von einzelnen Personen gut ersichtlich. Seine persönlichen Schwerpunkte fließen in die Parteilinie ein. Das bestätigt die Annahmen, dass der Einfluss von einzelnen Personen in der FPÖ aufgrund des hohen Grades der Zentralisierung groß ist. Allerdings zeigt sich, dass das weniger auf formellen Strukturen, sondern auf den persönlichen Hintergrund basiert. Es fließen nicht nur die persönlichen Arbeitsschwerpunkte in die Parteilinie mit ein, sondern auch die formelle Aufteilung zwischen den zwei MEPs und zwischen Andreas Mölzer und dem Europasprecher des FPÖ-Klubs Johannes Hübner ergibt sich aus den persönlichen Hintergründen.

Es kann also eine einflussreiche Stellung von EU-Expertise in der FPÖ konstatiert werden. Allerdings lässt sich das nicht aus den formellen Strukturen herauslesen, sondern ergibt sich aus den persönlichen Erfahrungen und Hintergründen der handelnden Akteure. Auch beim Bundesparteiobermann der formell eine äußerst starke Stellung einnimmt, variiert die Mitgestaltungsmacht nach Situation und Thema. IP3 attestiert ihm in der jetzigen Krise besondere Wichtigkeit. Da er aber nicht auf EU-Politik spezialisiert ist, sondern mehrere Themen behandelt, spielt inhaltlich MEP Mölzer eine größere Rolle. In wie fern das auf die Persönlichkeit von Heinz Christian Strache zurückzuführen ist, kann kaum festgestellt werden. Vergleiche mit früheren Bundesparteiobermännern können aufgrund der Spaltung und der zwischenzeitlichen Regierungstätigkeit nicht angestellt werden bzw. bedürften einer viel ausführlicheren Auseinandersetzung.

Bei den Grünen ist der Einfluss einzelner Akteure besser feststellbar. Im Vergleich zur SPÖ, ÖVP und FPÖ unterscheiden sich die Grünen in diesem Punkt. Zum einen gibt es keine starke Dichotomisierung zwischen nationaler und europäischer Ebene, wie im vorigen Kapitel ersichtlich wurde. EU-Politik wird als Querschnittsmaterie begriffen und deshalb beschäftigen sich alle Abgeordneten mit der Europäischen Union. So ist es verständlich, dass eine einzelne Person nicht die Position bzw. die Positionen der Grünen bestimmen kann und somit gibt es auch keinen Hauptakteur in der EU-Politik der Grünen. Eine Ausnahme dabei bildet die Europasprecherin und die Parteiobfrau. Sie sprechen für die Partei in Europafragen und nehmen eine Repräsentationsfunktion ein.

Darüber hinaus gibt es aber einen Themenbereich, wo sie wirklich als Hauptakteure zu bezeichnen sind. IP2 zufolge besitzen sie bei integrationspolitischen Fragen eine gewisse Kernkompetenz. Prinzipiell fehlen aber europapolitische Hauptakteure im internen Meinungsbildungsprozess der Grünen. Das schließt jedoch nicht aus, dass einzelne Personen

Einfluss ausüben können. So spielen die persönlichen Schwerpunkte der Parteiobfrau ebenso eine Rolle wie die der Europasprecherin.

Also die Grünen haben die Grundposition in den Fällen nicht verändert. Was sich natürlich schon verändert ist einfach das, dass die Schwerpunkte andere sind. Also Ulrike Lunacek ist Sonderberichterstatterin für den Kosovo und sehr stark im Südwestbalkanbereich engagiert. Sie hat da auch große Kompetenz, macht dazu viel Medienarbeit und dadurch erscheint die EU-Politik der Grünen dann natürlich stärker auf diese Themen fokussiert. Oder Eva Glawischnig ist eine ausgezeichnete Umwelt- und Energieexpertin und wird sich natürlich sehr viel mit diesen Themen auch auf EU-Ebene beschäftigen oder hat sich damit beschäftigt, was van der Bellen in dem Ausmaß nicht gemacht hat. Aber von den Kernfragen [...] haben sich die Positionen eben nicht verändert. (Interview 2, Zeile 169-78).

An der Position der Parteiobfrau kann man Unterschiede zu den anderen Parteien feststellen. Obwohl die Macht des Parteiführers auch bei den anderen Parteien variiert – nicht zuletzt durch die Persönlichkeit –, stellt der Parteiobmann bzw. die Parteiobfrau bei den dezentral und basisdemokratisch organisierten Grünen eine wenig machtvollere Funktion dar, als das in den anderen Parteien der Fall ist. Die Parteiobfrau besitzt bei Personalentscheidungen nur geringe Macht über informelle Dynamiken am Bundeskongress.

Nachdem nun ersichtlich wurde, wie sich neben der Herangehensweise an die EU auch der interne Meinungsbildungsprozess bei den untersuchten Parteien unterscheidet, wird im nächsten Kapitel der Kern der Arbeit erkundet – die Themengestaltungsstrategien. Dabei ist anzumerken, dass bei der Datenerhebung keine Definition des Begriffes Themengestaltung bzw. Agenda Shaping vorgenommen wurde, wie es in dieser Arbeit erfolgte. Die Ergebnisse zeigen somit nicht nur, welche Anstrengungen hinsichtlich Agenda Shaping von den Parteien unternommen werden. Sie zeigen auch, ob sie ihre Aktivitäten als solche verstehen bzw. was die Interviewpersonen selbst unter Themengestaltung, Themensetzung oder Agenda Shaping verstehen.

5.3 Themengestaltung

Nach den letzten zwei Kapiteln und den ersten Erkenntnissen überrascht es kaum, dass sich die Parteien auch bei der Themengestaltung unterscheiden. Je nach Betrachtung und EU-Engagement fallen die Aktivitäten, die hier als Themengestaltung oder Agenda Shaping verstanden werden, unterschiedlich aus. Bei jedem Interview kommen Besonderheiten zum Vorschein.

Die Regierungsperspektive des ÖVP-Vertreters wird auch bei diesem Thema ersichtlich. IP4 spricht sehr wenig in Partei-Einheiten, sondern stellt vielmehr die Regierungsposition bzw. die Position Österreichs in der EU in den Vordergrund. Durch diese Rahmensetzung offen-

bart sich ein auf die intergouvernementale EU angewandtes Verständnis von Themengestaltung. Dabei sieht er Österreich nur in einer passiven Rolle, aus der heraus man auf Situationen und die von äußeren Einflüssen abhängige Themenlage reagieren kann. Die Themensetzung übernimmt man aber nicht.

Die großen Themen setzen hier zur Zeit die Märkte, die Finanzmärkte und in anderen Fragen sind das einfach internationale Entwicklungen, die auf Österreich zukommen, wo wir sehr wohl Position zu beziehen haben, aber nicht die Themen setzen. Also die ganze Debatte da um Atomkraft, das Thema hat der Tsunami gesetzt. Die Finanzkrise, könnte man sagen, ist ausgegangen von den Lehman Brothers und wurde von den Ratingagenturen gesetzt. Mir fällt kein Thema ein auf europäischer Ebene, das Österreich gesetzt hätte. Das einzige, wo wir mit dabei sind bei einem wichtigen Thema, das ist eben die Erweiterung und da haben wir uns immer richtig positioniert - nämlich für die Erweiterung, insbesondere am Balkan (Interview 4, Zeile 492-500).

Die Einschätzung der fehlenden Themensetzungs- bzw. –gestaltungsmacht Österreichs schränkt IP4 selbst ein, indem er wichtige Themen nennt, bei denen Österreich ein aktiver Mitgestalter war. So führt er die Finanztransaktionssteuer an, die durch das wiederkehrende Thematisieren ganz wesentlich von Österreich mitgestaltet wurde. Wie aus dem Zitat hervorgeht nahm auch Österreich eine wichtige Rolle bei der EU-Erweiterung ein. Bei diesem Thema offenbart sich auch ziemlich genau, welche Elemente IP4 für eine erfolgreiche Themengestaltung als notwendig erachtet. Zum einen ist die Vorreiterrolle von Bedeutung. Man erlangt nicht nur Glaubwürdigkeit in einem Themenbereich, sondern bestimmt auch das Tempo. Zum anderen beeinflusst man, wie ein Thema behandelt wird.

Genau betrachtet widerspricht IP4 mit der Nennung von erfolgreichen Themengestalten seiner eigenen Einschätzung, die ein Bild Österreichs in einer passiven Rolle zeichnet. Ebenso rätselhaft bleibt die Aussage über Kernthemen, die nämlich weniger situationsabhängig seien. Während er als Beispiel das Thema EU-Erweiterung nennt, konstatiert IP4 im Hinblick auf die eigenen Partei, dass das langjährige Kernthema Sicherheitspolitik durch die aktuelle Krise in den Hintergrund getreten ist.

Viel eindeutiger ist dagegen die Aussage über das Fernhalten von Themen auf der europäischen Agenda. Die sog. Agenda Exclusion funktioniert auf europäischer Ebene nicht, womit die Einschätzung von IP4 mit den anderen Interviewpartnern übereinstimmt. Es gibt jedoch viele andere Möglichkeiten wie Themenblockade, Verzögerung, etc.

Wenig überraschend ist die Beurteilung der Wichtigkeit von Nationalrats- und EP-Wahlen für die Themengestaltung und die allgemeine Europapolitik. Da Regierungen die entscheidenden Akteure in der EU sind und die großen Entscheidungen vom Europäischen Rat getroffen werden, sind Nationalratswahlen wichtiger als Wahlen zum Europäischen Parlament. IP4

sieht auch die nationalen Parlamente mit mehr Themengestaltungsmöglichkeiten ausgestattet als das EP.

Wesentlichen Einfluss auf die Themenagenda spricht IP4 dem öffentlichen Druck zu. So sieht er nicht nur die österreichische Position von NGOs beeinflusst, sondern attestiert auch den Medien maßgebende Wirkung auf die Themensetzung. Dabei nennt er Boulevardmedien, die ein falsches Bild von Europa zeichnen. So ein falsches Bild von Europa bzw. europakritische Stimmung nennt er als Hemmnis für Verhandlungen auf europäischer Ebene. Damit und mit der Betonung der Wichtigkeit der Beeinflussung, wie ein Thema behandelt wird, was z.B. Österreich als Vorreiter bei der EU-Erweiterung am Balkan tat, erkennt er implizit die Wichtigkeit des Themenframings an. Die Öffentlichkeit ist für die Themenagenda bedeutungsvoll. Dabei sind zwei Aspekte in den Aussagen von IP4 bemerkenswert. Erstens lassen sich keine Initiativen zum Einsatz von öffentlichem Druck für die eigene Themenverfolgung erkennen. Das könnte daran liegen, dass die ÖVP als Regierungspartei ganz einfach keine Notwendigkeit dazu hat. Zweitens variiert IP4 zufolge der Grad der Beeinflussung von Seiten der Öffentlichkeit nach Komplexität und Emotionalität. Je technischer ein Thema ist, desto weniger öffentlichen Druck gibt es. Als Beispiel dafür führte IP4 das Thema Finanzmarktregelungen an, die für den Durchschnittsbürger schwer einzuschätzen sind. Auf der anderen Seite gibt es sehr großen öffentlichen Druck bei emotionalen und weniger komplexen Themen, wie z.B. der Atomkraft.

Beim Vertreter der SPÖ wird Themengestaltung nur allgemein behandelt. IP1 schätzt das Potential von Themengestaltung als sehr groß ein, aber ausgeschöpft wird es nicht. Dabei bezieht er sich auf die tatsächliche Themengestaltung bzw. Themensetzung. Davon sind Themeninitiativen zu unterscheiden, die zwar eine vorteilhafte Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit bewirken, in der Realität jedoch keine nennenswerten Effekte haben. Als Beispiel nennt IP1 das Thema Atomkraft. Eine Mehrheit der Bevölkerung schätzt es überaus, wenn sich österreichische Vertreter dem Thema Atomkraft an- und eine ablehnende Haltung einnehmen. Je nach persönlicher Neigung von Politikern werden solche Initiativen dann auch gesetzt, selbst wenn es keine Auswirkungen auf EU-Ebene hat. IP1 ordnet auch die österreichischen Forderungen nach einer Wirtschaftsregierung lediglich als eine auf die Öffentlichkeit zielende Maßnahme ein, denn die inhaltliche Forderung geht weit kürzer als das die öffentliche Position vermuten lässt. Die vorgeschlagene Wirtschaftsregierung würde nämlich laut IP1 eine ohne Rechte oder eine mit Rechten sein, die jedoch nicht in Österreich eingreifen dürfte.

Aufgrund seiner Erfahrung des Ratsvorsitzes ist auch die Einschätzung von IP1 bezüglich der Themengestaltungsmacht der EU-Ratspräsidentschaft interessant. Diese ist demnach nicht gegeben, da erstens die Kommission die Initiativen auf europäischer Ebene vorgibt. Zweitens ergeben sich die während einer sechsmonatigen Ratspräsidentschaft behandelten

Themen aus den übrig gebliebenen Themen des vorhergegangenen Vorsitzes. Das ist auch der Grund warum das nachfolgende Vorsitzland versucht, seinem Vorgänger bei der Abhandlung von Themen zu helfen. IP1 sieht lediglich die Möglichkeit, auf informellem Weg - sprich bei informellen Ratstreffen - Themen einzubringen und zu hoffen, dass diese dann vom jeweiligen Rat übernommen werden.

Keinen Zugang zu den intergouvernementalen Entscheidungsgremien der EU hat hingegen die Freiheitliche Partei. Sie verfolgt ihre Themengestaltungsaktivitäten hauptsächlich auf nationaler Ebene, obwohl IP3 im Interview angab, dass Themen auf beiden Ebenen verfolgt werden. Zum einen spielt die Herstellung von Öffentlichkeit eine große Rolle, wobei der Pressearbeit eine zentrale Bedeutung zukommt. Solch tägliche „Kleinarbeit“ geschieht auf der EU-Ebene über die Europartei EAF nicht. Mit den Plänen für eine europäische Petition zum Thema Türkei wird dort versucht, eher große Aktion zu initiieren. Sie hat zum Ziel, im Hinblick auf die EP-Wahlen im Jahr 2014 öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Türkei herzustellen. Die Öffentlichkeitswirksamkeit spielt bei den Maßnahmen der FPÖ allgemein eine überaus bedeutende Rolle. Nationalratswahlen werden explizit aufgrund ihrer größeren Auswirkung auf die Öffentlichkeit als wichtiger angesehen als EP-Wahlen.

Generell gibt es wenige konkrete Aktivitäten der FPÖ auf europäischer Ebene. Die Einschätzung lautet, dass die Themenlage von äußeren Einflüssen abhängig ist. So wird die zypriotische Ratspräsidentschaft das Türkeithema wieder in den Vordergrund rücken, das durch die Währungskrise in den Hintergrund getreten ist. Mit dieser Einschätzung unterscheidet sich IP3 keineswegs von den anderen Interviewpartnern. Allerdings fällt auf, dass die FPÖ kaum aktive Themengestaltung auf europäischer Ebene betreibt. IP3 erzählt lediglich von Entschärfungsversuchen bei gewissen Themen im Außenpolitischen Ausschuss. Die Beurteilung dieser Möglichkeiten fällt jedoch aufgrund der geringen Außenwirkung eher negativ aus. Das Fehlen von aktiven Themengestaltungsmaßnahmen exkludiert aber keineswegs bewusstes Handeln. IP3 zufolge wird durch inhaltliche Vorarbeiten eine Themenflexibilität angestrebt, die es bei der wechselnden Themenlage ermöglichen soll gut zu reagieren.

Bei den Grünen zeigt sich hinsichtlich der Themengestaltung ein völlig anderes Bild. Die Aktivitäten sind umfassender als bei den drei anderen Parteien und sie decken sich zu einem großen Teil mit Punkten aus der theoretischen Behandlung des Themas Agenda Shaping. Das könnte Ausdruck der schon geäußerten Vermutung sein, dass sich die Grünen sehr viele Gedanken über die Bedeutung der EU für ihre Partei und über EU-Politik gemacht haben.

Prinzipiell findet Themengestaltung auf beiden Ebenen und in beiden Arenen statt. Damit ist gemeint, dass nicht nur in den jeweiligen Institutionen, sondern auch in der Öffentlichkeit Aktivitäten zur Gestaltung der Themenagenda unternommen werden. Auf nationaler Ebene werden Themen der Grünen im EU-Unterausschuss zur Sprache gebracht. IP2 verweist auf ein Abkommen mit den anderen Parlamentsparteien, dass jedes EU-Dokument bzw. jedes

Legislativvorschlag im Unterausschuss zum Thema gemacht werden kann. Für tatsächliche Maßnahmen - sprich für bindende Stellungnahmen - ist die Zustimmung mindestens einer Regierungspartei erforderlich. Dazu muss öffentlicher Druck auf die Regierung ausgeübt werden.

Auf EU-Ebene werden Themen in die jeweiligen Ausschüsse eingebracht und dort diskutiert. IP2 erkennt die Kommission als gesamteuropäischer Themensetzer an, obwohl theoretisch auch das EP mit Mehrheit Themen setzen kann. Genau aufgrund dieser vorherrschenden Stellung der Kommission sieht IP2 auf europäischer Ebene keine Möglichkeit zum Fernhalten von Themen von der Agenda. Es gibt allerdings Bemühungen Legislativvorschläge abzumildern. IP2 nennt dabei das Beispiel der Gentechnik. Durch das Aufbauen von großem Druck sowie Initiativen auf nationaler Ebene und im EP konnte mit den sog. gentechnikfreien Zonen ein Erfolg erreicht werden, der weiter ging, als es die anfänglichen Befürchtungen vermuten ließen.

Auch wenn ersichtlich wird, dass die institutionellen Tätigkeiten oft nicht ohne öffentlichen Druck auskommen, so ist jedoch bei der innerinstitutionellen Arbeit noch eine relativ klare Abgrenzung zwischen nationaler und europäischer Ebene möglich, bei den Themengestaltungsaktivitäten hinsichtlich der öffentlichen Agenda jedoch nicht. IP2 verortet die Kooperation mit der Zivilgesellschaft und mit NGOs auf einer „dritten Ebene“ (vgl. Interview 2, Zeile 413-22). Interessant ist dabei der Versuch mittels einer parteien- und länderübergreifenden Konferenz, das Thema Atomausstieg auf die europäische Agenda zu bringen. Gemeinsam mit der SPÖ als auch den deutschen Grünen, den deutschen Sozialdemokraten sowie den Chefs der EP-Fraktionen der Grünen und der SPE ist eine Atomausstiegskonferenz geplant. Dieser Versuch ist nicht nur bemerkenswert, weil es über die Parteien- und Ländergrenzen hinweg geschieht. Durch die Teilnahme der Chefs der EP-Fraktionen spielen dazu europäische Akteure eine wichtige Rolle. Neben den österreichischen und deutschen teilnehmenden Parteichefs nehmen jedoch keine anderen Parteien aus EU-Staaten teil. Kurz gesagt bedeutet das, dass einerseits die Europarteien durch die Teilnahme der Fraktionschefs aufgewertet werden. Andererseits findet es nicht im Rahmen mit sämtlichen anderen Mitgliedern in der Europartei statt.

Ein äußerst interessanter Punkt bei den Grünen ist das stattfindende *authority claiming* und in gewisser Hinsicht auch das *venue shopping*. IP2 gibt an, dass Themen auf jeden Fall auf beiden Ebenen verfolgt wird, auch wenn es auf europäischer Ebene dafür keine Zuständigkeit gibt. In diesem Fall wird aber nicht die volle Energie für die Verfolgung des Themas aufgewandt. Diesen Aussagen von IP2 zufolge kann also ein rationelles Vorgehen vermutet werden. Durch das bewusste Einsetzen der Energie auf den Ebenen, wo Zuständigkeit herrscht, kann in gewisser Weise von *venue shopping* gesprochen werden. Das weicht zwar von der eigentlichen Bedeutung dieses Terminus ab, die das Aussuchen von vorteilhaften

Gremien und Stellen durch ihre Konstellation (z.B. Mehrheitsverhältnis, Vorsitz, etc.). meint. Die von IP2 geäußerten Überlegungen, wo ein Thema am besten zu behandeln ist, gehen aber schon sehr stark in solch eine Richtung und werden auch durch die Äußerung, dass für große Themen der EU-Unterausschuss nicht geeignet ist, bestätigt.

Bei fehlender Kompetenz kommt es bei den Grünen auch zum *authority claiming*. Die von IP2 beschriebene doppelte Thematisierung bei großen Themen deckt sich mit der Bedeutung dieses Fachterminus. Mit doppelter Thematisierung meint IP2 nämlich, dass es neben der inhaltlichen Komponente auch die Zuständigkeits- bzw. Kompetenzfrage thematisiert wird.

IP2 ist die einzige Interviewperson, bei der dieser Aspekt als Teil der Themengestaltung genannt wurde. In den anderen Interviews kam es überhaupt nicht vor. Die Einschätzung bezüglich der Themenlage fällt jedoch gleich aus. Auch IP2 sieht diese von externen Einflüssen bestimmt. Generell gibt er an, dass die Grünen auf Zeitfenster mit günstigen politischen Konstellationen (*windows of opportunity*) warten, um dann mit ihren Vorschlägen voranzukommen.

In der derzeitigen Währungskrise sieht er eine Chance für die Grünen, ihre Forderungen nach mehr Integration, Europäisierung und Demokratisierung in der EU umzusetzen. In diesem Punkt gleichen sich scheinbar die Aussagen der Vertreter der Grünen und der FPÖ. Bei genauerer Betrachtung ist aber in genau dieser Übereinstimmung ein weiteres Unterscheidungsmerkmal zu finden. Während die Grünen die Krise als Chance für die Umsetzung von Inhalten verstehen, sieht IP3 die Währungskrise als Profilierungschance hinsichtlich der Wählerschaft. Das spiegelt die unterschiedlichen Auffassungen von EU-Politik und Themengestaltung zwischen diesen zwei Parteien sehr gut wider.

5.4 Untersuchung der Unterscheidungsfaktoren

In dieser Diplomarbeit wurden bislang zum Teil große Unterschiede in der Betrachtung und Herangehensweise an die EU, im parteiinternen Meinungsbildungsprozess sowie bei der Themengestaltung ersichtlich. Zum Teil wurden schon erste mögliche Gründe für die Unterscheidung deutlich. Zu Beginn wurde aber auch unter Berücksichtigung der theoretischen Vorarbeit die Vermutung geäußert, dass die drei Faktoren „Regierungsbeteiligung“, „Europartei“ und „Parteistruktur“ für etwaige Unterschiede maßgebend sein könnten. Diese drei Faktoren sollen nun am Ende der Präsentation der Ergebnisse getrennt voneinander behandelt werden.

Dabei ist zu bedenken, dass die Ergebnisse einerseits die Einschätzung des Autors widerspiegeln, die aus den Gesprächen gewonnen wurde, obwohl die Interpretation und Verknüpfung mit der Theorie erst in einem späteren Kapitel dargestellt wird. Andererseits wurde auch die Sichtweise der Interviewpersonen selbst bezüglich der Wichtigkeit einer Regierungsbetei-

ligung, der Mitgliedschaft in einer Europartei bzw. EP-Fraktion und die Beurteilung der für die Europaaufgaben zur Verfügung stehenden Ressourcen erhoben.

5.4.1 Regierungsbeteiligung

Bei der empirischen Datenerhebung durch qualitative Interviews bestätigte sich die Wichtigkeit des Status hinsichtlich einer Regierungsbeteiligung. Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde darauf geachtet, dass sowohl Vertreter von Regierungsparteien als auch Oppositionsparteien vertreten sind. Die SPÖ nimmt dabei eine ganz besondere Stellung ein. Durch ihren Gang in die Opposition im Jahr 2000 und den (Wieder)Eintritt in die Regierung als Bundeskanzlerpartei 2007 sollten Regierungs- bzw. Oppositionseffekte deutlich sichtbar werden. Die FPÖ würde zwar theoretisch einen ähnlichen Fall darstellen. Durch die Abspaltung des BZÖs und den Austritt sämtlicher damaliger FP-Regierungsvertreter sind solche Effekte eher unwahrscheinlich. Diese Annahmen sollten sich als richtig erweisen.

Als diejenige Partei, die seit dem EU-Beitritt 1995 immer in der Regierung vertreten war, macht die ÖVP bei den Ergebnissen zur Regierungsbeteiligung den Beginn. Wie schon in den vorigen Punkten dargestellt, wurde eine Betrachtung der EU und der EU-Politik durch eine Regierungsperspektive wahrgenommen. Daraus alleine lässt sich die Wichtigkeit - in gewisser Hinsicht vielleicht sogar eine Selbstverständlichkeit - der Regierungsbeteiligung für die EU-Politik der Volkspartei erkennen. Diese Regierungsperspektive ergibt sich aus der Beurteilung der Wichtigkeit von Akteuren. Regierungsmitglieder werden von IP4 als die wichtigsten europapolitischen Akteure genannt, der Rat als der dominierende Akteur bezeichnet, der die großen Entscheidungen trifft, wogegen das EP nur eine unwichtige Rolle zugesprochen bekommt. Diese Regierungsperspektive ergibt sich ebenso aus der Fixierung auf intergouvernementale Verhandlungen von IP4 bei der Behandlung des Vorgehens auf EU-Ebene.

Während die Volkspartei seit dem EU-Beitritt die Oppositionsrolle niemals inne hatte und somit ein Oppositionseffekt ausgeschlossen ist, kann sie aber aufschlussreich für einen möglichen Kanzlereffekt in der EU-Politik sein. Von 1995 bis 2000 und von 2007 bis heute ist die ÖVP der Juniorpartner in einer Koalition mit der SPÖ. Von 2000 bis 2007 allerdings stellte sie den Bundeskanzler in einer Koalition mit der FPÖ bzw. dem BZÖ.

IP4 sieht mit der Kanzlerschaft überaus mehr Gestaltungsmöglichkeiten verbunden. Als Juniorpartner ist man zwar eingebunden trägt aber nicht die Letztverantwortung. IP4 gibt an, dass die Abstimmung mit dem Koalitionspartner beim Vorgehen auf EU-Ebene keine Fesseln bedeuten. Durch die Möglichkeit, gewisse Bereiche zu akzentuieren, erhält der Bundeskanzler große Gestaltungsmacht.

Ein sicherlich überaus interessantes Ergebnis des Interviews mit IP4 stellt der Zusammenhang zwischen Regierungstätigkeit und der Stellung innerhalb der Europartei dar. Sie ist

ausschlaggebend für die Inkludierung im Entscheidungsprozess der EVP. So stärkt die Möglichkeit, Beschlüsse im Rat auch umzusetzen, nicht nur die allgemeine Position, sondern die Regierungsbeteiligung sorgt auch dafür, dass man bei der Letztentscheidung nicht ausgeschlossen ist.

Das ist ganz ein wesentlicher Unterschied, ob man in der Regierung ist oder nicht. Wenn man nicht in der Regierung ist, dann ist man in Wirklichkeit ausgeschlossen von den Entscheidungsprozessen am Ende des Tages. [...] Ja, weil am Ende dann nur die EVP- eben - Regierungsvertreter zusammenkommen und nicht diejenigen, die in Opposition sind. Das ist so aufgestellt. [...] Da [Anm.: ob die Mitgliedspartei den Regierungschef stellt] wird interessanterweise innerhalb der EVP nicht unterschieden. Da sind auch jene Regierungsparteien, die nicht den Kanzler stellen. Da kommen auch jene Regierungsparteien zu Wort, die nicht den Kanzler stellen (Interview 4, Zeile 776-91).

Wie aus dem Zitat ersichtlich wird, spielt die Kanzlerschaft keine Rolle innerhalb der EVP. Die entscheidende Variable ist die Regierungsbeteiligung. Gewisse Positionen oder Stellen können jedoch ggf. den Einfluss noch erhöhen. IP4 meint, dass das Innehaben des Ratsvorsitzes den Einfluss innerhalb der Europartei nochmals erhöht. Er nennt es jedoch eine Ausnahmesituation.

Im Gegensatz zur Volkspartei machte die SPÖ auch die Erfahrung als Oppositionspartei. Aus Interview 1 geht hervor, dass der Gang in die Opposition bzw. die Oppositionsrolle einen enormen Einfluss auf die EU-Politik der SPÖ hatte. Das geschah, wie IP1 ausführt, zwar nicht unmittelbar nach dem Ausscheiden aus der Regierung, aber als Oppositionspartei trafen zwei weniger vereinbarende Elemente aufeinander. Zum einen betrachtete sich die SPÖ IP1 zufolge auch in der Opposition immer als staatstragende Partei. Allerdings musste sich die SPÖ ihren Wählern gegenüber positionieren und von der Regierung unterscheidbar machen. Solch eine Differenziertheit in der Haltung zur EU lässt sich in einer Großpartei nicht aufrechterhalten. Parteiintern setzte sich so eine kritischere Haltung durch.

Die Regierungstätigkeit bzw. die Oppositionsrolle ist auch für das Engagement der SPÖ in der Europartei von Bedeutung. Als Oppositionspartei ist das Engagement in der SPE wesentlich größer, die Gründe dafür ergeben sich aber hauptsächlich aus praktischen und alltäglichen Gegebenheiten. Für einen Oppositionspolitiker stellen die Aktivitäten in der Europartei eine Möglichkeit dar, sich auch auf europäischer Ebene tätig zu engagieren. Als Regierungsvertreter mindert die Zeitknappheit schlicht die Tätigkeit darin.

Als einzige der untersuchten Parteien waren die Grünen in Österreich noch nie an einer Bundesregierung beteiligt. Aufgrund des weitgehend intergouvernementalen Wesens der Europäischen Union wird die Regierungsbeteiligung aber als äußerst wichtiger Faktor betrachtet. IP2 verweist auf die Erfahrungen, die Schwesterparteien in anderen Ländern – vor allem

in Deutschland oder Dänemark – gemacht haben oder gerade machen. Dabei zeigt sich eine wesentliche Vergrößerung der Themengestaltungsmacht. Durch die Rolle der Europäischen Kommission als Themensetzer wären für IP2 Grüne Kommissare wünschenswert. Der Zugang dazu erfolgt aber ebenfalls über Regierungen, da Kommissare von Regierungen im Europäischen Rat vorgeschlagen werden. Mit einer Regierungsbeteiligung rechnet IP2 aufgrund der aktuellen Prognosen jedoch nicht und rät seiner Partei, sich deshalb auf die momentanen Aufgaben und nicht auf die nächste Nationalratswahl zu konzentrieren.

Bei der Einschätzung der Wichtigkeit ähneln sich die Parteien. IP3 stellt dabei eine Ausnahme dar. Er sieht im Innehaben von Exekutivämtern keine Vorteile für die Themengestaltung auf europäischer Ebene. Den Hauptvorteil einer Regierungsbeteiligung verortet er in der Veränderung der Wahrnehmung bei anderen Parteien. Eine Regierungsbeteiligung führt zu einer öffentlichen Legitimation der FPÖ, die derzeit von anderen Parteien ausgegrenzt wird. IP3 sieht im innenpolitischen Erfolg nicht nur ein Mittel gegen die Ausgrenzung seiner Partei, sondern auch einen Effekt bei den Medien. Diesen würde es dadurch erschwert werden, die FPÖ zu ignorieren.

Bei all den Aussagen der Interviewpartner zur Regierungsbeteiligung sei angemerkt, dass es nur selten konkrete Aussagen zu der Wichtigkeit für Themengestaltungstätigkeiten gibt. Die meisten Aussagen beziehen sich auf die allgemeine EU-Politik.

5.4.2 Europartei

Die Mitgliedschaft in einer Europartei hat wesentlichen Einfluss auf die Parteien hinsichtlich ihrer EU-Politik und Themengestaltungsaktivitäten. Am sichtbarsten wird das bei den Freiheitlichen, deren MEPs keiner EP-Fraktion zugehörig sind, und die mit der EAF auch erst vor kurzem eine Europartei gegründet haben.

Wie bei den Aussagen der Vertreter von ÖVP und SPÖ sichtbar wurde, hängt die Regierungsbeteiligung mit dem Engagement in und der Wichtigkeit innerhalb der Europartei zusammen. Die Beziehung zwischen Regierungsbeteiligung und Europartei ist aber bei diesen Parteien in einem Punkt äußerst unterschiedlich. Während die SPÖ das Engagement in der Europartei während der Oppositionszeit als eine Art Kompensation für die fehlende Möglichkeiten nutzte, auf europäischer Ebene aktiv zu sein, stellt die Mitgliedschaft der ÖVP in der EVP keine solche Kompensationsmöglichkeit dar. Als Oppositionspartei wäre die ÖVP beim Entscheidungsprozess in der EVP nämlich ausgeschlossen.

Den Aussagen von IP4 ist jedoch auch zu entnehmen, dass nicht nur die Stellung der ÖVP innerhalb der Europartei von ihrem Erfolg abhängig ist. Auch auf die Bedeutung der EVP für ihre österreichische Mitgliedspartei trifft das zu. IP4 nennt die Mitgliedschaft in der EVP eine bedeutende Sache, weil sie derzeit die stärkste Kraft in Europa ist. Sie ist die größte Fraktion

im EP und stellt weit mehr als die Hälfte aller Regierungschefs in der EU. Als Hauptvorteil in der Mitgliedschaft sieht IP4 die regelmäßigen Treffen und den Aufbau von Vertrauen.

Allgemein sieht er die EVP für die Umsetzung von konkreten Maßnahmen geeignet. In diesem Punkt unterscheidet er sich deutlich von IP1, der die SPE zwar für sehr wichtig hält, die große Heterogenität aber als Hindernis für das Umsetzen von konkreten Maßnahmen sieht. So spielt die Fraktionszugehörigkeit weder im EP oder Konvent noch im Rat eine Rolle. Trotz einer Mehrheit von sozialdemokratischen Vertretern im Ministerrat zu seiner Zeit als Minister, konnte IP1 damals seine Position nicht durchbringen. Selbst eine sozialdemokratische Mehrheit ist keine Garantie für Erfolg. Ausschlaggebend für die Zustimmung von anderen Vertretern ist weniger die Fraktionszugehörigkeit, sondern vielmehr die eingenommene Position. Konkrete Vorteile einer Europartei sieht IP1 nur im „Überbaubereich“, wie z.B. der Außenpolitik.

Obwohl IP1 die Vorteile der Fraktionszugehörigkeit als nicht so groß darstellt, lassen sich anhand der FPÖ deutlich die Nachteile einer fehlenden institutionalisierten Kooperation auf europäischer Ebene erkennen. Im Europäischen Parlament ist die FPÖ in keiner Fraktion vertreten. Die mitbegründete Europartei EAF besteht erst seit kurzem und ist – den Aussagen von IP3 entnehmend – ohne EP-Fraktion weitgehend wirkungslos. Als fraktionslose Abgeordnete sind die freiheitlichen MEPs nicht nur bei den Redenzeiten und hinsichtlich der Ressourcen benachteiligt, sondern ihr Wirkungskreis beschränkt sich auch auf die eigenen Ausschüsse. Die FPÖ erkennt die Wichtigkeit einer institutionalisierten Kooperationsform auf europäischer Ebene auf jeden Fall. Im Idealfall bringt das eine Mitgliedschaft in einer EP-Fraktion auch mit sich. Versuche einer Fraktionsbildung hat es gegeben. Nach dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens wurde 2007 mit der ITS-Fraktion ein erfolgloser Versuch unternommen. Nachdem ein Beitritt zur EDF-Fraktion scheiterte wurde, 2011 eine eigene Europartei gegründet.

Ja, auf jeden Fall, denn man hat da schon vor Jahren erkannt, dass es da für die FPÖ auf Europaebene alles andere als fröhlich ist, wenn man sich da in irgendein Schneckenhaus zurückzieht, wo man keine Partner und Verbündeten hat. Und nachdem da auch der Beitritt zur EDF-Fraktion gescheitert ist, versucht man da jetzt auch schon im Hinblick auf die Europawahl 2014, etwas weiterzubringen (Interview 3, Zeile 334-8).

Wie hier ersichtlich wird konzentriert man sich mit der Arbeit der EAF auf die EP-Wahlen 2014. Für die inhaltliche Arbeit dürfte sie aufgrund des fehlenden EP-Fraktionsstatus aber ungeeignet sein.

Bei den Grünen hingegen wird die EP-Fraktion sehr intensiv für inhaltliche Arbeit genutzt. Wie bereits ausgeführt wurde beschäftigen sich sämtliche Abgeordneten mit Europapolitik und stehen mit ihren (Ausschuss)Pendants im EP in Kontakt. IP2 zufolge geht aber die Mit-

gliedschaft bei den Europäischen Grünen über die bloße EP-Fraktionszugehörigkeit hinaus. Die Europartei organisiert gemeinsame Wahlkämpfe – IP2 weist darauf hin, dass die Grünen als erste Partei schon bei den EP-Wahlen 2004 einen gemeinsamen Wahlkampfstart hatten – und ist sehr aktiv beim Aufbau von neuen Grünparteien. Die Arbeit der Europartei erweist sich aufgrund der Ressourcenknappheit allerdings als schwierig. Im Gegensatz zur EP-Fraktion, die auf den Staff (Anm.: parlamentarische Mitarbeiter der MEPs) zurückgreifen kann, muss die Europäische Grünpartei mit wenigen Ressourcen auskommen. IP2 wünscht sich eine noch engere Organisation. Wenn es zu transnationalen MEPs bei den nächsten EP-Wahlen kommt, dann wird die Europartei für die gemeinsame Schwerpunktsetzung wichtig sein.

5.4.3 Parteistruktur

Der Unterscheidungsfaktor Parteistruktur stellt sicherlich einen schwer zu fassenden Begriff dar. Einerseits wurde er durch die für EU-Politik zur Verfügung stehenden Ressourcen definiert. Das beinhaltet die zentralen Stellen und wie viel parteiinterner Aufwand in sie hinein fließt. Andererseits wurde der Faktor Parteistruktur auch durch den Grad der Zentralisierung definiert. Das drückt sich in der Macht der Parteiführung aus, auf die Vertreter auf EU-Ebene Druck auszuüben.

Als relativ stark zentralisiert kann die Struktur der SPÖ bezeichnet werden. Den Aussagen von IP1 zufolge besitzt nicht nur der Parteivorsitzende großen Einfluss auf das EU-Engagement der SPÖ, sondern es gibt auch ein ganz zentrales Gremium. Im Parteipräsidium wird der inhaltliche Rahmen beschlossen, in dem sich die Vertreter auf EU-Ebene bewegen. Anstrengungen zur Beeinflussung des innerparteilichen Meinungsbildungsprozesses zielen daher auf dieses Gremium. So wurden sowohl der Rahmen für die Verhandlungen zur EU-Erweiterung als auch für die Verhandlungen im Konvent durch Präsidiumsentscheidungen beschlossen. Das Präsidium ist laut IP1 auch die Stelle, wo etwaige MEP-Äußerungen, die der Parteilinie widersprechen, behandelt werden. Das Präsidium ist aber nicht nur für die Europapolitik die zentrale Stelle, sondern für alle Bereiche. Das ist ein Unterschied zur ÖVP oder FPÖ, wo auf EU-Fragen spezialisierte Ausschüsse oder Arbeitskreise als die wichtigsten Stellen genannt wurden.

Der Beitritt zur Europäischen Union brachte neue Anforderungen mit sich. IP1 meinte, dass es jedoch zu keinerlei strukturellen Anpassungen gekommen ist - weder in der Regierung noch in der SPÖ. Der hohe Grad an Komplexität in der Europäischen Union würde dazu eine intensivere Auseinandersetzung bedürfen. IP1 zufolge gibt es aber für die EU-Politik in der SPÖ relativ wenige Ressourcen.

Neben dem hohen Grad der Zentralisierung lässt sich die SPÖ auch als Großpartei charakterisieren. Wie in dieser Arbeit bereits erläutert wurde, bezieht sich dieser Terminus in unse-

rem Verständnis nicht auf die Anzahl der Mitglieder oder den Stimmenanteil bei Nationalratswahlen, sondern auf Teilorganisationen, Flügel und Interessensgruppen. Dabei sind SPÖ und ÖVP nach wie vor als Großparteien zu kategorisieren. Genau diese Parteigröße spielte IP1 zufolge eine große Rolle bei der Entwicklung der EU-kritischen Haltung der SPÖ. Der Versuch das staatstragende Verständnis und die Abgrenzung von der Regierung als Oppositionspartei zu vollziehen, ist demnach in einer Großpartei nicht möglich.

Ähnlich wie der SPÖ Vertreter schätzt auch IP3 die Wichtigkeit der Parteigröße ein. Ihm zufolge erleichtert die geringe Größe der FPÖ das Sprechen mit einer Stimme bei EU-Themen. Darüber hinaus betont er die inhaltliche Übereinstimmung zwischen MEP Andreas Mölzer und Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache.

Als wichtige Stellen für die FPÖ EU-Politik werden von IP3 neben den Europaparlamentariern das Generalsekretariat, der Bundesparteiobmann und der Arbeitskreis genannt. Generell spielen in der FPÖ formelle Elemente eine untergeordnete Rolle. Das ergibt sich aus den Aussagen zum Parteiprogramm wie auch der Arbeits- und Aufgabenverteilung zwischen den europapolitischen Akteuren. Es sind vor allem persönliche Hintergründe, die das bestimmen. So bleibt es auch Gegenstand der Interpretation, ob die starke Stellung und der großen Einfluss des freiheitlichen EP-Delegationsleiter innerhalb der Partei auf strukturelle Gründe zurückzuführen ist.

In der ÖVP sind IP4 zufolge die wichtigsten Akteure zur Koordination der Europapolitik der Generalsekretär und das Büro des Bundesparteiobmannes. Darüber hinaus ist, wie schon erwähnt wurde, der für die EU-Politik zuständige Fachausschuss die zentrale Stelle für die Europapolitik der ÖVP. Die Organisation nach Bündeln spielt im Gegensatz zu anderen Politikbereichen bei Europafragen in der ÖVP keine Rolle und auch die Ressourcenzuteilung hängt von der formalen Funktion ab.

Bei den Grünen spiegelt sich die proeuropäische Einstellung in einer gewissen Weise in der Struktur wider. Einerseits gibt es eine EU-Koordinationsstelle, andererseits ist die Europasprecherin formell gesehen auf europäischer und nicht nationaler Ebene tätig. Seit dem Beitritt Österreichs zur EU bekleidete immer der Europaparlamentarier Johannes Voggenhuber bzw. jetzt die Europaparlamentarierin Ulrike Lunacek diese Position. Das ist aber keineswegs formal festgeschrieben. Der Europasprecher wird von der Klubsitzung gewählt.

Im Allgemeinen kann man den Grünen aufgrund ihrer basisdemokratischen Ausrichtung eine dezentrale Organisation zusprechen. Die Parteiobfrau ist zwar für die Grünen überaus wichtig. Das ergibt sich aber eher aus der Repräsentationsfunktion und weniger aus ihrer formell machtvollen Position. Sie hat nämlich nur äußerst wenig Macht in Personalfragen. Die für die Europapolitik wichtige EP-Liste wird vom Bundeskongress der Grünen gewählt.

Aus struktureller Hinsicht kann man also eine Verschiedenartigkeit der österreichischen Parteien feststellen. In wie fern es maßgebend für das Vorgehen auf europäischer Ebene bzw. die Agenda Shaping-Strategien ist, obliegt aber der Interpretation und der Verknüpfung mit der Theorie. Zunächst werden jedoch die Forschungsfragen beantwortet und eine Überprüfung der generierten Hypothesen angestellt.

6 Beantwortung der Forschungsfragen

In Punkt 3.3 wurden forschungsleitende Fragen und Arbeitshypothesen aufgestellt. Das hatte den Zweck, die Übersichtlichkeit zu erhöhen und die Nachvollziehbarkeit zu erleichtern. Keineswegs sollte es ein Korsett darstellen, wodurch wertvolle Erkenntnisse aus der Datenerhebung unbeachtet blieben. Das würde nämlich etliche Vorteile einer offenen Methode nivellieren. Im vorigen Kapitel wurde dieser Überlegung mit einer breiten Darstellung der Ergebnisse bereits Rechnung getragen. In diesem Kapitel werden die Forschungsfragen beantwortet, ehe eine Diskussion mit Einbeziehung der theoretischen Überlegungen stattfindet, die über den Tellerrand hinausblickend neue Fragen aufwerfen soll.

6.1.1 Strategien österreichischer Parteien (Forschungsfrage 1)

Die erste Forschungsfrage bezieht sich auf die grundlegende Frage nach Agenda Shaping-Strategien österreichischer Parteien auf EU-Ebene (*Liegt dem Handeln der österreichischen politischen Parteien auf EU-Ebene eine Strategie zur Gestaltung der Agenda zugrunde?*). Dabei ist zuallererst anzumerken, dass eine Eingrenzung auf die EU-Ebene nicht so leicht möglich ist. Die Europäische Union stellt ein Mehrebenensystem dar, wo europäische Vorgänge auch gleichzeitig nationale sind. Eine Trennung könnte höchstens analytisch erfolgen. Da keiner der Interviewpartner eine solche aber vorgenommen hat, stellt sich die Frage nach der Zweckmäßigkeit für diese Arbeit. Gerade bei Themengestaltungsaktivitäten nationaler Parteien ist die österreichische Arena der zentrale Ausgangspunkt.

Liegt nun aber dem Handeln der österreichischen Parteien eine Strategie zugrunde? Wie die Ergebnisse zeigen, gibt es keine umfassende Strategie – weder für die allgemeine EU-Politik noch für Agenda Shaping. Interviewperson 1 meinte dazu: „Es gibt überhaupt viel weniger Strategien, als man annehmen könnte“ (Interview 1, Zeile 261-2). Das schließt Strategien jedoch nicht per se aus. Genau zu diesem Schluss gelangt man bei der Auswertung der Interviews.

Sämtliche Parteien stellen demnach strategische Überlegungen bei ihrer EU-Politik an. Diese decken ein breites Feld ab, ergeben aber kein einheitliches Bild. Sie reichen von Aufgabenverteilung und Koordination (ÖVP, Grüne) bis hin zur Entscheidung, wer sich mit Europafragen beschäftigt und mit welcher Intensität das geschieht (SPÖ). Bei den Freiheitlichen erfolgt eine Evaluation der Kooperationen auf europäischer Ebene. Bei den Grünen finden sich

sogar konkrete Überlegungen zum Energieaufwand bei verfolgten Themen (keine volle Energie EU-Ebene bei fehlender Zuständigkeit).

Darüber hinaus gibt es auch konkrete Überlegungen zur Gestaltung der Agenda, z.B. finden sich das vorausblickende Erarbeiten von inhaltlichen Punkten, die bei günstigen Gegebenheiten weiter verfolgt werden – ein Merkmal von Policy Entrepreneuren –, explizit in den Aussagen der Vertreter von ÖVP (fachspezifischer Unterlagen als Voraussetzung), FPÖ (Anstreben von Themenflexibilität) und der Grünen (Warten auf günstige Gelegenheiten). Teilweise betreffen diese strategischen Überlegungen also auch Elemente der Themengestaltung.

Bei FF1 kann somit konstatiert werden, dass die untersuchten Parteien strategische Überlegungen hinsichtlich ihrer EU-Politik anstellen, auch wenn es keine sämtliche Akteure, Institutionen und Ebenen umfassende Agenda Shaping-Strategie gibt.

6.1.2 Themengestaltung österreichischer Parteien (Forschungsfrage 2)

Bei FF2 (*Wie versuchen österreichische politische Parteien auf EU-Ebene die Agenda zu gestalten (Agenda Shaping)?*) standen die drei Dimensionen des Agenda Shaping-Konzeptes nach Tallberg (2003) im Mittelpunkt: die Themensetzung, das Strukturieren von Themen sowie die sog. *agenda exclusion*. Anhand dieser Dimensionen sollte die Frage nach den Themengestaltungsaktivitäten der Parteien beantwortet werden.

Allgemein wurde die Themenlage von den Interviewpersonen als von äußeren Einflüssen abhängig betrachtet. Diese Einschätzung ist aber einer der wenigen gemeinsamen Nenner der vier untersuchten Parteien bei den Themengestaltungsaktivitäten. Es finden sich zwar einige der theoretischen Aspekte zur Thematik Agenda Shaping wieder, allerdings sind sie über alle vier Parteien verteilt, sodass kein typisch österreichisches Vorgehen bzw. eine allgemeine Betonung gewisser Aktivitäten festgestellt werden kann.

Die Zugänge zur Themengestaltung unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Die ÖVP und die SPÖ konzentrieren sich in ihren Aktivitäten und Sichtweisen eher auf das formelle Agenda-Setting. Das ist naheliegend, besitzen sie doch in diesem Bereich aufgrund der Exekutivämter der Bundesregierung große formelle Themensetzungsmacht. Dadurch bezieht sich die Sichtweise auch eindeutig auf intergouvernementale Gremien. Der SPÖ-Vertreter (IP1) nannte zwar auch öffentliches Themensetzen auf europäischer Ebene, jedoch attestierte er diesen Initiativen österreichischer Politiker eine ausschließliche Adressierung nationaler Öffentlichkeit ohne tatsächlichen Effekt für die europäische Agenda.

Die beiden untersuchten Oppositionsparteien Grüne und FPÖ hingegen rückten die öffentliche Agenda in den Vordergrund. Dabei unterscheiden sie sich jedoch fundamental. Die Freiheitlichen nehmen aufgrund vielerlei Einschränkungen (Fraktionslosigkeit, Opposition, etc.) eine passive und reaktive Rolle bei der Themensetzung ein. Die Grünen dagegen erachten

die Europäische Union als integralen Teil ihrer Partei und der zu bespielenden politischen Arena. Eine Unterscheidung in europäische und nationale Ebene wird nur äußerst schwach vorgenommen und somit umfassen die Aktivitäten hinsichtlich der Themengestaltung auch beide Ebenen. Die Grünen sind die einzige der untersuchten Parteien, bei denen die genaue Aufschlüsselung des Agenda-Settings, wie es Princen (2011, 5) vornimmt, überhaupt überprüfbar ist. Neben den Aktivitäten, die auch als *gaining attention*-Strategie bezeichnet werden (Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, Thematisieren in den EP-Ausschüssen und im EU-Unterausschuss, etc.), bemühen sich die Grünen bei besonders wichtigen Themen auch hinsichtlich *building credibility*, und zwar durch das integrationspolitische Thematisieren bei fehlender Kompetenz auf EU-Ebene (*claiming authority*).

Von den österreichischen Parteien wird die Europäische Kommission als dominierender Akteur für die Themensetzung im interinstitutionellen Gefüge angesehen, was auf ihre formelle Themensetzungsmacht durch das Initiativmonopol zurückgeht. Ihre große Agenda Setting-Macht ist für die österreichischen Parteien der Grund, warum Agenda Exclusion als unmöglich betrachtet wird. Wie bereits erläutert umfasst Agenda Exclusion nach Tallberg (2003) sowohl das Verhindern von Themeninkludierung, das Ausschließen von sich auf der Agenda befindlichen Punkten als auch das verschieben von Entscheidungen. IP4 negierte im Interview zwar die Möglichkeit, Themen von der Behandlung auszuschließen, nannte jedoch Blockieren und Verzögern als Alternativen. Im Agenda Shaping-Konzept wurden diese Taktiken als eine Form der Agenda Exclusion kategorisiert. Dabei ist zu beachten, dass bei IP4 als Vertreter der ÖVP eine klare Regierungsperspektive festgestellt wurde. Die EU-Politik der ÖVP sowie die Themengestaltungsaspekte davon sind von einer intergouvernementalen Logik geprägt. Die festgestellten Agenda Exclusion-Tätigkeiten können daher als sich im intergouvernementalen Rat eröffnende Möglichkeiten betrachtet werden. Im Generellen betreiben die österreichischen Parteien keine solche Aktivitäten, da sie es für unmöglich erachten.

Die dritte Dimension des Agenda Shaping-Konzeptes (*agenda structuring*) wird von den österreichischen Parteien auf europäischer Ebene nicht verfolgt. Allerdings sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass bei der Sichtweise sämtlicher Interviewpersonen, Themen träten (fast) niemals neu auf, viele Versuche der Gestaltung schon vorhandener Themen als *agenda structuring* zu betrachten wären. Da diese Einschätzung sich aber eher auf die öffentliche Agenda, denn auf die institutionelle Tagesordnung bezieht, wird dieser Gedanke nicht weiter ausgeführt. Allgemein spielt die Schwerpunktsetzung beim parteiinternen Meinungsbildungsprozess eine Rolle (Beeinflussung der Parteilinie über Positionspapiere, persönliche Schwerpunkte betonen gewisse Themenbereiche, etc.).

Hinsichtlich der zweiten Forschungsfrage kann zusammengefasst werden, dass sich alle vier untersuchten Parteien bei ihren Themengestaltungsbemühungen unterscheiden. Im Grunde wurzelt die Ungleichheit in völlig verschiedenen grundlegenden Ausrichtungen und Betrach-

tungen der Europäischen Union sowie in einer unterschiedlichen Zielgerichtetheit der Themengestaltung (z.B. formelle vs. öffentliche Agenda). Es gibt dazu keine Partei, die alle drei Dimensionen des Agenda Shaping-Konzeptes verfolgen.

6.1.3 Faktoren für Unterschiede in der Themengestaltung (Forschungsfrage 3)

Forschungsfrage 3 (*Warum unterscheiden sich die Strategien österreichischer politischer Parteien zur Gestaltung der Agenda auf EU-Ebene?*) geht auf die Gründe für die unterschiedlichen Zugängen und Strategien der Parteien ein. Dabei wurde festgestellt, dass die unterschiedlichen Einflussfaktoren nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können. Je nach Kombination können sie einander verstärken, sich komplementieren oder die tatsächlichen Effekte verschleiern.

Die generelle Betrachtung der EU, die Wichtigkeit und die Prioritäten von EU-Politik spielen eine wesentliche Rolle bei den Themengestaltungsaktivitäten (wie bei der EU-Politik im Allgemeinen). So bestimmen sie u.a. das Ausmaß des Engagements (Mindestmaß bei SPÖ), die Sichtweise auf die EU (Regierungsperspektive bei ÖVP), die Selbsteinschätzung (geringe Rolle bei der FPÖ) oder die Ausrichtung und Ansätze (proeuropäische und proaktive Grüne). Jedenfalls drückt sich der innere „Zustand“ der Parteien teilweise in ihrer Europapolitik aus. So spiegelt sich z.B. das von IP1 genannte Mindestengagement in den Aktivitäten zur Beeinflussung der öffentlichen Agenda wider. Öffentliche Initiativen zur Themensetzung auf EU-Ebene würden demnach lediglich die heimische Öffentlichkeit adressieren, auf die tatsächliche europäische Agenda aber keinen Einfluss haben. Das legt die Vermutung nahe, dass in der SPÖ die öffentliche Agenda bei EU-Themen als *two level-game* (vgl. Müller 2002) zu bezeichnen ist. Das Positionieren findet dabei jedoch weniger auf EU-Ebene statt, sondern betrifft EU-Themen in der nationalen Öffentlichkeit.

Generell kann man der Parteistruktur gewissen Einfluss auf die EU-Politik der Parteien zusprechen. Das bezieht sich aber eher auf die inneren Abläufe. Sie definiert, welche Akteure Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Parteien haben und wie die Beziehung der Vertreter zur Parteiführung ist. Für das EU-Agenda Shaping dürfte sie aber eine untergeordnete Rolle spielen. Es wurden keine Hinweise gefunden, dass die Parteistruktur für das Agenda Shaping ausschlaggebend ist. Allerdings sei angemerkt, dass der Eindruck entstand, zentralisierte Parteien hätten eher eine zurückhaltende Vorgehensweise und kritische Haltung hinsichtlich der EU. Die Grünen besitzen als am stärksten dezentralisierte Partei auch eindeutig die am stärksten ausgeprägte proeuropäische Ausrichtung. Die FPÖ und SPÖ nehmen als stark zentralisierte Parteien kritische Haltungen zur EU ein - in unterschiedlicher Form. Diese Betrachtungen spielen natürlich eine Rolle für das Agenda Shaping, allerdings sind die indirekten Hinweise zu vage, um der Parteistruktur einen großen Einfluss zu attestieren.

Den stärksten Einfluss auf das Agenda Shaping hat zweifelsohne der Status als Regierungs- oder Oppositionspartei. Mit einer Regierungsbeteiligung geht eine große Agenda Setting-Macht einher. Somit beeinflusst sie auch die Orientierung zur Art der Agenda (formell/öffentlich) und zu den bespielten Gremien und Institutionen. Das intergouvernementale Wesen der EU verleiht ganz einfach Regierungsparteien mehr Wichtigkeit bei der Themensetzung (und der Entscheidungsfindung allgemein). Interessanterweise wurde auch der in der Theorie vermutete Einfluss der Regierungstätigkeit auf die Wichtigkeit und das Engagement innerhalb der Europartei ganz eindeutig festgestellt. Der letztliche Grund, warum der Einfluss dieses Faktors gegeben ist, ergibt sich jedoch aus unterschiedlichen Punkten (Zeitknappheit von Regierungsmitgliedern, formeller Ausschluss von Entscheidungsprozess).

Einen immens großen Einfluss auf die EU-Politik der Parteien hat die Mitgliedschaft in einer Europartei. Dabei ist größte Teil davon auf die EP-Fraktion zu beziehen. Das offenbart sich durch die fehlende Mitgliedschaft der FPÖ in einer EP-Fraktion. Mit der Zugehörigkeit zu einer EP-Fraktion gehen viele Vorteile einher. Sie wurden von den Interviewpersonen aber nicht als so vorteilhaft eingeschätzt. Daraus lässt sich eine gewisse Selbstverständlichkeit ableiten. Die Europartei außerhalb des EP und der EU-Institutionen beschränkt sich auf Organisationstätigkeiten, die aber je nach EU-Ausrichtung der Parteien zu einer hohen diesbezüglichen Aktivität führen können.

Generell hemmt die Heterogenität unter den Mitgliedsparteien in einer Europartei aber die Annäherung an das Wesen einer nationalen politischen Partei. Zu einer Parteipolitisierung (party politicization (vgl. Raunio 2007)), bei der die Europarteien die wetteifernden Akteure sind, ist es wohl noch nicht gekommen. Ob man von so einer Parteipolitisierung sprechen kann, wenn man andere Parteien – z.B. nationale Regierungsparteien aus großen, einflussreichen Ländern (CDU, SPD, UMP, PS, etc.) als Akteure betrachtet, ist sicherlich ein interessanter Aspekt, dem aber in dieser Arbeit nicht nachgegangen werden kann.

Mit dieser Beantwortung der Forschungsfragen sollte versucht werden die teilweise sehr mehrdeutigen Ergebnisse darzustellen und für alle österreichischen Parteien zu verallgemeinern. Dass das aber nur unter ganz bestimmten Umständen möglich ist, zeigte sich aus. Im folgenden Kapitel findet eine Verknüpfung mit der Theorie stattfinden, die genau solche Verallgemeinerungsversuche anstellt.

7 Theoretische Verknüpfung und Generalisierung

In diesem abschließenden Kapitel wird nun versucht, zentrale theoretische Aspekte dieser Arbeit mit den Ergebnissen zu verknüpfen und somit die Generalisierung vorzunehmen.

Aus den geführten Interviews lassen sich bei allen vier Parteien das vorbereitende Ausarbeiten von inhaltlichen Position und Vorschlägen erkennen. In wie fern das eine Anpassung an die Erfordernisse der europäischen politischen Arena bzw. des durch die europäische Ebene

vergrößerten und veränderten Tätigkeitsfeldes darstellt, kann hier nicht ausgemacht werden. Bei dieser Ausarbeitung von inhaltlichen Punkten unterscheiden sich jedoch die Parteien. Bei der SPÖ wurde im Interview die Wichtigkeit für den internen Meinungsbildungsprozess durch Vorarbeiten zum Präsidium deutlich. Bei der ÖVP wurden fachspezifische Unterlagen als Voraussetzung für erfolgreiches Verhandeln genannt. Das sollte jedoch der politischen Diskussion (in der Partei, in Österreich) folgen, womit es sich um keine Vorarbeit zur Themensetzung mehr handelt. Bei den Grünen geht es um die Wahrnehmung von einmaligen Gelegenheiten bei Zeitfenstern (*windows of opportunity*) und bei der FPÖ um die Erlangung von Themenflexibilität, um bei einer sich verändernden Themenlage reagieren zu können.

Diese Vorarbeiten – das Ausarbeiten von Vorschlägen - sowie das Warten auf günstige Gelegenheiten sind zwei von drei Dimensionen der Strategien eines Policy Entrepreneurs nach Kingdon (1984; 1995). Die erste Dimension stellt dabei noch das Schaffen von Aufmerksamkeit dar. Für Aktivitäten dieser Dimension wurde in den Interviews die am wenigsten konkreten Hinweise gefunden. Eine Erklärung könnte dafür sein, dass die Zusammensetzung der Themenlage äußeren Einflüssen zugerechnet wird. Das Ausarbeiten von Vorschlägen findet sich hingegen bei allen Parteien eindeutig. Diese Vorschläge sind aber nicht unbedingt auf die Weiterverarbeitung auf europäischer Ebene ausgerichtet, sondern sind z.B. für parteiinterne Zwecke bestimmt oder adressieren Gremien auf österreichischer Ebene. Beim Warten auf *windows of opportunity* sind die Parteien von der Themenlage und den politischen Konstellationen abhängig. Das geschieht eher von Oppositionsparteien, da sie den äußeren Umständen eher ausgeliefert sind als Regierungsparteien, die durch ihre Parlamentsmehrheit und ihren direkten Zugang zum Rat auch selbst leichter Initiativ werden könnten.

Pollack (1997) unterscheidet in dieser Hinsicht zwischen formellem und informellem Agenda-Setting. Das informelle Agenda-Setting zielt demnach auf die inhaltliche Agenda und ist die typische Tätigkeit eines Policy Entrepreneurs. Den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP lässt sich in diesem Zusammenhang eine größere formelle Agenda Setting-Macht attestieren. Sie haben auf beiden Ebenen durch ihre Exekutivämter mehr Möglichkeiten zur Themenbehandlung. Darüber hinaus fand sich eine ganz klare Betonung der intergouvernementalen Aspekte der Regierungsparteien, während FPÖ und Grüne ihre Anstrengungen eher auf die öffentliche Agenda fokussierten. Somit liegt der Schluss nahe, dass eher solche Parteien als Policy Entrepreneure zu bezeichnen sind, die keinen Zugang zur intergouvernementalen Arena der EU haben. In Anbetracht der Passivität der FPÖ in Europafragen muss jedoch sehr stark auf den Zusatz „eher“ bei diesem Schluss hingewiesen werden.

Beim Agenda-Setting – als erste von drei Dimensionen des Agenda Shapings (Tallberg 2003) – fokussieren sich ÖVP und SPÖ also eher auf die formellen Möglichkeiten. Die öffentliche Themensetzung wird als nicht ausschlaggebend betrachtet bzw. öffentlicher Druck wird als Erschwernis für die Verhandlungen auf EU-Ebene empfunden. Bei der ÖVP zeigt sich in

diesem Aspekt – neben vielen anderen – eine klare Regierungsperspektive. Das trifft eigentlich auch auf die SPÖ zu, durch die Oppositionserfahrung wird das jedoch nicht so deutlich sichtbar.

Diese Neigung von Regierungsparteien zu einem etwas anderen Vorgehen hinsichtlich der Themengestaltung ergibt sich aus einem praktischen Grund. Mit der Regierungsbeteiligung gehen Handlungsoptionen einher, die Oppositionsparteien verschlossen bleiben. Das zeigt sich auch bei der Agenda Exclusion. Zwar können auch sie keine Themen von der EU-Agenda fernhalten bzw. herunterholen, allerdings besitzen sie die Möglichkeit der Verzögerung und der Blockade. Wie sich die ersten zwei Agenda Exclusion-Strategien durch das formelle Initiativmonopol der Europäischen Kommission auch für Regierungsparteien ausschließen, so eröffnet sich die Option der dritten Strategie (Verzögerung) durch die formellen Regeln im Rat.

Daraus ergibt sich für die Oppositionsparteien die Notwendigkeit zu außerinstitutionellen Themengestaltungsbemühungen. Während aber die FPÖ durch die fehlende Einbindung in eine EP-Fraktion relativ inaktiv ist, stellen die Grünen das Gegenteil dar. Im Europäischen Parlament erkennen sie z.B. eine gute Möglichkeit mit Abänderungsanträgen Themen mitzugestalten – aufgrund der wechselnden Mehrheiten –, obwohl das EP nicht der dominierende Akteur in der EU ist. Man kann getrost sagen, dass die Grünen die Nachteile als Oppositionspartei kompensieren. Mit der FPÖ teilen sie nur den Status als Oppositionspartei. Ansonsten erfüllt die FPÖ keine, die Grünen jedoch sehr viele Voraussetzungen für einen Themensetzer auf EU-Ebene bzw. für EU-Themen: Zugehörigkeit zur EP-Fraktion, proeuropäische Ausrichtung, Verknüpfung der nationalen mit europäischen Ebene in der Partei, etc.

Ausdruck dessen ist auch die Beanspruchung von Zuständigkeit bei wichtigen Themen (*claiming authority*). Das wird im Konzept von Princen (2011) als eine von vier Agenda Setting-Strategien ausgewiesen. Für diese Arbeit ist eine solch genaue Aufschlüsselung zwar äußerst interessant, sie erwies sich jedoch als zu detailliert. Für eine Untersuchung, die sich auf eine Partei oder nur ein Thema beschränkt, ist dieser theoretische Rahmen aber sicherlich zu empfehlen.

Wenn man sich die drei herausgearbeiteten Unterscheidungsmerkmale und die anderen erhobenen Einflussfaktoren vor Augen führt, dann wird ersichtlich, dass die einzelnen Faktoren nicht isoliert, sondern in Kombination miteinander betrachtet werden müssen. Je nach Hintergrund der Partei beeinflussen sich diese Faktoren gegenseitig unterschiedlich stark. Aus der Untersuchung der Themengestaltung der vier Parteien wird erkennbar, dass diese Faktoren eher komplementär denn additiv verwendet werden. Das heißt: Die Regierungsbeteiligung kann als stärkster Themengestaltungsfaktor angesehen werden. Durch den fehlenden Zugang zur Themengestaltungsmacht, die eine solche Regierungsbeteiligung mit sich bringt, werden andere Wege eingeschlagen, um die Nachteile ansatzweise auszugleichen. Allen vo-

ran ist hier die Kooperation über die Europartei bzw. EP-Fraktion gemeint. Das zeigte sich ganz stark bei den Grünen, in Ansätzen auch bei der FPÖ und beim Oppositionsgang der SPÖ.

Die Annahmen Müllers (2002) sowie Pollak und Slominskis (2002), die Regierungen in der EU als zentrale Akteure auch für das Agenda Setting betrachten, haben sich in dieser Arbeit bestätigt. Die Beteiligung an der Regierung ist das Hauptziel jeder Partei. Das leitet sich aber weniger aus den Themensetzungs-, sondern eher aus der allgemeinen Gestaltungsmacht, der medialen Aufmerksamkeit, usw. ab. Das muss auch bei hinsichtlich den Überlegungen von Hix (2008) mitgedacht werden, der das Agenda Setting als einen Hauptgrund für das Anstreben von Regierungsmännern sieht.

Durch die Regierungsbeteiligung wurde, anlehnend an Luther (2007), auch eine Verschiebung der innerparteilichen Macht angenommen. Das kann jedoch anhand der Ergebnisse nicht so bestätigt werden. Erstens ist es in gewisser Hinsicht eine Tautologie, dass der Exekutivarm der Partei (*party in public office*) nicht gestärkt wird, wenn die Partei sozusagen das öffentliche Exekutivamt nicht mehr bekleidet. Zweitens zeigte sich beim Gang der SPÖ in die Opposition kein Erstarren der europapolitischen Akteure (*parliamentary party* im Sinne von EP-Delegationsleiter, Europasprecher, etc.). Vielmehr nahm die Parteiführung eine machtvollere Position ein. Drittens wurde der Zugang zu Informationen über Europaparlamentarier keineswegs als Kompensation genützt. Im Gegenteil: Eine EU-kritische Haltung kam zu Vorschein, die vielleicht ohnehin immer schon in der Partei vorhanden war, aber früher durch die Regierungsbeteiligung unterdrückt wurde. Dieser Punkt könnte aber wieder das Argument Luthers (2007) stärken. Dafür wäre aber eine weitere, darauf fokussierende Untersuchung notwendig.

Allgemein kann bei der Verknüpfung der theoretischen Überlegungen Luthers (2007) mit den Ergebnissen, die vor allem der Gang der SPÖ in Opposition offenbarte, keine Prognose für zukünftig ähnliche Situation gewagt werden. Die „europäischen“ Elemente in der Partei wurden nämlich nicht gestärkt. Es hat aber eine Veränderung des innerparteilichen Machtgefüges gegeben.

Die Europartei wurde in dieser Arbeit als Kompensationsinstrument gesehen. Allerdings ergab sich auch, dass eher praktische Gegebenheiten (mehr Zeit für SPE-Engagement als Oppositionspartei, EVP-Struktur) als prinzipielle Überlegungen eine Rolle spielen. Wichtig ist dabei der formelle Aspekt. Die EP-Fraktion eröffnet viele Handlungsoptionen. Das Engagement bzw. der Zugang zur Europartei außerhalb der EP-Fraktion hängt vom allgemeinen Zugang ab. Während bei den Grünen die Europartei über die Mitgliedschaft in der Fraktion wichtig ist, so trifft das auf die FPÖ nicht zu. Das ist aber aufgrund der fehlenden Zugehörigkeit zu einer EP-Fraktion der FPÖ eine hypothetische Überlegung.

Die Grünen stellen eine Ausnahme mit ihren Versuchen, gemeinsam über die Europartei als Themensetzer aufzutreten, dar. Generell beschränkt sich die Mitgliedschaft in einer Europartei auf persönliche Kontakte, Austausch, etc. Damit wurde die Annahme Kühlacis (2010) bestätigt: Europarteien sind demnach aufgrund der inneren Heterogenität nicht für das Umsetzen von konkreten Maßnahmen geeignet. Die Wichtigkeit der Europartei (mit Fraktionsaspekt) liegt im Zugang zu Ressourcen, EP-Positionen, usw. Somit würde sich die Grundannahme dieser Arbeit bestätigen, die nationale Parteien in den Mittelpunkt stellt.

An dieser Stelle soll auch die Bedeutung der Parteistruktur für die Unterscheidung von Agenda Shaping-Strategien nicht unerwähnt bleiben. Für Braghioli (2008) spielt der Grad des Zentralismus eine wesentliche Rolle bei der Listenerstellung für die EP-Wahlen. Sie wird als zentrales Kontrollinstrument der Parteiführung betrachtet, mit dem Druck auf die MEPs ausgeübt und von der Parteilinie abweichendes Verhalten unterbunden werden kann. In Verbindung mit der Darstellung Luthers (o.A.), der den Grad der Zentralismus der österreichischen Parteien hinsichtlich genau dieser Listenerstellung untersucht, konnte die FPÖ und SPÖ als zentralisiert und die ÖVP und Grünen als dezentralisiert betrachtet werden.

In Interview 3 (Vertreter der FPÖ) ist die mehrmalige Betonung der hundertprozentigen inhaltlichen Übereinstimmung zwischen MEP Andreas Mölzer und Bundesparteiohmann Heinz Christian Strache auffällig. Nun wurde schon die Vermutung geäußert, dass dies Ausdruck des hohen persönlichen Einflusses von Andreas Mölzer auf die freiheitliche Europapolitik ist. Allerdings soll auch ein Gedanke verfolgt werden, der diese inhaltliche Übereinstimmung als Ausdruck des hohen Grades an Zentralisierung und der mächtigen Stellung des Bundesparteiohmannes – vor allem in Personalfragen – ist. Wie im Exkurs zur FPÖ in Punkt 3.2.3.3 sichtbar wurde, hat der Bundesparteiohmann überaus große Macht bei der Zusammenstellung von Wahllisten. Gemeinsam mit der aus den theoretischen Überlegungen abgeleiteten Vermutung, dass die MEP-Auswahl das machtvollste Kontrollinstrument der Parteiführung ist, ergäbe das, dass zusätzliche Kontrollmechanismen bei den Freiheitlichen gar nicht notwendig wären.

Dieser Schluss beinhaltet sehr viel Interpretation. Dennoch könnte dieser Aspekt für die zukünftige Auseinandersetzung mit dem innerparteiischen Verhältnis der Ebenen in der FPÖ oder der Stellung des Bundesparteiohmannes interessant sein. Generell kann man aus den Interviews sehr wenige Hinweise auf MEP-Kontrolle finden. Eine allgemeine Tendenz kann aber geäußert werden. Aus den Interviews ergibt sich eine tendenziell stärkere proeuropäische Ausrichtung der als dezentral beschriebenen Parteien Grüne und ÖVP.

Zuallerletzt stellt sich die Frage nach dem Einfluss der europäischen Dimension auf die österreichischen Parteien. Durch die Feststellung von strategischen Überlegungen und des sich dem zwangsläufig zugrunde liegenden Bewusstseins für die neuen Rahmenbedingungen bei österreichischen Parteien verwundert es, dass es zu kaum Organisations- oder Res-

sourceanpassungen gekommen ist – oder diese zumindest nicht als ausreichend wahrgenommen werden. IP1 zufolge kam es weder in der SPÖ noch in der Bundesregierung zu strukturellen Anpassungen nach dem EU-Beitritt. Auch Ressourcen wurden nicht umgeschichtet. Die Grünen stellen mit ihrer Ausrichtung auf die EU wohl eine Ausnahme dar. Allgemein ergeben sich aus dem erhobenen Datenmaterial starke Hinweise, die die Einschätzung Pollak und Slominskis (2002, 177f.) stützen, wonach politische Parteien hinsichtlich Veränderungen träge Organisationen seien. Somit müssen auch die von Ladrech (2010) in den Raum gestellten „compensatory adjustments“ (ebd., 131) aus diesem Blickwinkel betrachtet werden.

Die festgestellte fehlende Anpassung wirft aber auch Fragen auf. So bleibt offen, welche strukturellen Veränderungen die Parteien dennoch durchlaufen (haben) und wie diese mit der Betrachtung der EU-Politik bzw. deren innerparteilichen Stellenwert zusammenhängen? Diese könnte der Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen sein.

7.1 Reflexion

Diese Arbeit kann durch den begrenzten Umfang nur einen ersten Schritt bei der Untersuchung der Themengestaltung österreichischer politischer Parteien darstellen. Somit sind die erzielten Ergebnisse keineswegs als Endpunkt der Erforschung, sondern vielmehr als Einstieg zu sehen. Die am Ende aufgeworfenen Fragen sollen als Inputs für neues bzw. vertiefendes Erkenntnisinteresse dienen. Die abschließende (selbst)kritische Beleuchtung der Arbeit möchte dabei einen konstruktiven Beitrag leisten.

Durch die genaue Beschreibung des methodischen Vorgehens, der dahinter steckenden Grundüberlegungen sowie der Verfügbarkeit der Auswertungsmaterialien wird das Wesen dieser Untersuchung ersichtlich. Die Auswahl der interviewten Experten erfolgte nach dem Prinzip der inhaltlichen Repräsentation. Der Vorteil bestand in einer breiten Abdeckung von Auswahlmerkmalen, allerdings bringt das eine Beschränkung der Aussagekraft der angestellten Vergleiche mit sich. Die erhobenen Ergebnisse sind nämlich persönliche Einschätzungen der Interviewpersonen, bei denen die persönlichen Hintergründe eine wesentliche Rolle spielen. Die Aussagen sind darüber hinaus nicht als deskriptiv und wertneutral zu betrachten, sondern immer auch als Ausdruck der Ziele und Vorstellungen. Experteninterviews mit anderen Interviewpersonen hätten eventuell zu anderen Ergebnissen geführt.

Die Ergebnisse sind ebenfalls vor dem zeitlichen Hintergrund zu betrachten. Im Herbst-Winter 2012 und ganz besonders während der Führung der Interviews (7. November bis 9. Dezember 2011) war die Währungskrise mit samt den Rettungspaketen, Gipfeltreffen und (Vertrags-)Veränderungsvorschlägen das alles bestimmende Thema. Das trifft nicht nur auf die Öffentlichkeit zu, sondern auch auf die Geschehnisse in der Europäischen Union. Die Währungskrise ist also als sog. intervenierende Variable mitzudenken. Nicht zu ignorieren ist

auch der Abstand zu Wahlen. Mit den nächsten planmäßigen Nationalratswahlen in Österreich im Jahr 2013 und den nächsten EP-Wahlen 2014 sind zwei wesentliche Wählerentscheidungen hinsichtlich der EU-Politik noch relativ weit entfernt. Dass dadurch die Einschätzungen der Experten beeinflusst werden, ist zwar nicht sicher, aber durchaus möglich. Die Interviews hätten zu einer anderen Zeit womöglich auch zu anderen Ergebnissen geführt.

Aus diesen Gründen sind weitere empirische Untersuchungen zu empfehlen. Das theoretische Grundgerüst hat sich aber als weitgehend zuverlässig erwiesen. Nachschärfungen sind nur bei drei Aspekten anzustellen. Erstens ist eine so klare Trennung der Ebenen zu überdenken. Eine Trennung der Ebenen ist keineswegs unmöglich und kann sich für analytische bzw. theoretische Überlegungen durchaus als sinnvoll erweisen. Von den Interviewpersonen wurde sie aber schlicht nicht vollzogen - was bei den untersuchten Parteien vor unterschiedlichen Hintergründen geschah. Zweitens sind parteiische Kooperationsformen auf europäischer Ebene genauer zu differenzieren. Die Europartei, die sowohl die Fraktion im Europäischen Parlament als auch die außerhalb der EU-Institutionen bestehenden Parteiformen umfasst, erwies sich als ungeeigneter Unterscheidungsfaktor. Die spezielle Situation der FPÖ offenbarte die Schwächen der diesbezüglich nicht erfolgten Unterscheidung. Drittens wurde der Zugang zum Thema über die Annahme von Parteien als rationale Akteure beschränkt. Aufgrund rationeller Überlegungen verfolgen Parteien die Durchsetzung ihrer politischen Inhalte auf europäischer Ebene, lautet die Annahme. Solche rationellen Überlegungen basieren aber keineswegs nur auf der Beeinflussungsmacht der Europäischen Union, wie es in dieser Arbeit geschah. Sie ergeben sich vielmehr aus ganz praktischen Gründen, nämlich dem tatsächlichen Zugang zur formeller Gestaltungsmacht.

Bei zukünftigen, komplementären Untersuchungen wäre eine Vertiefung sinnvoll. Das bedeutet, dass die Konzentration auf einer Partei und/oder einem Thema liegen könnte. Wenn es die Durchführbarkeit erlaubt, wäre sicherlich auch eine Erhebung der Agenda interessant.

8 Conclusio

In dieser Diplomarbeit zeigte sich, dass die österreichischen politischen Parteien keine umfassenden Strategien für die Themenverfolgung und –gestaltung haben, die sämtliche Ebenen einschließen. Gewisse strategische Überlegungen konnten jedoch bei allen vier untersuchten Parteien festgestellt werden, ebenso wie Elemente des Vorgehens von sog. Policy Entrepreneurs, die auf die Themensetzung abzielen. Genau diese Themensetzung (Agenda Setting) erwies sich als einzige der drei Dimensionen des Agenda Shapings nach Tallberg (2003), die im Hinblick auf die EU-Ebene bei den österreichischen Parteien als relevant zu betrachten ist. Das Fernhalten von Themen von der Agenda wurde von den Interviewpersonen aufgrund der dominierenden Rolle der Europäischen Kommission als unmöglich eingestuft. Allerdings besitzen Regierungsvertreter in den intergouvernementalen Arenen der EU

Möglichkeit andere Aspekte der als Agenda Exclusion bezeichneten Strategie zu verfolgen. Die dritte Dimension, Agenda Structuring, wird von den Parteien auf europäischer Ebene nicht verfolgt, findet aber innerparteilich Anwendung.

Von den herausgearbeiteten Unterscheidungsfaktoren üben alle Einfluss auf die Parteien und somit ihren Agenda Shaping-Strategien aus. In der Arbeit wurde aber deutlich, dass sie nicht isoliert zu verstehen sind. Sie beeinflussen einander und führen in Kombination mit anderen Faktoren zur äußerst heterogenen Vorgehensweisen der Parteien. Dennoch kann die Regierungsbeteiligung mit der einhergehenden formellen Macht als stärkster Faktor für das Agenda Shaping erachtet werden. Hinweise wurden in der Untersuchung gefunden, dass Oppositionsparteien über andere Wege versuchen, den Nachteil in der Themensetzung zu kompensieren. Diese Kompensationsversuche unterscheiden sich aber bei den Parteien enorm. Dafür sind eben viele andere Faktoren ausschlaggebend, wovon einige bei dieser Arbeit ersichtlich wurden (Europartei, EP-Fraktion, Ausrichtung/Betrachtung der EU, usw.).

Für die einzelnen österreichischen Parteien kann konstatiert werden, dass die Grünen wohl die aktivste und die FPÖ die inaktivste Partei bei der Themensetzung ist. SPÖ und ÖVP besitzen durch ihren Regierungsstatus sehr viel Themensetzungsmacht. Genau diesen Nachteil versuchen die beiden Oppositionsparteien auszugleichen. Bei FPÖ und Grüne offenbarten sich rudimentäre Gemeinsamkeiten: Schwerpunkte auf der öffentlichen Agenda (vs. institutionelle) und Kooperation über die Europartei. Etliche andere Faktoren, bei denen diese zwei Parteien Extreme bilden, ergaben letztlich doch äußerst unterschiedliche Bilder bei ihrem Agenda Shaping.

Sämtliche Ergebnisse sind natürlich unter Berücksichtigung der methodischen Überlegungen zu betrachten. In Punkt 7.1 (Reflexion) wurden die Arbeit und die Ergebnisse kritisch beleuchtet, damit die Aussagekraft der Erkenntnis besser eingeschätzt werden kann.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

- Amtsblatt der Europäischen Union Nr. C191. 1992. *Vertrag über die Europäische Union*. Juli 29.
- Bogner, Alexander, und Wolfgang Menz. 2002. Das theoriengenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, hg von. Alexander Bogner, Beate Littig, und Wolfgang Menz, 33-70. Opladen: Leske + Budrich.
- Braghiroli, Stefano. 2008. „Home Sweet Home: Assessing the Weight and the Effectiveness of National Parties' Interference on MEPs' everyday Activity“. *SEI Working Paper* (108): 1-54.
- Carter, Elisabeth, Kurt R. Luther, und Thomas Poguntke. 2007. European integration and internal party dynamics. In *The Europeanization of national political parties. Power and organizational adaptation*, hg von. Thomas Poguntke, Nicholas Aylott, Elisabeth Carter, Robert Ladrech, und Kurt R. Luther. New York: Routledge.
- Dachs, Herbert. 2006. Grünalternative Parteien. In *Politik in Österreich. Das Handbuch*, hg von. Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, und Emmerich Tálos, 391-401. Wien: Manz.
- Dachs, Herbert, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, und Emmerich Tálos, Hrsg. 2006. *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien: Manz.
- derStandard.at. 2011. „Mölzer wirkt in neuer EU-Rechtsaußenpartei mit“. *Der Standard Online*, Juni 29. <http://derstandard.at/1308680021593/EU-Moelzer-wirkt-in-neuer-EU-Rechtsausenpartei-mit>.
- Dreier, Volker. 1997. *Empirische Politikforschung*. München/Wien: Oldenbourg Verlag.
- Eberle, Dagmar. 2005. Principal-Agent-Theorie. Hg von. Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. München: C.H. Beck.
- Europäische Kommission. 2011a. *Eurobarometer 74 - Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union - Herbst 2010 - Nationaler Bericht Österreich*. Österreichische Vertretung der Europäischen Kommission, Februar 28. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb75/eb75_en.htm.
- . 2011b. *Standard Eurobarometer 75 Frühjahr 2011 - Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union*. Europäische Kommission, August. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb75/eb75_en.htm.
- European Alliance for Freedom. 2011a. About EAF. *European Alliance for Freedom*. Oktober 8. <http://www.eurallfree.org/?q=node/65>.
- . 2011b. Statutes. *European Alliance for Freedom*. Oktober 8. <http://www.eurallfree.org/?q=node/72>.
- Flick, Uwe. 2010. *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. 3. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Hitzler, Roland, Anne Honer, und Christoph Maeder, Hrsg. 1994. *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*. Opladen.
- Hix, Simon. 2002. „Constitutional agenda-setting through discretion in rule interpretation: why the European Parliament won at Amsterdam“. *British Journal of Political Science* 32 (2): 259-280.

- . 2006. Why the EU needs (Left-Right) Politics? Policy Reform and Accountability are Impossible without It. In *Politics: The Right or the Wrong Sort of Medicine for the EU?* Notre Europe - Policy Paper 19.
- . 2008. „Towards a partisan theory of EU politics“. *Journal of European Public Policy* 15 (8): 1254-1265.
- Holzinger, Katharina. 2005. Mehrebenensystem. *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. München: C.H. Beck.
- Honer, Anne. 1994. „Das explorative Interview. Zur Rekonstruktion der Relevanzen von Expertinnen und anderen Leuten“. *Schweizerische Zeitung für Soziologie*.
- van Houten, Pieter. 2009. „Multi-Level Relations in Political Parties. A Delegation Approach“. *Party Politics* 15 (2): 137-156. Sage Publications.
- Jann, Werner. 2005. Politikfeldanalyse. Hg von. Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. München: C.H. Beck.
- Karlhofer, Ferdinand, und Emmerich Tálos. 2002. Österreich und EU: Gegenläufige Entwicklungen in der Interessenvermittlung und Interessenpolitik. In *Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, hg von. Heinrich Neisser und Sonja Puntcher Riekman, 26:231-245. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung. Wien: WUV.
- Kelsen, Hans. 1929. *Vom Wesen und Wert der Demokratie*. Tübingen.
- Kingdon, John. 1984. *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. Boston: Little, Brown & Co.
- . 1995. *Agendas, alternatives, and public policies*. 2. Aufl. New York: Longman.
- Krumm, Thomas. 2009. Grundgedanken und Grundelemente qualitativer Forschung. In *Methoden der Politikwissenschaft*, hg von. Bettina Westle, 96-108. Baden-Baden: Nomos.
- Külahci, Erol. 2010. „Europarties: Agenda-Setter or Agenda-Follower? Social Democracy and the Disincentives for Tax Harmonization“. *Journal of Common Market Studies* 48 (5): 1283-1306.
- Ladrech, Robert. 2010. *Europeanization and national politics*. The European Union Series. Basingstoke Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Lindberg, Björn, Anne Rasmussen, und Andreas Warntjen. 2008. „Party politics as usual? The role of political parties in EU legislative decision-making“. *Journal of European Public Policy* 15 (Dezember): 1107-1126.
- Luther, Kurt R. o.A. *Austrian Parties' Organisational Adaptation to European Integration*. eif Working Paper 23. Wien: Institut für Europäische Integrationsforschung.
- . 2006. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). In *Politik in Österreich. Das Handbuch*, hg von. Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, und Emmerich Tálos, 364-388. Wien: Manz.
- . 2007. Structural adjustment and incumbent elite empowerment. In *The Europeanization of national political parties. Power and organizational adaptation*, 28-56. New York: Routledge.
- Maurer, Andreas, und Jürgen Mittag. 2007. Europäische Parteien. Hg von. Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels. *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*. Berlin: Nomos/Institut für Europäische Politik.
- Mayer, Horst O. 2009. *Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung und Auswertung*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

- Mayring, Philipp. 2002. *Qualitative Sozialforschung*. 5. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Meuser, Michael, und Ulrike Nagel. 1991. Experteninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In *Qualitativ-empirische Sozialforschung*, hg von. Detlef Garz und Klaus Kraimer, 441-468. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- . 2002. ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, hg von. Alexander Bogner, Beate Littig, und Wolfgang Menz, 71-94. Opladen: Leske + Budrich.
- . 2010. Experteninterviews - wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung. In *Handbuch der Qualitativen Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*, hg von. Barbara Friebertshäuser, Antje Langer, und Annedore Pregel, 457-472. 3. Aufl. Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Mühlfeld, Claus, Paul Windolf, Norbert Lambert, und Heidi Krüger. 1981. „Auswertungssprobleme offener Interviews“. *Soziale Welt* 32: 325-352.
- Müller, Wolfgang C. 1999. „Plebiscitary Agenda-Setting and Party Strategies: Theoretical Considerations and Evidence from Austria“. *Party Politics* 5 (3): 303-315.
- . 2002. EU-Mitgliedschaft und Regierungshandeln. Präferenzen, Strategien, Institutionen und politische Praxis. In *Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, hg von. Heinrich Neisser und Sonja Puntcher Riekman, 26:101-132. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung. Wien: WUV Universitätsverlag.
- . 2006. Die Österreichische Volkspartei. In *Politik in Österreich. Das Handbuch*, hg von. Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, und Emmerich Tálos, 341-363. Wien: Manz.
- Niedermayer, Oskar. 2007. Parteien. Hg von. Dieter Fuchs. *Lexikon Politik. Hunderte Grundbegriffe*. Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- Pfadenhauer, Michaela. 2002. Auf gleicher Augenhöhe reden. Das Experteninterview - ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte. In *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, hg von. Alexander Bogner, Beate Littig, und Wolfgang Menz, 113-130. Opladen: Leske + Budrich.
- Pollack, Mark A. 1997. „Delegation, agency, and agenda setting in the European Community“. *International Organization* 51 (1): 99-134.
- Pollak, Johannes, und Peter Slominski. 2002. Die österreichischen politischen Parteien und die europäische Integration. Stillstand oder Aufbruch? In *Europäisierung der österreichischen Politik - Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, hg von. Heinrich Neisser und Sonja Puntcher Riekman, 26:177-200. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung. Wien: WUV Universitätsverlag.
- Pressedienst des Österreichischen Parlaments. 2011. Europäisches Parlament: Österreich nun mit 19 Abgeordneten vertreten. Parlamentskorrespondenz Nr. 1176. Dezember 1. http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK1176/index.shtml.
- Princen, Sebastiaan. 2011. „Agenda-setting strategies in EU policy processes“. *Journal of European Public Policy iFirst*: 1-17.
- Raunio, Tapio. 2007. Political Parties in the European Union. In *Handbook of European Union politics*, hg von. Knud Erik Jorgensen, Mark A. Pollack, und Ben Rosamond, 247-262. London: SAGE.
- Schmidt, Christiane. 2010. Auswertungstechniken für Leitfadeninterviews. In *Handbuch der Qualitativen Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*, hg von. Barbara

- Friebertshäuser, Antje Langer, und Annedore Prengel, 473-486. 3. Aufl. Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Schubert, Klaus. 2005. Agenda/Agenda Setting. Hg von. Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. München: C.H. Beck.
- Schubert, Klaus, und Martina Klein. 2006a. Partei. *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.
- . 2006b. Mehrebenenverflechtung. *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.
- . 2006c. Sozialdemokratische Partei Europas. *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.
- . 2006d. Österreichische Volkspartei (ÖVP). *Das*. Bonn: Die.
- . 2006e. Europäische Volkspartei. *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.
- Schultze, Rainer-Olaf. 2005. Partei. Hg von. Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze. *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. München: C.H. Beck.
- Streinz, Rudolf, Christoph Ohler, und Christoph Herrmann. 2010. *Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU. Einführung mit Synopse*. 3. Aufl. München: C.H. Beck.
- Suvarierol, Semin. 2008. „Beyond the Myth of Nationality: Analysing Networks within the European Commission“. *West European Politics* 31 (4) (Juli): 701-724.
- Tallberg, Jonas. 2003. „The agenda-shaping powers of the EU Council Presidency.“ *Journal of European Public Policy* 10 (1) (Februar): 1-19.
- Ucakar, Karl. 2006. Sozialdemokratische Partei Österreichs. In *Politik in Österreich. Das Handbuch*, hg von. Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, und Emmerich Tálos, 322-340. Wien: Manz.
- Vitouch, Peter. 2007. *Fernsehen und Angstbewältigung. Zur Typologie des Zuschauerhaltens*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Westle, Bettina. 2009. Teilstrukturierte und offene Befragungsformen. In *Methoden der Politikwissenschaft*, hg von. Bettina Westle, 248-260. Baden-Baden: Nomos.

10 Anhang

10.1 Zusammenfassung der Arbeit

10.1.1 Deutsche Zusammenfassung

Die deutsche Zusammenfassung entspricht dem Abstract, das am Beginn dieser Arbeit zu finden ist.

10.1.2 English summary

“Agenda shaping strategies of Austrian political parties on the EU-level”

In an increasingly party-politicized European Union, the question emerges who the central players are. This master thesis defines national rather than European parties as such and recognizes them as rational, utility-maximizing, multi-level players pursuing their goals of votes, offices and policies on different levels. While the national level is the venue for political contestation for votes and offices, the European Union represents the relevant arena for their policy-efforts. Agenda setting is therefore a necessary precondition.

The examination of the Austrian parties SPÖ, ÖVP, FPÖ and Grüne is based on Tallberg's (2003) concept of agenda shaping which comprises the three dimensions of agenda setting, agenda structuring and agenda exclusion. Agenda shaping strategies of Austrian parties are assumed to differ in three factors: incumbency, membership in a European party alliance and their overall party structure.

Four guideline-based expert interviews were led and the interviewees were selected according to the principle of contentual representation (cf. Mayer 2009). The analysis of the interviews were based on Meuser and Nagel's 5-step-model (1991;2002, 2010).

The analysis revealed the absence of comprehensive strategies regarding agenda shaping in the EU. However, Austrian parties are still reflecting about their approaches what basically means preparing issue proposals. Such proposals are not necessarily designated for the European Union, but often aim at influencing the opinion-making process within the own party – what also comes into effect for the dimension of agenda structuring. Moreover, agenda exclusion is regarded as almost impossible due to the European Commission's commanding agenda setting powers.

Formal agenda setting power that is linked to incumbency emerged as most important factor in this analysis. It does not only shape parties' agenda setting-strategies but also influences the parties itself. Other factors have an influence too, but must not be isolated. Depending on their combination that can be applied for the examined parties, strategies attempting to compensate the disadvantages of the opposition status can be more or less effective.

10.2 Curriculum Vitae

Joachim Kurz, Bakk.phil,

geboren am 25. April 1987 in Friesach

Ausbildung und Universität:

2006-2012	Diplomstudium Politikwissenschaft, Universität Wien
2009	Auslandssemester, University of Illinois, Vereinigte Staaten
2006 - 2009	Bakkalaureat-Studium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien
2001 – 2005	Bundesoberstufenrealgymnasium Murau
1993 – 2001	Volks- und Hauptschule Neumarkt

Berufserfahrung:

2010	Praktikum, United Nations Information Service, Wien
2010	Praktikum, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für vergleichende Kommunikationsforschung, Wien
2008	Praktikum und freie Mitarbeit, PR-Redaktion Kleine Zeitung, Graz
2007	Praktikum, PR-Redaktion Kleine Zeitung, Graz
2005 – 2006	Grundwehrdienst und Zeitsoldat, Militärmusik Kärnten
2003, 2004	Marktgemeinde Neumarkt

Besondere universitäre Leistungen:

2011-12	Diplomarbeit „Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene“ (PW, Wintersemester 2011)
2010	Wissenschaftliche Publikation bei Bloghaus 2.0: „Qualitätsansprüche an Weblogs und Tageszeitungen“
2009, 2010	Leistungsstipendien (Stiftung & Sondervermögen der Universität Wien, Studienförderungsgesetz der Universität Wien)
2009	Bakkalaureatsarbeit: „Unterschiede in der Rezeption der EU-Kampagne „HELP – Für ein rauchfreies Leben“ bei Nichtraucher und Rauchern“ (PKW, Sommersemester 2009)

10.3 Leitfäden der Experteninterviews

10.3.1 Raster für Leitfäden

Frage	Einflussfaktor?	Aspekte	Anmerkungen
AS-Strategie?	Parteiausrichtung, -führung,	Akteure, Ziele, Themen	
Unterschiede?	Incumbency	Ressourcenvorteil?	R-O-Wechsel: Anpassung AS-St?
		Zugang zu Informationen / Kontakten?	
		Ministerien, Kanzlerschaft	innerhalb Partei? Strategie bei „fremden“ Ministerien?
		EU-Expertise	in Ministerien angestellt?
	Europartei	EP-Fraktion	Zugang zu Positionen, Redezeit, Ressourcen, etc. Nachteile (Zwänge)?
		Stellung innerhalb	Kanzlerschaft? Opposition?
	Parteistruktur	Auswahl der Stellvertreter	Macht der Parteiführung/Basis

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Zentralismus/Föderalismus/Verbände	
		PAT: Kontrollmechanismen	Selektion & Screening
		Akteure der EU-Politik	
Intuition der EU-Politik?	Konzentration auf österr. Arena	Wahlen? Inhalte?	
	europäische Ebene	Inhalte? strategische Überlegungen (position taking, blame shifting, etc.)?	
Agenda Shaping?	policy entrepreneurship	Setting/Structuring/Exclusion	
Agenda Setting-Elemente?		Problemerkennung, Prioritätensetzung	
		Einfluss auf Erörterung und Abstimmung	
AS-Strategie		Gaining Attention	controlling participation (venue shop & big words/small steps)
		Building Credibility	capacity building (Experten zusammenbringen) & authority claiming

Tabelle 2: Raster für Leitfäden

10.3.2 Experteninterview 1

Befragter: Dr. Caspar Einem

Datum des Interviews: 7.11.11, 10 Uhr, Österreichisches Institut für Internationale Politik,
Berggasse 7, 1090 Wien

[Bedanken]

[Vorstellung DA]

Ich führe dieses Interview im Zuge meiner Diplomarbeit, die ich im Fach Politikwissenschaft bei Prof. Peter Gerlich schreibe. In meiner Diplomarbeit untersuche ich die Themengestaltungsstrategien österreichischer Parteien auf europäischer Ebene.

Bei der theoretischen Vorarbeit dieser Arbeit haben sich viele Fragen aufgetan. Durch Ihre politische Tätigkeit und Erfahrung können Sie mir hoffentlich dabei helfen. Ihre politischen Tätigkeiten umfassen u.a. Staatssekretär, Innenminister, Verkehrsminister sogar während Österreich den EU-Ratsvorsitz innehatte, Nationalratsabgeordneter, Europaspriecher und Teilnehmer beim Europäischen Konvent. Sie haben EU-Politik von den verschiedensten Punkten aus miterlebt. Dazu kommt viel andere Erfahrung (in der Privatwirtschaft, als Präsident des OIIP, seit kurzem als Aufsichtsrat der Austro Control, usw. usf.).

Aufgrund dieser umfassenden und vielfältigen Tätigkeiten habe ich Sie als Experte für meine Diplomarbeit ausgewählt. Bei der Beantwortung meiner Fragen gibt es keine richtigen oder falschen Antworten. Es sollen Ihre persönliche Meinung und Ihre Einschätzungen zum Ausdruck kommen. Das Interview wird zwischen 40 und 60 Minuten dauern.

Das Interview wird, mit Ihrem Einverständnis, aufgenommen, transkribiert und ausgewertet. In der Diplomarbeit wird Ihr Name unter dem Kapitel „Auswahl der Experten“ erscheinen. In der Analyse selbst werden Sie mit „Interviewperson Nr.1“ angegeben. Wenn Sie eine völlige Anonymisierung wünschen, werde ich das natürlich berücksichtigen. Darf Ihr Name in der Liste der Interviewpartner erwähnt werden?

Ich möchte Sie hiermit informieren, dass das Interview teilweise in paraphrasierter Form transkribiert wird. Auf Ihren Wunsch lasse ich Ihnen eine Kopie des transkribierten Interviews zukommen. Wären Sie daran interessiert?

Haben Sie noch Fragen?

[Mitschnitt]

Um das Interview nachher auswerten und für die Diplomarbeit heranziehen zu können, ist es wichtig, es auf Tonband aufzunehmen. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich nun das Tonband starten und dann noch einmal ihr Einverständnis auf Band dokumentieren (TONBAND STARTEN). Die Aufzeichnung bzw. das Interview wird nicht an Dritte weitergegeben. Herr Dr. Einem, sind Sie mit der Aufzeichnung einverstanden?

[Einstieg]

Herr Dr. Einem, wie schätzen Sie die Wichtigkeit der Europäischen Union für die SPÖ ein?

I. SPÖ –Wechsel R-O und interne Verhältnisse

1. Was bedeutete im Jahr 2000 Ihr Wechsel vom Verkehrsministerium in den Nationalrat, als Europasprecher der SPÖ, für Sie persönlich?
2. Wie haben sich innerhalb der SPÖ die Verhältnisse durch den Gang in die Opposition verändert? (-> Stellenwert Europasprecher, MEP)
3. Konnten Sie als Europasprecher einer Oppositionspartei oder als Minister einer Regierungspartei den Meinungsbildungsprozess und die EU-Strategie der SPÖ mehr mitgestalten?
4. Was waren die größten Umstellungen für die SPÖ? (-> Informationsverlust? Regelmäßige Kontakte auf EU-Ebene? Ressourcen?)
5. Wie sehr war damals die Europapolitik der SPÖ von dem Regierungsmandat geprägt?

II. SPÖ – EU-Strategie, Persönlichkeiten, Themensetzung

1. Von welchen Grundprinzipien ist Ihrer Meinung nach das Handeln der SPÖ auf europäischer Ebene geprägt? (-> EU-Strategie? Verfolgung von Zielen auf unterschiedlichen Ebenen?)
2. Wer bestimmt in der SPÖ das Vorgehen auf europäischer Ebene? Z.B.: welche Position man zu einem bestimmten Thema einnimmt -> im Ministerrat, im EP, in den österreichischen Medien, innerhalb der SPE, usw.?
(Bundesländerorganisationen, Gremien: Parteirat? Präsidium? Bundesparteitag?)
3. Sie haben als Minister und Nationalratsabgeordneter drei Parteivorsitzende miterlebt. Vranitzky, Klima und Gusenbauer. Welchen Einfluss hatte die Person des Vorsitzenden auf die EU-Politik der Partei?
(-> Engagement einzelner Personen generell?)
4. Als wie wichtig erachten Sie es für eine Partei, sich um die Themensetzung in der EU zu bemühen?

III. Beschränkungen, Ratspräsidentschaft, effizientes Agenda Shaping

1. Als Innen- und später Verkehrsminister erlebten Sie nicht nur, wie eine Partei auf mehreren Ebene tätig ist, sondern Sie lebten es ja durch Ihre Teilnahme an den Ministerratstreffen. War Ihrem Handeln von Seiten der SPÖ(-Führung) Beschränkungen auferlegt? (-> Parteibeschlüsse/Gestaltungsfreiraum; Selbst durch Handeln EU-Position definiert?)
2. EU-Ratspräsidentschaft 1998 (2. Halbjahr): Welche Möglichkeiten zur Schwerpunktsetzung besitzt die EU-Ratspräsidentschaft? (-> formelle Macht/informelle Macht? Österreich als Themengestalter?)
3. Wie kommt eigentlich „die österreichische Position“ zustande? (-> Ringen mit Koalitionspartner? Parteistandpunkte? Ressortstandpunkte? Persönliche „Vorlieben“ der einzelnen Akteure?)
4. Was muss Ihrer Meinung nach eine Partei anstreben, um Ihren Themengestaltungseinfluss auf europäischer Ebene zu erhöhen?
 - a. Exekutivämter?

- b. Wolfgang Müller - Souveränitätsverlust gekommen durch Aufwertung Exekutive kompensiert. Ist die Regierungsbeteiligung der Schlüssel zur Mitgestaltung der Themen bzw. überhaupt europäischer Politik?
- c. Themensetzung ohne Exekutivamt?
- d. Kompensation über Europartei?

IV. Sozialdemokratische Partei Europas, Europakonvent

1. Hat die SPÖ innerhalb der SPE bzw. sozialdemokratischen Fraktion im EP mehr Einfluss als Regierungspartei?
2. Was sind Ihrer Meinung nach die größten Vorteile einer Mitgliedschaft in einem europäischen Parteienverbund, wie es die SPE ist? (-> Mobilisierung? Ämter? Informationen?)
3. Ist die Mitgliedschaft in der SPE und der dazugehörigen EP-Fraktion nützlich, um konkrete Maßnahmen und Vorstellungen umzusetzen?
 - a. Erol Külahci (Steuerharmonisierung) keine gemeinsame Linie in SPE aufgrund Heterogenität
4. Sie waren ja auch ein Vertreter im Europakonvent. Welchen Einfluss spielten eigentlich Europarteien beim Konvent? Verließ die Arbeit entlang von Parteigrenzen?
5. Wie nützlich waren Ihre Erfahrungen als Minister für Ihre Arbeit dort? Einfühlungsvermögen in die Perspektive des Rates der EU.
6. Wie wurde die Tagesordnung im Europakonvent erstellt? (-> Unterschied Ministerrat? Agenda Exclusion?)

[Abschluss]

Gibt es noch einen Punkt, der Ihnen wichtig ist und der noch nicht angesprochen wurde?

Haben Sie noch Fragen?

Vielen Dank für das Interview und Ihre Bereitschaft, zum Gelingen meiner Diplomarbeit beizutragen.

10.3.3 Experteninterview 2

Befragter: Jakob Redl, Parlamentsklub der Grünen, EU-Koordination

Datum und Ort des Interviews: 17.11.2011, 17.00 Uhr, Büro des Grünen Parlamentsklubs, Löwelstraße 12, 1010 Wien

[Bedanken]

[Vorstellung DA]

Ich führe dieses Interview im Zuge meiner Diplomarbeit, die ich im Fach Politikwissenschaft bei Prof. Peter Gerlich schreibe. In meiner Diplomarbeit untersuche ich die Themengestaltungsstrategien österreichischer Parteien auf europäischer Ebene.

Bei der theoretischen Vorarbeit dieser Arbeit haben sich viele Fragen aufgetan. Durch Ihre Tätigkeit im Arbeitsbereich „EU-Koordination“ des Grünen Parlamentsklub, Ihren Einsichten und daraus resultierenden Erfahrung können Sie mir hoffentlich dabei helfen. Sie eignen sich daher bestens als Interviewpartner bei diesem Experteninterview.

Bei der Beantwortung meiner Fragen gibt es keine richtigen oder falschen Antworten. Es sollen Ihre persönliche Meinung und Ihre Einschätzungen zum Ausdruck kommen. Das Interview wird zwischen 40 und 60 Minuten dauern.

Das Interview wird, mit Ihrem Einverständnis, aufgenommen, transkribiert und ausgewertet. Bevor ich nun, um Ihr Einverständnis bezüglich der Aufnahme, der Nennung und des Transkripts kläre, möchte ich Sie noch fragen, ob für Sie noch Punkte offen sind, die ich gerne bereit wäre zu klären. Haben Sie noch Fragen?

[Einverständnis: Mitschnitt, Transkript, Nennung]

Um das Interview nachher auswerten und für die Diplomarbeit heranziehen zu können, ist es wichtig, es auf Tonband aufzunehmen. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich nun das Tonband starten und dann noch einmal ihr Einverständnis auf Band dokumentieren (TONBAND STARTEN).

Herr Redl, sind Sie mit der Aufzeichnung des Interviews einverstanden?

Die Aufzeichnung bzw. das Interview wird nicht an Dritte weitergegeben. Ich möchte Sie hiermit informieren, dass das Interview teilweise in paraphrasierter Form transkribiert wird. Auf Ihren Wunsch lasse ich Ihnen eine Kopie des transkribierten Interviews zukommen. Wären Sie daran interessiert?

In der Diplomarbeit wird Ihr Name unter dem Kapitel „Auswahl der Experten“ aufscheinen. In der Analyse selbst werden Sie mit „Interviewperson Nr.2“ angegeben. Wenn Sie eine völlige Anonymisierung wünschen, werde ich das natürlich berücksichtigen. Darf Ihr Name in der Liste der Interviewpartner erwähnt werden?

[Einstieg]

Herr Redl, wie schätzen Sie die Wichtigkeit der Europäischen Union für die Grünen ein? (Grundprinzipien der Grünen Europapolitik?)

(Alternative Einstiegsfrage: Was bedeutet es für Sie, in der Europaabteilung Ihrer Partei zu Arbeiten?)

I. Akteure und Wichtigkeit von europäischen Angelegenheiten

1. Welche Rolle spielt die Arbeit des in Ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Hauptausschuss für EU-Angelegenheiten? (Beeinflussung der österreichischen Position? zentrale Stelle innerhalb der Partei für die Europapolitik?)
2. Welchen Stellenwert haben die europapolitischen Akteure innerhalb der Parteistruktur: Europaparlamentarier, Europasprecher, Europaabteilung? (Meinungsbildung? Bestimmung der Position/Linie? Ressourcen?)
3. Wer sind die Hauptakteure der Grünen in der Europapolitik? (Grundprinzipien?)
4. Wie sehr bestimmt die Person der Bundessprecherin und Klubobfrau die Europapolitik der Grünen?

(persönliche Präferenzen? Bundessprecher allgemein? einzelne Personen? Vgl. VdB?)

II. Verhältnis der Ebene

1. Bei den europapolitischen Kernthemen der Grünen findet man unter anderem den Schutz der Privatsphäre, die Demokratisierung der EU, gentechnikfreie Lebensmittel oder das atomfreie Europa. Wie sehen die Anstrengungen der aus, um diese Forderungen durchzusetzen? (kooperierenden Länder? Grüne Parteien in anderen Ländern auch selbe Forderungen?)
2. Einige der Kernthemen der Grünen entsprechen der allgemeinen österreichischen Position – wie das atomfreie Europa oder gentechnikfreie Lebensmittel. Welche Wichtigkeit besitzt das Mitwirken/ die Beeinflussung der österreichischen Position, um auf EU-Ebene Themen durchzubringen?
3. Wird die Durchsetzung von Themen, die den Grünen wichtig sind, hauptsächlich auf nationaler oder europäischer Ebene verfolgt? (themenabhängig? umfassende Strategie -> Ressourcen, Organisation, EU-Expertise?)
4. Welche Wahl betrachten die Grünen als wichtiger für die Europapolitik der Grünen: nationale Wahlen (vor allem Nationalrat) oder die Wahlen zum Europäischen Parlament? (persönliche Meinung?)
5. Wie wichtig ist innenpolitischer Erfolg für das Vorgehen auf EU-Ebene? (Position innerhalb der Europapartei?)
6. Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach Exekutivämter bzw. die Beteiligung an der Regierung für die Europapolitik? (Themengestaltung? Regierungsverhandlungen 2002)

III. Themengestaltung/Agenda Shaping

1. Welche Wichtigkeit messen Sie der Themensetzung in der europäischen Politik zu? (-> aktive Themensetzung? Agenda Structuring? Exclusion?)
2. Was ist notwendig, um Themen auf der europäischen Union zu setzen? Fernzuhalten? (gaining attention? venue shopping? credibility building? policy entrepreneurship?)
3. Welche Anstrengungen unternehmen die Grünen, um die Themensetzung auf europäischer Ebene (mit)zugestalten?
(österreichische Ebene eine Rolle? Europapartei? Zusammenarbeit mit NGOs, Umweltorganisationen, etc.?)
4. Wird beim Versuch, Themen zu setzen bzw. ganz allgemein Forderungen durchzubringen, nach der empfänglichsten Stelle im Mehrebenensystem gesucht?
5. Was bedeutet es, wenn eine Schwesterpartei in einem anderen EU-Land an der Regierung beteiligt ist? (98-05 in D, 2012 FRA Präsi-Kand. Eva Joly; Themengestaltung)
6. Beim Europäischen Verfassungskonvent waren die Grünen auch vertreten. Betrachtet man das Ergebnis des Konvents, so stellt man fest, dass sich viele Grüne Kernforderungen im daraus resultierenden Verfassungsvertrag befinden (Gleichberechtigung des EP zum Rat, Konventsform für weitere Vertragsveränderungen, EZB-Kontrolle durch das EP, etc.). Konnten sich die Grünen in so vielen Punkten durchsetzen? (basisdemokratische Ausrichtung als Vorteil bei einem Konvent?)

IV. Europapartei und Parteistrukturen

1. Was sind die wichtigsten Vorteile, die eine Mitgliedschaft in einer Europapartei mit sich bringt?
2. Wie wird die Arbeit der Grünen in Österreich bzw. des Parlamentsklubs mit den Europaparlamentariern koordiniert? (mit Europäischen Grünen? Fraktion im EP? Schwesterparteien?)
3. 2009 fanden Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Laut den Parteistatuten der Grünen werden die Kandidaten vom Bundeskongress gewählt, der Bundesvorstand hat dagegen nur ein Vorschlagsrecht. In wie fern halten diese Bestimmungen auch in der Realität stand? (->Voggenhuber? formelle Parteistruktur?)
4. Welche Möglichkeiten hat die Parteileitung, um das Verhalten der Europaparlamentarier zu beschränken bzw. die Linien vorzugeben?

5. Die Grünen sind Gründungsmitglied der Europäischen Grünen Partei. Steht das Ihrer Meinung nach in Widerspruch zum Verständnis als „Alternative zum Parteiensystem“, wie es zu Beginn der Grünen Bewegung in Österreich der Fall war? (Oder Professionalisierung -> „Alternative im Parteiensystem“)

10.3.4 Experteninterview 3

Befragter: Dr. Bernhard Tomaschitz

Datum und Ort des Interviews: 30.11.2011, 14.00 Uhr, Büro „Zur Zeit“, Engelsberggasse 4, 1030 Wien

[Bedanken]

[Vorstellung DA]

Ich führe dieses Interview im Zuge meiner Diplomarbeit, die ich im Fach Politikwissenschaft bei Prof. Peter Gerlich schreibe. In meiner Diplomarbeit untersuche ich die Themengestaltungsstrategien österreichischer Parteien auf europäischer Ebene. Dabei geht es darum, die unterschiedlichen Ansätze und Strukturen der österreichischen Parteien anhand der Erfahrungen von einigen in der Europapolitik Aktiven zu rekonstruieren.

Bei der theoretischen Vorarbeit dieser Arbeit haben sich viele Fragen aufgetan. Durch Ihre Tätigkeit als Büroleiter von Europaparlamentarier Andreas Mölzer, Ihren Einsichten in die europapolitische Arbeit und daraus resultierende Erfahrung können Sie mir hoffentlich dabei helfen.

Bei der Beantwortung meiner Fragen gibt es keine richtigen oder falschen Antworten. Es sollen Ihre persönliche Meinung und Ihre Einschätzungen zum Ausdruck kommen. Das Interview wird zwischen 40 und 60 Minuten dauern.

Das Interview wird, mit Ihrem Einverständnis, aufgenommen, transkribiert und ausgewertet. Bevor ich nun das Einverständnis bezüglich der Aufnahme, der Nennung und des Transkripts kläre, möchte ich Sie noch fragen, ob für Sie noch Punkte offen sind, die ich gerne bereit wäre zu klären. Haben Sie noch Fragen?

[Einverständnis: Mitschnitt, Transkript, Nennung]

Um das Interview nachher auswerten und für die Diplomarbeit heranziehen zu können, ist es wichtig, es auf Tonband aufzunehmen. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich nun das Tonband starten und dann noch einmal ihr Einverständnis auf Band dokumentieren (TONBAND STARTEN).

Herr Dr. Tomaschitz, sind Sie mit der Aufzeichnung des Interviews einverstanden?

Die Aufzeichnung bzw. das Interview werden nicht an Dritte weitergegeben. Ich möchte Sie hiermit informieren, dass das Interview teilweise in paraphrasierter Form transkribiert wird. Auf Ihren Wunsch lasse ich Ihnen eine Kopie des transkribierten Interviews per E-Mail zukommen. Wären Sie daran interessiert?

In der Diplomarbeit wird Ihr Name unter dem Kapitel „Auswahl der Experten“ aufscheinen. In der Analyse selbst werden Sie mit „Interviewperson Nr.3“ angegeben. Wenn Sie eine völlige Anonymisierung wünschen, werde ich das natürlich berücksichtigen. Darf Ihr Name in der Liste der Interviewpartner erwähnt werden?

Haben Sie noch Fragen zu den Formalitäten?

I. Generelle Aufgaben, Bereich

1. Wie lange arbeiten Sie schon als Büroleiter für MEP Andreas Mölzer? (vorher? wie dazu gekommen? in FPÖ? europapolitische Expertise?)
2. Was fällt in Ihren Aufgabenbereich? (EP-Tätigkeit? Verbindung zur Europapolitik der FPÖ?)
3. Was bedeutet es innerhalb der FPÖ auf der Ebene der Europapolitik bzw. im Team eines Europaparlamentariers tätig zu sein?

[eigentlicher Einstieg] Herr Dr. Tomaschitz, wie schätzen Sie die Wichtigkeit der Europäischen Union für die FPÖ ein? (Grundprinzipien der Freiheitlichen Europapolitik?)

II. Verbindung zur Partei

1. Beeinflussung der Parteiposition in Europafragen?
 - a. Meinungsbildungsprozess: zentrale Stelle innerhalb der FPÖ: Parteiobmann, MEPs, Nationalratsklub Europasprecher (Dr. Johannes Hübner?)
 - b. inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten: Wahlprogramm für EP, NRW, etc.? offiziell vom/am Bundesparteitag beschlossen.
 - c. Ressourcen: EP-Wahlen?
2. Wer sind die Hauptakteure der Freiheitlichen in der Europapolitik? (Grundprinzipien?)
3. Wie sehr bestimmt die Person des Bundesparteiobermannes die Europapolitik der Freiheitlichen?
(Parteiobmann hat ja Weisungsbefugnis ggb. sämtlichen Mitgliedern, Funktionären und Angestellten -> persönliche Präferenzen? Vgl. HC Strache zu vorherigen Obermännern?)
4. Wie sehr beeinflussen einzelne Personen allgemein durch ihre Schwerpunkte das Auftreten/Vorgehen der FPÖ auf europäischer Ebene bzw. in der Europapolitik auch auf österr. Ebene? (z.B. Mölzer/Obermayer?)
5. (falls noch nicht beantwortet): Wie frei und unabhängig (von der Partei) kann ein MEP bzw. seine Mitarbeiter agieren? (Kontrolle? Mechanismen? Parteilinie? Listenerstellung vor EP-Wahlen?)

III. Verhältnis der Ebene

1. Bei den Schwerpunkten der Freiheitlichen hinsichtlich ihrer Europapolitik finden sich im Parteiprogramm vom Juni 2011 u.a. die Betonung der Grundsätze des Föderalismus und der Subsidiarität, man fordert Volksabstimmungen bei Vertragsänderungen, die Benes- und AVNOJ-Dekrete werden als „in einem humanistischen Europa als inakzeptabel“ bezeichnet und die Integration soll auf die Gemeinschaft von abendländischen und geographisch europäischen Staaten (-> Türkei) abzielen.

- Wie werden diese Grundsätze, Ziele verfolgt? (Bsp. Türkei oder Abstimmungen: konkrete Maßnahmen? Verbündete im/außerhalb des EP suchen? EAF? europäische Petition?)
2. Werden die Durchsetzung dieser Forderungen bzw. Grundsätze eher auf nationaler oder europäischer Ebene verfolgt? (umfassende Strategie?)
 3. Wie wichtig ist innenpolitischer Erfolg für das Vorgehen auf EU-Ebene? (Exekutivämter als Schlüssel? öffentliche Legitimation? Beeinflussung der österreichischen Regierungsgesposition? Themengestaltung?)
 4. Welche Wahl betrachten Sie als wichtiger für die Europapolitik der Freiheitlichen: nationale Wahlen (vor allem Nationalrat) oder die Wahlen zum Europäischen Parlament? (persönliche Meinung?)

IV. Themengestaltung/Agenda Shaping

1. Welche Wichtigkeit messen Sie der Themensetzung in der europäischen Politik zu? (-> aktive Themensetzung? Agenda Structuring? Exclusion?)
2. Was ist notwendig, um Themen auf der europäischen Union zu setzen? Fernzuhalten? (gaining attention? venue shopping? credibility building? policy entrepreneurship?)
3. Welche Anstrengungen unternehmen Sie/ die Freiheitlichen insgesamt, um die Themensetzung auf europäischer Ebene (mit)zugestalten? (österreichische Ebene eine Rolle? Europartei? Zusammenarbeit anderen Parteien in Europa?)
4. Wird beim Versuch, Themen zu setzen bzw. ganz allgemein Forderungen durchzubringen, nach der empfänglichsten Stelle im Mehrebenensystem gesucht?

V. Europapartei und Parteistrukturen

1. Was sind die wichtigsten Vorteile, die eine Mitgliedschaft in einer Europartei mit sich bringt? (Ausdruck der Professionalisierung?)
2. Heuer erfolgte die Gründung der „Allianz für die Freiheit in Europa“, einer Partei auf europäischer Ebene. Neben der FPÖ gehören andere europakritische Rechtsparteien wie die Vlaams Belang, Schwedendemokraten, die Bürger in Wut, die litauische Ordnung und Gerechtigkeit sowie die UK Independence Party. Hat die FPÖ dabei eine aktive Rolle eingenommen? (wer genau? Mölzer? ; keine EP-Fraktion? Versuch der Fraktionsbildung 2007 gescheitert: aktive Rolle?)
3. Wie wird Ihre Arbeit, also die Arbeit der Europaparlamentarier mit der Parteiorganisation und dem Parlamentsklub koordiniert?
4. Welche Möglichkeiten hat die Parteileitung, um das Verhalten der Europaparlamentarier zu beschränken bzw. die Linien vorzugeben?

[etwas Vergessen? noch Fragen?]

[Bedanken]

10.3.5 Experteninterview 4

Befragter: Dr. Reinhold Lopatka

Datum und Ort des Interviews: 9.12.2011, 9.00 Uhr, Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, Zi. C133

[Bedanken]

[Vorstellung DA]

Ich führe dieses Interview im Zuge meiner Diplomarbeit, die ich im Fach Politikwissenschaft bei Prof. Peter Gerlich schreibe. In meiner Diplomarbeit untersuche ich die Themengestaltungsstrategien österreichischer Parteien auf europäischer Ebene. Dabei geht es darum, die unterschiedlichen Ansätze und Strukturen der österreichischen Parteien anhand der Erfahrungen von einigen in der Europapolitik Aktiven zu rekonstruieren.

Bei der theoretischen Vorarbeit dieser Arbeit haben sich viele Fragen aufgetan. Durch Ihre derzeitige Tätigkeit als Europasprecher des ÖVP-Klubs, aber auch durch Ihre vielseitige Vergangenheit in vielen Funktionen und auf vielen Ebenen als Staatssekretär, ÖVP-Generalsekretär oder Landtagesabgeordneter können Sie mir hoffentlich dabei helfen.

Bei der Beantwortung meiner Fragen gibt es keine richtigen oder falschen Antworten. Es sollen Ihre persönliche Meinung und Ihre Einschätzungen zum Ausdruck kommen. Das Interview wird zwischen 40 und 60 Minuten dauern.

Das Interview wird, mit Ihrem Einverständnis, aufgenommen, transkribiert und ausgewertet. Bevor ich nun das Einverständnis bezüglich der Aufnahme, der Nennung und des Transkripts kläre, möchte ich Sie noch fragen, ob für Sie noch Punkte offen sind, die ich gerne bereit wäre zu klären. Haben Sie noch Fragen?

[Einverständnis: Mitschnitt, Transkript, Nennung]

Um das Interview nachher auswerten und für die Diplomarbeit heranziehen zu können, ist es wichtig, es auf Tonband aufzunehmen. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich nun das Tonband starten und dann noch einmal ihr Einverständnis auf Band dokumentieren (TONBAND STARTEN).

Herr Dr. Lopatka, sind Sie mit der Aufzeichnung des Interviews einverstanden?

Die Aufzeichnung bzw. das Interview wird nicht an Dritte weitergegeben. Ich möchte Sie hiermit informieren, dass das Interview teilweise in paraphrasierter Form transkribiert wird. Auf Ihren Wunsch lasse ich Ihnen eine Kopie des transkribierten Interviews zukommen. Wären Sie daran interessiert?

In der Diplomarbeit wird Ihr Name unter dem Kapitel „Auswahl der Experten“ erscheinen. In der Analyse selbst werden Sie mit „Interviewperson Nr.4“ angegeben. Wenn Sie eine völlige Anonymisierung wünschen, werde ich das natürlich berücksichtigen. Darf Ihr Name in der Liste der Interviewpartner erwähnt werden?

Haben Sie noch Fragen zu den Formalitäten?

[Einstieg]

Herr Dr. Lopatka, wie schätzen Sie die Wichtigkeit der Europäischen Union für die Österreichische Volkspartei ein?

I. Akteure und Wichtigkeit von europäischen Angelegenheiten

1. Welche Rolle spielt der ÖVP-Parlamentsklub, in dem Sie seit kurzem als Euro-
pasprecher tätig sind, für EU-Angelegenheiten der Volkspartei?
 - a. Stellenwert der europapolitischen Akteure? (MEPs? Europaabteilung? Euro-
pasprecher? Ressourcen? Struktur? Einfluss?)
 - b. Meinungsbildungsprozess innerhalb der ÖVP bei - EU-Linie, - Position zu ein-
zelnen Themen und - Themengestaltung?
 - c. Mitgestaltung an der (Regierungs-)Position Österreichs in der EU?
 - d. Hauptakteure der ÖVP in Europafragen? (Grundprinzipien?)
2. Wie sehr bestimmt die Person des Bundesparteiobermannes die Europapolitik der
Volkspartei?
 - a. persönliche Präferenzen und Schwerpunkte? Hintergründe - Bundes-
land/Bund/Teilorganisation?
 - b. Bünde?
 - c. einzelne Personen? (Schwerpunkte? Einschränkungen durch Par-
tei/Bund/Land? Rolle der MEPs?)
 - d. MEP-Kontrolle durch B-Parteiobermann? Bünde?

II. Verhältnis der Ebenen

1. Welche Bedeutung hat die Arbeit im österreichischen Parlament für die Europapolitik
der Volkspartei? (Man ist ja auch in der Regierung, stellt die größte österreichische
Delegation im EP, stellt den österr. Kommissar)
2. Wie und von wem werden die Arbeit und Positionen auf österreichischer und europä-
ischer Ebene koordiniert? (MEP tw. andere Position als ÖVP-> Juli: Karas-Kritik an
Spindelegger bei EU-Budget)
3. Stichwort Koordinationsstelle: Gibt es in der ÖVP eine umfassende Strategie, nach
der man versucht, Themen auf europäischer Ebene durchzusetzen?
 - a. Themen hauptsächlich auf nationaler oder europäischer Ebene verfolgt? (ab-
hängig vom Thema? Situation als Regierungspartei?)
 - b. Stellenwert der EU-Politik hinsichtlich Ressourcen, Ansehen, EU-Expertise
4. Als wie wichtig erachten Sie den Erfolg auf nationaler Ebene für die Durchsetzung
von politischen Themen auf europäischer Ebene?
 - a. öffentliche Legitimation durch den Wähler?
 - b. Länderebene?
 - c. Regierungsbeteiligung als Schlüssel zur Themendurchsetzung? (Kanzler-
schaft? Position innerhalb der EVP? Mitbestimmung der österreichischen Po-
sition?)
 - d. Möglichkeiten des Parlamentes -> bindende Stellungnahmen, etc.?
 - e. Wichtigkeit von EP- und NR-Wahlen?
5. Im Grundsatzprogramm der Volkspartei vom April 1995 findet sich ein Schwerpunkt
der Volkspartei bezüglich der Europäischen Union, nämlich die Mitwirkung Öster-
reichs an einer neuen europäischen Sicherheitsordnung und der Weiterentwicklung
der europäischen Sicherheitsgemeinschaft. Würden Sie sagen, dass in Sicherheits-
politik noch immer der Europabereich der ÖVP ist?
6. Welche Themen würden Sie (darüber hinaus) als Kernthemen der Europapolitik be-
trachten?
 - a. Schwierigkeiten, die teilweise konträren Standpunkte der Bünde zu einer Po-
sition zu vereinen? (Bsp. Arbeitsmarktöffnung – WB vs. ÖABB, Agrarförderun-
gen – BB, etc.)

III. Themengestaltung/Agenda Shaping

1. Welche Wichtigkeit messen Sie der Themensetzung in der europäischen Politik zu?

2. Können Sie an einem Beispiel [falls sich im Laufe des Interviews noch keines ergeben hat: *europäische Finanzmarktaufsicht und Finanztransaktionssteuer*] das österreichische Vorgehen und das der ÖVP erklären?
 - a. Zustandekommen der österr. Position?
 - b. aktive Themengestaltung in Europa? Structuring? Exclusion?
 - c. rein äußere Einflüsse?
 - d. policy entrepreneurship?
3. Was ist notwendig, um Themen auf der europäischen Union zu setzen? Fernzuhalten? Vorgehen:
 - a. gaining attention? -> 2004: „EU darf Wasser nicht privatisieren“
 - b. venue shopping? -> selbst viele eigene Vertreter an verschiedenen Stellen
 - c. credibility building?
 - d. policy entrepreneurship?

weitere Beispiele: Transit, Brennertunnel, Glücksspielgesetz, Gentechnik, Atomenergie

IV. Europapartei und Parteistrukturen

1. Welche Rolle spielt die Zugehörigkeit zur Europäischen Volkspartei bei der Themengestaltung?
 - a. Herstellen von Öffentlichkeit/Aufmerksamkeit?
 - b. Themensetzung in Gremien?
 - c. Zugang zu Informationen? Ämtern?
2. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Vorteile, die eine Mitgliedschaft in einer Europapartei mit sich bringt?
3. Hat die ÖVP als Regierungspartei mehr Einfluss in der EVP bzw./oder in der EP-Fraktion?

[etwas vergessen? noch Fragen?]

[Bedanken]

10.4 Kategorienschema

Das Kategorienschema dient der Systematik und in gewisser Weise auch der Nachvollziehbarkeit bei der Zuordnung der Paraphrasen, textnahen Überschriften und Generalisierungen zu Kategorien. Die Kategorien sind nicht exklusiv bzw. ausschließend. Oben genannten Elemente können auch mehreren Kategorien zugeordnet werden, was jedoch versucht wird zu vermeiden.

Tabelle 3: Kategorienschema

Kategorie	Beschreibung
Betrachtung	beinhaltet sämtliche Textteile, die über die Betrachtung der EU und EU-Politik durch die Interviewperson oder der Partei Aufschluss geben. Z.B.: Wichtigkeit der EU insgesamt, Haltung der Partei, Beeinflussungsmöglichkeiten der Vorgängen auf EU-Ebene und Einschätzungen dazu, Grundverständnis von europäischer Politik, Selbstbild, etc.
EU-Politik allgemein	Die Kategorie EU-Politik allgemein bezieht sich auf das Vorgehen auf der EU-Ebene allgemein bzw. in EU-Fragen. Sie bezieht sich auf Vorgehen, dass nicht zur Themengestaltung zählen lässt (allgemeine Strategien, Einschätzungen von wichtigen Stellen und Akteuren, etc.). Überschneidungen mit der Kategorie „Themengestaltung“ sind dennoch nicht ausgeschlossen.
Europartei	Einschätzungen, Erfahrungen und Beispiele über die Wichtigkeit von Europarteien bzw. EP-Fraktionen und die konkrete Arbeit. Z.B.: die Fraktionszugehörigkeit, Strategien den fraktionslosen Status im EP zu kompensieren, die Arbeit von Europarteien abseits des EP, der Einfluss von Schwesterparteien in anderen Mitgliedsländern, etc.
Formalitäten	beinhaltet sämtliche Teile des Interviews, die sich auf Formalitäten beziehen: Verständnisfragen, Einverständnis bzgl. der Aufnahme, Nennung des Namens, ggf. Abklärung der Eignung als Interviewpartner, etc.
Meinungsbildungsprozess	Alles zur EU-Position und ihrem Zustandekommen innerhalb der eigenen Partei. Z.B.: Hauptakteure, Themenab-

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

	hängigkeit, zentrale Gremien/Stellen, etc.
Parteistruktur	Bezieht sich einerseits auf den Einfluss von Formalitäten der Partei auf ihr Vorgehen in Europafragen/ auf EU-Ebene. Andererseits auch auf die allgemeinen Gegebenheiten, wie die Stellung des Europasprechers, Grundprinzipien der Partei, Rolle von Parteiprogrammen, Auswahlverfahren von Vertreter, interne Hierarchie, etc.
persönlicher Einfluss	beinhaltet Textteile, die über den Einfluss von individuellen Personen und ihren Funktionen auf Europafragen, Europapolitik und den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei. Z.B.: die Rolle des Parteivorsitzenden, der Einfluss der MEPs auf die Europalinie der Partei, etc.
Regierung/Opposition	alles über die Einschätzung der Wichtig einer Regierungsbeteiligung, der Kanzlerschaft, Exekutivämtern für das Vorgehen auf europäischer Ebene sowie innenpolitischen Anstrengungen zur Erlangung von Regierungsmacht. Z.B.: die Themengestaltungsmöglichkeiten, die Stellung innerhalb der Europartei, die Wichtigkeit von innenpolitischem Erfolg allgemein, etc.
Sonstiges	subsummiert alle jene Überschriften und Generalisierungen, die nicht in andere Kategorien fallen.
Themengestaltung	beinhaltet alles, was sich auf Agenda-Setting, Agenda-Structuring und Agenda-Exclusion bezieht. Darüber hinaus fallen auch Einschätzungen und Meinungen zur Wichtigkeit von Themengestaltung allgemein, die Rolle von Medien und der Öffentlichkeit, Einflüsse auf die Themenkonjunktur, etc. in diese Kategorie. Konkrete Beispiele sind die Themensetzungsmacht der Ratspräsidentschaft, Wiederkehrendes Thematisieren, informelles Themensetzen, die Dominanz der Kommission bei der europäischen Themensetzung, Themenframing, Authority Claiming, etc.
Verhältnis der Ebene	bezieht sich auf das Verhältnis der einzelnen Ebenen (hauptsächlich der nationalen und der europäischen) zueinander in Fragen der Aufteilung von Aufgaben, Kontrollmechanismen für MEPs, Reputation europapolitischer Akteure, etc.

10.5 Auswertungstabelle

Tabelle 4: Auswertungstabelle

El#	Zeile	Paraphrase	Überschrift	Zwischenschritt - Generalisierung	Kategorie
1	1-4	CE ist mit der Aufzeichnung des Interviews einverstanden	Formalität		Formalitäten
1	10-20	Die SPÖ hält derzeit die EU aufgrund ihrer Bestimmung der Rahmenbedingungen für Österreich schon für wichtig. Besondere Lust zur Initiative gibt es nicht, das notwendige Mindestengagement im Rat schon. Die engagiertesten sind derzeit die MEPs, die (auch) geografisch näher an der EU sind als der Rest der Partei.	Wichtigkeit der EU; Mindestmaß an Engagement;	Die SPÖ betrachtet die EU aufgrund der Rahmenbedingungen für wichtig. Es gibt ein Mindestengagement.	Betrachtung
1	25-33	Früher war das Engagement der SPÖ in Europafragen größer. Vor allem vor und nach dem Beitritt zur EU 1995 - es hat einige Initiativen gegeben, die von der SPÖ ausgegangen sind - und bis zur großen Erweiterungsrunde 2004, da es die unmittelbaren Nachbarn Österreichs betroffen hat, auch wenn sie in der Opposition war.	Bis Erweiterung 2004 großes Engagement;	Früher war das Engagement der SPÖ in Europafragen größer - auch anfangs zu Oppositionszeit (Erweiterung).	Betrachtung
1	33-37	Nach 2004 ist eine zunehmend kritischere Haltung zur EU eingetreten. Teils durch die Oppositionsrolle, teils durch die konkrete Politik der EU. "Ja zur EU, aber nicht zu dieser neoliberalen".	Oppositionsrolle; kritische Haltung zur EU	In Opposition ist eine kritischere Haltung zur EU entstanden (nach Erweiterung).	Regierung/Opposition; Betrachtung;
1	37-46	Beim Verfassungskonvent gab es noch einmal ein sehr starkes, pro-integratives Engagement von CE, das durchaus mit dem Präsidium abgestimmt war. Dann setzte sich die kritische Haltung in der Partei durch, auch wie die SPÖ mit Gusenbauer wieder einen Bundeskanzler bekam, obwohl es da ein gewisses Engagement gegeben hat, weil	Verfassungskonvent; pro-integratives Engagement;	Das pro-integrative Engagement am Konvent reflektierte nicht die kritischer werdenden Haltung.	Betrachtung
			Vorsitzender;	Der Parteivorsitzende beeinflusst das EU-Engagement.	persönlicher Einfluss

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		es auf seiner Linie als "Außenpolitiker" lag. Mit Faymann, den Außen- und Europapolitik nicht interessiert, änderte sich das wieder.			
1	53-61	Das persönliche Engagement und die Haltung des Vorsitzenden hat wesentlichen Einfluss auf die Europapolitik der SPÖ. Das Ja zum Beitritt war z.B. sehr stark durch Vranitzky geprägt. Da der Mut, gegen den Wind Politik zu machen, nicht sehr groß ist, erleichtert das Signalisieren einer pro-europäische Haltung das Arbeiten für die andere, die sich europapolitisch engagieren wollen. Ansonsten gibt es wenig Initiative.	Vorsitzender; Beitritt;	Das Ja zum Beitritt wurde durch den Vorsitzenden Vranitzky wesentlich beeinflusst.	persönlicher Einfluss; Betrachtung;
			Signale;	Ohne Signale von oben (Partei-führung) gibt es wenig Initiative - auch bei den "Europäern"	EU-Politik allgemein
1	67-83	Für SP-Vertreter auf anderen Ebenen spielt neben dem persönlichen Engagement auch die Erfahrungen eine wichtige Rolle. In Brüssel/Straßburg nimmt man die EU und ihre Handlungsoptionen differenzierter wahr. Man wünscht sich dann gelegentlich, dass die eigenen Regierung (selbe Fraktion) aktiver in die gleiche Richtung spielt.	Erfahrung; Wahrnehmung der EU-Ebene in SPÖ	Erfahrung spielt eine wichtige Rolle. Auf der EU-Ebene nimmt man die EU differenzierter wahr und wünscht sich gelegentlich mehr Engagement von der eigenen Partei oder Regierung.	Verhältnis der Ebenen; Betrachtung;
		Von der inländischen Partei wird die europäische Fraktion als Raumschiff ohne nennenswerten Erdkontakt angesehen. Die MEPs verbringen ja auch fast die ganze Zeit in Bxl. Die zwei Wahlkreiswochen pro Jahr sind wenig. Nur ist das andere EU-Verständnis der "da draußen" der Inlandspartei überwiegend lästig.	Verhältnis/Wahrnehmung der EU-Ebene in SPÖ;	Die MEPs werden wegen ihrer Abwesenheit als nicht integrativer Teil der SPÖ empfunden.	Verhältnis der Ebenen;
1	89-93	Wenn sich MEPs medial zu Wort melden, wird das beobachtet. Bei einer gegensätzlichen Meinung/Position wird er/sie zur Ordnung gerufen und es gibt Gespräche, eventuell auch im Parteipräsidium. Daran kann ein MEP teilnehmen, wenn es sich terminlich ausgeht.	MEP-Kontrolle;	Öffentlich geäußerte Positionenunterschiede der MEPs zur Partei können einen Ordnungsruf und eine Behandlung im Präsidium nach sich ziehen.	Verhältnis der Ebenen

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

1	93-103	Neben dem Parteipräsidium, wo ein MEP-Vertreter teilnehmen kann, hängt von der jeweiligen Parteistruktur, die gerade herrscht, ab, welche Gremien sich noch mit Europapolitik auf Bundesebene beschäftigen und mit welcher Intensität. Das ist im Moment wenig. Auch das Parteipräsidium hat seit Juli nicht mehr getagt, normalerweise ein Mal im Monat.	Parteistruktur; Wichtigkeit der EU für Bundes-SPÖ;	Die jeweilige Parteistruktur beeinflusst das EU-Engagement der SPÖ.	Parteistruktur; EU-Politik allgemein;
1	103-110	Die Strukturen bzgl. der Europapolitik waren in der Zeit, als CE Europasprecher war, anders.	Parteistruktur bzgl. Europa war früher anders;	Die Strukturen waren zu CE Zeit als Europasprecher anders.	Parteistruktur;
		Da fungierte CE als Hauptverbindungsstelle zu den MEPs. Durch sein Verständnis für die MEPs und das Vorgehen auf europäischer Ebene, was sich aus seiner Zeit in der Regierung und im Verfassungskonvent ableitet, wurde er von der Partei oft schief angeschaut, ob er noch zu ihnen gehört oder schon zu den da draußen.	Verhältnis der Ebenen in SPÖ; Wahrnehmung der EU-Ebene in SPÖ;	CE wurde durch sein Verständnis für die EU-Ebene von der Partei (SP) in Ö teilweise als nicht zugehörig empfunden.	Verhältnis der Ebenen;
1	116-148	Die Oppositionsrolle hat die EU-Linie der SPÖ geprägt, aber nicht sofort. Die SPÖ hat sich auch in der Opposition als staatstragende Partei gesehen. Sie waren ja auch die mandatsstärkste Partei im Parlament und haben sich der Regierung auch immer wieder als Partner angeboten. Und wenn diese mit ihnen ernsthaft verhandelt haben, dann wurden auch Entscheidungen mitgetragen und zur notwendigen Zweidrittelmehrheit verholfen. So bspw. bei der Beitrittsrunde 2004: Da hat die SPÖ relativ früh ein umfassendes Papier erarbeitet, wo der Schutz der Arbeitnehmer und grenznahen Betriebe für die Zeit nach der Marktöffnung enthalten war. Die Regierung hat sich da aber monatelang nicht darum gekümmert. Dann wollte sie ohne Verhandlungen gleich ratifizieren. Da	Oppositionsrolle; staatstragendes Selbstverständnis; pro-aktives Engagement bei Erweiterung 2004;	Die SPÖ hat sich auch als Oppositionspartei als staatstragend gesehen (nicht Opposition per se).	Betrachtung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		musste die SPÖ dann blockieren, bis dann verhandelt wurde. Das war ein Versuch zu zeigen, dass die SPÖ nicht Opposition per se ist.			
1	148-159	Mit Fortdauer in Opposition kam die SPÖ in die Not, ihren Wählern zu vermitteln, dass sie nicht alles von der Regierung mittragen, sondern für etwas eigenständig kämpfen - nämlich für ein sozialeres Europa. "Ja zu Europa, aber sie muss sich verändern" war die Devise damals.	kritische EU-Haltung der SPÖ; Positionierung ggb. Wählerschaft;	Als Oppositionspartei musste sich die SPÖ von der Regierung unterscheidbar machen.	EU-Politik allgemein; Regierung/Opposition;
		Daraus ist aber nach und nach eine kritische Haltung anstelle der Differenziertheit daraus geworden. So eine Differenziertheit ist auf die Dauer in einer großen Partei mit vielen Gliedern schwer aufrecht zu erhalten.	Parteigröße und EU-Haltung;	Aus der differenzierten Oppositionshaltung ist aufgrund der Parteigröße eine kritische geworden.	Betrachtung
1	164-168	Den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei versuchte CE durch intensive Vorarbeiten bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu beeinflussen. Diese Vorarbeiten sind dann ins Parteipräsidium gekommen, um dort eine Grundlinie zu bekommen.	Meinungsbildungsprozess in SPÖ; persönlicher Einfluss;	Den Meinungsbildungsprozess versuchte CE durch intensive Vorarbeiten zum Präsidium zu beeinflussen.	persönlicher Einfluss; Meinungsbildungsprozess;
1	166-167	CE war klar, dass er nicht eine Linie vertreten kann, die die Partei nicht trägt.	Einklang bei EU-Linie zw. SPÖ und CE;	Der SP-Europasprecher muss eine Linie vertreten, die auch die Partei trägt.	Meinungsbildungsprozess

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

1	167-171	Auch wenn das Hauptinteresse der Partei nicht bei EU-Politik lag, so war das egal, solange die Vorschläge mitgetragen wurden. Es ist auch okay, dass Fragen der Pensionsreform oder des inländischen Arbeitsmarkt die Partei im Alltag stärker interessieren. Die Frage für ihn war aber, was auf europäischer Ebene los ist.	Schwerpunkte SPÖ; persönliche Präferenzen CE;	Die allgemeinen Schwerpunkte der SPÖ beeinflussen die Präferenzen des Europasprechers nicht.	Meinungsbildungsprozess
1	171-179	Vor dem Verfassungskonvent wurde in der SPÖ ein Papier (im Wesentlichen von CE) erarbeitet, mit dem er dann zwei Mal im Präsidium war. Da standen schon die Punkte drinnen, die er persönlich für wichtig gehalten hat.	Verfassungskonvent; Parteilinie; persönliche Schwerpunkte;	Die im Präsidium diskutierten Positionspapiere für den Konvent wurden wesentlich von CE persönlichen Schwerpunkten beeinflusst.	Meinungsbildungsprozess
		Auf der Grundlage des Präsidiumsbeschlusses wurde verhandelt und ein Rahmen für die Verhandlungen im Konvent beschlossen.	Parteilinie;	Der Rahmen für die Verhandlungen im Konvent stellte ein Präsidiumsbeschluss dar.	Parteistruktur; Meinungsbildungsprozess;
1	179-191	Auch beim Pakt für Arbeit und Europa bezüglich der Erweiterung der EU 2004 ist CE mit einem Papier ins Präsidium gegangen. Dort ist er nicht mit allen Punkten durchgekommen, mit seiner etwas liberaleren Haltung zur Arbeitsmarktöffnung ist er gescheitert - vor allem den Gewerkschaftern. Er war der Meinung, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen, das Risiko verringern und er sagte den Beitrittsländern eine Entwicklung voraus, die den österreichischen Arbeitsmarkt nicht so sehr unter Druck setzen würde. Aufgrund der Perspektiven auf den Aufschwung würden die Leute dort nicht weg gehen.	Parteilinie; inhaltliche Vorarbeit; persönlicher Einfluss CE;	Der Rahmen für die Verhandlungen zur Erweiterung stellte auch ein Präsidiumsbeschluss dar. Mittels Positionspapier hat CE erfolglos versucht eine liberalere Haltung durchzubringen (Einfluss von CE ist positions- und themenabhängig).	Meinungsbildungsprozess;
1	191-198	Bei der Dienstleistungsrichtlinie und auch anderen Dingen haben sie sich intensiv damit beschäftigt, um ihre Position zu zeigen.	Kernthemen; Engagement;	Bei Kernthemen versuchte die Oppositions-SPÖ durch großes Engagement ihre Position zu zeigen.	EU-Politik allgemein

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Die EU würde aber eine wesentlich intensivere Befassung verlangen, um zu verstehen, was da gespielt wird. Und Regierungsmitglieder dürften nicht alles Gute ihnen selbst und alles Blöde Brüssel zuschreiben. Nur bei Ausnahmen ist eine andere Darstellung gelungen.	Komplexität; intensive Beschäftigung mit EU;	Für erfolgreiche EU-Politik bedarf es einer intensiveren Auseinandersetzung mit der EU.	EU-Politik allgemein
			Blame Shifting; EU-Darstellung;	Blame-Shifting ist einer guten EU-Politik hinderlich.	EU-Politik allgemein
1	203-226	Beim Beitritt war CE noch Staatssekretär. Die österreichischen Regierungsmitglieder waren im Grunde auf das komplexe Spiel in der EU schlecht vorbereitet. Einerseits wusste man nicht, was bei welchen Treffen gemacht wird (Treffen der Personalminister -> hinfahren oder vertreten lassen? ebenso bei seinem ersten Innenminiserrat). Zuerst hat er gar nicht gewusst, was da gespielt wird, obwohl man es wissen könnte.	Komplexität; Vorbereitung auf "EU-Spielregeln";	Zu Beginn der Mitgliedschaft gab es Defizite der Regierungsmitglieder im Wissen über die komplexen Abläufe in der EU.	Sonstiges
		Die Minister haben nur langsam gelernt, dass es wichtig ist auszuloten, was die anderen 14 wollen, um auszuloten, was man selbst durchbringen kann und wer die Partner sind.	"EU-Spielregeln"; andere Positionen kennen;	Zur Interessensdurchsetzung ist das Wissen über die Position der anderen wichtig (Rat).	EU-Politik allgemein
1	226-240	Während der Phase des EU-Ratsvorsitzes haben die österreichischen Minister schnell gelernt, wie das Spiel gespielt wird.	Ratsvorsitz; "EU-Spielregeln";	Durch den EU-Ratsvorsitz hat die Regierung schnell gelernt.	Sonstiges
		Da kümmert sich aber niemand groß um die Parteilinie ,die es auch nicht wirklich gibt, sondern ist mit seiner Aufgabe beschäftigt, die auf europäischer Ebene noch komplexer ist. Dort muss man nämlich Inhalte verhandeln, für die in Österreich ein andere zuständig ist. Darum ist die Frage nach der Parteilinie in den Hintergrund getreten. Aber prinzipiell hat man schon ein Gefühl, was man als Sozialdemokrat vertreten kann.	Parteilinie; Ratsvorsitz;	Der Aufwand und die Komplexität eines Ratsvorsitzes lässt die Parteilinie in den Hintergrund treten - dennoch gibt es ein Gefühl für SP-Positionen.	Parteistruktur
1	243-248	In der Regierung oder Partei haben sich im Wesentlichen keine neuen Strukturen oder Organisationen gebildet, die auf die neuen	Strukturveränderung in Partei oder Regierung;	Weder in der Regierung noch in der Partei kam es zu strukturellen Anpassungen aufgrund der EU.	Parteistruktur

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Bedürfnisse eingegangen sind.			
1	253-254	Es hat nicht viele Ressourcen für die EU-Politik gegeben, es wurde aber auch nichts zugunsten der aktiveren Betreiben umgeschichtet.	Ressourcen; Anpassung;	Die SPÖ widmet der EU-Politik wenig Ressourcen.	Parteistruktur; Betrachtung;
1	257-262	Es gibt keine umfassende Strategie der Partei, auf welcher Ebene was am besten verfolgt wird. Generell gibt es viel weniger Strategien als angenommen wird. Unternehmen sind besser aufgestellt als Parteien.	Strategie;	Die SPÖ hat keine Strategie zur Themendurchsetzung, die beide Ebenen umfasst.	EU-Politik allgemein
1	269-285	Der Ratsvorsitz besitzt im Wesentlichen keine Themensetzungsmacht. Man übernimmt die Themen, die die vorangegangene Präsidentschaft nicht erledigt hat, und führt sie zu Ende. Bei einer guten Präsidentschaft kann man schon etliche Dossiers erledigen. Durch das Erben von Themen versuchen Länder den vorhergehenden Präsidentschaften zu helfen, damit sie selbst die Themen nicht am Tisch haben. So war das auch bei Österreich, die den Briten deswegen und auch, um zu lernen, 1998 sehr aktive geholfen haben.	Ratsvorsitz; Themensetzung;	Der Ratsvorsitz besitzt keine Themensetzungsmacht. Die Themen werden geerbt.	Themengestaltung
		Wenn dann kann man allenfalls bei informellen Ministerratstreffen Themen zu Sprache bringen und hoffen, dass die dann in die Arbeit des Ministerrates überspringen. Die Initiativen auf EU-Ebene gehen hauptsächlich von der Kommission aus. Als Ratsvorsitzender hat man also nur wenig Möglichkeiten.	Themensetzung; informellen Ratstreffen;	Der Ratsvorsitz kann nur versuchen, auf informellen Weg neue Themen einbringen. Die Kommission ist der Hauptakteur auf EU-Ebene.	Themengestaltung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

1	291-310	Die Ratspräsidentschaft kostet viel Zeit und Kraft, wenn man etwas weiterbringen will. 1998 entsprach die Ministeriums- nicht der Ratsgliederung und darum mussten einige Minister mehrere Räte bedienen. Man schritt dann ohnehin schon zu pragmatischen Grenzziehungen. CE war in drei Räten Vorsitzender, ließ sich aber in zwei vertreten, weil zwei davon - Transport und Forschung - sehr aufwendig waren. Dort wurden große Dossiers in dieser Periode erledigt, aber es reicht nicht nur, zu den Ratsitzungen hinzufahren. Die Verhandlungen finden in Bxl oder Stb statt, wo man dann einen ganzen Tag weg ist. Wenn die Geschichten bei den Verhandlungen dann bockig werden, muss man auch in die dementsprechende Hauptstadt fliegen und mit den zuständigen Regierungsmitgliedern verhandeln. CE war bspw. in Madrid oder Niederlanden.	Aufwand einer Ratspräsidentschaft;	Die Ratspräsidentschaft ist sehr aufwendig. Erfolgreiche Verhandlungen bedürfen persönlichen Einsatz. Die Ministeriumsgliederung ist (war 98) nicht ident mit der Ratsgliederung.	Sonstiges
1	310-318	Man ist auf europäischer Ebene während der Ratspräsidentschaft stark gebunden und weniger vor Ort. Die Leute merken, dass sich die Regierung mehr um Europa und weniger um sie selbst kümmern, und das wollen sie nicht. Falsche Haltung, aber verbreitet. Darum verlieren Regierungen Wahlen, die unmittelbar nach der Präsidentschaft stattfindet.	Ratspräsidentschaft und Innenpolitik (Verhältnis der Ebene allgemein); Wahlen;	Die Konzentration auf die europäische Ebene in der Zeit des Ratsvorsitzes führt zur innenpolitischen Schwächung der Regierung.	Regierung/Opposition
1	325-334	Die Österreicher haben es phasenweise gerne, wenn sich der Bundeskanzler in Bxl als Kämpfer gegen das Atom aufgeworfen hat. Das spielt nur keine Rolle und hat mit der Realität [Anm.: der echten Themensetzung] wenig zu tun. Je nach Geneigtheit der Spitzenfunktionäre, wird es halt auch gespielt. Es kostet nix, die Leute haben es gerne und vergessen es ja auch wieder.	Kernthemen; Wahrnehmung; Themensetzung; persönlicher Stil der Spitzenfunktionäre;	Persönliche Initiative wird von der Öffentlichkeit in Österreich gutiert, egal ob es für die Themensetzung in der EU tatsächlich etwas bringt.	Themengestaltung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

1	336-340	Es wäre es Wert, mehr in die Themengestaltung zu setzen, weil man da relativ viel tun kann.	Themengestaltung;	Themengestaltung besitzt viel Potential, was nicht ausgeschöpft wird.	Themengestaltung wird.
1	340-356	Es sollten auch noch mehrere Elemente an die EU abgetreten werden und der im Moment stattfindene Prozess über die Schaffung einer Wirtschaftsregierung ist richtig und wichtig. Eine solche hat immer schon gefehlt, denn es war absurd zu glauben, dass man nur mit einer Zentralbank durchkommt. Aber Wirtschaftsregierung heißt Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die österreichische Position ist auch hier "eigenartig", denn es wird zwar eine gefordert, die nur bei den anderen eingreifen kann oder eine die zwar Wirtschaftsregierung heißt, aber nirgends eingreifen kann. Nicht einmal eine kosmetische Maßnahme.	Österreichische Position bei Wirtschaftsregierung;	Die österreichische Position bzgl. der Wirtschaftsregierung bezieht sich auf weniger als eine kosmetische Maßnahme.	Sonstiges
1	358-375	Über die Frage, was die SPÖ ändern müsste, um aktiver als Themengestalter auf EU-Ebene zu agieren, will CE nach seinem Ausscheiden aus der Politik nicht mehr nachdenken.			Sonstiges
1	380-389	Grundsätzlich ist es einfacher und bietet mehr Möglichkeiten europäische Politik zu gestalten, wenn man ein Exekutivamt inne hat.	Exekutivamt und Gestaltung europäischer Politik;	Exekutivämter bieten mehr Möglichkeiten zur Gestaltung europäischer Politik.	Regierung/Opposition
		Für manche Arbeiten ist es allerdings ohne besser, z.B. beim europäischen Verfassungskonvent. Regierungsmitglieder haben i.d.R. keine Zeit, können aber Beamten hinschicken und, wenn die gut vorbereitet sind, eingreifen. Die Veränderungen von Rahmenbedingungen ist vermutlich einfacher, wenn das ein Konvent aus Abgeordneten als Regierungsvertreter machen.	Regierungsmitglied und Arbeit im Verfassungskonvent; manche Arbeiten besser für Abgeordnete;	Die Zeitknappheit von Regierungsmitgliedern bevorzugt Abgeordneten bei manchen Arbeiten auf EU-Ebene (z.B.:Konvent).	EU-Politik allgemein

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

1	395-411	Im Europakonvent organisierte sich die Arbeit auf mehreren Ebenen gleichzeitig, sowohl nach Fraktionen, nach nationalen Parlamentarier, manchmal waren die MEPs zusammen und manchmal die Regierungsvertreter. Die Meinungsbildung funktionierte aber wesentlich stärker nach dem Muster des EPs, wo es nicht auf die Fraktion, sondern Position drauf ankommt.	Meinungsbildung im Konvent; Konventsarbeit nach EP-Vorbild;	Die Meinungsbildung im Konvent folgt dem Muster des EPs - es kommt weniger auf die Fraktion, mehr auf die Position an.	EU-Politik allgemein; Europartei;
1	413-433	Die Fraktionszugehörigkeit spielt bei den Positionen in der EU weniger eine Rolle als das Herkunftsland. Darum sind die Bemühungen, eine europäische Partei zu bilden, auch selten.	Fraktionszugehörigkeit und Europartei;	Die untergeordnete Rolle der Fraktionszugehörigkeit in der EU macht die Bildung einer Europartei "seltsam".	Europartei
		Auch im Ministerrat ist das so, wo CE die Erfahrung mit den Niederlanden gemacht hat, die immer sehr für eine liberale Verkehrspolitik eingetreten sind. Selbst nach dem Wechsel von einer liberal-konservativen zu einer sozialdemokratischen Verkehrsministerin haben die keine andere Position eingenommen. Die haben Interessenpolitik für ihr Land betrieben.	Fraktionseinfluss auf Position im Ministerrat;	Im Ministerrat entscheidet die Herkunft über die Position (nicht die Fraktion). Ein Regierungswechsel ändert nichts an der Interessenpolitik.	Europartei
1	433-435	Solche Interessenspolitik kennt Österreich nicht. Es gibt immer zwei Interessen: die, der einen Regierungspartei und die der anderen.	Österreichische Interessenpolitik;	Interessenpolitik gibt es in Österreich aufgrund der Koalitionsregierungen nicht.	Sonstiges
1	435-450	Bei den Positionen überwiegt die Länderkomponente. CE hat das bei seinem Versuch, durch die Koordinierung der Infrastrukturbudgets die damals hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, gemerkt. Obwohl die meisten Verkehrsminister und der Verkehrskommissar rot waren, ist der Versuch, Fraktionspolitik auf europäischer Ebene zu machen, gescheitert.	Länderkomponente; Fraktionskomponente;	Die Länderkomponente entscheidet über die Position. Selbst eine "Fraktionsmehrheit" im Rat ist keine Garantie für Erfolg.	Europartei

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

1	454-461	Die verschiedenen Kulturen und politischen Kulturen und dazu noch spezifische Länderinteressen bewirken solch unterschiedliche Positionen. Z.B. war mit der britischen Labour-Partei nicht über staatliche Finanzierungsprogramme zu reden. Die sind viel wirtschaftsliberaler eingestellt als etwa die Sozialdemokraten in Deutschland, Luxemburg oder Österreich.	Heterogenität innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion;	Die Sozialdemokratischen Parteien in Europa unterscheiden sich aufgrund ihrer politischen Kulturen und Länderinteressen enorm.	Europartei
1	463-480	Konkrete Maßnahmen umzusetzen, ist über die Parteischiene sehr schwierig. Das gilt auch für die Konservativen, wo deutsche CDUler und die britischen Conservatives in einer Fraktion sind. Die Fraktionszugehörigkeit spielt im EP aufgrund der kulturellen Unterschiede keine wichtige Rolle. Entscheidungen gehen da deshalb auch oft quer durch die Fraktionen.	Umsetzung konkreter Maßnahmen in SP-Fraktion;	Konkrete Maßnahmen können kaum über die Fraktion durchgesetzt werden.	Europartei
1	485-495	Im EP sind Fraktionsgrenzen nicht so wichtig, weil keine Regierung an der Mehrheit hängt. In nationalen Parlamenten geht es ja primär immer um den Fortbestand der Regierung. Auf EU-Ebene muss sich die Kommission eine Mehrheit suchen, wie im amerikanischen Parlament hängt ihr Schicksal nicht von einer Mehrheit ab. Das findet CE gut, weil es ein selbstbewussteres Parlament und echte Parlamentarier hervorbringt.	EP und weniger wichtige Fraktionsgrenzen;	Das Fehlen einer Regierungsmehrheit im EP macht Fraktionsgrenzen wesentlich unwichtiger. Das EP bringt daher aber echte Parlamentarier hervor.	Europartei; EU-Politik allgemein;
1	500-507	Die Hauptvorteile der Mitgliedschaft liegen Überbaubereich, also in der Frage der Außenpolitik. Bei der Sicherheitspolitik sind die Kulturen schon wieder zu unterschiedlich zwischen Fra und GB einerseits und anderen Ländern wie Ö.	Vorteile der SPE-Mitgliedschaft in gewissen Bereichen;	In gewissen Bereichen hat die Mitgliedschaft in der Europartei Vorteile (Außenpolitik bspw.)	Europartei
		Die Europartei ist eine Plattform, geschaut wird, ob es in Bereichen Übereinstimmungen gibt und wie man damit umgeht.	Europartei als Plattform;	Die Europartei dient als Plattform, um Übereinstimmungen festzustellen.	Europartei

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

1	514-533	Der Punkt, dass die SPÖ den Verlust der Regierungsmacht durch Engagement in der europäischen Partei versucht hat zu kompensieren, ist nicht frei erfunden. Vor den Sitzungen des Europäischen Rates gibt es die Treffen der roten nationalen Fraktionen. Für einen Oppositionsführer ist es wesentlich attraktiver dort dabei zu sein als für einen Regierungschef, der aufgrund der Regierungstätigkeit kaum Zeit dafür hat. Das Ausmaß des Engagements ist durch den Umstand mitbestimmt, dass das für einen Oppositionsführer eine Gelegenheit ist, auch auf europäischer Ebene mitzuspielen. Oft ist es aber irrelevant. Für Regierungschefs ist es dann eine Zeitfrage.	Regierungsbeteiligung der SPÖ und Europartei;	Die Europartei ist für Oppositionsparteien wesentlich attraktiver (z.B.: Treffen der Parteichefs). Es ist eine Gelegenheit auf europäischer Ebene mitzuspielen.	Europartei; Regierung/Opposition;
			Zeitressourcen und Europartei-Engagement;	Die Europartei ist für Regierungsparteien aufgrund der Zeitknappheit unattraktiver.	Europartei; Regierung/Opposition;
1	538-539	Keine Anmerkungen und Fragen zum Interview.			Formalitäten
2	1-28	Jakob Redl (IP2) erkundigt sich, ob er am Ende bzw. nach Durchsicht des Interviewtranskriptes über die Erlaubnis, das Interview, den Namen, etc. zu veröffentlichen, entscheiden kann. Der Interviewer stimmt dem zu, damit IP2 noch die Gelegenheit hat, sich gegebenenfalls noch mit einem Vorgesetzten zu beraten.			Formalitäten
2	30-35	Der Interviewer beantwortet IP2 seine Frage, mit welchen andern Experten schon Interviews geführt wurden.			Formalitäten
2	35-37	IP2 ist mit der Aufzeichnung des Interviews einverstanden, möchte eine Kopie des Transkriptes zugeschickt bekommen und entscheidet am Ende des Interviews bzw. nach Rücksprache über die namentliche Nennung.			Formalitäten
2	56-78	Die EU hat einen zentralen Stellenwert für die österreichischen Grünen. Das zeigt sich an den Position und Strukturen der Partei.	zentraler Stellenwert der EU;	Die EU hat einen zentralen Stellenwert für die Grünen.	Betrachtung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Bis zur Volksabstimmung über den Beitritt waren die Grünen gegen einen solchen. Damals waren sie der Auffassung, dass man die EU von außen besser beeinflussen könnte. Nach der Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung akzeptierten sie das und begannen den Kampf für ein besseres, solidarischeres und demokratischeres Europa innerhalb der Union. Ab dem Zeitpunkt haben die Grünen ihre ganze Politik sehr stark auf die EU ausgerichtet - auf allen Ebenen.	Wandel der Positionen mit Volksabstimmung;	Mit der Volksabstimmung wandelte sich die Position der Grünen. Seitdem ist ihre Politik auf allen Ebenen stark auf die EU ausgerichtet.	Betrachtung
2	94-105	Die Grundprinzipien der Grünen Europapolitik haben sich nicht verändert. Das Vorgehen ist aber anders, wenn man innerhalb der Union agiert. Darüber hinaus verändern sich die Umstände. Die EU entwickelt sich in eine positive Richtung (Stärkung des EP, Mitspracherechte der nationalen Parlamente, Verfahrensregeln, usw.), die Demokratisierung ist aber noch lange nicht abgeschlossen.	gleichbleibende Grundprinzipien, veränderte Rahmenbedingungen;	Die EU-Mitgliedschaft verändert das politische Vorgehen der Grünen, nicht deren Grundprinzipien.	Betrachtung
2	110-117	Von Beginn an war der Europaparlamentarier auch der Europasprecher der Partei (vorher Johannes Voggenhuber, jetzt Ulrike Lunacek).	MEP ist Europasprecher;	Der Europasprecher der Grünen ist im EP.	Parteistruktur
		Er besitzt gewisse Kernkompetenz und vertritt die Partei in Europafragen.	Kernkompetenz in Europafragen;	Der Europasprecher ist der zentrale Akteur für die Grünen in Europafragen.	Parteistruktur
2	117-119	Aufgrund der Wichtigkeit des Themas spielen auch die Parteiobleute eine wichtige Rolle.	Wichtigkeit der Parteiobleute in Europafragen;	Die Parteiobleute spielen bei der EU-Politik der Grünen eine wichtige Rolle.	Parteistruktur
2	119-127	EU-Politik ist eine Querschnittsmaterie. Einen Hauptakteur der Grünen gibt es daher eigentlich nicht, alle Fachabgeordneten stimmen sich mit der europäischen Ebene ab.	Kein Hauptakteur; EU-Politik als Querschnittsmaterie;	Die Grünen begreifen EU-Politik als Querschnittsmaterie. Alle Fachabgeordneten beschäftigen sich damit.	Betrachtung; EU-Politik allgemein; Meinungsbildungsprozess;

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Außer bei den Kernfragen der Integration. Da haben die Parteiobleute und Europasprecher die Kernkompetenz.	Klare Hauptakteure bei Kernfragen der Integration;	Bei Fragen der Integration besitzen Europasprecher und Obfrau die Kernkompetenz.	EU-Politik allgemein
2	143-150	Einzelne Personen bestimmen nie die Positionen der Grünen alleine, auch die Klubobfrau Eva Glawischnig nicht.	beschränkter Einfluss einzelner Personen;	Einzelnen Personen können die Positionen der Grünen nicht bestimmen.	persönlicher Einfluss; Meinungsbildungsprozess;
2	161-185	Einen Wechsel in der Grundpositionen in den Kernfragen der Integration können einzelnen Personen bei den Grünen nicht herbeiführen (kein Politikwechsel bei neuer Obfrau oder Europasprecherin: VdB -> G; Voggenhuber -> Lunacek). Allerdings beeinflussen sie die Schwerpunkte: Lunacek ist eine Außenpolitikerin, Glawischnig eine Umwelt- und Energieexpertin.	Schwerpunkte durch einzelne Personen gesetzt;	Einzelnen Personen beeinflussen Schwerpunkte der Grünen Europapolitik.	persönlicher Einfluss
2	191-200	Die basisdemokratische Ausrichtung der Grünen ist nicht der Hauptgrund der konstant gleichbleibenden Grundpositionen. Die proeuropäische Ausrichtung ist so eindeutig Teil des Grünen Programmes und Teil des Selbstbildes, dass darüber erst gar nicht abgestimmt wird. Basisdemokratie sichert das ab.	Proeuropäische Ausrichtung als Selbstbild;	Die proeuropäische Ausrichtung ist Teil des Programmes und des Selbstbildes der Grünen.	Betrachtung
			Basisdemokratie als Absicherung der proeuropäischen Ausrichtung;	Basisdemokratie ist nicht der Grund für die konstante proeuropäische Position, höchstens die Absicherung.	Parteistruktur
2	205-206	Die proeuropäische Ausrichtung der gesamten Partei (von der Basis auf) unterscheidet die Grünen von anderen Parteien.	Proeuropäische Ausrichtung als Unterscheidungsmerkmal;	Die proeuropäische Ausrichtung ist ein Unterscheidungsmerkmal der Grünen.	Betrachtung
2	214-219	Der MEP als Europasprecher ist Ausdruck und Voraussetzung für die proeuropäische Position gleichzeitig.	MEP als Europasprecher;	Der MEP als Europasprecher ist Ausdruck und Voraussetzung für die Ausrichtung der Grünen	Parteistruktur; Betrachtung;

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	230-232	Die Wahl des Europaspredchers erfolgt durch die Klubsitzung. Es gibt kein Statut, dass das besagt. Die Entscheidungen in der Klubsitzung sind meistens sehr eindeutig. Es wird nicht hinterfragt, ob der/die MEP auch Europaspredcher sein soll.	Wahl des Europaspredchers durch Klubsitzung;	Der Europaspredcher wird durch die Klubsitzung gewählt. Es ist nicht automatisch der MEP (kein Statut).	Parteistruktur
2	240-241	Auch die Wahl Lunaceks zur Europaspredcherin war klar. Sie ist dafür angetreten. Es gibt kein Statut, das besagt, dass der Listen-erste das sein muss.	Lunacek durch Wahl zur Europaspredcherin;	Lunacek wurde als Europaspredcherin gewählt.	Parteistruktur
2	248-260	Die Personen selbst kandidieren für die Listenplätze bei den Wahlen. Bei der letzten EP-Wahlen waren das drei Personen für Platz eins. Am Bundeskongress (Buko) hat Voggenhuber seine Kandidatur dann vollkommen zurückgezogen.	Buko entscheidet über EP-Liste;	Der Bundeskongress wählt die Zusammensetzung der EP-Liste.	Parteistruktur
2	262-274	Der Parteivorstand hat kein Vorschlagsrecht für die Listenzusammenstellung. Der erweiterte Bundesvorstand könnte Kandidaturen verhindern, um den Buko durchführbar zu machen (wenn sich 100 Leute für Platz eins melden). Das ist aber noch nie passiert. Jeder ernstzunehmende Kandidat kann sich bewerben.	Bundesvorstand und EP-Liste;	Der Parteivorstand hat kein Vorschlagsrecht für die EP-Liste. Der erweiterte Bundesvorstand könnte jedoch aus Durchführbarkeitsgründen eine Kandidatur verhindern.	Parteistruktur
2	282-288	Die Klubobfrau beeinflusst die Entscheidung am Buko, indem sie eine große Mehrheit hinter sich versammelt, und wenn sie sich für eine Option äußert, dann hat das Gewicht. Glawischnig wurde beim letzten Buko mit 97% bestätigt. Wahlempfehlung gibt es aber keine.	informellen Einfluss der Obfrau auf EP-Listenwahl;	Durch den Zusammenfall der Wahl der Klubobfrau und der EP-Liste am Buko übt diese informellen Einfluss aus.	persönlicher Einfluss
2	293-299	Grundsätzlich beherrschen informelle Dynamiken den Buko. Die Delegierten haben verschiedenen Abwägungen und in den meisten Fällen kann niemand sagen, wie das ausgeht.	Buko-Ergebnisse unvorhersehbar;	Informelle Dynamiken machen die Ergebnisse des Buko unvorhersehbar.	Parteistruktur

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	317-324	JR erläutert seine Tätigkeit bei den Grünen. Es ist EU-Koordinator des Klubs und sorgt für Abstimmung zwischen europäischer Ebene, Parlamentsklub und der Bundespartei.	EU-Koordination;	Der EU-Koordination der Grünen stimmt die europäische Ebene, den Parlamentsklub und die Bundespartei ab.	EU-Politik; Partei- struktur; Verhältnis der Ebenen;
2	331-338	JR schätzt die Vielseitigkeit seiner Aufgaben. Seine Arbeit beschränkt sich nicht nur auf ein Thema und auch nicht auf nur einen Abgeordneten. Über das Ansehen dieser Stelle innerhalb der Partei kann er nichts sagen.	EU-Koordination umfasst alle Themen und Abgeordneten;	Die Arbeit des EU-Koordinators der Grünen behandelt alle Themen und Abgeordneten.	EU-Politik allge- mein
2	345-348	Die Grundausrichtung seiner Arbeit ist österreichische Ebene, wo er als Verbindungsstelle zur europäischen dient.	Grundausrichtung auf österreichischer Ebene;	Der EU-Koordinator der Grünen ist auf die österreichische Ebene ausgerichtet.	EU-Politik allge- mein
2	361-386	Auf europäischer Ebene verfolgen die österreichischen Grünen ihre Themendurchsetzung vor allem über das EP. Es hat in vielen Bereichen durch das Mitbestimmungsverfahren große Macht. Es kann ein Veto einlegen und es können Abänderungen vorgenommen werden.	Machtvolles EP ist wichtig für Arbeit der Grünen auf EU-Ebene;	Das durch das Mitbestimmungsverfahren gestärkte EP bietet den Grünen gute Mitgestaltungsmöglichkeiten.	EU-Politik allge- mein
		Letzteres ist ein sehr wichtiges Instrument für die Grünen, da es im EP wechselnde Mehrheiten gibt (keine Regierungsmehrheit).	Wechselnde Mehrheiten im EP; Anträge;	Aufgrund der wechselnden Mehrheiten kann mit Abänderungsanträgen viel erreicht werden (keine Regierungsmehrheit).	EU-Politik allge- mein
		Die EP-Fraktion spielt eine weitere wichtige Rolle. Entweder treten die österreichischen Fachabgeordneten direkt oder über die zwei österreichischen MEPS mit den anderen MEPs, die in den Ausschüssen sitzen in Verbindung. Ansonsten kann man auch noch versuchen, die eigenen Position zur Fraktionsposition zu machen. Über die Fraktion haben die Grünen gute Möglichkeiten, Themen zumindest zur Diskussion zu bringen.	EP-Fraktion;	Die Grüne EP-Fraktion bietet die Möglichkeit, Themen zur Diskussion zu bringen. Die Fachabgeordneten stehen mit den MEPs in den Ausschüssen in Verbindung.	Themengestaltung; Europartei;

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	386-408	Auf der nationalen Ebene spielt die Arbeit im EU-Unterausschuss eine wichtige Rolle. Jedes Legislativvorhaben sowie jedes Europäische Dokument kann auf die Tagesordnung reklamiert werden. Zwischen den Parlamentsfraktion gibt es eine Übereinkunft, dass ein für eine Fraktion sehr wichtiges Thema auch auf die Tagesordnung kommt.	EU-Unterausschuss, um Themen auf die Tagesordnung zu bringen;	Der EU-Unterausschuss ist ein starkes Instrument, um jedes Legislativvorhaben und EU Dokument zur Diskussion zu bringen (Übereinkunft mit anderen Fraktionen).	Themengestaltung
		Dort hat man mit einer Mehrheit die Möglichkeit den Bundesminister im Rat durch bindende Stellungnahmen zu binden. Viele Anträge der Grünen finden dabei keine Mehrheit, es gibt aber auch 5-Parteien-Anträge (z.B. Gentechnik). Das ist schon ein sehr starkes Instrument.	Mit bindenden Stellungnahmen im Minister binden;	Durch die Möglichkeit die Minister im Rat durch bindende Stellungnahmen zu binden, ist der EU-Unterausschuss ein starkes Instrument.	EU-Politik allgemein
2	408-414	Um die Möglichkeit einer bindenden Stellungnahme überhaupt nutzen zu können, muss mediale Aufmerksamkeit erlangt und öffentlicher Druck erzeugt werden. Die Regierungsparteien müssen eine Initiative der Oppositionspartei aufnehmen. In vielen Fällen werden die Anträge niedergestimmt.	Aufmerksamkeit für Arbeit im Ausschuss notwendig;	Für die Nutzung von bindenden Stellungnahmen bzw. Durchbringung von Initiativen muss auf die Regierungsparteien öffentlicher Druck erzeugt werden.	EU-Politik allgemein; Themengestaltung;
2	414-421	Die Arbeit auf der dritten "Ebene" umfasst den Kontakt mit der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit. Sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene wird mit NGOs, etc zusammengearbeitet, um Themen in die Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft zu bringen.	Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit als dritte Ebene der Europaarbeit;	Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und NGOs wird zur Beeinflussung der öffentlichen Agenda gesucht (gaining attention).	Themengestaltung
2	431-449	Mit bindenden Stellungnahmen können Regierungsvertreter weiter an etwas gebunden werden, als sie es ohne machen würden (in Fällen, wo die Regierungsparteien ohnehin eine ähnliche Position einnehmen). Man verhindert dadurch auch, dass er in einem Tauschgeschäft oder bei Side-Payments davon abrückt.	Verhinderung von Side-Payments und Junktimation;	Durch bindende Stellungnahme nimmt man dem Regierungsvertreter die Möglichkeit zum Junktimieren und Side-Payments.	EU-Politik allgemein

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Das Beeinflussen der Verhandlungen auf EU-Ebene ist der Kern der nationalen parlamentarischen Mitbestimmung.	Kern parlamentarischer Mitbestimmung;	Die Möglichkeit, Verhandlungen auf EU-Ebene mitbeeinflussen zu können, ist der Kern parlamentarischer Mitbestimmung.	Betrachtung; Verhältnis der Ebenen;
2	457-477	In den großen Fällen gibt es wenig Chancen etwas mit der Arbeit im Unterausschuss zu bewirken.	Größe der Fälle;	Für große Themen erweist sich der Unterausschuss als wirkungslos.	EU-Politik allgemein
		Mit der kleinen Arbeit (wiederholt auf die Tagesordnung holen, Anträge einbringen, öffentliche Debatte forcieren) kann man aber einerseits die Regierung dazu zu bringen, ihre Position weitergehender auszuformulieren und andererseits auf längere Sicht zu Entscheidungen kommen (z.B. Finanztransaktionssteuer).	Kleinarbeit zur Beeinflussung der Regierungsposition;	Durch ständige Kleinarbeit kann die Regierungsposition und auf lange Sicht Entscheidungen beeinflusst werden, (öffentliche Debatte, Agenda, usw.)	EU-Politik allgemein
2	481-492	Bei der ständigen Kleinarbeit geht es laut JR um einen Kernbestandteil des Parlamentarismus, nämlich darum, dass Europapolitik nicht wie Außenpolitik am Parlament vorbei geführt wird, sondern als Kernbestand unserer politischen Lebensrealität verstanden wird. Das Thematisieren ist ein Anfang in diese Richtung.	Europapolitik ist nicht Außenpolitik;	Durch die ständige Kleinarbeit im Parlament wird Europapolitik nicht zur Außenpolitik (Thematisieren als ersten Schritt).	Themengestaltung; EU-Politik allgemein;
2	510-514	Große Themen werden bei den Grünen auf beiden Ebenen verfolgt. Am Beginn bringen sie es auf die Tagesordnung des Ausschusses, versuchen dort mit bindenden Stellungnahmen Position zu beziehen und die Regierungsparteien zu überzeugen.	Beide Ebenen bei großen Themen;	Große Themen werden von den Grünen neben den Tätigkeiten im Unterausschuss auch auf europäischer Ebene verfolgt.	EU-Politik allgemein
2	515-525	Obwohl es themenabhängig ist, glaubt JR, dass es auf europäischer Ebene mehr Möglichkeiten für die Grünen gibt, ihre Themen umzusetzen.	Bessere Möglichkeiten auf europäischer Ebene;	Generell haben die Grünen auf europäischer Ebene mehr Möglichkeiten, Themen umzusetzen.	Betrachtung; Verhältnis der Ebenen;

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Nur ganz selten haben die Grünen es geschafft über bindende Stellungnahmen die Regierungsposition zu beeinflussen.	Seltener Erfolg mit bindenden Stellungnahmen;	Durch bindende Stellungnahmen kann nur selten die Regierungsposition beeinflusst werden.	Betrachtung
		Die Ausschussarbeit soll man aber auch gar nicht nur auf die Stellungnahmen reduzieren. Es geht auch um Kontrolle, Tansparenz, Mitwirkung und der demokratischen Kultur.	Kontrolle, Transparenz und Mitwirkung;	Bindende Stellungnahmen sind neben Kontrolle, Transparenz und Mitwirkung nur ein Teil des Unterausschuss.	Betrachtung
2	525-531	Die Grünen versuchen auf allen Ebenen, in allen Bereichen und über alle Wege ihre Schwerpunkte zu setzen. Dazu zählt auch die Kooperation mit anderen nationalen Parlamenten und die Vernetzung mit anderen Grünparteien.	Alle Ebenen betätigt;	Alle Wege auf allen Ebenen werden bei den Grünen zur Schwerpunktsetzung genutzt.	EU-Politik allgemein
2	537-550	Eine umfassende Strategie (wo verfolgt man was am besten) gibt es nicht.	keine umfassende Strategie;	Die Grünen haben keine umfassende Strategie zur Verfolgung von Themen.	EU-Politik allgemein
		Die meisten Themen sind von einer politischen Kontinuität geprägt. Es gibt kaum Themen, die ganz neu auftreten.	politische Kontinuität von Themen;	Themen haben eine politische Kontinuität (sie treten nicht neu auf).	Themengestaltung
		Außeneinflüsse können aber die Themenkonjunktur verändern. Die Grünen versuchen auf allen Ebenen an den Themen dran zu bleiben und auf die windows of opportunity zu warten, wo man mit den Vorschlägen dann weiterkommt.	Externe Einflüsse verändern die Themenkonjunktur;	Außeneinflüsse verändern die Themenkonjunktur. Die Grünen warten auf allen Ebenen auf windows of opportunity.	Themengestaltung
2	555-565	Die Krise hat für die Grünen so ein window of opportunity bezüglich weiterer Vertragsveränderungen geöffnet. Jetzt überlegt der Rat, welche Veränderungen es geben könnte. Die Grünen sind mit den Forderungen, die sie schon vor einem Jahr hatten, wieder da und versuchen es umzusetzen.	Krise als window of opportunity;	Die Krise stellt für die Grünen ein window of opportunity bzgl. einer Vertragsveränderung dar.	Themengestaltung; EU-Politik allgemein;
2	574-583	JR kann keine Aussage darüber treffen, was eine Regierungsbeteiligung für die Verfolgung von Themen bedeuten würde. Die Grünen sind schlicht nicht in der Regierung.	Regierungsbeteiligung und Themengestaltung;	Über eine veränderte Themengestaltungsmacht aufgrund einer Regierungsbeteiligung denken die Grünen nicht nach.	Regierung/Opposition

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	588-598	Aufgrund Beispiele von Regierungsbeteiligungen anderer Grünparteien (Deutschland oder Dänemark) sieht JR Regierungsbeteiligung als einen Schlüsselfaktor. In einem intergouvernementalen Europa vergrößert sich der Einfluss sehr.	Regierungsbeteiligung als Schlüsselfaktor;	Regierungsbeteiligung ist ein Schlüsselfaktor in der intergouvernementalen EU (Grüne in D oder Dän)	Regierung/Opposition
2	607-618	Die nächsten Wahlen werden in der Politik der Grünen immer in einer Form mitbedacht. Das passiert aber nicht nur der Europapolitik wegen. Regierungsbeteiligung ist ebenso ein Schlüsselfaktor für alle anderen Politikbereiche.	Nationalratswahlen und Regierung nicht nur für Europapolitik wichtig;	Nationalratswahlen spielen in der Arbeit immer eine wichtige Rolle. Regierungsbeteiligung ist für alle Themenbereiche ein Schlüsselfaktor.	Regierung/Opposition
		Da es aber nach jetzigen Prognosen nicht so aussieht, als könnten die Grünen in einer Regierung sein, kümmern sie sich um die momentanen Aufgaben.	Keine Regierungsbeteiligung laut Prognosen;	Aufgrund der geringen Wahrscheinlichkeit einer Regierungsbeteiligung konzentrieren sich die Grünen auf ihrer aktuellen Aufgaben.	Regierung/Opposition
2	624-644	Der Erfolg von Grünen Schwesterparteien ist sehr wichtig. Es kann zu einer Dynamik führen - positiv wie negativ. Für Österreich ist das Deutschland am naheliegendsten. In der Zeit von Rot-Grün wurde einerseits gezeigt, dass die Grünen regierungsfähig sind. Andererseits wurden auch negative Aspekte und Probleme auf die österreichischen Grünen rüber gespielt. Es kann aber auch unter Druck setzen, wie es beim Hoheflug der deutschen Grünen kürzlich erst war.	Schwesterparteien lösen Dynamik aus;	Erfolg von Grünen Schwesterparteien führt zu Dynamiken in Österreich - positive wie negative.	Europartei
2	653-659	Die Grüne Regierungsbeteiligung von 98-05 zeigte den Unterschied in der Möglichkeit Themen zu setzen auf. Joschka Fischers Rede in der Humboldt-Universität war ein entscheidender Schritt in der Integrationsdebatte, weil er alle anderen Staatschefs unter Zugzwang brachte. In Deutschland hat man als größtes Land natürlich mehr Möglichkeiten.	Große Themensetzungsmacht der deutschen Grünen in Regierung;	Durch die Grüne Regierungsbeteiligung in D stieg deren Themensetzungsmacht.	Themengestaltung; Regierung/Opposition; Europartei;

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	671-680	Prinzipiell sind Nationalratswahlen für die Partei wichtiger als EP-Wahlen.	Nationalratswahlen sind wichtiger;	Nationalratswahlen sind prinzipiell wichtiger als EP-Wahlen.	Verhältnis der Ebenen
		Aus einer europapolitischen Sicht kann dieser Unterschied nicht gemacht werden. Die beiden Wahlen finden nicht zur gleichen Zeit statt. Darum fließen sämtliche Anstrengungen in beide Bereiche.	Volle Aufmerksamkeit für NR- und EP-Wahlen;	Ob ihres unterschiedlichen Zeitpunktes genießen sowohl NR- als auch EP-Wahlen die volle Aufmerksamkeit der Grünen.	EU-Politik allgemein; Verhältnis der Ebenen;
2	684-687	Den EP-Wahlkampf kann man mit dem Nationalratswahlkampf nicht wirklich vergleichen. Die Auswirkungen auf die Bundespartei, weitere Institutionen (Bildungswerkstatt), Klub aber auch die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten ist unterschiedlich.	Nationalratswahl größere Außenwirkung;	Nationalratswahlen haben weitreichende Auswirkungen (Bildungswerkstatt, Klub, usw.).	Regierung/Opposition; Betrachtung;
2	710-715	Die französische Präsidentenwahl wird auf Österreich keinen so großen Einfluss haben. Für die Grünen ist Kernenergie im Mittelpunkt stehen. Da Österreich diesbezüglich ohnehin eine sehr eindeutige Position einnimmt, wird das keine Veränderungen nach sich ziehen.	Keinen Einfluss der Französischen Präsidentschaftswahl auf österr. Kernthemen;	Die Französische Präsidentschaftswahl wird auf Österreich keinen großen Einfluss haben. Beim zentralen Thema Kernenergie hat Österreich eine klare Position.	Themengestaltung
2	715-733	Eine Themensetzungsinitiative unternehmen die Grünen gerade mit der SPÖ und deren deutschen Schwesterparteien. Sie planen eine Atomausstiegskonferenz mit Faymann, Glawischnig, Gabriel, Trittin und dem Chef der Grünen im EP. Vorerst wurde es verschoben. So wird versucht über die nationale und transnationale Ebene gesamteuropäischen Druck zu erzeugen und das Thema "Atomausstieg" in das EP zu bringen.	Atomausstieg gemeinsam mit SPÖ und deutscher SPD und Grünen promoten;	Über eine Parteien- und Länderübergreifende Initiative versuchen die Grünen das Thema "Atomausstieg" auf europäischer Ebene zu setzen.	Themengestaltung
2	739-745	Prinzipiell sollten laut JR die Verhandlungen über die Atomausstiegskonferenz nicht scheitern. Wenn es scheitern könnte, dann eigentlich nur an Faymann (Koalitionsbefindlichkeiten)	Faymann als Unsicherheitsfaktor für Konferenz;	Die geplante Atomausstiegskonferenz könnte nur an Faymann scheitern.	Themengestaltung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	762-782	Themenframing ist eine entscheidende Frage. Hier ist der mediale, öffentliche Druck wiederum wichtig, die neben den parlamentarischen Schritten erfolgen. Beim Thema Transit wird von Grüner Seite versucht mit Hilfe von Bildern, Statistiken, Betroffenen und Best-Practice-Beispielen versuchen, die Problematik deutlich zu machen. Bei der Atomkraft als (noch mehr) europäisches, grenzüberschreitendes Thema wird die europäische Ebene forciert und in Kooperation mit NGOs kampagnenmäßig gearbeitet.	Themenframing;	Für das Framing von Themen werden neben den parlamentarischen Schritten auch medialer und öffentlicher Druck erzeugt.	Themengestaltung
2	787-790	Auch in den EP-Ausschusssitzungen bringt man Themen wie Transit auf die Agenda. In dem Fall entsprachen die Regelungen von der europäischen Ebene nicht den Vorstellungen der Grünen.	EP-Ausschüsse für Diskussion von Themen;	Grüne Themen werden in den EP-Ausschüssen eingebracht.	Themengestaltung; EU-Politik allgemein;
2	797-808	Es gibt wenig Möglichkeiten zur Agenda-Exclusion, da die Kommission allgemein bei der europäischen Agenda die Themen bestimmt.	Keine Agenda-Exclusion;	Die dominierende Stellung der Kommission im europäischen Agenda Setting minimiert die Möglichkeiten der Agenda-Exclusion.	Themengestaltung
		Man kann nur versuchen großen Druck zu erzeugen, wie es in der Gentechnikfrage der Fall war. Nachdem es lange Zeit nicht gut aussah, erreichte man durch Zusammenarbeit über Partei- und Ländergrenzen hinweg die Gentechnikfreien Zonen.	Kooperationen auf EU-Ebene;	Durch die fehlenden Möglichkeiten des Non-Agenda-Settings versuchen die Grünen über Parteien- und Länder übergreifende Kooperation Themen zu entschärfen.	Themengestaltung; Europartei; EU-Politik allgemein;
2	810-813	Wie bei der Gentechnikfrage versucht man allgemein Kooperationen zu schmieden.		Die Grünen arbeiten mit Kooperationen.	EU-Politik allgemein
2	819-829	In der Partei werden die einzelnen Ebenen besprochen, aber eine Entscheidung, ob man mehr auf der einen oder anderen Ebene agiert, stellt sich in der Realität nicht. Alle Akteure geben auf allen Ebenen Hundert Prozent. Die Partei koordiniert und vernetzt sich dabei.	Vernetzung aller Teile der Grünen;	Die Grüne Partei koordiniert und vernetzt alle Ebene und steckt überall volle Anstrengungen rein.	Verhältnis der Ebenen; EU-Politik allgemein;

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	835-846	Die Kommission ist als Themensetzer wichtig, aber auch das Parlament kann sie auffordern ein Thema zu behandeln (mit Mehrheit). So kann auch das EP zum Themensetzer werden.	Kommission als zentraler Themensetzer;	Die Kommission ist der zentrale Themensetzer. Das EP kann mit Mehrheit auch Themen setzen.	Themengestaltung
		Durch die starke Stellung der Kommission kann man aber nicht Themen von der Agenda bringen.	Keine Agenda-Exclusion aufgr. Kommission;	Die starke Stellung der Kommission verhindert Agenda-Exclusion.	Themengestaltung
		Die starke Stellung der Kommission macht es wünschenswert, wenn es Grüne Kommissare gäbe.	Grüne Kommissare;	Die starke Stellung der Kommission macht Grüne Kommissare wünschenswert.	Themengestaltung; Regierung/Opposition;
2	853-864	Themen werden auch auf europäischer Ebene vorgebracht, wenn dort nicht die Zuständigkeit herrscht. Es wird aber schon eingeschätzt, wo es am besten zu behandeln ist und ggf. nicht alle Energie reinstecken.	Themen auch auf EU-Ebene, wenn keine Zuständigkeit herrscht;	Themen werden auch auf EU-Ebene eingebracht, wenn es dort keine Zuständigkeit gibt, aber nicht mit voller Energie verfolgt.	Themengestaltung
		Bei extrem wichtigen Themen ohne EU-Kompetenz thematisiert man es doppelt: Inhaltlich und Integrationspolitisch.	doppelte Thematisierung bei wichtigen Themen;	Extrem wichtige Themen ohne EU-Kompetenz werden von den Grünen doppelt thematisiert: inhaltlich und integrationspolitisch (claiming authority).	Themengestaltung
2	869-876	In der von den Mitgliedstaaten dominierten Außenpolitik wird von den Grünen durch Initiativen versucht, sie zu forcieren. Lunacek als außenpolitische Sprecherin der Grünen ist das sehr dahinter.	Europäische Außenpolitik forcieren;	Die Grünen versuchen die Europäische Außenpolitik durch Initiativen zu forcieren (bisher: AP Sache von MS).	EU-Politik allgemein
2	887-894	Wie in allen Fragen wird auch die Außenpolitik auf beiden Ebenen verfolgt - VdB als Sprecher in NR, Lunacek im EP. Über den nichtständigen Sitz im Weltsicherheitsrat kann aber auch Österreich alleine nichts entscheiden.	Beiden Ebenen wichtig für Außenpolitik;	Die Grünen verfolgen außenpolitische Punkte auf beiden Ebenen.	EU-Politik allgemein

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	901-928	Außenpolitische Themen könnte man gut mitgestalten. Aber das Außenministerium wartet nicht auf Grüne Vorschläge. Durch den Sitz im Sicherheitsrat haben sich die Themen über die mit der Regierung diskutiert wird verändert, die Mitgestaltungsmöglichkeiten aber nicht.	Nur wenig Mitgestaltung bei der österreichischen Außenpolitik;	Externe Einflüsse verändern die Tagesordnung in der Außenpolitik. Die Mitgestaltungsmöglichkeiten im Inland aber nicht.	Themengestaltung
2	937-958	Die Mitgliedschaft und das Wirken in der Europäischen Grünen Partei ist völlige Normalität. Ein Abwägen von Vor- und Nachteilen gibt es nicht. Neben der Zusammenarbeit über die EP-Fraktion gibt es gemeinsame Wahlkämpfe, zwei Kongresse zur Abstimmung der Positionen und den Aufbau von neuen Grünen Parteien (v.a. in Mittel- und Osteuropa), bei dem der Parteiapparat wichtig ist.	Europäischen Grünen sind mehr als EP-Fraktion;	Die Mitgliedschaft in der Europäischen Grünen Partei geht über die EP-Fraktion hinaus (gemeinsame Wahlkämpfe, Aufbau neuer Grünen Parteien, etc.).	Europartei
2	964-965	Aus Sicht der Ö Grünen könnte die Europäische Grünen Partei noch enger organisiert sein.	Engere Grünen Partei wünschenswert;	Die Ö Grünen wünschen sich eine engere Organisiertheit der Europartei.	Europartei
2	970-980	Die Grünen haben nichts gegen eine Partei, sondern gegen die Organisation des Staates nach dem Parteienprinzip (v.a. Aufteilung Posten). Es geht darum, wie sie ausgestaltet und wie demokratisch sie ist. Kann eine Mitgliedspartei selbst entscheiden mitzumachen oder nicht mehr mitzumachen?	Aufteilung nach Parteienprinzip ablehnen;	Die Grünen lehnen die Form "Partei" nicht ab, nur die Aufteilung des Staates nach dem Parteienprinzip.	Sonstiges
		Die Europäische Grünen Partei kann nicht in die nationalen Parteien hineinregieren.	Starke Autonomie bei Europäischen Grünen;	Bei den Europäischen Grünen gibt es eine starke Autonomie der Mitgliedsparteien.	Europartei
2	985-992	Mit NGOs gibt es einen sehr regen Austausch (auf europäischer Ebene). Informationen können geteilt und gemeinsame politische Ziele verfolgt werden. NGOs haben aber nicht grundsätzlich eine Nähe zu den Grünen.	Regen Austausch mit NGOs;	Mit NGOs verfolgen die Grünen auf europäischer Ebene gemeinsame Ziele.	EU-Politik allgemein

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	1000-1002	Die Zusammenarbeit mit NGOs beschränkt sich nicht nur auf den Umweltbereich. Auch Menschenrechtsorganisationen, bei Verkehrsthemen und allgemein mit Bürgerinitiativen gibt es eine enge Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.	Breite Zusammenarbeit mit NGOs;	Die Zusammenarbeit mit NGOs umfasst ein breites Themenspektrum.	EU-Politik allgemein
2	1018-1029	Einen Verfassungskonvent überhaupt zu machen kann man als Eingeständnis betrachten, dass die Union ein Maß an Staatlichkeit erreicht hat, wo es eine Verfassung braucht. Das alleine war schon eine lange Grüne Forderung. Voggenhuber hat bei den Konventen (Grundrechtskonvent war vorgelegt) eine entscheidenden Rolle gespielt - nicht nur für die Grünen, sondern für das gesamte EP.	Konvent war Eingeständnis für Grüne Forderung;	Das Einsetzen eines Konventes selbst gar ein Eingeständnis der Richtigkeit der Grünen Forderung.	Sonstiges
2	1029-1054	Die Grundforderungen der Grünen am/vor dem Konvent waren: mehr Europa, ein stärkeres EP, gemeinsame Grundrechte, keine Einstimmigkeitsverfahren, mehr Vergemeinschaftung, eine politische Union und die Konventsform. Bei der Entscheidung zur weiteren Integration ist es logisch, dass diesen Forderungen nachgegeben wird, denn diese Schritte wären im "alten" System nicht mehr möglich gewesen (ohne Stärkung des EPs, direktdemokratische Möglichkeiten, Mitbestimmungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente, usw.). Viele Punkte sind noch verbesserungsfähig, aber der Realitätssinn überwiegt, dass bei Vertragsveränderungen niemals alles umgesetzt werden kann.	Grüne Forderungen waren logische Folge des Konventes;	Andere Grünen Forderungen am Konvent waren eine logische Folge des Einsetzens des Konventes ("Pfadabhängigkeit").	Sonstiges
2	1079-1094	Beim Konvent herrschte eine gute Form der Diskussion, die zu einem Selbstbewusstsein geführt hat. Das ist laut JR das Geheimnis des Konventsmodelles. Voggenhuber hat bspw. gemeinsam mit sozialdemokratischen und Linken-Abgeordneten einen Ausschuss	Starkes Selbstbewusstsein der Konventsmitglieder;	Die Form der Diskussion am Konvent führte zu einem starken Selbstbewusstsein der Konventsmitglieder für parlamentarische Prinzipien.	Sonstiges

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		für die Sozialunion gegen den Widerstand des Vorsitzenden (Giscard D'Estaing) durchgesetzt.			
2	1094-1101	Am Konvent kam den Grünen das harte Oppositionsleben des Parlamentes entgegen. Sie sind geübt gegen eine Mehrheit Themen zur Diskussion zu bringen und durch das Argument zu überzeugen.	Vorteile durch Oppositionserfahrung;	Die Oppositionserfahrung kam den Grünen am Konvent zu Gute.	EU-Politik allgemein
2	1107-1124	JR sieht die Europäische Grünpartei als Vorreiter in Sachen Europäisierung. Schon 2004 haben sie den EP-Wahlkampf als europäischen ausgelegt. 2009 haben das auch andere gemacht. Mittlerweile gibt es ein Partei-statut, Parteienförderung, Bildungseinrichtung, etc.	Europäische Grünpartei als Vorreiter einer Europäisierung der Politik;	Die Europäischen Grünen sind ein Vorreiter der Europäisierung.	Europartei
		Das ist eine sehr wichtige Entwicklung, dass sich Europa nicht nur zwischen Staaten abspielt, sondern auch eine Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit geschaffen wird. Die Krise wird zu einer weiteren Europäisierung führen. Solche Entscheidungen müssen auch nach unten übersetzbar sein.	Europäische Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit wichtig für legitime Entscheidungen;	Eine europäischer Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit ist wichtig. In einer intergouvernementalen EU könnte keine als legitim betrachteten Entscheidungen hervorbringen.	Betrachtung
2	1128-1135	JR sieht auch bei der Grünpartei noch viel Arbeit. Die Organisation ist schwierig, weil sie - im Gegensatz zur EP-Fraktion - wenig Ressourcen zur Verfügung hat.	Ressourcenknappheit der Grünpartei ggb. Fraktion;	Die Ressourcenknappheit bei der Europäischen Grünpartei erschwert die Organisation.	Europartei
2	1135-1146	Wichtig ist den Grünen auch die EP-Wahlen zu europäisieren. Dem Vorschlag der Grünen im EP, 25 MEPs über transnationale Listen zu wählen, haben auch andere Fraktion zugestimmt. Dann wäre es möglich gemeinsam mit anderen Parteien Schwerpunkte durchzuführen.	Europäisierung der EP-Wahl;	Die Europäisierung von EP-Wahlen ist zentral. Die Grünen streben eine gemeinsame Schwerpunktsetzung über transnationale MEPs an.	Europartei; Betrachtung;

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

2	1153-1161	Der Vorschlag 25 zusätzliche MEPs zu wählen sieht JR nur als ersten Schritt und folgt einem pragmatischen Hintergrund, um die Zustimmung der Mitgliedsländer - nämlich dem zähen Ringen um jeden einzelnen Sitz bei der letzten Vertragsänderung.	Transnationale MEPs bei EP-Wahlen;	25 zusätzliche transnationale MEPs sind ein pragmatischer Schritt hin zu europäischen EP-Wahlen.	Betrachtung;
2	1161-1183	Mit 25 transnationalen MEPs könnten interessante Persönlichkeiten auch in Österreich antreten, die mit einer Idee führend in Europa sind. Für die Grünen z.B. Cohn-Bendit, für die Liberalen Verhofstadt. Das wäre ein erster wichtiger Schritt zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit. Das EP wird bei den entscheidenden Fragen immer wichtiger und muss zu einer ebenbürtigen zweiten Kammer werden.	Transnationale MEPs für europäische Öffentlichkeit;	Transnationale MEPs helfen bei der Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit.	Betrachtung
2	1189-12107	JR stimmt grundsätzlich der Veröffentlichung des Interviews und der Nennung des Namens zu. Die Letztentscheidung trifft er allerdings nach Durchsicht des Transkriptes.			Formalitäten
3	1-26	Dr. Bernhard Tomaschitz (Interviewperson 3) ist mit der Aufzeichnung des Interviews einverstanden, wünscht eine Kopie des Transkriptes zugesandt zu bekommen und stimmt der Nennung seines Namens in der Diplomarbeit zu. Er hat sonst keine Fragen zu den Formalitäten des Interviews.			Formalitäten
3	31-60	BT ist seit sieben Jahren parlamentarischer Mitarbeiter bei MEP Andreas Mölzer (AM) und ist seine rechte Hand in Wien. AM hat er bei der Wochenzeitung "Zur Zeit" kennengelernt, wo er einige Monate vorher nebenbei zu arbeiten begonnen hatte. Die Mitarbeit bei AM hat sich so ergeben. BT ist FPÖ-Mitglied. An europapolitischen Themen war BT immer schon interessiert. Er hat selbst keine parteipolitischen Ambitionen. Er sieht sich eher als Beobachter im Hintergrund.		BT ist als Interviewpartner aufgrund seiner EU-Tätigkeit geeignet.	Formalitäten

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

3	66-78	Der Aufgabenbereich von BT liegt bei der Pressearbeit für AM (tägliche Presseausendung), Recherchetätigkeit für Plenarsitzungen und Vorträge. Welche Themen die Arbeit bestimmen, hängt von der aktuellen Situation ab. Das sind etwa der Türkeibeitritt, momentan ist es die Eurokrise, die gemeinsam mit dem zeitlichen Ablauf das Thema Verfassungsvertrag, das vor ein paar Jahren sehr aktuell war, in den Hintergrund rückte.	Abhängigkeit durch Themenkonjunktur (äußere Einflüsse);	Die Themenkonjunktur durch äußere Einflüsse bestimmt die Arbeit eines parlamentarischen Mitarbeiters.	Themengestaltung; Betrachtung;
3	93-104	AM ist einer der bestimmenden Personen der Freiheitlichen Europapolitik. Er hat sich nämlich schon vor seiner Zeit als MEP immer schon Gedanken zu europapolitischen Fragen gemacht.	Mölzer als Hauptakteur;	AM ist der Hauptakteur der FPÖ in Sachen Europapolitik.	Meinungsbildungsprozess
		Er ist auch von den beiden MEPs der FPÖ der länger "dienende" und thematisiert aufgrund seiner Arbeitsschwerpunkte die großen Fragen (Türkei, Lissabon, Eurokrise). Franz Obermayer deckt die Regionalpolitik ab.	Persönliche Schwerpunkte der MEPs;	Die Erfahrung und die Schwerpunkte bestimmen die "Zuständigkeit" für bestimmte Themen bei der FPÖ.	persönlicher Einfluss; Parteistruktur;
3	109-112	Die Aufgaben zwischen den MEPs werden nicht von der Partei vollzogen, sondern ergeben sich aus den persönlichen Schwerpunkten und Hintergründen der MEPs. Franz Obermayer hat sich als Oberösterreicher immer schon mehr für Regionalförderungen, etc. interessiert.	Aufgabenteilung ergibt sich aus persönlichen Schwerpunkte;	Die Freiheitliche Partei bestimmt nicht die Aufgabenverteilung zwischen den MEPs (persönliche Schwerpunkte und Hintergründe).	Parteistruktur
3	116-123	Weitere wichtige Stellen in der Partei für die Gestaltung der Freiheitlichen Europapolitik sind das Generalsekretariat, der Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache (HCS) und interne Arbeitskreise, z.B. der "Außen- und europapolitischer Arbeitskreis". Darin sind verschiedenen Nationalratsabgeordnete und Experten enthalten und es werden bestimmten Themen diskutiert. BT war auch schon öfters dabei.	Generalsekretariat; Bundesparteiobmann; europapolitischer Arbeitskreis;	Die Europapolitik der FPÖ bestimmen neben den MEPs wesentlich das Generalsekretariat, der Bundesparteiobmann und der interne Arbeitskreis mit.	Parteistruktur

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

3	129-138	Als MEP und als parlamentarischer Mitarbeiter hat man eine Funktion im Meinungsbildungsprozess der Partei. Zum einen spielen die Pressearbeit eine Rolle. Neben den (fast) täglichen Presseaussendungen erstellt BT vor Pressekonferenzen (meist von AM und HCS gemeinsam abgehalten) fünf- bis sechssteige Papiere (Argumentarien), die die wichtigsten Punkte und Forderungen in prägnanten Stichworten zusammengefasst werden. Zum anderen werden solche Argumentarien auch vor den Arbeitskreisen erstellt, in dessen Arbeit diese auch einfließen.	Meinungsbildungsprozess durch AM/BT mitbestimmt;	Als Mitarbeiter eines/ und MEP bestimmt man wesentlich den Meinungsbildungsprozess der Partei mit (Pressarbeit, Argumentationspapiere, Arbeitskreis)	Meinungsbildungsprozess
3	140-148	AM persönlicher Arbeitsschwerpunkt fließt wesentlich in die Parteipolitik ein.	Persönlicher Arbeitsschwerpunkt beeinflusst Parteipolitik;	Der Arbeitsschwerpunkt von AM fließt in die Parteipolitik mit ein.	Meinungsbildungsprozess
3	161-170	Innerhalb der Partei steht die Arbeit (in) der "Europaabteilung" von der Wertigkeit in der Mitte. Die Positionen, Meinungen und Ansichten der MEPs decken sich mit denen der Bundes- und Landesparteien. Deshalb werden die MEPs nicht als etwas "die da in Brüssel" betrachtet.	Inhaltliche Übereinstimmung bei Euroarbeit; Wertigkeit;	Innerhalb der FPÖ wird die Euroarbeit als integrativer Bestandteil der Partei gesehen - aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung.	Verhältnis der Ebenen; Betrachtung;
3	175-186	Johannes Hübner, der außen- und europapolitischen Sprecher des Freiheitlichen-Klubs, ist bei den Arbeitskreisen immer dabei, kümmert sich aber eher um die Außenpolitik. Das könnte laut BT damit zusammenhängen, dass er einen zeitaufwendigen Zivilberuf hat. Prinzipiell hat es sich so abgespielt, dass sich Hübner um die Außenpolitik und AM um die Europapolitik kümmert.	Persönlicher Hintergrund für Arbeitsaufteilung;	Der Europa- und Außenpolitiksprecher der FPÖ ist für die Außenpolitik zuständig (AM = Europa). Für diese Aufteilung spielt der persönliche Hintergrund eine Rolle.	Parteistruktur
		Prinzipiell ist der Arbeitskreis für die Europapolitik der FPÖ wichtig.	Arbeitskreis als wichtiger Akteur;	Der Arbeitskreis für Europapolitik ist die zentrale Stelle für die Formulierung der Freiheitlichen Europapolitik.	Parteistruktur

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

3	192-208	Der Bundesparteiobmann HCS ist für die Europapolitik der FPÖ wichtig. Er vertritt die Partei nach außen, beschäftigt sich bei Kampagnen und Pressekonferenzen immer wieder mit europäischen Themen.	BPO als wichtiger Akteur;	Der BPO ist ein wichtiger Akteur der Freiheitlichen Europapolitik.	persönlicher Einfluss; Meinungsbildungsprozess;
		Gerade bei der jetzigen Eurokrise hat HCS und sein Team ein gewichtiges Wort mizureden.	Hoher Einfluss des BPO in Eurokrise;	Je nach Thema varriert der Einfluss des BPO auf die Europapolitik der FPÖ.	persönlicher Einfluss
		Als Spitzenkandidat und BPO ist die vorherrschende Übereinstimmung zwischen den MEPs und HCS wichtig. Sonst wäre das ein gefundenes Fressen für die politischen Gegner. Es gibt keine Differenzen zwischen HCS und AM.	Inhaltliche Übereinstimmung;	In der FPÖ ist die inhaltliche Übereinstimmung zwischen BPO und AM aus Wettbewerbsgründen wichtig.	Verhältnis der Ebenen
		Die meisten inhaltlichen Inputs kommen von AM. Er setzt sich nur mit Europapolitik auseinander, HCS auch mit wirtschaftspolitischen, gesundheitspolitischen, usw.	AM gibt Inputs als MEP;	Aufgrund seiner EU-Spezialisierung kommen die meisten inhaltlichen Inputs bei der Europapolitik von MEP AM.	persönlicher Einfluss; Meinungsbildungsprozess;
3	210-219	Die Einigkeit bei der europapolitischen Linie erleichtert die Arbeit für BT. Er muss keine Rücksicht auf innerparteiliche Sonderwünsche oder Befindlichkeit nehmen.	Inhaltliche Übereinstimmung;	Inhaltliche Übereinstimmung bei der Europalinie erleichtert die Arbeit bei einem MEP/auf europäischer Ebene.	Verhältnis der Ebenen
3	221-260	Partei- und Wahlprogramme spielen in der täglichen Arbeit von BT keine Rolle. Die Programme entstehen aus der täglichen Arbeit (über die Arbeitskreise). Sie zielen eher auf eine Außenwirkung hin. Inhaltlich gesehen sind die Punkte in den Programmen somit ohnehin klar und spielen eine Rolle. Im Parteiprogramm nachgeschaut wird nicht.	Geringer Einfluss von Parteiprogrammen;	Parteiprogramme spielen in der europapolitischen Arbeit keine Rolle, sondern zielen eher auf die Außenwirkung. Die Inhalte entstammen ohnehin der täglichen Arbeit.	Parteistruktur
3	268-272	In einer größeren Partei wäre die Arbeit schwieriger, seine Inhalte zu transportieren. Ein Vorteil in der FPÖ ist die inhaltliche Deckung zwischen Wien und Brüssel.	Parteigröße; Inhaltliche Übereinstimmung;	Parteiintern erleichtert die kleine Größe der Partei, Inhalte zu transportieren (-> mit einer Stimme sprechen).	Parteistruktur

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

3	280-293	Das Verfolgen von Zielen und Vorhaben ist auf nationaler Ebene einfacher (Vorarbeiten, Presseaussendungen, usw.) als auf europäischer. Die beiden Freiheitlichen MEPs sind im EP fraktionslos.	Fraktionsloser Status; Konzentration auf nationale Ebene;	Aufgrund des fraktionslosen Status der Freiheitlichen MEPs ist die Arbeit auf europäischer Ebene schwieriger als auf nationaler.	Europartei; EU-Politik allgemein;
		Es gibt gute Kontakte zu anderen fraktionslosen Parteien (Vlaams Belang, Front National, Attacca) und auch zu Gruppierungen in der Fraktion "Europa für Freiheit und Demokratie" (Dänische Volkspartei, Lega Nord, Laikos).	Kooperation mit anderen Fraktionslosen;	Mit der Zusammenarbeit mit anderen fraktionslosen Parteien versucht die FPÖ die Fraktionslosigkeit zu kompensieren.	Europartei
		Dennoch ist es schwierig, weil selbst diese Fraktion nur 40-50 Abgeordnete hat. Die großen Fraktionen (Sozialdemokraten, Volkspartei, Liberale) bestimmen alles.	Große Fraktionen bestimmen;	Die Fraktionsgröße im EP entscheidet maßgeblich über den Einfluss auf die Arbeit.	Europartei
3	293-308	Voriges Jahr wurde auf Initiative von AM ein Antrag bei Rat und Kommission zum Abbruch der Türkei-Verhandlungen eingebracht. Das wurde auch von MEPs der Jobik und der Lega Nord unterzeichnet. Man sucht sich innerhalb des EP einzelne nationale Parteien als Verbündete.	Kooperationen mit einzelnen nationalen Parteien; Anträge im EP;	Innerhalb des EP gibt es Kooperationen mit einzelnen nationalen Parteien zu bestimmten Themen (z.B.: Türkei Antrag).	EU-Politik allgemein
3	313-315	Die Fraktionszugehörigkeit bringt Vorteile mit sich: finanzielle und personelle Ressourcen sowie Redezeiten. Also fraktionsloser MEP hat man einen Nachteil.	Vorteile des Fraktionsstatus;	Fraktionslose MEPs sind finanziell, personell und bei den Redezeiten benachteiligt.	Europartei
3	318-329	Die Gründung der Identitätsfraktion (nach dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens) war ein Versuch diese Nachteile auszubessern.	Fraktionsgründung Identitätsfraktion;	Die Gründung der Identitätsfraktion war ein Versuch, die Nachteile der Fraktionslosigkeit zu kompensieren.	Europartei
3	334-361	Mit der neu gegründeten Europapartei "Allianz für die Freiheit in Europa" (EAF) trägt man der Erkenntnis Rechnung, dass man sich die FPÖ auf Europaebene nicht in ein "Schneckenhaus" zurückziehen kann. Man braucht Partner und Verbündete.	EAF-Gründung für Kooperation;	Mit der Gründung der EAF wird der Notwendigkeit der Kooperation mit Partnern und Verbündeten auf europäischer Ebene Rechnung getragen.	Europartei

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Nach dem Scheitern des Beitrittes zur EDF-Fraktion versucht man mit der EAF auf die Zeit nach den Europawahlen 2014 vorzuarbeiten. Die Fraktionsbildung wird aufgrund der formellen Erfordernisse nicht einfach. Im Mittelpunkt stehen daher die Europawahlen.	Gescheiterer Beitritt zur EDF-Fraktion;	Durch den gescheiterten Beitritt zur EDF-Fraktion rückt für die FPÖ mit der EAF der EP-Wahlkampf in den Mittelpunkt (JK: weniger inhaltliche Arbeit im EP).	Europartei; EU-Politik allgemein;
3	363-399	Auf nationaler Ebene wird mittels Pressearbeit versucht Öffentlichkeit herzustellen. Auf europäischer Ebene gibt es diesen Versuch mit der EAF noch nicht.	Öffentlichkeit auf nationaler Ebene;	Auf nationaler Ebene versucht die FPÖ Öffentlichkeit herzustellen (hauptsächlich mit Pressearbeit).	Themengestaltung
		Allerdings gibt es Überlegungen eine Petition zum Thema Türkei-Beitritt im Jahr 2012 oder 2013 zu starten, um vor der nächsten Europawahl eine entsprechende Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzielen.	Petition zum Thema Türkei als öffentlichkeitswirksam;	Zur Herstellung einer Öffentlichkeit auf europäischer Ebene wird eine Petition zum Thema Türkei überlegt.	Themengestaltung
3	402-414	Forderungen und Ziele werden auf beiden Ebenen verfolgt. Man versucht auf beiden Ebenen aktiv zu sein und beobachtet, wie sich die Dinge entwickeln.	Beobachtung von Entwicklungen und Verfolgung auf beiden Ebenen;	Entwicklungen werden von der FPÖ auf beiden Ebenen beobachtet werden. Ziele werden auf beiden Ebenen verfolgt.	Themengestaltung; EU-Politik allgemein;
3	419-430	Eine umfassende Planung, was auf welcher Ebene verfolgt wird, gibt es nicht und wird aufgrund der äußeren Einflüsse als nicht sinnvoll erachtet. Die Türkeifrage wurde z.B. durch die Eurokrise vollkommen in den Hintergrund gedrängt.	Keine umfassende Strategie; Themen von äußeren Einflüssen abhängig;	Aufgrund der Abhängigkeit von äußeren Einflüssen bei Themen wird eine umfassende Strategie als nicht sinnvoll erachtet.	Betrachtung
3	432-448	Durch die zypriotische Ratspräsidentschaft wird das Thema Türkei sicherlich wieder thematisiert werden.	Zypriotischer Ratsvorsitz und Türkei;	Die zypriotische Ratspräsidentschaft wird das Thema Türkei beleben (äußere Einflüsse).	Themengestaltung
3	453-464	Innenpolitischer Erfolg ist für die Arbeit auf EU-Ebene wichtig. Eine im Heimatland stark verankerte Gruppierung wird - sowohl innerhalb der eigenen Fraktion als auch darüber hinaus - als nicht obskurant wahrgenommen.	Einfluss und Wahrnehmung durch innenpolitischen Erfolg;	Innenpolitischer Erfolg ist für die Arbeit der FPÖ auf EU-Ebene wegen seinem Einfluss auf die Wahrnehmung der Partei bei anderen Parteien sehr wichtig.	Regierung/Opposition;
3	474-489	Das Innenhaben von Exekutivämtern hat für die Themendurchsetzung und Themensetzung keine Vorteile.	Keine Vorteile durch Exekutivämter;	BT sieht durch Exekutivämter keine Vorteile für die Themensetzung und Durchsetzung.	Regierung/Opposition

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Man kann jedoch damit die Ausgrenzung - die gegenseitige Ausgrenzung der Ausgegrenzten - aufbrechen. Mit Exekutivämtern auf regionaler oder (vor allem) auf nationaler Ebene wird zum Ausdruck gebracht, dass die Partei im Heimatland geachtet und respektiert wird.	Öffentliche Legitimation durch Regierungsbeteiligung;	Eine Regierungsbeteiligung trägt zur öffentlichen Legitimation der Partei bei (Ausgrenzung ggb. der FPÖ).	Regierung/Opposition
3	497-503	Aufgrund der Erfahrungen im EU-Unterausschuss versucht man gar nicht, die Position der Regierung zu beeinflussen. Die sagen da das eine und machen dort etwas anderes. Da gibt man sich keiner Illusion hin, dass sich da die Europapolitik Österreichs ändert, solange es eine rot-schwarze Koalition gibt.	Kein Versuch über EU-Ausschuss Regierungsposition zu beeinflussen;	Durch Erfahrungen im EU-Unterausschuss versucht die FPÖ nicht mehr die Regierungsposition zu beeinflussen.	EU-Politik allgemein
3	513-524	Die Versprechen von Rot und Schwarz, im Falle eines Türkeibeitritts das Volk entscheiden zu lassen, sieht BT als Beruhigungsspiel. Im Ernstfall wird das kleine Österreich einen Beitritt nicht verhindern können - weder durch bindenden Stellungnahmen, etc., noch durch öffentlichen Druck und auch nicht durch die Abstimmung.	Türkeireferendum;	Weder durch das versprochene Referendum, noch durch öffentlichen Druck oder bindenden Stellungnahmen wird der Türkeibeitrag im Ernstfall verhinderbar sein.	Themengestaltung; Betrachtung;
3	526-548	Nationalratswahlen hält BT für wichtiger als Europawahlen. Eine starke Vertretung in Österreich verhilft zu mehr Medienöffentlichkeit und es wird für nicht wohlgesinnte Medien schwieriger die Freiheitlichen zu ignorieren.	Nationalratswahlen wichtiger als Europawahlen; Öffentlichkeit; Medien;	Aufgrund der Auswirkungen auf Medien und die Öffentlichkeit sind Nationalratswahlen für die FPÖ wichtiger als EP-Wahlen.	Verhältnis der Ebenen; Themengestaltung;
3	554-566	Zur den Landesparteien gibt es sehr wenig Verbindung, höchstens wenn AM bei einer Landtagswahlkampfveranstaltung auftreten soll.	Landesparteien keine Relevanz;	In Europafragen gibt es zu den FP-Landesparteien keine Verbindung.	Meinungsbildungsprozess

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

3	575-615	In Themengestaltung sollte genügend Zeit und Ressourcen fließen, damit man breit aufgestellt ist und flexibel reagieren kann, ohne von gewissen Dingen überrollt wird. Bei Themen wie Lissabon, Türkei oder Euro verwendet man viel Zeit zu brainstormen und das fließt in die Parteilinie von HCS ein.	Interne Themengestaltung;	BT betreibt hauptsächlich interne Themengestaltung zur Beeinflussung der Parteilinie. Vorbeugendes Arbeiten hat Themenflexibilität und -breite zum Ziel, um ggf. auf Entwicklungen reagieren zu können.	Themengestaltung
3	623-648	Auf europäischer Ebene konzentriert man sich (aufgrund der Fraktionslosigkeit) auf den Außenpolitischen Ausschuss.	Außenpolitischer Ausschuss Hauptkonzentration;	Die Konzentration auf EU-Ebene liegt aufgrund der Fraktionslosigkeit am Außenpolitischen Ausschuss.	EU-Politik allgemein
		Dort versucht man durch Berichte, Entschließungs- und Abänderungsanträge Dinge zu entschärfen oder in eine leicht andere Richtung zu bewegen. Im Falle Kosovo gelang es ganz gut, dass man damit die Einseitigkeit zugunsten der Kosov-Albaner des Berichtes entschärfen konnte. Allerdings sind solche Anträge eine Knochenarbeit und haben zu wenig Außenwirkung.	Entschärfen durch Anträge im Außenpolitischen Ausschuss;	Im Außenpolitischen Ausschuss wird mittels Abänderungsanträge versucht Dinge zu entschärfen (Reagieren). Diese Bemühungen haben wenig Außenwirkung.	EU-Politik allgemein
3	664-673	Bei der Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen gibt es Schwierigkeiten, dass die Ablehnung gegenüber der FPÖ bei linken Parteien sehr groß ist.	Rezeption der FPÖ erschwert Zusammenarbeit;	Die Ablehnung der FPÖ bei linken Parteien erschwert die Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen. Rezeption der FPÖ beeinflusst die Arbeit im EP).	EU-Politik allgemein
		Bei rechten Parteien gibt es untereinander große Schwierigkeiten (z.B. Ungarn und Slowenien wegen der ungar. Minderheit in der Slowakei). Auch beim Thema Kosovo: Man braucht für einen Antrag 20 Unterstützer. Von den Ländern, die den Kosovo nicht anerkennen sind die nationalen Delegationen entweder aufgesplittet (z.B. Spanien) oder zu klein (Zypern).	Rechtsparteien untereinander zerstritten;	Die Kooperation unter den rechten Parteien wird durch Animositäten untereinander behindert.	Europartei

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

3	682-697	Die Zusammenarbeit der Rechtsparteien wird durch historische Altlasten gehindert (z.B. Ungarn und Rumänien werden wegen Simbürgen nie in einer gemeinsamen Fraktion sitzen; Polens Recht wird wegen er political corectness in Polen und ihrer Deutschfeindlichkeit auch niemals mit der FPÖ zusammenarbeiten). Inhaltlich sind sie beim Großteil der Themen auf einer Linie: Ablehnung des EU-Zentralismus, Türkei, etc.	Historische Altlasten bei Rechtsparteien; Inhaltliche Übereinstimmung;	Die Kooperation unter den rechten Parteien fällt trotz inhaltlicher Übereinstimmung schwer (historische Altlasten).	Europartei
3	702-758	Die Bemühungen zu einer Zusammenarbeit mit der Rechtspartei Polens hat AM im Vorfeld der Gründung der IDS-Fraktion aufgegeben. Generell hat sich die Situation (gegenseitige Animositäten) jedoch gebessert. Im informellen Bereich wird durchaus zusammengearbeitet. Dennoch gibt es im rechten Lager Vertreter, die nicht packtfähig sind. Aber es gibt mit einzelnen Parteien eine gute Zusammenarbeit (Vlaams Belang, Front National, Attacca, Jobbik). Bei der kommenden französischen Präsidentschaftswahl ist es durchaus denkbar, dass die FPÖ die Front National (etwa mit einem gemeinsamen Auftritt von HCS und Marine LePen) unterstützt. Das muss aber vom Front National kommen.	Fortschritte bei Zusammenarbeit der Rechtsparteien; Zusammenarbeit hauptsächlich im informellen Bereich;	Die Zusammenarbeit mit anderen Rechtsparteien bessert sich allmählich, beschränkt sich aber weiterhin auf einzelne Parteien und den informellen Bereich.	Europartei; EU-Politik allgemein;
3		Ein neues politisches Klima, wo vorbereitete Themen vorangetrieben werden, ist weniger nach Europaparlamentswahlen vorzufinden.	EP-Wahlen verändern politisches Klima nicht;	EP-Wahlen können kein bessers politisches Klima zur Themendurchsetzung bringen.	Betrachtung
	765-784	Nationalratswahlen sind da schon wichtiger, wenn auch nicht durch die Zusammensetzung des Nationalrates als durch eine Änderung der Regierungsform oder einer freiheitlichen Beteiligung. Das könnte da größeren Schwung hineinbringen und gewisse Sachen würden weniger angriffig behandelt werden.	Nationalratswahlen;	Nationalratswahlen können - weniger durch die Zusammensetzung als vielmehr durch eine etwaige Regierungsbeteiligung der FPÖ - ein günstigeres politisches Klima schaffen.	Regierung/Opposition

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

3	789-799	Eine Zusammenarbeit mit dem BZÖ gibt es in europapolitischen Fragen nicht - aus historischen Gründen - , auch wenn das BZÖ im Grunde die Europalinie des BZÖs verfolgt.	Keine Kooperation mit dem BZÖ;	Trotz inhaltlicher Übereinstimmung mit dem BZÖ in der Europapolitik gibt es aus historischen Gründen keine Zusammenarbeit.	Sonstiges
3		Eine allgemeine "Systemanalyse" (wo kann man was am besten erreichen) gibt es nicht.	Keine Systemanalyse;	Die FPÖ stellt keine Analyse der verschiedenen Ebene zur Erreichung von Vorhaben an.	EU-Politik allgemein
	807-818	Man schaut schon, was möglich ist, was man erreicht hat und mit wem man gut zusammengearbeitet hat, denn auf der Europaebene läuft viel über persönliche Kontakte ab. Scheidet der oder die aus dem EP aus, kann es sein, dass man mit dem Nachfolger nicht mehr gut zusammengearbeitet.	Gute Zusammenarbeit mit einzelnen Personen im EP;	BT/FPÖ führen eine "Evaluation" des Erreichten und der Zusammenarbeit mit anderen Personen durch.	EU-Politik allgemein
3	824-845	Der Hauptvorteil einer Europapartei ist die Bündelung der Kräfte.	Bündelung der Kräfte in Europartei;	Aus Sicht der FPÖ hat eine Europapartei den Vorteil, Kräfte zu bündeln.	Europartei
		Langfristig sind die Weichen auf Europapartei gestellt, auch wenn die großen Blöcke (Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberale) versuchen, den kleinen, europakritischen und rechtsstehenden Parteien versuchen, das Leben so schwer wie möglich zu machen. Vor ein paar Jahren wurden z.B. die Mindestkriterien für die Fraktionsbildung nach oben gesetzt.	Langfristig Europartei; Große Fraktionen erschweren Parteienbildung;	Auf lange Sicht wird sich eine Europartei herausbilden. Die großen Blöcke versuchen den Zusammenschluss der rechten, europakritischen Parteien erschweren.	Europartei
3	850-854	BT ist nicht die Verbindungsstelle der FPÖ zur europäischen Partei. AM und sein Mitarbeiter in Brüssel, Mag. Holzfeind, sind das.	Konzentration (BT) auf nationale Arena;		Formalitäten
3	860-873	Die Selbstständigkeit der Mitgliedsparteien in der EAF geht einerseits darauf zurück, dass die Partei erst am Anfang steht. Andererseits (und viel wichtiger) fließen die Forderungen weniger Zentralismus, stärkerer Föderalismus, Subsidiarität, usw. in die Strukturen und Arbeit der EAF ein. Sonst wäre das ein Widerspruch in sich.	Autonomie der Mitgliedsparteien in EAF;	Die Autonomie der EAF-Mitgliedsparteien basiert auf den eigenen Prinzipien, die zum Zusammenschluss geführt haben (Föderalismus, Subsidiarität, usw.).	Europartei

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

3	881-883	Die Freiheitlichen befürchten, dass die Krise zum Anlass genommen wird, die Budget- und Finanzhoheit zumindest der Euroländer auf die EU-Ebene zu übertragen.	Übertragung der Budgethoheit in der Krise;	Die Krise als Ausnahmesituation könnte zur Übertragung von wesentlichen Kompetenzen auf EU-Ebene führen.	Sonstiges
3	887-901	BT glaubt, dass die Verlagerung der Finanzhoheit der Euroländer am ehesten über ein sog. Finanzschengen, also bilaterale Verträge, wie es Merkel und Sarkozy vorgeschlagen haben, auf die EU-Ebene übertragen werden. Einem neuen EU-Vertrag würde das ganze Ratifizierungsverfahren vorangehen, inklusive Volksabstimmungen. Österreich wird da wahrscheinlich nicht dagegen sein, wenn man sich die Bundesregierung ansieht.	Finanzschengen;	Die Übertragung von Kompetenzen könnte durch bilaterale Verträge das eigentliche Vertragsveränderungsverfahren auslassen.	Sonstiges
3	903-913	Durch einen bilateralen Vertrag könnte auch das nationale Parlament keinen Subsidiaritätsvorbehalt einlegen. BT befürchtet, dass von Österreich wenig entgegengesetzt wird, wenn das in der Zeit einer Rot-Schwarzen Regierung geschieht.	Keinen Subsidiaritätsvorbehalt bei bilateralen Verträgen; Keine Blockade Österreichs;	Ein bilateralen Vertrag würde den nationalen Parlamenten die Möglichkeit des Subsidiaritätsvorbehaltes und der FPÖ jede Eingriffsmöglichkeit nehmen.	Sonstiges
3	918-924	In der Öffentlichkeit herrscht eine große Sensibilität dafür. Geld ist etwas, das den Menschen sehr nahe geht. Die FPÖ kann sich als EU-kritische Partei, die immer schon gegen den Euro war, profilieren.	Profilierung der FPÖ durch Eurokrise;	Aufgrund der öffentlichen Sensibilität für Geld/Währung, kann sich die FPÖ in der Eurokrise profilieren.	Themengestaltung
3	932-938	Die EP-Wahlen 2014 werden parteiintern erst 2012 oder 2013 ein Thema werden. Die Nationalratswahlen 2013 sind sicherlich wichtiger, wenn es darum geht, Veränderungen herbeizuführen. Ob aber die Koalition solange hält, ist offen. Das einzige, was die Parteien noch aneinanderkettet, ist der zu erwartende Wahlerfolg der FPÖ.	Nationalratswahlen sind wichtiger; FPÖ-Erfolg hält Koalition zusammen;	Nationalratswahlen können eher Veränderungen herbeiführen als EP-Wahlen.	Betrachtung
3	943-944	Der zu erwartende Grund ist nicht der einzige Grund, warum die Koalition bis 2013 halten könnte, aber sicherlich mit ein Grund.	FPÖ-Erfolg mit ein Grund für Halt der Koalition;	Der zu erwartende Wahlerfolg der FPÖ ist mit ein Grund, warum die Koalition bis 2013 halten könnte.	Sonstiges

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

3	946-960	BT hat keine Fragen mehr und möchte nichts mehr anfügen.			Formalitäten
4	1-55	Reinhold Lopatka (RL, IP4) ist mit der Aufzeichnung des Interviews einverstanden. Er wünscht, eine Kopie des Transkriptes per E-Mail zugeschickt zu bekommen. Er stimmt der Nennung seines Namens in der Diplomarbeit zu. Ansonsten hat er keine Fragen zu den Formalitäten.			Formalitäten
4	65-70	Europa ist das Schicksal von uns allen - im Positiven und im Negativen. Die EU hat deswegen ganz besondere Bedeutung für Österreich und für die ÖVP.	Europa ist Schicksal für Österreich und ÖVP.	Europa hat für die ÖVP ganz besondere Bedeutung.	Betrachtung
		RL kommt gerade von einer Tagung der EPP. Die ÖVP ist Teil davon und war von Anfang an eine europafreundliche Partei.	Europäische Volkspartei	Ausdruck der Wichtigkeit der EU für die ÖVP ist die Arbeit in der EPP von Beginn an.	Europartei; Betrachtung;
4	75-77	Die europäische Dimension spielt in der täglichen Arbeit (in jeder Nationalrats-, Sonder- und Regierungssitzung) eine Rolle. Ganz besonders zur Zeit die Bewältigung der Finanzkrise. Sie kann nur europäisch gelöst werden.	Die EU als bestimmende Dimension.	Die europäische Dimension spielt überall in der täglichen Arbeit eine Rolle, besonders zur derzeitigen Krisenzeit.	Betrachtung
4	83-86	Die Arbeit des Nationalratsklubs (RL ist Europasprecher im Klub) ist direkt in die Europapolitik der Partei eingebunden. Die ÖVP ist in Fachausschüssen organisierte und im zuständigen Fachausschuss sind mehrere Nationalratsabgeordnete vertreten.	Nationalratsklub und Europapolitik der ÖVP;	Der Nationalratsklub ist in die Europapolitik der ÖVP über den zuständigen Fachausschuss eingebunden.	Meinungsbildungsprozess
4	94-101	Der Klub ist direkt eingebunden, wenn es darum geht eine Europalinie zu finden. RL erstellt gemeinsam mit dem Ausschuss gerade ein Positionspapier "Europa auf neuen Kurs setzen"	Nationalratsklub und ÖVP-Europalinie; Positionspapier;	Die Nationalratsabgeordneten gestalten über Positionspapiere die Arbeit im zuständigen Ausschuss und somit die Europalinie der ÖVP mit.	Meinungsbildungsprozess
4	107-116	Die europapolitischen Akteure innerhalb der ÖVP besitzen Einfluss.	Einfluss der europapolitischen Akteure in ÖVP;	Die europapolitischen Akteure besitzen Einfluss innerhalb der ÖVP.	Verhältnis der Ebenen; Parteistruktur;

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		Ob sie Reputation genießen, hängt von der Leistung des Einzelnen ab.	Reputation durch persönliche Leistung;	Die Reputation der europapolitischen Akteure hängt von ihren persönlichen Leistungen ab.	persönlicher Einfluss
		Die Funktion (was man gerade ausübt) spielt weniger eine Rolle.	Funktion und Reputation;	Die Funktion selbst spielt keine Rolle für die Reputation innerhalb der ÖVP.	persönlicher Einfluss; Parteistruktur;
		Wichtig ist, dass man im zuständigen Ausschuss vertreten ist. Je stärker man sich dort engagiert, desto mehr wird man bemerkt.	Fachausschuss als zentrale Stelle der ÖVP-Europaposition	Der zuständige Fachausschuss ist die zentrale Stelle für die Europapolitik der ÖVP.	Parteistruktur; Meinungsbildungsprozess;
4	122-128	Das persönliche Engagement (im Europaausschuss) ist ausschlaggebend für den Einfluss und das Ansehen innerhalb der Partei. Die formale Funktion ist nur ein Teil, legt aber die Ressourcen fest, die durch persönliches Engagement nicht veränderbar sind.	Ressourcen und formale Funktion	Die formale Funktion in der Partei bestimmt die zur Verfügung stehenden Ressourcen.	Parteistruktur
4	134-139	Im zuständigen Fachausschuss wird allgemein die EU-Position der ÖVP erstellt. Da sind MEPs, Nationalratsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Interessensvertreter und auch Regierungsmitglieder drinnen. Jeder versucht in seinem Bereich diese Grundsätze umzusetzen.	Erstellung der Position im EU-Fachausschuss; persönliche Umsetzung;	Die im Ausschuss erarbeitete EU-Position wird von den einzelnen Vertretern in ihrem Bereich umzusetzen versucht.	EU-Politik allgemein
4	139-149	Die Ressourcen (persönliche Mitarbeiter) hängen nicht von den persönlichen Leistungen ab. Jeder Nationalratsabgeordnete hat einen Mitarbeiter. RL kann auch auf die Mitarbeiter des Klubs zurückgreifen, wo sich drei nur mit Europafragen beschäftigen. Das hält er aufgrund der Möglichkeiten des Internets für ausreichend.	Ressourcen durch formale Funktion, weniger durch persönliche Leistung;	Die zur Verfügung stehenden Ressourcen hängen nicht von der persönlichen Leistung, sondern von der formalen Funktion (RL: parlam. Mitarbeiter + Klubstaff).	Parteistruktur

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

4	155-156	Der Bundesparteiobmann ist für die Europapolitik insofern wichtig, weil er die Richtung vorgibt.	Bundesparteiobmann als zentrale Stelle;	Der Bundesparteiobmann gibt die Richtung der Europapolitik in der ÖVP vor.	persönlicher Einfluss; Meinungsbildungsprozess;
4	161-174	Alle Bundesparteiobmänner waren proeuropäisch. Der persönliche Hintergrund spielt weniger eine Rolle, weil ohnehin in allen Bereichen die EU wichtig ist (z.B. Landwirtschaft)	Pro-Europäische Grundausrichtung der ÖVP-Obmänner;	Gleichsam ihres Hintergrundes waren sämtliche Bundesparteiobmänner der ÖVP proeuropäisch eingestellt.	Sonstiges
4	181-195	Der Bünde hintergrund spielt in Europafragen keine Rolle. Sich widersprechende Interessen und Vorgehensweisen gibt es in Europafragen nicht. Sonst schon.	Bünde hintergrund keine Rolle in Europafragen	Der Bünde hintergrund spielt generell schon, in Europafragen aber keine Rolle.	Parteistruktur
		Sämtliche Teilorganisationen sind in transnationale Organisationen eingebunden und dort sehr aktiv.	Teilorganisationen und transnationales Engagement;	Die Teilorganisationen der ÖVP sind aktiv in den transnationalen Verbänden eingebunden.	Europartei
4	199-211	Die besondere Stellung von Europafragen (keine Divergenzen zwischen den Bünden) führt RL auf die österreichischen, gemeinsamen Interessen im Vordergrund zurück. Das ist auch innerhalb der Koalition so. Faymann und Spindelegger sind eng abgestimmt.	Besondere Stellung von Europafragen;	Aufgrund des Voranstellens österreichischer Interessen gibt es weder zwischen den Bünden innerhalb der ÖVP noch zwischen den Koalitionsparteien in der Regierung Divergenzen.	EU-Politik allgemein
4	219-222	Für die Koordination in der Europapolitik ist der Internationale Sekretär der ÖVP und das Büro des Bundesparteiobmannes wichtig. Dort werden die jeweiligen Aufgaben und Aufträge verteilt.	Parteiobmann und Internationaler Sekretär als Koordinationsstellen;	Die zentrale Stellen für die Koordination der ÖVP-Europapolitik sind der Internationale Sekretär und das Büro des BPO.	Parteistruktur
4	226-231	In der Koordinationssitzung werden sich Gedanken gemacht, wer was macht.	Koordinations-sitzung;	Die ÖVP verteilt die Aufgaben in der Koordinationssitzung.	EU-Politik allgemein
4	241-245	Äußerungen wider der Parteilinie von MEPs müssen aufgrund ihrer Schwere beurteilt werden. Prinzipiell herrscht freie Meinungsäußerung. Etwaige Konsequenzen sind Sache des Generalsekretärs und des Parteiobmannes.	MEP-Kontrolle und Disziplinierung;	Etwaige MEP-Äußerungen können je nach Schwere Konsequenzen vom Generalsekretär oder BPO nach sich ziehen.	Verhältnis der Ebenen

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

4	249-250	Die Europapolitik ist zwischen dem Bundesparteiohmann und den MEPs eng abgestimmt. Sie sind jede Woche bei der Ministerratsvorbesprechung dabei.	MEP-Einbindung durch Ministerratsvorbesprechung;	MEPs sind in die Europapolitik über die Ministerratsvorbesprechung eingebunden (Überprüfung!?).	Parteistruktur; Meinungsbildungsprozess;
4	256-281	Die kürzlich geäußerte öffentlich Kritik von MEP Karas an Spindelegger bezüglich der EU-Budgetverhandlungen sieht RL als ein Ritual, wo Interessensvertreter aufeinander treffen. Die MEPs wollen klarerweise mehr Geld, die Finanzministerin wollen weniger Geld nach Brüssel schicken. Die öffentlichen Forderungen sind nichts Dramatisches, sondern Teil davon. Auch wenn die MEPs wöchentlich eingebunden sind, weiß man, dass man unterschiedliche Positionen zu vertreten hat und da gibt es dann kein Sprechverbot. Im Großen und Ganzen ist die EU-Linie abgestimmt.	Unterschiedliche Interessen von ÖVP-Vertretern je nach Funktion/Position;	Unterschiedliche Interessen aufgrund unterschiedlicher Positionen werden in der ÖVP mitkalkuliert, ändern jedoch nichts an der Grundlinie der Partei.	Verhältnis der Ebenen
4	287-313	Wie man Themen verfolgt und wer sich damit beschäftigt wird individuell entschieden. Hat ein Themahochkonjunktur (z.B.: Atomkraft, Finanzkrise), dann sind alle damit beschäftigt, wenn nicht, dann nur ganz bestimmte Stellen (Landtagsabgeordneter mit einem Wahlkreis, der nahe eines grenznahen Atomkraftwerkes ist, usw.). Von der Bedeutung her verändern sich die Themen nicht - sie sind immer gleich bedeutend -, ihre "Behandlung" [JK] ist situationsabhängig.	Individuelle Behandlung von Themen; Themenkonjunktur von außen bestimmt;	Die Behandlung von Themen ist situationsabhängig und von äußeren Einflüssen bestimmt (Themekonjunktur).	Themengestaltung
4	318-336	Ein Kernthema der ÖVP, dass weniger situationsabhängig ist, ist die Erweiterung. So wurde z.B. Kroatien massiv unterstützt, jetzt steht Serbien im Blickpunkt.	Kernthemen und Situationsabhängigkeit;	Kernthemen sind weniger abhängig von Situationen (Erweiterung).	Themengestaltung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

4	338-356	Ein früheres Kernthema der ÖVP, die europäische Sicherheitspolitik, ist durch die Finanzkrise in den Hintergrund getreten. Jetzt stehen Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen ganz oben - dann kommt lange nichts.	Finanzkrise hat Sicherheit als Kernthema reduziert;	Die aktuelle Krise hat Einfluss auf die Themenwichtigkeit in der ÖVP (Krise, Sicherheitspolitik).	Themengestaltung
4	362	Die wichtigsten Akteure beim Versuch Österreichische Positionen auf europäischer Ebene zu positionieren und durchzubringen sind Kanzler, Außenminister und die Ressortminister.	Regierung als zentraler Akteur;	Die wichtigsten Akteure auf EU-Ebene sind Regierungsmitglieder.	Regierung/Opposition
4	365-376	Die Regierung ist die zentrale Stelle für die Europapolitik Österreichs. Die großen Entscheidungen werden beim Treffen der Regierungschefs getroffen. Darum haben die Nationalratswahlen einen höheren Stellenwert als die Europawahlen.	Regierung als zentraler Akteur; Nationalratswahlen wichtiger;	Die Dominanz des Europäischen Rates macht Nationalratswahlen sehr wichtig für die Europapolitik (höheren Stellenwert als EP-Wahlen).	Themengestaltung
4	381-383	Die Kanzlerschaft innezuhaben bedeutet einen großen Unterschied. Als Juniopartner ist man zwar eingebunden, trägt aber nicht die Erstverantwortung.	Mehr Möglichkeiten durch Kanzlerschaft;	Die Kanzlerschaft eröffnet einer Partei weit mehr Gestaltungsmöglichkeiten (in der Europapolitik).	Regierung/Opposition
4	393-396	Der Bundeskanzler ist trotz der mit dem Koalitionspartner abgestimmten Position nicht gefesselt, sondern hat innerhalb des Vereinbarten noch viele Möglichkeiten zur Akzentuierung von gewissen Bereichen.	Gestaltungsmacht des Kanzlers in EU;	Der Bundeskanzler hat trotz abgestimmter Position durch die Möglichkeit zur Akzentuierungen von Bereichen große Gestaltungsmacht.	Regierung/Opposition; persönlicher Einfluss;
4	402-409	Das Parlament ist in Europafragen viel stärker eingebunden als in allen anderen Fragen. Ständige Sitzungen, wo die Regierung das Parlament informieren muss (Ausschüsse) sorgen dafür, dass es ständig informiert und auf aktuellem Stand ist.	Starke Einbindung des Parlaments in Europafragen;	In Europafragen gibt es eine viel größere Einbindung des Parlamentes als bei anderen Themen.	Verhältnis der Ebenen
4	414-416	Das Parlament hat sich - wie in Deutschland - Zustimmungsrechte erkämpft, weil es erkannt hat, dass Europafragen wichtiger sind als andere.	Einbindung des Parlaments durch Wichtigkeit der EU;	Die größeren Rechte der Parlamente gehen auf die größere Wichtigkeit von Europafragen zurück.	Betrachtung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

4	420-428	In der Öffentlichkeit ist Europa eher von der Angst als von der Sache getrieben. Prinzipiell stehen sie im Schatten von anderen Themen.	Öffentliches Bild von Europa;	Das öffentliche Bild von Europa ist von Angst getrieben und steht im Schatten anderer Themen.	Themengestaltung
4	433-444	RL sieht die geringere Öffentlichkeit von europapolitischen Themen nicht als Grund, warum Parlamente hier mehr Mitbestimmungsrechte haben. Weil es etwas Neues war, wollten sie von Beginn an stärker eingebunden sein.	Starke Einbindung des Parlaments in Europafragen;	Die weitgehenden Rechte des Parlaments gehen auf das neue Auftreten von Europafragen zurück.	Verhältnis der Ebenen
4	451-466	Die Länderebene spielt bei europapolitischen Fragen in der ÖVP keine Rolle. Auf der nationalen Ebene wird die Meinung gebildet.	Länderebene in ÖVP für Europafragen keine Rolle;	Die nationale Ebene ist das Zentrum des Meinungsbildungsprozesses innerhalb der ÖVP (nicht Länderebene).	Meinungsbildungsprozess
4	472-478	Das EP spielt eine untergeordnete Rolle, weil die wirklich großen Entscheidungen auf Ebene der Regierungschefs getroffen werden.	Dominanz des Europäischen Rats ggb. EP;	Die Dominanz des Europäischen Rates bei den großen Entscheidungen, mindert die Rolle des EPs.	EU-Politik allgemein
4	483-484	Auch bei der Themensetzung spielt das EP eine untergeordnete Rolle. Das schaffen auch nationale Parlamente besser als das EP.	Themensetzung im EP und nat. Parl.;	Nationale Parlamente haben mehr Themensetzungsmacht als das EP.	Themengestaltung
4	491-509	Laut RL können große Themen nicht von Österreich gesetzt werden. Österreich konnte keine Themen setzen, außer bei der Erweiterung. Dort hat man sich immer richtig, pro-Erweiterung positioniert. Dort hat man das Tempo vorgegeben, hat Glaubwürdigkeit und kann deswegen als Themensetzer auftreten.	Geringe Themensetzungsmacht Österreichs; äußere Einflüsse; Ausnahme Erweiterung;	Österreich besitzt keine Themensetzungsmacht, außer bei der Erweiterung konnte man als Vorreiter Glaubwürdigkeit aufbauen und somit als Themensetzer auftreten.	Themengestaltung
		Zur Zeit sind das die Märkte, ansonsten kommen internationale Entwicklungen auf Österreich zu, wo Position zu beziehen ist. Beim Thema Atomkraft war es der Tsunami, bei der Finanzkrise Lehman Brothers/ die Ratingagenturen.	Externe Faktoren bestimmen Themenlage;	Externe Faktoren bestimmen die Themenlage. Österreich kann darauf nur reagieren.	Themengestaltung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

4	525-526	Bei der Finanztransaktionssteuer hat Österreich (RL als Finanzstaatssekretär) hat Österreich das Thema mitgestaltet, indem es in den unterschiedlichen Foren immer wieder angesprochen und auf die Umsetzungsphase gedrängt wurde.	Wiederkehrendes Thematisieren zur Themengestaltung;	Durch wiederkehrendes Thematisieren des Themas Finanztransaktionssteuer konnte Österreich das Thema mitgestalten.	Themengestaltung
4	530-531	Bei der Finanzmarktaufsicht war man immer auf der Seite, die eine möglichst strenge Aufsicht forderte.	Strenge Finanzmarktaufsicht;	Bei der Finanzmarktaufsicht nahm Österreich stets eine klare Position ein.	Sonstiges
4	536-540	Die Österreichische Position bei der Finanztransaktionssteuer hat bei den immer schon vorhandenen Ideen von NGOs ihren Ausgang genommen. Es hat die Zustimmung aller fünf österreichischen Parlamentsparteien. Es ist diesbezüglich das einzige Thema, wo das der Fall ist.	Rolle von NGOs bei der Bildung der österreichischen Position;	Österreichische Position werden von NGOs beeinflusst (z.B. Finanztransaktionssteuer).	Themengestaltung
4	542-544	Die Zustimmung aller fünf nationalen Parlamentsparteien zu einem Thema (Finanztransaktionssteuer) erleichtert die Arbeit/ das Verhandeln auf EU-Ebene.	Breite nationale Zustimmung erleichtert Verhandeln auf EU-Ebene;	Konsens auf der nationalen Ebene erleichtert das Verhandeln auf EU-Ebene.	EU-Politik allgemein
4	550-562	Um die eigenen Position durchzubringen, sucht man sich Verbündete und versucht diejenigen, die dagegen sind, umzustimmen.	Mit Verbündete andere umstimmen;	Gemeinsam mit Verbündeten versucht man bei Verhandlungen auf EU-Ebene die "Gegner" umzustimmen.	EU-Politik allgemein
		Der wichtigste Verbündete Österreichs ist immer Deutschland.	Deutschland als wichtigster Partner;	Deutschland ist der wichtigste Verbündete Österreichs.	EU-Politik allgemein
		Zuerst geht man bilateral vor und dann versucht man weitere Staaten zu gewinnen.	Bilateraler Beginn bei Koalitionen;	Am Beginn des Schmieden von Allianzen/Koalitionen steht bilaterale Arbeit.	EU-Politik allgemein
4	568-573	Ein Thema von der Agenda fernzuhalten gelingt prinzipiell nicht.	Keine Agenda-Exclusion;	Agenda-Exclusion funktioniert auf EU-Ebene nicht.	Themengestaltung
		Mann kann aber versuchen zu verhindern, dass es zu einer Willensbildung kommt - durch Verzögerung, Blockade und viele andere Möglichkeiten.	Verzögerung und Blockade anstelle von Agenda-Exclusion;	Anstelle von Agenda-Exclusion kann man die Willensbildung verhindern (Blockade, Verzögerung, etc.)	Themengestaltung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

4	582-591	Um ein Thema auf europäischer Ebene zu verfolgen, muss man fachspezifische Unterlagen in der Schublade haben. Vor der konkreten Ausformung kommt aber immer die politische Diskussion.	Politische Diskussion vor Themenverfolgung mit ausgearbeiteten Vorschlägen;	Die Themenverfolgung auf EU-Ebene setzt bereitstehende fachspezifische Unterlagen voraus, die der politischen Diskussion folgen.	EU-Politik allgemein
4	597-615	Der öffentliche Druck beeinflusst die Themenagenda je nach Thema. Je technischer ein Thema, desto weniger öffentlicher Druck (z.B.: Finanzmarkt -> Basel III, etc.). Aufmerksamkeit herstellen lässt sich leichter bei wenig technischen und emotionalen Fragen (Atomkraft).	Öffentlicher Druck beeinflusst Themen je nach Komplexität;	Öffentlicher Druck beeinflusst die Themenagenda je nach Komplexität und Emotionalität eines Themas.	Themengestaltung
4	624-645	RLs Interviewaussage von 2004 "Die EU darf das Wasser nicht privatisieren" war kein Versuch, ein Thema zu emotionalisieren, sondern eine Reaktion auf falsche Behauptungen der Opposition. Mit der Aussage wollte RL verdeutlichen, dass die EU Wasser gar nicht privatisieren kann.	Themenframing;	Öffentliches Themenframing spielt bei europapolitischen Fragen eine Rolle (Wasser privatisieren?!).	Themengestaltung
4	648-656	RL bestätigt noch mal, dass die Regierung die wichtigste Stelle für die Position auf EU-Ebene ist und das EP eine untergeordnete Rolle spielt.	Regierung als Hauptakteur;	Die Regierung ist der Hauptakteur bei der EU-Politik.	Regierung/Opposition
			EP als Nebenakteur;	Das EP spielt für die EU-Politik eine unwichtige Rolle.	Verhältnis der Ebenen
4	663-670	Bei den anderen Vertretern der ÖVP auf EU-Ebene sollte es zwischen europäischen Arbeiten und österreichischen Interessen keinen Widerspruch geben.	Interessen der ÖVP-Vertreter;	Bei ÖVP-Vertretern sollte es keinen Widerspruch zwischen europäischem Arbeiten und österreichischen Interessen geben.	EU-Politik allgemein
		Bei Konflikten hängt die Handhabung von den einzelnen Vertretern ab.	Interessenskonflikte;	Bei Konflikten/Widersprüchen hängt die Handhabung von den einzelnen Vertretern ab.	Verhältnis der Ebenen
		Von einem Kommissar darf man niemals verlangen österreichische Interessen zu vertreten, von einem MEP schon.	Interessensvertretung Österreichs;	Die Erwartung einer Österreichischen Interessensvertretung hängt von der Funktion des Vertreters ab: MEP schon, Kommissar nicht.	EU-Politik allgemein

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

4	678-682	Bei kontroversiellen Themen (z.B. Transit -> von JK eingebracht) versucht man Verhandlungen mit den "Gegnern" aufzunehmen und die eigenen Standpunkte verständlich zu machen. Je mehr da auf allen Ebenen mitmachen und Lobbying betreiben, desto erfolgreicher ist man.	Lobbyingtätigkeit auf EU-Ebene;	Die Überzeugungskraft bei den "Gegnern" hängt von den Lobbyinganstrengungen auf allen Ebenen zusammen.	EU-Politik allgemein
4	687-690	Bei kontroversiellen Themen funktioniert solche Lobbyingpolitik, ist aber relativ zu sehen. Auch wenn man die Niederländer nicht überzeugen kann, so hätte der Verkehr vielleicht noch mehr zugenommen.	Kontroverse hemmt Lobbyingpolitik;	Der Erfolg von Lobbyingarbeit hängt von der Kontroversialität des Themas ab. Es funktioniert bei kontroversiellen Themen, kommt aber selten vor.	Themengestaltung; EU-Politik allgemein;
4	694-703	Das für die Interessensverfolgung auf EU-Ebene wichtige Lobbying findet auf allen Ebenen statt und wird häufig mit anderen Fragen verknüpft (Junktimieren)	Junktimieren; Lobbying auf allen Ebenen;	Lobbying findet auf allen Ebenen statt und wird mit anderen Fragen verknüpft (Junktimieren).	EU-Politik allgemein
4	708-711	Die Zugehörigkeit zur EVP spielt laut RL eine große Rolle, weil sie die zur Zeit stärkste Kraft ist (meisten MEPs, mehr als die Hälfte der Regierungschefs)	Mitgliedschaft in stärkster Europartei;	Die Position der EVP als stärkste Kraft in Europa macht die Mitgliedschaft zu einer bedeutenden Sache.	Europartei
4	716-717	Konkrete Vorteile aus der EVP-Mitgliedschaft ergeben sich aus den vertrauenswürdigen Kontakten.	Vertrauenswürdige Kontakte durch EVP-Mitgliedschaft;	Vertrauenswürdige Kontakte sind der Hauptvorteil der EVP-Mitgliedschaft (JK: Zugang zu Informationen).	Europartei
4	722-725	RL sieht die Mitgliedschaft auch für konkrete Maßnahmen geeignet.	EVP für konkrete Maßnahmen geeignet;	Die EVP-Mitgliedschaft ist für die Umsetzung von konkreten Maßnahmen geeignet. (JK: Beispiel??)	Europartei
		Auf dem Treffen der EVP wurden einige Punkte beschlossen (z.B. die Stärkung der Kommission). Merkel und Sarkozy spielten die zentrale Rolle bei der Willensbildung.	Merkel und Sarkozy Schlüsselfiguren in EVP;	Staatschefs der großen Länder spielen die zentrale Rolle bei der Willensbildung innerhalb der EVP (v.a. Deutschland und Frankreich).	EU-Politik allgemein

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

4	733-740	Im EVP-Beschluss die Kommission zu stärken sieht RL keinen Widerspruch zum Vorschlag den Ratspräsidenten zum Chef der Wirtschaftsregierung zu machen, denn die EU-Ebene wird gestärkt und somit die Kommission (auch wenn es der Rat ist).	Stärkung der europäischen Ebene = Stärkung der Kommission;	Eine Stärkung der europäischen Ebene ist automatische eine Stärkung der Kommission (auch wenn der Ratspräsident zum Chef der Wirtschaftsregierung wird).	Betrachtung
4	756-765	Informationen sind für die Themenverfolgung das allerwichtigste ("Währung") - vor allem, dass man sie früh hat, um zu erkennen, wer eine andere Position hat.	Informationen als Währung der Themenverfolgung;	Informationen bilden die Währung der Themenverfolgung.	EU-Politik allgemein
			Frühe Informationen gegen Widerstände;	Das frühe Erlangen hilft beim Erkennen von Widerständen bei der Themenverfolgung.	EU-Politik allgemein
4	770-771	Die Themenverfolgung ist ein Prozess, der nie abgeschlossen ist.	Ständiger Prozess Themenverfolgung;	Themenverfolgung ist ein ständiger Prozess.	EU-Politik allgemein
4	776-783	Als Mitgliedspartei ist man beim Entscheidungsprozess in der EVP als Nicht-Regierungspartei ausgeschlossen. Am Ende kommen nur Regierungsvertreter zusammen.	Oppositionsparteien im EVP-Entscheidungsprozess benachteiligt;	Beim Entscheidungsprozess in der EVP sind Nicht-Regierungsparteienveterer ausgeschlossen.	Europartei; Regierung/Opposition;
4	789-794	Eine Kanzlerschaft spielt bei der Partizipation am Entscheidungsprozess keine Rolle. Die Unterscheidung wird zwischen Regierungschefspartei und Juniorpartner nicht gemacht, zwischen Regierung und Opposition sehr wohl.	Regierungsbeteiligung/Kanzlerschaft in EVP;	Die Stellung innerhalb der EVP wird durch die Regierungsbeteiligung enorm aufgewertet. Das Amt des Regierungschefs spielt keine Rolle.	Europartei; Regierung/Opposition;
4	800-801	Innerhalb der EVP hat man eine ganz andere Position, wenn man die Beschlüsse auch im Rat oder Europäischen Rat umsetzen kann.	Umsetzungsmöglichkeit der Beschlüsse zentrale für Stellung in EVP;	Die Möglichkeit zur Umsetzung der EVP-Positionen stärkt die Stellung innerhalb der Europartei.	Regierung/Opposition
4	806-807	Die Ratspräsidentschaft sieht RL als Schlüsselrolle, die den Einfluss innerhalb der EVP noch erhöht. Allerdings ist das eine Ausnahmesituation.	Ratspräsidentschaft als Schlüsselrolle für Stellung in EVP;	Die Ausnahmesituation "Ratspräsidentschaft" erhöht den Einfluss in der EVP.	Regierung/Opposition
4	817-829	In Österreich wird durch Boulevardmedien ein falsches, viel zu negatives Bild von Europa gezeichnet. Die Politik ist dem in den letz-	Boulevardmedien; Einfluss auf Themensetzung;	Österreichische Boulevardmedien zeichnen ein falsches Bild von Europa.	Themengestaltung

Agenda Shaping-Strategien österreichischer politischer Parteien auf EU-Ebene

		ten Jahren viel zu wenig entgegengetreten. Dieses schlechte Bild ist ein entscheidender Punkt bei der Kommunikation und Themensetzung. Die Politik müsste diesen Medien viel stärker entgegengetreten.		Österreichische Boulevardmedien haben einen entscheidenden Einfluss auf die Kommunikation und Themensetzung.	Themengestaltung
				Das Europabild der Boulevardmedien hat in den letzten Jahren die Politik beeinflusst.	EU-Politik allgemein
4	831-839	Eine europakritische Stimmung, ein negatives Bild hemmt die österreichische Position, wenn Politiker feig sind. Das kommt auf die einzelne Person an.	Europakritik hemmt Position in EU;	Europakritische Stimmung kann die österreichische Position auf EU-Ebene hemmen.	EU-Politik allgemein
			Grad an Beeinflussung durch öffentliche Kritik von Person abhängig;	Der Einfluss der europakritischen Stimmung auf die EU-Position ist von individuellen Personen abhängig.	persönlicher Einfluss
4	844-845	RL hat eine Zeit lang den Mut, den Medien entgegenzutreten von Faymann vermisst. In den letzten Tagen hat sich das aber geändert.		Die ÖVP vermisste lange Zeit den Mut des Bundeskanzlers den Medien entgegenzutreten.	Sonstiges
4	856-866	Wichtig ist, dass die Politik an Themen festhält, auch wenn sie in der Öffentlichkeit dafür kritisiert wird - vor allem von den Boulevardmedien. Faymann hat sich eine Zeit lang sehr von den Medien leiten lassen.	Unabhängigkeit von öffentlicher Stimmung;	Themen sollten von der öffentlichen Stimmung unabhängig sein.	Sonstiges
4	868-874	Die Wichtigkeit auch gegen die öffentliche Kritik Politik zu machen, ist die persönliche Sicht von RL. RL hofft, dass das auch in der ÖVP allgemein so ist.	Politik gegen öffentliche Kritik;	RL betont die Wichtigkeit auch gegen öffentliche Kritik Politik zu machen.	Sonstiges
4	878-888	RL hat keine weiteren Fragen. JK bedankt sich für das Interview.			Formalitäten